REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 485 · 18.6.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Das Signal von Melfi
2. Rudis Reste Rampe
3. Das Pentagon und der Algerienkrieg
4. Offensive der Apologeten
5. Keine Behäbigkeit
6. AUFGEBLÄTTERT
7. Ein Heim- und ein Auswärtsspiel
8. Intelligente Bildkompressen gegen den "Blick Gottes"
9. Italienisch-deutscher Dialog
10. Perspektiven und Signale
11. Verdichtung oder Wahrheit?
12. Prekäres Leben - prekäre Kämpfe
13. Border 04: Unterwegs in Osteuropa
14. Träume und Nostalgie
15. Die europäische Konstitution des Neoliberalismus
16. Freie Netze und Selbstorganisation
17. Ein Prozess gegen die Bewegung
18. Stark bläst der Wind
19. "Yomango hat das Klauen nicht erfunden"
20. LESERINNENBRIEFE
21. Ohren-Propaganda
22. Metin Kaplan und andere Normalfälle
23. KALENDER
24. Wahl der Qual in Tschetschenien
25. Jenseits von Palästina-Solidarität und Fahnenfetischismus
26. Die Mörder hinter dem Edelweiß
27. Tristesse und Janitors
28. Erfolge und Rückschläge
29. Lager schließen!
30. Die Kosten rebellieren
31. Pessimismus organisieren!
32. das thema: ganz normal prekär
33. Soziale Rechte und Weltbürgerschaft
34. "Fair handeln", praktisch aneignen
35. Alternativen zum Mauerbau
36. Wo Freitag der Dreizehnte zum Glückstag wird
37. Adornos Rap
38. Weder Gespenst noch autonom
39. Klassen-Gewitter
40. Old Europes Verführungsstrategien
41. EDITORIAL
42. Ganz normal prekär
43. (Haar-)Risse im Putz

1. Das Signal von Melfi

Ein italienisches Provinznest als Hochburg der neuen Arbeiterbewegung

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:01

Seit Mitte April ist der Name des süditalienischen Städtchens Melfi (Provinz Potenza in der Region Basilicata) in Italien allgegenwärtig. Die Linkspartei Rifondazione Comunista hat ihre Plakate zu den am 12. und 13. Juni parallel stattfindenden EU- und Kommunalwahlen mit dem Slogan bedruckt: "Melfi zeigt: Es lohnt sich zu kämpfen". Auch in Mailand oder Turin, den Zentren der italienischen Arbeiterbewegung, spricht man voll Hochachtung von der Belegschaft des FIAT-Werks im tiefen Süden, die entschlossen und militant einen Großteil ihrer Forderungen durchgesetzt hat.

Die Stadt Melfi zählt etwa 15.000 EinwohnerInnen; mehr als 5.000 Menschen, darunter viele PendlerInnen aus dem Umland, arbeiten bei FIAT, wo die Modelle Punto und Lancia Y montiert sowie Bleche und Komponenten für andere Fabriken produziert werden. Natürlich hat auch hier die Krise des Konzerns die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze wachsen lassen. Doch hat die Belegschaft darauf nicht mit Unterwerfung und "freiwilligem" Verzicht zum Wohle des Unternehmens reagiert. Auf einer Vollversammlung beschlossen die ArbeiterInnen im April vielmehr folgende Forderungen: 1. Abschaffung der 12 aufeinander folgenden Nachtschichten ("doppia battuta"); 2. Angleichung des Lohns an die anderen Standorte; 3. Rücknahme diverser Disziplinar- und Strafmaßnahmen. Gleichzeitig wurde nicht nur der Streik beschlossen, sondern auch die Blockade des Betriebes, um den Abtransport von Einzelteilen zu verhindern. Die Blockade aller fünf Zufahrten begann am 19. April und wurde erst zehn Tage später abgebrochen.

FIAT Melfi - ein "glitzerndes Gefängnis"

Zu der Entschlossenheit, mit der in Melfi gekämpft wurde, haben vor allem die extremen Arbeitsbedingungen beigetragen: die zermürbende Zahl von Nachtschichten, verkürzte Pausen, die um Fahrtzeiten von bis zu drei Stunden verlängerten Arbeitstage, der um 20 Prozent geringere Lohn und nicht zuletzt das harte Fabrik-Regime: Allein im vergangenen Jahr gab es 2.500 Disziplinarmaßmahmen bis hin zu Entlassungen; schon wer Brötchenkrümel auf den Boden fallen lässt oder sich aus Sicht seiner Vorgesetzten zu lange auf der Toilette aufhält, muss mit Bestrafung rechnen. Auch Arbeitsunfälle gelten als Verstoß gegen die Hausordnung des "glitzernden Gefängnisses" (der FIOM-Gewerkschafter Giorgio Cremaschi). Das extrem harte Disziplinierungssystem hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Werk in Melfi das produktivste des gesamten Konzerns ist. Hinzu kommen modernste Produktionsanlagen und eine ausgeklügelte Arbeitsorganisation. Gearbeitet wird in Gruppen, einheitliche Betriebskleidung, auch für das leitende Personal, soll zusätzlich zum vollen Einsatz für die "gemeinsame Sache" motivieren. Derzeit liegt das Werk in der Rangliste der produktivsten europäischen Autofabriken auf Platz vier hinter Nissan (Sunderland), Toyota (Burnaston, beide in Großbritannien) und Ford in Saarlouis.

Die erst 1994 in Betrieb genommene Fabrik ist für die Konzernleitung Vorzeigebetrieb und Experimentierfeld zugleich. Würde die Belegschaft die extremen Arbeitsbedingungen widerstandslos hinnehmen, wären über kurz oder lang auch die ArbeiterInnen der anderen Standorte damit konfrontiert: Was in Melfi geht, muss auch anderswo möglich sein, so das unternehmerische Kalkül.

Durch den Arbeitskampf ist Melfi nun auf ganz andere Weise zum Exempel geworden, als von den Managern geplant. An den Umgang mit zahmen Funktionären der Gewerkschaften FIM, UILM und FISMIC gewöhnt, haben sie die Widerstandsfähigkeit der ArbeiterInnen völlig unterschätzt. Diese haben, unterstützt von der FIOM (der Metallergewerkschaft im Gewerkschaftsbund CGIL) und den Basiskomitees (COBAS), allen Abwiegeleien und Spaltungsversuchen widerstanden und zehn Tage lang die Abriegelung des Betriebes aufrecht erhalten. Die Unternehmensleitung reagierte mit Telefonanrufen bei den Familien der Streikenden, schließlich mit dem Ruf nach der Polizei. Die erschien am 26. April in voller Kampfausrüstung und versuchte, die Blockaden zu durchbrechen, um zwei Busse mit Streikbrechern, hauptsächlich Abteilungsleitern, in die Fabrik zu schleusen. 14 Arbeiter mussten nach dem Knüppeleinsatz im Krankenhaus behandelt werden.

Nach dem massiven Einsatz der Staatsgewalt war auch den Wohlmeinendsten klar, dass sich die um den Anschein der Neutralität bemühte Regierung Berlusconi mit aller Konsequenz auf die Seite des Kapitals gestellt hatte. Nachdem Staatssekretär Sacconi den Polizeieinsatz schon vorab als Maßnahme gerechtfertigt

hatte, mit der das "Recht auf Arbeit" zu sichern sei, setzte Innenminister Pisanu danach noch eins drauf, als er erklärte: "Wir sind bereit, es wieder zu tun". In einer Solidaritätsadresse aus einem Betrieb in Bologna wurden Parallelen zum "Squadrismus der 20 faschistischen Jahre" gezogen; der FIOM-Sekretär Giorgio Cremaschi fühlte sich an südamerikanische Verhältnisse erinnert.

Die von Regierung und Unternehmen erhoffte demoralisierende Wirkung brachte der Einsatz der Staatsgewalt dennoch nicht. Zum Weitermachen ermuntert wurden die Streikenden durch eine breite Welle der Solidarität. Schon im Vorfeld des Streiks waren Kontakte zu anderen Standorten und zu den ArbeiterInnen der Region geknüpft worden. Die KollegInnen von FIAT in Termini Imerese sammelten 25.000 Euro für den Kampffonds, in Melfi selbst gab es zwei Demos mit 10.000 bzw. 15.000 TeilnehmerInnen, auch an anderen Orten wurden Solidaritätsaktionen durchgeführt, darunter ein vierstündiger Streik in sämtlichen FIAT-Produktionsstätten. Auch linksdemokratische und kommunistische Abgeordnete, militante Disobbedienti sowie der Sekretär von Rifondazione Comunista (RC), Fausto Bertinotti, reisten nach Melfi, um ihre Solidarität mit den Streikenden zu demonstrieren.

Ein Streik, der zum Modell werden könnte

Spaltungsversuche der "gemäßigten" Gewerkschaften blieben erfolglos; ihre separat abgeschlossene Übereinkunft mit dem Unternehmen interessierte kaum jemanden, und an einer von ihnen organisierten Demonstration für die Beendigung der Blockaden beteiligten sich kaum mehr als 100 Menschen, vor allem leitende Angestellte. In eine heikle Phase geriet der Kampf erst, als FIOM und RC dazu aufriefen, die Blockaden auszusetzen. Grund für diesen Appell war die strikte Weigerung der Unternehmensleitung, mit der FIOM zu verhandeln, solange der Betrieb belagert werde. Nach hitziger Debatte auf einer Betriebsversammlung wurde schließlich beschlossen, die Fabriktore zu räumen - ein Wagnis, das sich auszahlte. Denn in den Verhandlungen sah sich FIAT gezwungen, den Forderungen der Belegschaft weitgehend nachzugeben. Die Zahl der aufeinander folgenden Nachtschichten wird reduziert; die ArbeiterInnen erhalten, über mehrere Stufen bis Januar 2006, eine Lohnerhöhung von 105 Euro; die in der Vergangenheit verhängten Disziplinarmaßnahmen werden von einer Kommission überprüft.

Jenseits aller Besonderheiten zeigt das Beispiel Melfi einmal mehr die Anfälligkeit der modernen Just-in-time-Produktion: Sehr schnell geriet durch die Blockaden auch in anderen Werken des Konzerns die Produktion ins Stocken, weil der Nachschub an Einzelteilen ausblieb. In Melfi selbst wurden durch den Streik 38.000 Autos weniger gebaut; der streikbedingte operative Verlust des ohnehin hochverschuldeten Konzerns wird auf 50 Mio. Euro beziffert. Den will FIAT nun bis Ende des Jahres wieder hereinholen - was ohne verschärfte Arbeitshetze anderenorts nicht gelingen kann und damit neue Arbeitskämpfe heraufbeschwört.

So wird auch die Geduld derjenigen ArbeiterInnen strapaziert, die prinzipiell für die Agitation der Unternehmer und der "moderaten" Gewerkschaften empfänglich sind: Die Arbeitenden müssten Opfer bringen, um die Wettbewerbsfähigkeit des "eigenen" Unternehmens zu stärken und ihre Arbeitsplätze zu sichern. Auf die Maßlosigkeit der Bosse ist allemal Verlass, und weil das so ist, könnte "Melfi", wenn schon nicht "überall", dann zumindest doch bald auch anderswo sein - vielleicht nicht nur in Italien.

Js.

Quellen: La Repubblica, La Gazzetta del Mezzogiorno, Il Manifesto, L'Espresso, Handelsblatt

2. Rudis Reste Rampe

Antifaschistische Gegenaktionen zum Rudolf-Heß-Marsch in Wunsiedel

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:02

Mehrere tausend Neonazis wollen am 21. August anlässlich des 17. Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im bayrischen Wunsiedel aufmarschieren. Die Antifa will jetzt wieder dabei sein und mobilisiert gegen das "größte Event der Naziszene".

Man spürt, worauf es ankommt an diesem sonnigen Tag im August 2003. "Die, die das nicht spüren, sind ein kleiner, isolierter Haufen", beschreibt die Wunsiedel-Koordination der Neonazis die Lage in der 10.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt zwischen Bayreuth und Hof. In der Tat stehen den über 2.500 aus ganz Europa angereisten Wallfahrern gerade einmal 100 GegendemonstrantInnen gegenüber, übrig Gebliebene einer längst verwehten Kundgebung, auf der etwa 500 BürgerInnen der Stadt dem CSU-Bürgermeister die bemerkenswerte Formel abnahmen, man verwahre sich gegen Aufmärsche "von rechts und von links". Von linken DemonstrantInnen ist aber nichts zu sehen und die anderen unwillkommenen Gäste haben es sich mit Gleichschritt, völkischen Barden und Wurst so gemütlich gemacht, wie man es sich gemütlich machen kann, wenn man in der Mehrheit ist und auf etwaige Ausladungen nichts geben muss.

Seit 1987, dem Jahr in dem der "Minister ohne Geschäftsbereich" als letzter hochrangiger Vertreter des Nationalsozialismus die Selbsttötung seinem weiteren Verbleib in einer Zelle in Berlin-Spandau vorzog, wird in der Festspielstadt ein Stück der besonders unguten Art aufgeführt. Zunächst zogen hier Jahr für Jahr mehr Neonazis für den "Märtyrer" und "Friedensflieger" Heß durch die Straßen, dann sorgten nicht zuletzt antifaschistische Gegenaktivitäten für eine weiträumige Verlagerung des gesamten Szenarios. Versammlungsverbote führten dazu, dass das Neonazigedenken in immer größerer Entfernung zur Grabstätte stattfinden musste, bald ging es nur noch darum, überhaupt irgendwo öffentlich marschieren zu können. Zwischen 1991 und 1998 kam es so zu regelrechten Schnitzeljagden, die die Neonazis mit Polizei und Antifa im gesamten Bundesgebiet durchführten. Ein Tiefpunkt schien erreicht, als 1994 mehrere tausend Antifas Blockaden von Objekten der Naziszene durchführten, während eine schlecht besuchte Heß-Kundgebung in Luxemburg von Polizisten in Freizeitlook effizient dekomponiert wurde. Nach diesem Ereignis verlor das Gedenken um Heß für alle Beteiligten rasch an Relevanz. Zunehmende staatliche Repression machte Aufmärsche undurchführbar, eine entstandene rechte Demonstrationskultur, die eine breite Palette an Themen bediente, tat ihr übriges, um dem Gedenken seine Relevanz für die neonazistische Erlebniswelt zu nehmen. Aus dem von allen Seiten so bezeichneten Kulminationspunkt für die gesamte rechte Szene wurde ein unbedeutender Mummenschanz.

Antifa: unwillkommene Gäste

Ironischerweise sollte gerade das Jahr nach dem "Aufstand der Anständigen" zu einer Wiederbelebung der Aktivitäten führen. Zu verdanken hatten die Neonazis diesen Erfolg zunächst dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei, so das Gericht, in der Vergangenheit von antifaschistischen Protesten ausgegangen, die jedoch seien in diesem Jahr nicht zu erwarten. So zogen 2001 zum ersten Mal seit 1990 rund 1.000 Neonazis durch Wunsiedel. Die antifaschistischen Proteste blieben klein. Ein Jahr darauf erschienen bereits um die 2.500 Neonazis. Auch hier gelang es lediglich 500 Menschen zu einer Gegendemonstration zu mobilisieren. 2003 war es dann das Bundesverfassungsgericht, dass dem Heß-Gedenken in Wunsiedel die Absolution erteilte und damit die - auf Formalia gründenden - Verbotsverfügungen des Landkreises und des BayVGH aufhob. Konsterniert hieß es bereits im Vorfeld aus dem Kreis der regionalen antifaschistischen Vorbereitung, dass es angesichts der deutlichen Zahlenverhältnisse aktuell weder im politischen noch im juristischen Bereich eine Chance gebe, den Naziaufmarsch in Wunsiedel zu verhindern. Es bleibe nur die Möglichkeit, durch eine öffentliche Aktion ein Signal des Protestes zu setzen.

Daran wollen sich jetzt Antifagruppen aus dem gesamten Bundesgebiet versuchen. Zum ersten mal seit Jahren soll wieder breit nach Wunsiedel mobilisiert werden - zunächst einmal, um das neonazistische Treiben überhaupt zu skandalisieren. Im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung konnte sich das Heß-Gedenken in den letzten Jahren wieder als das größte Event der Naziszene etablieren, das seine Bedeutung nicht zuletzt

auch aus dem Moment der Selbstvergewisserung bezieht. Die Neonazis brauchen Mythen und Märtyrer wie Heß, an denen immer wieder Sinn für das eigene Tun gestiftet werden kann. Weil Rudolf Heß nicht umsonst gestorben ist, marschieren die Neonazis und weil die Neonazis marschieren, ist Rudolf Heß nicht umsonst gestorben. Diese irre Tautologie hat für die Szene eine kaum zu unterschätzende Nachhaltigkeit - nicht zuletzt wenn sie sich in ihrem Tun sicher vor Protesten weiß. Der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger hat in diesem Sinne schon einmal bis 2010 Aufmärsche in der Stadt im Fichtelgebirge angemeldet.

Daniel Schlüter

Infoveranstaltung zur Geschichte der Rudolf-Heß-Märsche und der antifaschistischen Gegenaktivitäten und Infos zu den geplanten Aktionen in Wunsiedel. Dienstag, 22. Juni, 19.30 Buttclub / St. Pauli Hafenstraße.

3. Das Pentagon und der Algerienkrieg

US-Experten studieren den effektiven Einsatz der Folter

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:03

Seit Mitte Mai haben die Französinnen und Franzosen zum ersten Mal Gelegenheit, den in Teilen der "Dritten Welt" längst zum "Klassiker" gewordenen Film La bataille d`Alger ("Die Schlacht um Algier") zu sehen. Mitte der Sechziger Jahre gedreht, war der algero-italienische Film 1966 beim Mostra-Festival in Venedig mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnet worden. Doch die französische Delegation hatte die Preisverleihung boykottiert, und auf französischem Staatsgebiet wurde die Ausstrahlung des Films unmittelbar darauf verboten.

1971 wurde die Strafandrohung zwar aufgehoben. Doch bei einer der ersten Aufführungen in einem Pariser Kino explodierte eine Bombe, die wahrscheinlich von Rechtsextremen gelegt worden war. Versprengte Reste der Terrororganisation OAS (Organisation armée secrète, "Bewaffnete Geheimorganisation"), die gegen den französischen Rückzug aus Algerien gebombt hatten, waren damals noch sehr aktiv. Nach kürzester Zeit war La bataille d`Alger wieder von den Leinwänden und Kinoplakaten verschwunden. Vom massiven Einsatz der Folter durch die französische Republik in ihrem "schmutzigen Krieg" in Algerien zu reden oder sie gar zu zeigen, war nach wie vor eine heikle Angelegenheit.

Der Film des italienischen Regisseurs Gillo Pontecorvo behandelt jene Periode des algerischen Unabhängigkeitskriegs gegen die Kolonialmacht Frankreich, während derer der FLN (Front de libération nationale, "Nationale Befreiungsfront") 1956/57 auf Methoden des urbanen Terrorismus setzte und die französische Herrschaft mit massivem Einsatz von Folter antwortete. Dass der Film, in dem vorwiegend algerische Laiendarsteller spielten, gerade jüngst in Cannes zu Ehren kam, geschah nicht zufällig.

Denn im September 2002 erschienen zwei US-Diplomaten in Algier in der Villa des seinerzeitigen Hauptdarstellers Yacef Saadi, der in dem Film seine eigene geschichtliche Rolle interpretierte. Sie wollten, dass er seinen Film in Nordamerika zeige und auch für Diskussionen zur Verfügung stehe.

So kam es am 27. August 2003 zu einer Sondervorstellung im Pentagon, welche die "Direktion für besondere Operationen und low intensity conflicts" organisiert hatte. Auf dem Einladungskarton hieß es: "Kinder schießen aus nächster Nähe auf Soldaten. Frauen legen Bomben in Cafés. Bald wird die gesamte arabische Bevölkerung von einem verrückten Fieber erfasst sein. Erinnert Sie das an etwas?" Und: "Die Franzosen haben einen Plan. Sie erzielen einen taktischen Erfolg, aber erleiden eine strategische Niederlage. Um zu verstehen warum, kommen Sie zu dieser seltenen Vorführung."

Dieser "Plan" war die Folter. Sie ist in dem Film deutlich präsent. Die bei der Vorführung anwesenden ZivilistInnen und Militärs interessierten sich besonders dafür, wie ihr Einsatz einerseits effizient sein konnte, andererseits aber auch, wie der Gefahr zu begegnen sei, dass sie Märtyrer und Helden des Unabhängigkeitskampfes hervorbringt. (Laut Le Monde vom 9.9.2003 setzten auch bestimmte Einheiten der israelischen Armee den Film zu ähnlichen Zwecken ein.) Nachdem die Experten des Pentagon instruiert waren, kam der Film dann auch ab Januar dieses Jahres in die US-Kinos.

Die jüngere Geschichte dieses Films beweist vor allem eins: Bereits sechs Monate vor dem Angriff auf den Irak, im September 2002, wurden in den höchsten Kreisen der US-Politik Vorbereitungen auf das getroffen, was erst viel später publik wurde.

Bernhard Schmid, Paris

http://membres.lycos.fr/boumerdes/dossiers/bataille-alger.htm

4. Offensive der Apologeten

Rollback in der Debatte um die deutsche Kriegsschuld 1914

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:04

History sells - nachdem in den vergangenen Jahren vor allem die NS-Zeit Gegenstand medialer Vermarktung war, ist nun der Erste Weltkrieg dran. Aufhänger ist der 90. Jahrestag des Kriegsbeginns. Nicht nur die Schrecken der Schützengräben und die bis dahin unvorstellbare Zahl der Opfer stehen dabei im Mittelpunkt der Darstellung. Geschichte soll nicht nur verkauft, sondern auch gedeutet werden - mit größtmöglichem Nutzeffekt für Gegenwart und Zukunft.

Während die SPD im laufenden EU-Wahlkampf das von ihr regierte Land dreist als "Friedensmacht" ausgibt, sind die Mainstream-Medien damit beschäftigt, die Kriegsschuld des Deutschen Reiches 1914 klein zu reden. Exemplarisch deutlich wird das an Hand der Spiegel-Serie "Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts", nachgedruckt in Spiegel special Nr. 1/2004. "Über den 1. Weltkrieg und die Folgen" will die Serie aufklären - die wichtigste Folge ist auf dem Cover bildlich dargestellt: Neben Kaiser Wilhelm II. blickt Hitler den BetrachterInnen drohend ins Auge. Eine These des Heftes ist damit vorweggenommen: Im August 1914 habe der "zweite Dreißigjährige Krieg" begonnen; wer für den Ersten Weltkrieg verantwortlich war, trage auch Mitschuld am Zweiten.

In dem einführenden Artikel des leitenden Spiegel-Redakteurs Klaus Wiegrefe wird dieser scheinbar zwingende Zusammenhang dargestellt: Das Gewalterlebnis des Krieges war "ein idealer Nährboden für Faschisten und Kommunisten mit ihren Wahnvorstellungen vom Rassen- oder Klassenkampf". Während in Russland der "Rechtsanwalt Wladimir Iljitsch Lenin" die Gunst der Stunde nutzte, ebneten "die Erschütterungen des Weltkriegs" in Deutschland "dem einstigen Postkartenmaler Hitler" den Weg an die Macht. Nichts machte ihn "so populär wie seine Drohung, die ‚Schmach von Versailles` auszulöschen". Schuld daran waren die Sieger, schuld am Kriegsbeginn keiner und alle: "Die Schüsse von Sarajevo und das österreichische Ultimatum setzten eine Kettenreaktion in Gang." Eine Kettenreaktion aber lässt sich beim besten Willen nicht aufhalten.

Ähnlich schicksalsergeben stellt auch Hew Strachan, Professor für Militärgeschichte in Oxford, den Verlauf der Juli-Krise dar: "Der Erhalt und das Zerbrechen von Allianzen wurden zum Selbstzweck, wichtiger als die Wahrung des Friedens. Folglich trug 1914 kein Staat besondere Schuld." Wenn es überhaupt eine treibende Kraft gab, dann sei es Österreich-Ungarn gewesen, behauptet der Professor. Fakt ist allerdings, dass Deutschland der Habsburger-Monarchie aus freien Stücken den viel zitierten "Blankoscheck" ausstellte: Am 5. Juli sicherte Wilhelm II. dem Verbündeten die "volle Unterstützung" bei der österreichischen "Aktion gegen Serbien" zu; Deutschland werde Österreich-Ungarn "in gewohnter Bundestreue" zur Seite stehen - in vollem Bewusstsein, dass dann Russland für Serbien und Frankreich für Russland Partei ergreifen würde. Illusionen machte sich die deutsche Regierung allein in Bezug auf Großbritannien, auf dessen Neutralität sie hoffte. Nach dem schnellen Sieg über Frankreich sollten dann die deutschen Truppen gegen Russland geführt werden, das bis dahin durch die österreichisch-ungarischen Armeen aufgehalten werden sollte. Ein abenteuerlicher Plan, der aber nicht Ergebnis kurzfristiger Improvisation, sondern längst feststehender strategischer Überlegungen war.

Kettenreaktion und Paranoia

Strachan bewertet die Ausstellung des "Blankoschecks" durch Deutschland eher als Ergebnis einer "groben Fehlkalkulation"; zudem habe Reichskanzler Bethmann Hollweg am 30. Juli den Blankoscheck "annulliert" - allein: "Es war zu spät. (...) Wechselseitiger Argwohn hatte wechselseitige Paranoia geschürt. (...) Als der Krieg erst einmal begonnen hatte, führten ihn alle Seiten nicht aus Gründen der imperialistischen Aggression, sondern zur nationalen Selbstverteidigung." Ist den Akteuren erst einmal kollektive Unzurechnungsfähigkeit attestiert, dann erübrigt sich auch die Frage nach Schuld oder nach einer alternativen Politik.

Dass das Unheil unaufhaltsam war, hatte schon Wiegrefe mit seinem Bild von der "Kettenreaktion" suggeriert. Strachans Aufsatz hat für die Geschichtspolitiker des Spiegel zusätzlichen Wert: Der Autor ist Brite, kann also nur schwer deutschnationaler Neigungen bezichtigt werden. So erscheint seine Intervention als Ergebnis streng wissenschaftlicher Wahrheitssuche, ist aber in Wirklichkeit hochpolitisch. Denn sie richtet sich explizit

gegen den Hamburger Historiker Fritz Fischer, der mit seinen Forschungen zur deutschen Kriegsschuld die Dogmen seiner nationalistisch orientierten Kollegen nachhaltig beschädigt hat.

In seinem 1961 erschienenen Buch "Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18" zeigt Fischer an Hand von Dokumenten aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, dass das Deutsche Reich seit 1912 zielstrebig auf den Krieg hin gearbeitet hat. So zitiert er ein Memorandum des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jagow, in dem dieser die Kriegsplanungen des Generalstabschefs von Moltke zusammenfasste: "In zwei bis drei Jahren würde Russland seine Rüstungen beendet haben. Die militärische Übermacht unserer Feinde wäre dann so groß, dass er nicht wüsste, wie wir ihrer Herr werden könnten. Jetzt wären wir ihnen noch einigermaßen gewachsen. Es bliebe seiner Ansicht nach nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, so lange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten. Der Generalstabschef stellte mir demgemäß anheim, unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Kriegs einzustellen." Der deutsche Kriegsrat beschloss denn auch im Dezember 1912, die deutsche Öffentlichkeit auf einen Krieg gegen Russland einzustimmen.

Dass Moltke kein militärischer Fachidiot, sondern ein politisch denkender Kopf war, geht aus seiner Mahnung hervor, "der Beginn eines Weltkriegs sei wohl zu überlegen", er bedürfe "der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes". Gleichzeitig stand für ihn wie für die politische Elite des Deutschen Reiches außer Frage, "dass ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muss, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum." Und er verkündete: "Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind."

Hatte der bevorstehende Krieg damit den Charakter eines "Rassen"- und Weltanschauungskriegs, so sollte er gleichzeitig für handfeste Ziele geführt werden. Die Kriegsziele, die Bethmann Hollweg in seinem geheimen Septemberprogramm 1914 aufschrieb, standen seit Jahren fest. Die angestrebte deutsche Hegemonie über ganz Mitteleuropa wäre dabei nur ein Zwischenschritt gewesen, um schließlich auch das britische Weltreich herauszufordern.

Kontinuität oder Betriebsunfall

Die weltanschauliche Rechtfertigung des deutschen Expansionsdrangs lieferte Bethmann Hollwegs persönlicher Referent und Berater, Kurt Riezler, mit seiner Idee der natürlichen Feindschaft der Völker: "Der Idee nach aber will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer Weiteres sich einordnen, immer höhere Ganzheit werden, bis das All unter seiner Herrschaft ein Organisches geworden." Dass der österreichisch-serbische Konflikt - vor allem Wiens verzweifelte Versuche, die Unabhängigkeitsbewegungen der "Südslawen" in den Griff zu bekommen - den am besten geeigneten Anlass für den großen europäischen Krieg bieten würde, stand spätestens 1912 fest. Entsprechend drängte die deutsche Führung, der Kaiser vorneweg, im Juli 1914 Österreich entschieden, nunmehr "mit den Serben aufzuräumen". Der Historiker Imanuel Geiss schreibt: "Erst nach der deutschen Zusage, das österreichische Vorgehen notfalls auch gegen Russland abzudecken, erst nach dem deutschen Drängen, möglichst rasch gegen Serbien vorzugehen, entschlossen sich die Österreicher, wenn auch noch mit innerem Zögern, für den Krieg gegen Serbien." (1)

Suche nach dem "Kraftquell für die nationale Identität"

Ebenso war bereits 1912 klar, dass die deutschen Truppen bei ihrem Angriff gegen Frankreich durch das neutrale Belgien marschieren würden. Dieser Verstoß gegen das Völkerrecht lieferte schließlich der britischen Regierung das entscheidende Argument, mit dem sie die Bevölkerung für den Kriegseintritt gewinnen konnte. (Um Missverständnisse zu vermeiden: Dass Russland, Frankreich und Großbritannien auf den - von Deutschland unterstützten und forcierten - österreichischen Angriffskrieg gegen Serbien ihrerseits mit Kriegserklärungen reagieren "mussten", ist natürlich nur immanent betrachtet zwingend: Sie "mussten" Krieg führen, um ihren Status als imperialistische Großmächte zu erhalten. Es war und bleibt richtig, dass die linke Minderheit in den europäischen sozialistischen Parteien sich der Beteiligung an diesem für imperialistische Ziele geführten Krieg widersetzte und den Aufruf zur "Vaterlandverteidigung" als Betrug zurückwies.)

Was Fischers Buch und seine öffentlichen Auftritte für die konservative Mehrheit in Deutschland zur unerträglichen Provokation machte, war nicht nur die Enthüllung der deutschen Kriegstreiberei; damit vollzog er zu einem großen Teil nur nach, was außerhalb der BRD längst als wissenschaftlich erwiesene Tatsache

anerkannt war (etwa durch Luigi Albertinis schon 1942/43 erschienenes Werk "Le origini della guerra del 1914"). Auf besonders vehementen Widerspruch stieß Fischers These von der Kontinuität deutscher Politik zwischen 1870 und 1945. Denn diese These war ein Frontalangriff auf die bis dahin hegemoniale Vorstellung, die nationalsozialistische Herrschaft sei ein zeitlich befristeter "Betriebsunfall" der Geschichte gewesen. Diese zur allgemeinen Selbstberuhigung erfundene Darstellung war nicht länger haltbar, wenn dem nicht zu leugnenden Griff nach der Weltmacht in den Eroberungs- und Vernichtungskriegen Nazi-Deutschlands eine misslungene Generalprobe 1914-18 vorausgegangen war.

Es ist aufschlussreich zu sehen, wie die heutige rechte intellektuelle Elite in Deutschland diesen Zusammenhang erklärt. Vor knapp sechs Jahren schrieb Hans B. von Sothen in seinem Rückblick auf 40 Jahre "Fischer-Kontroverse": "In jenen Jahren ging es auf konservativer Seite darum, den totalen Traditionsabbruch durch die Nationalsozialisten aufzufangen und die Traditionslinien, die als Kraftquell für die nationale deutsche Identität dienen könnten, wieder aufzunehmen und eine Weiterentwicklung der historischen Diskussion dort wieder anzuknüpfen, wo sie der Nationalsozialismus 1933 abgeschnitten hatte. Diesem Versuch setzte Fischer ein rigoroses Nein entgegen." Und weiter: "Die eigentliche Bedeutung von Fischers Thesen lag jedoch in der Einführung bzw. Neudefinition der ‚Kontinuität` der jüngeren Geschichte und dem deutschen ‚Sonderweg`, die bis heute einen zentralen Platz in der deutschen ‚Aufarbeitungs-Geschichte` haben." Von Sothens Zwischenbilanz endet mit der Klage, Fischers Thesen seien "inzwischen die herrschende Lehrgrundlage an deutschen Universitäten", die daran geübten "berechtigten Kritiken" dagegen "praktisch marginalisiert". (Junge Freiheit, 25.9.1998)

Ob die 1998 angeblich "herrschenden Lehrmeinungen" heute immer noch herrschen, sei hier mal dahingestellt. Dass es im kollektiven Bewusstsein ein apologetisches Rollback gibt, ist seit Erscheinen der Spiegel-Serie unübersehbar; Guido Knopp und sein ZDF-Historienstadel dürften demnächst nachziehen, um den wilhelminischen Militarismus vor allzu "einseitiger" Verurteilung in Schutz zu nehmen. Das alles läuft ganz ohne Propagandaministerium oder sonstige zentrale Steuerung. Denn das Aufspüren von "Traditionslinien, die als Kraftquell für die nationale deutsche Identität dienen können" (von Sothen), ist den Meinungsführern der Berliner Republik Herzensangelegenheit. Für ein Comeback des Wilhelminismus reicht das nicht aus. Aber daran wird ja auch auf anderen, sehr viel härteren Politikfeldern gearbeitet.

Js.

Anmerkung:

1) Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Herausgegeben von Imanuel Geiss, München 1965

5. Keine Behäbigkeit

Vom IWF-Direktor zum Bundespräsidenten

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:06

Horst Köhler, der neue Bundespräsident, kennt die Welt. Als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF hat er in den vergangenen vier Jahren von Washington aus viele Länder bereist, war in Afrika, in Asien, in Lateinamerika. Er ist fest davon überzeugt, in dieser Funktion einen Beitrag, und das sagt er wortwörtlich, für eine "bessere Welt" geleistet zu haben. Eine Welt mit weniger Armut und mehr Demokratie. Davon konnten ihn, den Mann mit Sendungsbewusstsein, bei seinen Weltreisen auch kritische Stimmen nicht abbringen. Zum Beispiel in Afrika, wo er 2001 erstmals gemeinsam mit seinem Amtskollegen von der Weltbank mehrere Hauptstädte besuchte.

Auf den Autofahrten zu den Treffen mit hochrangigen PolitikerInnen sah Horst Köhler das Elend in den Massenslums der afrikanischen Metropolen. Manchmal, zum Beispiel in der malischen Hauptstadt Bamako, überwanden einige BewohnerInnen aus diesen Slums die Sicherheitsabsperrungen und konnte ihre Klagen direkt an die beiden Repräsentanten der internationalen Finanzinstitutionen richten. Die hohe Verschuldung Malis und die Strukturanpassungsprogramme des Kreditgebers IWF, so der Vorwurf, führten zu Verarmung und niedriger Lebenserwartung. Strukturanpassung beim IWF heißt: sparen auf Kosten der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme in diesen Ländern, damit Zinsen für die Auslandsschulden gezahlt werden können. Die Schulden als Grundlage dieser Kürzungsprogramme müssten deshalb komplett gestrichen werden, forderten die DemonstrantInnen.

Aus einem Washingtoner Wolkenkratzer, fünf Sterne Hotels und einer gepanzerten Limousine sieht die Welt jedoch anders aus als aus der Perspektive eines Slumbewohners. Deswegen hat Horst Köhler nie einen Hehl daraus gemacht, dass er nur einen Weg für die Bekämpfung der Armut sehe: Strukturanpassung. Das heißt beim IWF: öffentliche Dienstleistungen zurückfahren, Lebensmittelsubventionen streichen, staatseigene Betriebe verkaufen. Wenn Schuldenerlass, dann nur teilweise und nur für die ganz armen Länder und an besonders strenge Auflagen geknüpft. Erst dann stelle sich wirtschaftlicher Erfolg ein, dann gebe es Wohlstand für alle.

Köhlers Tipp: Schnallt den Gürtel enger

Nach dieser einfachen Formel sind nahezu alle Projekte gestrickt, an denen Horst Köhler bisher mitgewirkt hat. Eine neoliberale Karriere: Seit 1990 ist er Staatssekretär unter dem konservativen Bundesfinanzminister Theo Waigel gewesen. In dieser Funktion war er deutscher Chefunterhändler in der Regierungskonferenz, die zum Maastricht-Vertrag über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit ihrem rigiden Euro-Stabilitätspakt führte; er bastelte mit an der finanzpolitischen "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten - andere nennen es Ausverkauf der DDR, dem heutigen Armenhaus Deutschlands. Er persönlich beriet den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl auf den G-7 Treffen in Houston 1990, in London 1991, in München 1992 und in Tokio 1993.

Sparen, Sparen, Sparen

Die Praxis hat seine Politik längst ad absurdum geführt. Besonders auch die Strukturanpassungspolitik des IWF. Während Horst Köhlers Amtszeit kollabierte sogar die Wirtschaft des IWF-Musterschülers Argentinien, einst das wohlhabendste Land in Südamerika. Nun, dank der Auflagen des IWF, ist es ausgesaugt von internationalen Bankenkonsortien und der nationalen Oberschicht. "Wegen der Krisen sind fünfzig bis sechzig Prozent der Bevölkerung verarmt", gab Köhler noch im vergangenen September zu und sagte gleich darauf: "Diesen Argentiniern klar zu machen, dass es unverzichtbar ist, den Gürtel noch enger zu schnallen, um die Krise zu bewältigen, ist eine große Herausforderung."

Als geschäftsführender Direktor des IWF war Horst Köhler stets an die Anweisungen der 24 Exekutivdirektoren gebunden, die vor allem die Interessen der USA, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Japans vertreten. Der Einfluss der 182 Mitgliedsstaaten im IWF bestimmt sich nämlich nach der Höhe ihrer finanziellen Einlagen. Horst Köhler hat seine Rolle als überzeugter Repräsentant dieser Gelddemokratie gut gespielt. Manchmal hat er zwar auch die reichen Nationen gemahnt, ihre Märkte für die Agrarprodukte aus armen

Ländern zu öffnen oder die Entwicklungshilfe zu erhöhen. Aber die Grundlagen des IWF und dessen Strukturanpassung hat er immer verteidigt - und damit den Ausverkauf der Länder der Dritten Welt zu Gunsten privater Kreditgeber und Unternehmen in Nordamerika, Europa und Japan.

Auch als neuer Bundespräsident hat Horst Köhler keine politischen Entscheidungskompetenzen. Aber eine ideologische Leitbildfunktion. Er wird seine internationalen Erfahrungen als Verfechter neoliberaler Politik auch im neuen Amt einbringen. Umstellen muss er sich nicht. Die Strukturanpassungsprogramme in Deutschland heißen Agenda 2010 oder Hartz-Gesetze und der Ausverkauf Öffentlicher Dienste heißt hier wie in der Dritten Welt ganz einfach Privatisierung. Schon unter Köhlers Vorsitz lobte der IWF ausdrücklich das soziale Kürzungsprogramm Agenda 2010. Doch damit nicht genug: Die Regierung Schröder sei gut beraten, so der IWF, nicht nur die Arbeitslosenhilfe, sondern auch das Arbeitslosengeld zu reduzieren und dieses maximal auf der Höhe der jetzigen Sozialhilfe einzufrieren. Für Horst Köhler ist die Agenda 2010 nur ein erster Schritt. Nach seiner Nominierung zum Bundespräsidenten sagte der Mann von Welt: "Wir kämpfen mit einem Wohlstandsphänomen. Behäbigkeit aber kann man sich in einem unglaublich schnellen globalen Wettbewerb schlecht leisten". Und der Globalisierung, das hat Köhler in seiner Antrittsrede noch mal betont, kann sich niemand entziehen. Wer das in Deutschland noch nicht verstanden hat, muss mit dem neuen Bundespräsidenten rechnen.

Gerhard Klas,

Rheinisches Journalistenbüro

6. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:07

Plattform der Nachdenklichen

Allzu oft führt die Unzufriedenheit mit "etablierten" linken Diskussions- und Arbeitszusammenhängen und ihren Borniertheiten zum Rückzug und Ausstieg und die AussteigerInnen sind meist solche, deren Beiträge besonders wertvoll wären. In und um Berlin haben solche Unzufriedene eine Initiative gebildet, die seit einigen Monaten das Internetmagazin debatte.info betreibt. Verantwortlicher Redakteur ist Karl Wild, ein westdeutscher DKP-Dissident, den es nach Potsdam verschlagen hat. Seine MitstreiterInnen sind West- und Ostlinke, die im Raum Berlin aufeinander treffen, manche mit SEW- und PDS-Hintergrund, andere unorganisiert. Unverkennbar eint die Beteiligten das Unbehagen an der Dumpfbackigkeit der alten DDR-Linken in PDS und DKP, die etwa in Friedensgruppen in der Region immer wieder durchschlägt. Der AutorInnenkreis der vorwiegend kurzen und thesenhaften Beiträge aus den Bereichen Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur ist bislang klein, zur Mitarbeit wird eingeladen. Das inhaltliche Profil entzieht sich gängigen Schubladen. Die "nationalbolschewistische" Linie von Leitartiklern der jungen Welt wird klar abgelehnt, ohne deshalb in antideutschen Radau zu verfallen. Ein deutliches Leitmotiv stellt die Frage des Stellenwerts der abendländischen Zivilisation im Kontext von Krieg und Frieden, Imperialismus und Antiimperialismus, Herrschaft und Emanzipation dar, wobei manche Beiträge mit etwas zivilisationschauvinistischer Schlagseite zur Kontroverse reizen. Der stets besonnene und reflektierte Duktus ermöglicht eine solche immerhin in einem anderen Stil als dem des bei alten und neuen Dogmatikern üblichen Maulheldentums - wer sich durch solches profiliert, bekommt allerdings die nötige Portion Polemik ab. Insofern stehen die Chancen nicht schlecht, dass debatte.info Bedeutung als interaktive und strömungsübergreifende Plattform der Nachdenklichen gewinnt.

www.debatte.info - "... zur Förderung des Verständnisses gesellschaftlicher Prozesse"

Romantische Liebe

Liebe und Kapitalismus befinden sich im Alltagsverständnis in Opposition. Romantische Liebe, ein Wert der Moderne, wird gegen die Härte und Entfremdung der kalten Arbeitswelt gesetzt und soll einen eigenständigen Bereich konturieren. Eva Illouz will in ihrer empirischen Untersuchung aufzeigen, dass erstens romantische Liebespraktiken in ein Set von Konsumakten eingebunden sind. In der Praxis des Rendezvous wird dies deutlich, da das Herstellen von Nähe mit dem Aufsuchen von Orten des Konsums - sei es das Restaurant, Kino oder eine Tanzveranstaltung - verbunden ist. In diesem Rahmen können hedonistische postmoderne Werte ausagiert und gleichzeitig die Kompatibilität des/der zukünftigen PartnerIn taxiert werden. Zweitens sind die Ausübungen von Liebespraktiken auch immer mit gesellschaftlichen Dispositionen verbunden. Über spezifische Konsumakte kann Distinktion vermittelt und können so Klassenverhältnisse aufrechterhalten werden. An dieser Stelle stellt sich die zweite zu untersuchende Frage, nämlich ob die Ausübung von Liebespraktiken an Klassenzugehörigkeiten gebunden ist. Die abschließende Antwort laute ja: Der (oberen) Mittelschicht ist es ein leichtes, dem romantischen Beziehungsideal zu entsprechen. Dispositionen des Mittelstandes funktionieren als idealisierte Messlatte für Liebeswerte wie Interesselosigkeit, Spontaneität und Kommunikation, welche die besonderen Momente der Intimität herstellen sollen. Die Fähigkeit zur Kommunikation und so die Zur-Schau-Stellung von kulturellem Kapital gerät zum Distinktionsmerkmal der romantischen Praxen. Kommunikation ist nicht der Interesselosigkeit verbunden, sondern verweist auf Prozesse der Selbsterkenntnis und so der Authentizität und Selbstverwirklichung, die sich unwidersprochen an ökonomischen Rationalitäten orientieren. Das Liebesideal wird so perpetuiert, da es sich an einer Kosten-Nutzen-Logik ausrichtet, auch wenn dies von den Beteiligten mühsam getarnt wird. An dieser Stelle kann zum Schluss das Märchen von der romantischen Frau geknackt werden - sie konnte sich den Luxus der romantischen Gesten erst im Rahmen der zunehmenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilnahme an Arbeit und Konsum erlauben. Romantische Liebespraxen bleiben somit an die Verfügbarkeit von Geld, Freizeit und die Ausstattung mit kulturellen Kompetenzen geknüpft, also hier an Klasse und Geschlecht, und konservieren diese Überschneidungen im gleichen Moment als Grenzüberschreitungen zwischen Kapitalismus und Liebe.

Eva Illouz: Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus. Vorwort von Axel Honneth; aus dem Englischen Andreas Wirthensohn, Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, Bd. 4, Campus Verlag, Frankfurt/M., 2003, 322 Seiten, 24,90 EUR

Historische Analysen

In Heft 1/2004 der Zeitschrift Sozial.Geschichte (ehemals 1999) versucht der Historiker Imanuel Geiss einen historischen Überblick über ",Ethnische Säuberungen`, Massaker und Genozid". Zu Recht betont er, dass auch Auschwitz, der historisch singuläre Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, mit anderen Massenverbrechen vergleichbar ist. Denn: "Vergleichen heißt nicht gleichsetzen, gar moralisierend-apologetisch aufrechnen (‚die anderen auch` oder ‚zuerst`), sondern muss im Strukturvergleich Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten." Die Möglichkeit der Eskalation der Gewalt von "ethnischen Säuberungen" über Massaker bis hin zum Völkermord sieht Geiss in der Struktur der Nationalstaaten und dem sie leitenden Ideal ethnischer, religiöser und sozialer Homogenität. Dagegen stellt Geiss als "buchstäblich lebensnotwendige Alternative ... die Anerkennung gleichberechtigter Heterogenität, da sie nun einmal die Regel in der Welt ist." - Im selben Heft ist auch ein Interview mit dem US-amerikanischen Soziologen Loïc Wacquant dokumentiert, in dem es um das US-Strafsystem in der Ära des Neoliberalismus geht. Derzeit sind 2,2 Mio. US-BürgerInnen inhaftiert, davon mehr als die Hälfte Schwarze; mit 600.000 Beschäftigten ist das Gefängnissystem zum größten Arbeitgeber der USA geworden. Allein die Gefängnisse Kaliforniens beschäftigen doppelt so viele Menschen wie Microsoft - eines von vielen Anzeichen für die Ablösung des Sozialstaates durch den "Strafvollzugsstaat" (État pénal). Um die Kosten der Masseninhaftierung zu senken, verfolgen die Behörden verschiedene Strategien, ohne dadurch den "alten Traum der herrschende Klasse, die Armen selbst für ihre (straforientierte) Versorgung zahlen zulassen", Realität werden zu lassen. Dennoch habe dieser "Wunschtraum ... lebenswirkliche Folgen. Sie sind Teil eines der destruktivsten Experimente des social engineering, das eine demokratische Gesellschaft jemals durchgeführt hat."

Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts Heft 1/2004. Zu beziehen über den Verlag www.peterlang.net, 129 Seiten, 13,30 EUR

7. Ein Heim- und ein Auswärtsspiel

Mit Raul Zelik in Venezuela und Süd-Korea - Eine Buchbesprechung

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:08

Mit einem Doppelschlag legt Raul Zelik innerhalb von drei Monaten seine Bücher Nummer fünf und sechs vor, die in so unterschiedlichen Ländern wie Korea und Venezuela spielen - hier als Roman, dort als politisch-

literarische Reportage.

Auch wenn Zelik in den 1980er Jahren mit Nicaragua noch ein Land im Aufbau miterlebte, so ist auch für ihn der derzeitige Prozess in Venezuela völlig neuartig. Zu Beginn seines siebenmonatigen Aufenthaltes (1) hält er fest: "Ich (hatte) die bolivarianische Revolution als ein pathetisch aufgeladenes republikanisches Projekt verbucht. Verspätetes Nation building. Mit einem Präsidenten, der in bisweilen fragwürdigen Bildern spricht. Aber mit jedem Tag, den ich hier bin, verstärkt sich das Gefühl, dass hier etwas in Bewegung geraten ist. Etwas völlig Unerwartetes. Jenseits der gängigen Kategorien von politischer Reform oder Revolution."

Einwenden möchte man, dass sich Präsident Chávez oftmals unverblümt äußert. So bezeichnete er etwa seinen außenpolitisch größten Widerpart, George W. Bush, ganz undiplomatisch als "Arschloch"; auch verkündete er kürzlich kategorisch: "Die neue Regierung ist entschlossen, mit den kapitalistischen Schemata zu brechen, die in unserem Land von einer Minderheit etabliert wurden, um sich besser bereichern zu können." (junge Welt, 16.4.04)

Das sind keine bloßen Phrasen, wenn man die derzeitige Entwicklung in dem Erdölstaat näher betrachtet. Da ist eine Regierung am Ruder, die nach mehr als dem "Feind unseres Feindes" aussieht. Ihr gegenüber bleibt die Sicht Zeliks verteidigend, aber nicht ohne Skepsis. Das ist gut so, gehört doch eine fundierte Staatskritik zu den Grundsätzen linker Politik. Im Mittelpunkt seiner Aufzeichnungen stehen denn auch die erstaunlichen sozialen Basisprozesse, ohne die die "bolivarianische Revolution" undenkbar wäre - und das nicht nur, weil es die Massenproteste der hauptsächlich armen Bevölkerung waren, die Chávez 2001 nur zwei Tage nach einem rechten Militärputsch wieder ins Amt verhalfen. Ein eigenartiges Verhältnis: "Compañero Hugo Chávez ... ein Caudillo, der ebenso von der Selbstorganisation der Bevölkerung hervorgebracht wurde, wie er diese mit in Gang gesetzt hat; der einem Prozess von unten im Weg steht und doch überhaupt erst möglich macht."

Verteidigend, aber nicht ohne Skepsis

Zelik lässt die Akteure des Prozesses meist selbst sprechen, ob es StraßenhändlerInnen oder ÖlarbeiterInnen sind, ob es um Stadtteilräte oder um einen alternativen Radiosender geht. Sein Blick auf die alltäglichen Ereignisse ist genau, reflektierend und unvoreingenommen. Die Perspektive zeugt von politischer Erfahrung, ohne verengt zu sein.

So gelingt es etwa Hausbesetzungen "Made in Venezuela" zu verstehen, bei denen Schablonen autonomer Kiezpolitik versagen: In Caracas geht es nicht um subkulturelle Freiräume, sondern um ein Dach überm Kopf. Die Äußerungen von zwei Besetzerinnen erscheinen symptomatisch für das Verhältnis zwischen sozialer Basis und der Regierung. Warum sie besetzt hätten: "Aus Notwendigkeit ... Aber auch weil wir uns ermutigt fühlten. Das hat uns Chávez beigebracht. Er hat uns gesagt, dass das eine Revolution ist, die uns unsere Würde zurückgeben wird. In der alle ein Recht auf eine Wohnung besitzen", erzählt eine 50-jährige Afrovenezolanerin. Und eine andere Frau fügt hinzu: "Er sagt, dass zu viele Gebäude in Staatsbesitz leer stünden. Dass wir Genossenschaften gründen und einfach in die Gebäude hineingehen sollen. Das haben wir gemacht. Jetzt wollen wir legalisiert werden." Neben dem enorm gewachsenen "Selbstbewusstsein der unsichtbar Gemachten" überrascht hier eine Regierung, "die zu nicht-legalen Aktionen gegen Staatsbesitz aufruft", die "die Dinge auf den Kopf stellt", wie Zelik treffend kommentiert.

Beobachtungen im politischen Kontext

Eine der Stärken des Buches ist es, anekdotenhafte Beobachtungen stets in einen politischen Kontext einzuordnen. So auch bei einem etwas skurrilen Projekt mitten in Caracas, wo ein Gemüsebeet angepflanzt wird, das 40 Tonnen Ernte abwerfen soll. Unwillkürlich denkt man an den Zynismus der herrschenden Strukturanpassung: "Nachdem die Landwirtschaft Lateinamerikas erst durch Wohlstandsversprechen,

Großgrundbesitz und Agrarindustrie kaputt gemacht wurde, erzählen internationale Entwicklungsagenturen den ehemaligen Bauern nun, ein bisschen individueller Lebensmittelanbau in der Stadt sei doch gar nicht schlecht", so Zelik. Doch hier spielt die "bolivarianische Revolution"; es geht um eigenständige Entwicklungswege, Autonomie der Bevölkerung, Partizipation. Es geht aber auch um "die prinzipielle Frage, wie eine linke Staatskritik aussehen kann, die der neoliberalen Entstaatlichung nicht das Wort redet".

Solche Fragen wirft der Autor nicht auf, um sie lehrmeisterhaft zu beantworten. Zu widersprüchlich ist die Realität in diesem Prozess, um schnell mit fertigen Urteilen aufzuwarten. Was tun etwa mit einem Vergewaltiger? Mit einem, der "das Viertel terrorisiert", dort, "wo keine Polizei hinkommt", wie die Leute berichten. Ihm wurde "eine Kugel verpasst". Zelik ruft skeptisch die Erfahrung aus dem kolumbianischen Medellin in Erinnerung, wo in den 1990er Jahren die Praxis der Selbstschutzmilizen zunehmend in Bandenkriege umschlug. Er weiß aber auch, dass sein ratloses Bekenntnis, gegen die Todesstrafe zu sein, nutzlos ist, und zwar für die BewohnerInnen des Viertels, für ihn selbst und für die/den LeserIn gleichermaßen.

Weitere Beobachtungen und Begegnungen ließen sich anführen - wie etwa die mit einem selbst organisierten Radiosender, für den die Anzahl der in das Projekt eingebundenen Leute wichtiger ist als die Anzahl der erreichten Leute. Dazu passt auch eine Erkenntnis, die Zelik an ganz anderer Stelle notiert: "Das Entscheidende ... ist nicht der Diskurs, das politische Reden, sondern ob es gelingt, das Zukunftsversprechen von Kollektivität für Momente in Handlungen zu verwandeln. Als Vorwegnahme des Möglichen." Zustimmung, angesichts postmoderner Diskurstheorie, die verkennt, dass es eben nicht darauf ankommt, die Welt nur verschieden zu interpretieren. Wer sich etwa mit Adorno schmückt und die Möglichkeit politischer Veränderung verneint, möge nach Venezuela blicken.

Am Schluss von made in venezuela bleibt neben dem politischen Erkenntnisgewinn auch das Gefühl, auf eine Reise mitgenommen worden zu sein. Was sicherlich nicht zuletzt an den literarischen Fähigkeiten des Autors liegt, die er auch in seinem ebenfalls kürzlich erschienenen Roman bastard auszuspielen vermochte.

Im Gegensatz zu Lateinamerika ist für Zelik Korea - auch hier schlagen sich teils Reiseerlebnisse nieder - ein Auswärtsspiel durch und durch. Neben vielem anderen ist es die Sprache, die für ihn fremd ist. Das macht es fraglos schwieriger, Begegnungen einzuordnen, die offensichtlich das Gefühl der Fremdheit - für den Roman regelrecht thematisch - hervorrufen. Wohl schon deshalb bot sich hierfür die literarische Verarbeitung die Gattung des Romans an.

Die Protagonistin Lee, Tochter einer Portugiesin und eines Koreaners, lebt mit ihren Eltern in dem irgendwie verhassten Deutschland. Auf der Suche nach ihren Wurzeln reist sie nach Südkorea, wo sich ihr Vater einst als linker Gewerkschafter einen fast mythenhaften Namen machte. Schon bald merkt sie, dass sie dort noch weniger zu Hause ist, versucht sich aber dennoch als Journalistin. Sie recherchiert in einem Fall, wo bei einem Kaufhauseinsturz 1997 rund 500 Menschen ums Leben kamen. Gewinner: eine mit dem Staat verfilzte Versicherungsfirma. Natürlich besteht der Filz auch nach dem Übergang von der (Entwicklungs-)Diktatur zur glückseligen Demokratie weiter - der Subtext "Kapitalismus geht über Leichen" ist unübersehbar -, und so ist Lee immer drauf und dran, sich an dem Fall die Finger zu verbrennen.

Subtext "Kapitalismus geht über Leichen"

In dem collagenhaften Roman sind gleich mehrere Themenstränge, ErzählerInnen, Erzählperspektiven und literarische Techniken miteinander verknüpft. Thematisch geht es nicht zuletzt um die (Un)Möglichkeit von unabhängigem, investigativem Journalismus im Rahmen bürgerlicher Medien. Lee ist unmittelbar konfrontiert mit dem Anpassungsdruck von Mainstreammedien - mögen sie noch so linksliberal-alternativ daherkommen - und sieht ihre Illusionen in dieselben nach und nach demontiert.

Ein weiteres Thema sind "Essstörungen": Lee leidet an dem Massenphänomen Bulimie. Ähnlich wie im Venezuelabuch wartet Zelik hier nicht mit einfachen Erklärungsmustern auf - klar wird aber, dass es für Lee irgendwie auch die ganzen Verhältnisse sind, die einen kotzen lassen. Dazu passt auch der sprichwörtlich ernüchternde Ton des Romans, immer eine Spur rotzig, sarkastisch. Ein Ton, der sich durch die verschiedenen Erzählperspektiven und -formen zieht und den mentalen Zustand der Charaktere widerspiegelt.

In der ersten Person ist Lee greifbar, sie agiert, lotet etwa "die Grenzen zwischen Unterwerfung und Aufbegehren, Selbsttäuschung und Hellsichtigkeit" aus. In der dritten Person dagegen tritt sie nahezu

subjektlos als Figur, Charakter, Person auf, womit das Thema der Fremdheit und Entfremdung unterstrichen wird: "Gelangweilt oder irritiert oder völlig mutlos läuft die Figur durch eine Stadt, die ihr fremd ist und immer fremder wird, um mit jemand Vertrautem zu sprechen, einer Stimme ... Der Blick der Figur oder völlig mutlosen Person - sie hat gekotzt, sie hat den ganzen Vormittag nichts als gefressen und gekotzt - gilt dem Telefon und dem Pieper, denn sie hat eine Nachricht an die Freundin abgesetzt: message, und erwartet eine Antwort, answer."

Entlarvendes jonglieren mit Klischees

Neben Lee kommen noch andere Akteure zu Wort, etwa Cem, der "Sauerlandkanake" aus Iserlohn. Durch ihn - und durch Lees Eltern - gelingt die Rückkopplung der Geschichte nach Deutschland. Im Gegensatz zum koreanischen Terrain ist dies die Spielwiese, die dem Autor vertraut ist, auf der er entlarvend mit Klischees jongliert. Moralisierungen liegen ihm fern, alle kriegen ihr Fett weg, so auch der Gutmenschen-Rassismus, und mit ihm Lees Mutter, eine der "blökenden Ausländermuttis, die im Supermarkt an der Kasse rumstotterten und mit ihren 1,20 Meter breiten Hüften die Straßenbahntüren blockierten"; aber auch "80 Millionen Hooligans" bzw. die "bekloppten Durchschnittsdeutschen", die den Namen "Lina" nicht wie "Rina" aussprechen können, wie es sich im Koreanischen gehört.

Zeliks Literatur überzeugt, weil sie auf den besserwisserisch-aufklärerischen Gestus und den erhobenen Zeigefinger verzichtet. Er erzählt Geschichten aus dem Leben - real oder fiktiv - und spiegelt sie an den politischen Verhältnissen, in einem Stil, der nicht agitatorisch ist - und der gerade dadurch vielleicht um so besser agitiert. Das gilt sowohl für made in venezuela als auch für bastard, zwei Bücher, die von der Stimmung her höchst unterschiedlich sind. Ein optimistischer, aufbauender Reisebericht steht einem eher pessimistischen, desillusionierenden Roman gegenüber. Hier eine Gesellschaft, die den Bruch mit einem längst überkommenem System wagt, in der die reale Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft aufflackert. Akteure, die durch kollektives Handeln zu Subjekten von Geschichte werden. Dort die facettenreiche Fratze des Kapitalismus, Schauplatz Tigerstaat. Individualisierte Akteure, die nicht im engeren Sinne politisch sind, die aber die realen Verhältnisse in jeder Hinsicht zum Kotzen finden - Bulimie als individuelle Form der Verweigerung. Negation, immerhin, denn "am Anfang war der Schrei", ließe sich mit John Holoway sagen.

Bleibt abzuwarten, ob Zelik noch dieses Jahr ein dritter Streich gelingt. "Lupenrein" ist zweifellos jeder Hattrick am schönsten.

Mario Tal

Anmerkung:

1) Mit dabei waren auch Sabine Bitter und Helmut Weber, die das Buch durch Fotos bereichern und die als Mitreisende ganz offensichtlich halfen, Zeliks Blick für Architektur und Stadtentwicklung zu schärfen.

Raul Zelik/Sabine Bitter/Helmut Weber: made in venezuela. Notizen zur "bolivarianischen Revolution", 2004, Assoziation A, 144 Seiten + XXXII Seiten,

13 Euro.

Raul Zelik: Bastard - Die Geschichte der Journalistin Lee, 2004, Assoziation A, 237 Seiten, 15 Euro.

8. Intelligente Bildkompressen gegen den "Blick Gottes"

Theweleits Plädoyer für Filmmontagen, die die Gedanken des Betrachters animieren

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:09

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, dass die Kunst des Fotografierens wenig mit Technik, dafür aber sehr viel mit der Fähigkeit zu einer besonderen Art des "Sehens" zu tun hat. Wie sieht das aber beim Film aus, bei dem der technische Aufwand ja eher zu- als abnimmt? Dieser Frage geht der Essayist Klaus Theweleit in seinem neuesten Buch Deutschlandfilme nach.

Um es vorweg zu sagen, der Buchtitel ist schlecht gewählt, handelt der Text doch überwiegend von den Regisseuren Godard, Hitchcock und Pasolini, wenn auch einige der besprochenen Filme in Deutschland spielen. Die zweite Hälfte des Buches erzählt auf 130 Seiten die Entstehung und Wirkungsgeschichte des Pasolini-Filmes Salo oder die 120 Tage von Sodom, der lange zensiert worden war, 2003 aber wieder in die Kinos kam. Dieser 1975 nach Pasolinis gewaltsamem Tod veröffentlichte Film beschreibt auf Grundlage eines De-Sade-Textes die sexualisierte Folterorgie dreier Großbürger am Ende der faschistischen Ära in Italien. Wenn auch sicher der Film und Theweleits Forschungsergebnisse auf die deutsche Gegenwart und Vergangenheit bezogen werden können, erscheint es doch etwas verbissen oder provinziell, dem Leser/der Leserin grausame Gewalt oder totalitaristische staatliche Verbrechen als essenziell "deutsches" Phänomen nahe zu legen.

Doch zurück zur Frage des Sehens und damit zum ersten Teil von Deutschlandfilme. Zwei Filme des französischen Regisseurs der Nouvelle Vague, Jean-Luc Godard, haben Klaus Theweleit veranlasst, eine Filmtheorie über den Bildaufbau und das Bilder-Erleben von Regisseur und Zuschauer aufzustellen: Alphaville aus dem Jahre 1965 und Allemagne Neuf Zero von 1991. Zunächst geht Theweleit kritisch auf die berühmte Szene aus The Birds von Alfred Hitchcock ein, in der Möwen wie angreifende Flugzeuge auf eine Szenerie herunterstoßen und Menschen panikartig vor einem Tankstellenbrand flüchten. Der Beobachterstandpunkt, und damit die Kamera, befindet sich direkt hinter den fliegenden Möwen. Er bewegt sich jedoch nicht und ist damit "realistisch" gar nicht möglich. An dieser als "Blick Gottes" bekannt gewordenen Szene hat Hitchcock mehrere Monate lang mit verschiedenem Filmmaterial, Gemälden und comicartigen Vorlagen gebastelt. Theweleit kritisiert eine solche Montagetechnik nun als reines Schaustück; heute könne jede/r mit einem entsprechenden Computer leicht solche Szenen zusammenbauen. Hitchcocks Bildmontage sei somit "vollkommen in der Computertechnologie aufgegangen".

Gegen diese spektakuläre Technik setzt Theweleit die Bildtechnik Godards, der verschiedene historische Perioden, Diskurse und Zitate zu einer schlicht mit der Kamera aufgenommenen Szene montiert. Theweleit glaubt, dass im Unterschied zu Hitchcock, die "Hirnmontagen" (also die Bilder, die der Regisseur im Kopf entwirft) bei Godard nicht in die Informationstechnologie übertragen werden können: "[Seine Montagen] denken Gedanken (oder rufen solche hervor), die der Computer weder denken noch zeigen kann, weil sie ein Sehen von Realitätsbruchstücken voraussetzen, die den Montageprozess erst auslösen."

Sehen und denken lernen

Am Beispiel einer Szene aus Allemagne Neuf Zero erläutert Theweleit diesen für ihn wegweisenden Godardschen Montageprozess. Der Film ist ein Agententhriller, in dem Eddie Constantine den ehemaligen West-Agenten Lemmy Caution spielt, der 1990 orientierungslos in der zusammenbrechenden DDR herumirrt. Auf einer ostdeutschen Landstraße entwirft Godard dann ein äußerst surreales Tableau. Es treffen zusammen: Lemmy, ein Trabant, der geschoben werden muss, eine Windmühle, ein riesiger Braunkohlebagger, Don Quijote auf einem Pferd, der den Trabant überholt, eine Seite aus Kafkas Das Schloss sowie der Schriftzug "Finis Germaniae - die Einsamkeit der Geschichte". Theweleit sieht in dieser "Zeitkompresse" von 15 Sekunden Dauer "ein Bild, das buchstäblich nicht zu sehen, aber da ist. Niemand hat die verschwundene DDR so gezeigt; und kein Computer kann ein solches Bild rechnen." Aus diesen Bildern sprängen im Kopf des "animierten Betrachters Gedanken", etwa eine historische Linie vom spanischen Imperialismus um 1610 über verschiedene Stationen bis zur Zeit des kalten Krieges.

Aus den Filmen Godards - im Text auch "Godardfilme" genannt - leitet Theweleit den Begriff der "Bildkompresse" ab. Eine solch intelligente Montagetechnik mit ihren "Verspieltheiten, Fallgruben und Fakes" stellt er als überlegenes Kino den technischen Kraftakten des "Überwältigungskinos, das uns momentan alle naselang aus den Kinosesseln haut" gegenüber.

In der Auseinandersetzung mit Godards Alphaville benutzt Theweleit seine Theorie von der Bildkompresse, um diesen Film als erhellende Bezugnahme auf Orson Welles Touch of Evil von 1958 zu beschreiben. Der als Science-Fiction-Film angelegte Krimi Alphaville bezöge sich permanent auf den in den 1950er Jahren der USA spielenden Krimi von Welles. Godard baut beispielsweise in Alphaville eine Szene aus Touch of Evil, die dort "Bedrohlichkeit" und "die psychopathisch-dämonischen Ordnungskräfte" zeigen soll, so nach, dass sie zwar ähnlich aufgebaut ist, aber hier eher an sterile Aufgeräumtheit erinnert. Theweleit nennt diese Zitiertechnik "Um-Visualisierung". Sinn dieser Montagetechnik sei es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem rauen Kriminellenmilieu in den US-Südstaaten und dem totalitären, technisierten Überwachungsstaat aufzuzeigen. In beiden Situationen werden Verbrechen begangen, im utopischen Technologie-Staat handelt es sich aber "um einen andern Kosmos des Verbrechens, in dem das Verbrechen nicht als Verbrechen sichtbar wird, sondern als Ordnung, Glätte, Sauberkeit".

Das eher wissenschaftlich ausgerichtete Buch Deutschlandfilme ist Ergebnis der Lehrtätigkeit Theweleits an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe. Die einzelnen Teile des Buches hängen kaum miteinander zusammen, doch trotz dieses etwas unfertig wirkenden Aufbaus sind die von Theweleit entwickelten Gedanken höchst anregend und lesenswert. Danach sieht man Filme anders. Und das ist sicher eine lohnende Anstrengung, denn wer sich beim "Sehen" keine Mühe gibt, landet irgendwann bei effekthascherischen Filmen, deren Aufgabe ja genau darin liegt, leicht konsumierbar zu sein.

Carl Mosel

Klaus Theweleit, "Deutschlandfilme. Godat.Hitchcock.Pasolini, Filmdenken & Gewalt", Stroemfeld/Roter Stern, 2003, 296 Seiten, 24 Euro

9. Italienisch-deutscher Dialog

Die Partei der Europäischen Linken stellt sich vor

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:10

Der große Saal des Frankfurter DGB-Hauses war gut gefüllt, als sich am 6. Juni die vier Wochen zuvor in Rom gegründete Partei der Europäischen Linken (EL) in einer Veranstaltung mit ihrem Vorsitzenden Fausto Bertinotti, zugleich Generalsekretär der italienischen Rifondazione Comunista, und dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky vorstellte.

Der elektrisierenden Ausstrahlung Bertinottis kann sich kaum jemand entziehen. So war der Applaus lebhaft, als Bertinotti der neuen europäischen Partei das ehrgeizige Ziel setzte, das alte und das neue Proletariat zusammenzuführen zu einer Bewegung zur Transformation der kapitalistischen Gesellschaft. Demgegenüber fielen Biskys Akzentsetzungen erwartungsgemäß pragmatischer aus. Als besondere Aufgabe der PDS in der EL bezeichnete er ihr Wirken als Brückenkopf nach Osteuropa.

In der Diskussion wurde das Thema der Regierungsbeteiligungen der PDS und demnächst voraussichtlich auch von Rifondazione aufgeworfen. Bertinotti schilderte ausführlich die Situation in Italien und erklärte, es bestehe nicht die Möglichkeit, abstrakt für oder gegen eine Regierungsbeteiligung zu sein. Wenn Rifondazione sich einer neuen Mitte-links-Koalition verweigere, werde voraussichtlich Berlusconi an der Macht bleiben, und Rifondazione werde dafür von der Bevölkerung gestraft. Besonders begeistert applaudierte im Saal der ehemalige stellvertretende PDS-Vorsitzende Diether Dehm. Zweifellos hat Bertinotti sachlich Recht, aber für ihn ist Regierungsbeteiligung weniger ein erstrebenswertes Ziel als ein zoccolo duro, ein "harter Holzschuh". Als Prüfstein für den Sinn des Mitregierens bezeichnete er nicht die Ergebnisse, sondern die Frage, ob es soziale Bewegungen stärkt oder schwächt. Demgegenüber zeigte Bisky sich verärgert darüber, dass in Berlin im Umfeld von attac der Sturz des rot-roten Senats via Volksbegehren angestrebt wird.

Mitregieren - aber mit welchem Ziel?

Die Unterschiede des Verhältnisses von Partei und Bewegungen in Ländern wie Italien und Deutschland sind Teil der Ungleichzeitigkeiten, der verschiedenen politischen Kulturen und historischen Entwicklungslinien in Europa, die breiten Raum in einer anschließenden Diskussion im kleineren Kreis im Club Voltaire einnahmen. Jörg Prelle vom Rosa-Luxemburg-Forum gab in seinem Eingangsstatement zu erkennen, wo die PDS der Schuh drückt: Viele Linke in Deutschland erklären, sie würden gerne EL wählen, nicht aber die PDS.

Im Rahmen einer experimentellen Übergangsregelung gestattet das Statut der EL auch individuelle Mitgliedschaften in der europäischen Partei, wenn die Mitgliedspartei im jeweiligen Land das akzeptiert. Die PDS tut es und strebt den Aufbau von EL-Initiativen unter Beteiligung von Nicht-PDS-Mitgliedern an. Das programmatische Manifest der EL ist unter der Federführung von VertreterInnen der am weitesten links stehenden "bewegungsintensivsten" unter den großen Mitgliedsparteien, Rifondazione und Synaspismos aus Griechenland, entstanden und trägt eine erkennbar "südländische" Handschrift. In Deutschland gibt es eine "heimatlose" Linke, die mit der Radikalität von Kampferfahrungen aus jenen "schwachen Kettengliedern" des europäischen Kapitalismus sympathisiert, ohne dafür hier zu Lande eine Massenbasis zu haben. Diese wird sie zwar in EL-Strukturen nicht finden, im günstigsten Falle aber die Chance, Reflexionsräume zu besetzen.

Man kann einen Hund nicht dafür kritisieren, dass er kein Wellensittich ist, und man kann die PDS nicht dafür kritisieren, dass sie sich nicht wie Rifondazione auf Traditionen einer autonomen ArbeiterInnenbewegung oder auf gegenwärtige "ungehorsame" Kämpfe von Prekarisierten stützen kann, weil diese Erfahrungen in Deutschland nicht existieren. Das Kernproblem der Europäischen Linken stellt die Europäisierung von Kampfformen dar, und die Frage ist, ob die PDS als eine Partei, die bislang hauptsächlich auf ihr "Ankommen" in der parlamentarischen Demokratie der BRD bedacht war, bereit ist, sich in eine andere Richtung zu öffnen. Nichts in ihrer Entwicklung deutet derzeit substanziell darauf hin. Im italienisch-deutschen Dialog einigte man sich auf die Anerkennung der Vielfalt - mit der das offen im Raum stehende Problem der Neuformierung einer "antagonistischen" Linken in Deutschland freilich nicht gelöst wird.

Geborgte Radikalität nützt nichts

Die mit der Entstehung der EL verbundenen Erwartungen sind allenthalben hoch. Wird die Europäisierung linker Strategien, die als Antwort auf die von den konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien durchlaufene europaweite Homogenisierung unter neoliberalen Vorzeichen dringend geboten ist, zu einer neuen Qualität führen? Oder zu einer Nivellierung? Oder bloß dazu, dass Superstar Bertinotti als Radikaler und Realpolitiker den RealpolitikerInnen als Aushängeschild dient, bei denen es mit der Radikalität nicht so weit her ist? Eine Mogelpackung mit aus südlichen Regionen nur folkloristisch geborgter Radikalität wird aber nicht einmal die sich an jeden Strohhalm klammernde deutsche Linke akzeptieren.

Henning Böke

10. Perspektiven und Signale

Gewerkschaften und Soziale Bewegungen beraten gemeinsam

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:11

Rund 2.000 Menschen trafen sich vom 14. bis 16. Mai in den Räumen der Technischen Universität in Berlin zu einem Perspektivenkongress. Nach den Großdemonstrationen vom 1. November 2003 und 3. April 2004 wollte man sich über weitere Perspektiven der Proteste gegen die Agenda 2010 und gegen die Polarisierung in der Gesellschaft austauschen und Verabredungen für die zukünftige Zusammenarbeit treffen. Mögliche Alternativen zur Markt- und Wettbewerbsideologie sollten gefunden werden. Manche wollten mehr.

Von gewerkschaftlicher Seite gehörten neben ver.di noch die IG Metall und die IG BAU zum Vorbereitungskreis des Kongresses. Der Trägerkreis umfasste rund 70 weitere Organisationen von attac über medico international bis zum Sozialverband Deutschland, kirchlichen Gruppen Umweltorganisationen und Erwerbsloseninitiativen. Allein die Zusammensetzung des Kreises wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen.

Der Kongress stellte den ersten größeren Versuch dar, FunktionärInnen der mittleren und Führungsebene von Gewerkschaften mit ebensolchen der beteiligten Organisationen sowie mit AktivistInnen der sozialen Bewegungen ins Gespräch zu bringen. Ein Versuch, der nicht wichtig genug eingeschätzt werden kann; geht es den beteiligten Gewerkschaften doch darum, strategische Antworten auf den historischen Bruch der Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften zu finden. Dabei sollte man sich nicht der Hoffnung hingeben, dass dieses Vorgehen der Vorsitzenden Bsirske (ver.di), Peters (IG Metall), Wiesehügel (IG BAU) in ihren Organisationen unumstritten ist. Es gibt dort vielmehr relevante Kräfte, die eine Öffnung hin zu den Sozialen Bewegungen und ihren Themen für absolut schädlich halten; statt dessen wollen sie den "Modernisierungskurs" konsequent mitgehen und die Rolle als Ordnungsfaktor im Kapitalismus oder als "ideologischer Staatsapparat" (Althusser) voll ausfüllen.

Radikaler Reformismus ...

Dieser Strategiekonflikt innerhalb der beteiligten Gewerkschaften ist ebenso offensichtlich wie die Offenheit in Teilen des Funktionärskörpers, andere Antworten als die (neo-)sozialdemokratischen zu finden, neue Wege zu ihrer Durchsetzung zu beschreiten und bislang links liegen gelassene Kräfte zur Zusammenarbeit einzuladen. Dieses Angebot erweitert die Handlungsmöglichkeiten linker Politik. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auch wenn es kaum möglich ist, die Debatten in rund 130 Workshops auf einen Nenner zu bringen - die Gemeinsamkeit bestand vor allem in der Ablehnung der herrschenden Politik der "rotgrüngelbschwarzen neoliberalen Einheitspartei" bzw. im Willen, der "neoliberalen Konterrevolution" (Bsirske) Alternativen entgegenzusetzen. Bei den Inhalten gibt es jedoch erhebliche Differenzen, die Roland Roth (Fachhochschule Magdeburg) in der Abschlussdiskussion mit folgender Frage auf den Punkt brachte: Geht es in Zukunft um die Verteidigung des Sozialstaates oder um einen radikalen Reformismus, also um Alternativen, "die z.B. weniger herrschaftlich-bürokratisch und erwerbsarbeitszentriert sind?" (1)

Die Spannbreite der offenen Fragen spiegelte sich, so Roth, auch in der Vielfalt der Workshop-Themen wider. "Sie reicht von einer Verständigung über den Umgang mit dem neuen Arbeitslosengeld II am 1.1.2005 bis zur Institutionalisierung transnationaler sozialer Rechte, die einen weitgehenden Umbau der bestehenden Weltwirtschaftsordnung voraussetzt, will man auch nur das Versprechen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 und der dort garantierten sozialen Rechte einlösen. Eine Kampagne gegen die Steuerflucht oder ein politisch und ethisch motivierter Boykott von Markenfirmen setzen eine geringere Veränderungstiefe voraus als die Forderung nach einem auskömmlichen bedingungslosen Existenzgeld für jede und jeden oder einer grundlegenden Neubewertung der verschiedenen Formen gesellschaftlicher Arbeit, die schon aus ökologischen und aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit so bedeutsam ist."

... oder zurück zum Sozialstaat?

Die vorherrschende Position, da sollte man sich keine Illusionen machen, war jedoch der national- und sozialstaatlich gezähmte Nachkriegskapitalismus, wie er in den vom verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske auf dem

Abschlusspodium formulierten konkreten Arbeitsschwerpunkten der nahen Zukunft Gestalt annahm: Vorgeschlagen wurden Aktivitäten für eine Erhöhung der Steuern für Vermögende und die Stärkung der kommunalen Finanzsituation; die Verhinderung von Arbeitszeitverlängerungen; Streichung der Zumutbarkeitsregelungen für Erwerbslose und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und Grundeinkommens; den Aufbau eines Sozialforums in 2005. Dazu soll ein erstes Vorbereitungstreffen am 17./18. Juli in Frankfurt/Main stattfinden. Die IG Metall hat, wie von Peters auf dem Kongress angekündigt, am 1. Juni ein "Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik" mit einer ähnlichen Stoßrichtung gestartet. (2)

Bei aller Begrenztheit der Maßnahmen und Forderungen war der Perspektivenkongress keine Alibiveranstaltung, sondern Teil einer Kette von Aktivitäten im innergewerkschaftlichen Transformationsprozess, an deren Ende durchaus ein neuer "historischer Block" aus Sozialen Bewegungen und re-mobilisierter Gewerkschaftsbewegung stehen kann. Dies vorschnell als Formierung eines neo-sozialdemokratischen Blocks abzutun, hieße die Möglichkeiten linker und linksradikaler Intervention auszuschlagen. Denn der Kongress war nicht nur ein deutliches Signal an die politisch Verantwortlichen; er hatte auch die Funktion, Signale an Kräfte außerhalb der Gewerkschaften, vor allem aber in die Gewerkschaftsapparate selbst, zu senden.

Georg Wißmeier

Anmerkungen:

1) Unter dem Titel: "Alternativen, für die es sich zu streiten lohnt" sind die vollständigen Thesen von Roland Roth im labournet zu lesen unter: http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/alternativen.pdf

2) www.arbeitnehmerbegehren.de oder über www.igmetall.de

11. Verdichtung oder Wahrheit?

Ein Buch über "postfordistische Naturverhältnisse" und internationale Regulation

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:12

Das Buch "Postfordistische Naturverhältnisse" von Ulrich Brand und Christoph Görg stellt den Versuch dar, die globalen Konflikte um die genetischen Ressourcen und die Internationalisierung des Staates im Postfordismus zu fassen. Es ist aus einem Forschungszusammenhang hervorgegangen, an dem außerdem Karin Blank, Joachim Hirsch und Markus Wissen beteiligt waren. Mit dem Buch wollen die Autoren eine Perspektive eröffnen, welche die übliche Unterscheidung zwischen ökologischen und sozialen Problemen auf der einen und Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf der anderen Seite überwindet. Gleichzeitig geht es um die Frage, inwieweit lokale Akteure auf internationale Konfliktterrains Einfluss haben.

In der Studie werden die Umweltkonflikte in einem komplexen Macht- und Interessenfeld verortet und anhand des Konzepts der "gesellschaftlichen Naturverhältnisse" konkretisiert und differenziert. Bezugnehmend auf Gramsci und Poulantzas beschreiben die Autoren ein Konfliktfeld, in dem Nationalstaaten wie subalterne lokale Gruppen, NGOs wie Transnationale Konzerne, WTO (Welthandelsorganisation) und WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum) um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. Hierbei werden die unterschiedlichen Ressourcen der einzelnen Akteure gesehen und dennoch die Bedeutung auch von marginalisierten Positionen und Akteuren herausgearbeitet.

Anhand der Regulationstheorie werden die verschiedenen Konfliktterrains analysiert und miteinander verbunden. Der Begriff der Regulation meint hierbei, dass die kapitalistische Gesellschaft infolge der ihr innewohnenden Widersprüche kein steuerndes Zentrum haben kann. Vielmehr finden permanente Auseinandersetzungen zwischen widerstreitenden Akteuren statt. Diese Auseinandersetzungen können zu dauerhaften Kompromissen führen, welche sich in spezifischen Institutionensystemen manifestieren und so eine gewisse Bestandsfähigkeit ermöglichen.

Durch die Herausbildung spezifischer Regulationsweisen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene breitet sich ein transnationales Konfliktfeld aus, in dem sich der Kampf um die Hegemonie bestimmter Interessen abspielt. Nationalstaaten werden hierbei als Verdichtung spezifischer nationaler Kräfteverhältnisse gesehen und agieren im internationalen Rahmen wiederum als Akteure, wodurch es zu einer "Verdichtung zweiter Ordnung" kommt. Hierbei stellen einzelne Staaten allerdings immer weniger die dominanten Steuerungszentren von Ökonomie und Gesellschaft dar, sondern treten als Moderatoren auf, die die verschiedenen Interessen und Akteure miteinander in Beziehung setzen. Dabei werden staatliche Gestaltungsmöglichkeiten ökonomischen Vorgaben untergeordnet; postfordistische Politik handelt immer stärker nach vermeintlichen Sachzwängen.

Supermarkt der Life Sciences Industrie

Insgesamt verbindet sich im Postfordismus eine Vergrößerung der Ausbeutungsrate mit einem neuen Schub der Unterwerfung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter den kapitalistischen Verwertungsprozess. Es geht um die globale Durchsetzung des Inwertsetzungsparadigmas, welches durch geistige Eigentumsrechte (Patente, Copyright, Sortenschutz) unterstützt und vorangetrieben wird. Bei der Durchsetzung dieser - oft internationalen - Rechte spielen die Nationalstaaten als Inhaber des "Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit" eine zentrale Rolle. Der Prozess der Globalisierung und die von den Autoren bezeichneten Prozesse der "Internationalisierung des Staates" bedeuten also nicht das Wegfallen regionaler, nationaler oder lokaler Ebenen, sondern deren Neuanordnung.

Das Konfliktfeld wird anhand verschiedener Fallstudien konkretisiert. Die "Regulation der Biodiversität" zeichnet sich dadurch aus, dass sich hier globale Umwelt- und Verteilungskonflikte überlagern. Am Fall von Chiapas zeigen die Autoren die Durchdringung der verschiedenen Ebenen auf. Hier treffen die nationalen Inwertsetzungsstrategien von Wissen und genetischen Ressourcen des mexikanischen Staates und die Interessen der Life Sciences Industrien auf den lokalen Widerstand der indigenen Bevölkerung. Am Beispiel des Internationalen Saatgutvertrags, der die Patentierung bestimmter Kulturpflanzen verbieten sollte, wird gezeigt, wie Strategien, die sich gegen die fortschreitende Privatisierung von genetischen Ressourcen richten, vereinnahmt und überformt werden. Nicht nur ist heute der Schutz vor Patenten auch im Rahmen des

Internationalen Saatgutvertrags fraglich. Dieser scheint sich im Gegenteil durch die Bereitstellung von genetischen Ressourcen zu einem "Supermarkt" für die Life Sciences Industrien zu entwickeln.

Am Beispiel der Verhandlungen innerhalb der WTO und zwischen verschiedenen Vertragswerken wird aufgezeigt, dass dominante Akteure, wie die EU oder die USA, die internationalen Abkommen im Sinne eines "shop around" nutzen. Wird innerhalb eines Konfliktfeldes die Hegemonie bestimmter Interessen gefährdet, wenden sich diese Akteure anderen Abkommen zu, bei denen sie hoffen, ihre Interessen besser durchsetzen zu können.

Die Stärke des Buches liegt u.a. im Versuch, lokale und globale Prozesse zusammen zu denken. Besonders am Beispiel des Widerstands in Chiapas ist dies gut erkennbar. Leider wird die Bedeutung von lokalen Akteuren an anderen Stellen weniger berücksichtigt. Der Anspruch der Autoren, konkret zu untersuchen, inwieweit internationale Konfliktterrains und globale Strategien auch von "unten" nach "oben" beeinflusst werden, wurde nur partiell eingelöst. Hier hätte der Fokus stärker auf den lokalen Akteuren und Kämpfen liegen können.

Insgesamt ist das Buch gut lesbar und verständlich geschrieben. Zum Teil handelt es sich um sehr spezielle Diskussionen, die für "Themen-Neulinge" eine Herausforderung darstellen können. Wer diese jedoch annimmt, wird mit einem sehr spannenden und anregenden Buch belohnt!

Joscha Wullweber

Ulrich Brand, Christoph Görg (Hrsg.): Postfordistische Naturverhältnisse, Westfälisches Dampfboot, Münster, 2003, 262 Seiten, 24,80 Euro

12. Prekäres Leben - prekäre Kämpfe

Zur Normalität des Prekären und den Ambivalenzen des Widerstands

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:13

Bereits 1998 Jahre hat die Hamburger Gruppe Blauer Montag von der "Normalität der Prekarität" gesprochen (vgl. ak 418, 419). In ihrer aktuellen Auseinandersetzung mit Karl Heinz Roth wird diese These aktualisiert. Gleichzeitig wird davor gewarnt, vorschnell von einer Ausweitung der Prekarität auf eine politische Vereinheitlichung unterschiedlicher Kämpfe und Kampferfahrungen zu schließen. Der folgende Artikel ist somit sowohl ein Beitrag zur Prekarisierungsdiskussion wie auch zur Auseinandersetzung mit Karl Heinz Roths "Perspektiven"-Papier.

Karl Heinz Roth hat kürzlich einen Text veröffentlicht (ak 482, junge Welt), der offensichtlich breiter, d.h. auch über das enge linksradikale Spektrum hinaus diskutiert wird. Mit dem folgenden Beitrag wollen wir uns in diese Diskussion einmischen, wobei wir uns auf einige wenige Aspekte konzentrieren, die alle um den Begriff der Prekarität kreisen.

Wenn wir das richtig sehen, so knüpft Roth in dem Text an seine alte These von der "Wiederkehr der Proletarität" an, wenn er von einer globalen Tendenz zur Polarisierung und "Re-Proletarisierung" spricht. In den letzten zehn Jahren ist diese These in einer Hinsicht durchaus bestätigt worden. Die Unsicherheit der proletarischen Existenz- und Reproduktionsbedingungen, die um sich greifende Selbstverwertung usw. sind in der Tat weltweite Phänomene. Schon vor Jahren, etwa in Diskussionen mit urugayischen Betriebs- und Gewerkschaftsmilitanten über Lean Production, Just-in-time, Auslagerungen, befristete Arbeitsverträge, (Schein-) Selbstständigkeit etc. hatten wir festgestellt, wie ähnlich die Realitäten und Erfahrungen in dieser Beziehung sein können. Jetzt, wo der Angriff auf die sozialstaatlich regulierten Reproduktionsbedingungen auch in allen Teilen der Metropolen durchschlägt, gewinnt die These zusätzliche Aktualität. Jedoch besagen die von Roth beschriebenen Tendenzen erst einmal noch nichts in Bezug auf die subjektive Verarbeitung von Erfahrungen bzw. über die Kämpfe. Auch hier eine Vereinheitlichung und Bezugnahme anzunehmen, ist zumindest erst einmal voreilig.

Rückkehr der "gefährlichen Klassen"?

Bei Roth sind Prekarisierung und Verarmung eng miteinander verbunden; so eng, dass ihm manchmal die Trennschärfe abhanden kommt. Während im 19. Jahrhundert die "gefährlichen Klassen" in Fabrikproletariat und Massenarmut/ "LumpenproletarierInnen" aufgespalten worden seien, komme es heute zu einer "Wiedervereinheitlichung von ArbeiterInnen und Armutsbevölkerung", die "gefährlichen Klassen" kehren als (prekär arbeitende) Massenarmut zurück. Roth verwendet den Begriff der Prekarität hier im Sinne einer Gleichsetzung von Prekarität und Verarmung. Diese Gleichsetzung halten wir für ausgesprochen problematisch.

Prekarisierung findet im Weltmaßstab nicht zufällig in unterschiedlichen Formen und mit höchst unterschiedlichen Auswirkungen statt. Es wäre falsch, davon zu sprechen, dass eine weltweite Angleichung von Lebenswirklichkeiten bereits existiert. Einerseits gibt es Tendenzen, die eine Bezugnahme zwischen Kämpfen vereinfachen, die ansonsten nur im nationalen Maßstab wahrgenommen werden. Dem stehen andererseits aber auch Mechanismen entgegen, die solidarisches Handeln gerade behindern. Bei der Frage, wie Prekarisierung organisiert wird, ist der Nationalstaat nach wie vor ein entscheidender Faktor, und zwar einer, der die "Übersetzung" von Erfahrungen im weltweiten Maßstab erschwert. Aber selbst, wenn mensch diese Schwierigkeiten ignoriert - die Ursachen wie auch die Resultate der Prekarisierung bleiben zwiespältig. Dies wollen wir im Folgenden genauer ausführen.

Im Gegensatz zu Roth vertreten wir die Auffassung, dass das Bedeutsame an der Prekarisierung zunächst einmal in der allgemeinen Verunsicherung und Flexibilisierung der Reproduktionsbedingungen besteht. (1) In diesem Sinne ist es in der Tat richtig, dass Unsicherheit und die prekäre Existenz auch in der Bundesrepublik inzwischen zum Normalarbeitsverhältnis aller Lohnabhängigen geworden ist und zwar nicht nur in dem Sinne, dass sich "klassisch prekäre" Arbeitsverhältnisse ausweiten. Vielmehr verschwimmt auch der Gegensatz zwischen "Rändern" und "Kernen": Die Prekarität hat Einzug gehalten in regulierte, tarifierte

Beschäftigungsverhältnisse, in die Tarife selbst (Öffnungsklauseln, Betriebsorientierung, Tarife vs. Arbeitsrealität usw.), in die ganz normalen Betriebe und Büros.

Dabei sind prekäre Arbeitsverhältnisse keineswegs identisch mit Billiglohnjobs. Sowohl das neue Angestellten- wie auch das Selbstständigenmilieu bieten genug Beispiele für sehr gut bezahlte Arbeit, die aber nichtsdestotrotz unter teilweise extrem prekären Bedingungen geleistet wird. Gerade die (neue) Selbstständigkeit macht das besonders deutlich: Hier tummeln sich Ich-AgentInnen, FreiberuflerInnen, ArbeitskraftunternehmerInnen und Scheinselbstständige aller Art. Die Verdienste sind extrem unterschiedlich, und dennoch hängt die eigene Existenz bei allen immer am seidenen Faden des nächsten Auftrags.

Prekarität als Normalarbeitsverhältnis

Mit seiner Gleichsetzung von Prekarität und Verarmung betont Roth die Vereinheitlichungstendenzen zu einer "neuen Massenarmut", wobei er zumindest nahe legt, dass aus der "objektiven" Vereinheitlichung auch eine subjektive folgt. Allerdings wird diese Tendenz eher behauptet, als z.B. mit realen Kampferfahrungen begründet. Zwar ist es sicherlich richtig, dass die Prekarität als neue proletarische Normalität auch eine stärkere Durchlässigkeit unterschiedlicher Erfahrungen ermöglicht. Zunehmend finden sich die unterschiedlichsten Lebens- und Reproduktionsverhältnisse innerhalb einer einzigen Biografie wieder, und sicherlich eröffnet die sinnliche Erfahrung von prinzipiell unsicheren Lebensumständen potenziell Türen zu proletarischen Lebenswirklichkeiten, die früher streng von einander getrennt waren. Aber es scheint uns höchst fragwürdig anzunehmen, dass aus solchen Erfahrungen notwendigerweise gelernt würde. Es wäre im Gegenteil fahrlässig, wenn man in den prekären Lebensweisen nicht auch ein enorm gesteigertes Potenzial für eine neue Hierarchisierung sehen würde.

Vieles spricht dafür, dass die Abgrenzungen nach geschlechtlichen, ethnischen oder nationalen Zuschreibungen genauso zugenommen haben wie Ausgrenzungen von "Unnützen", "Faulenzern" etc. Aufflammende Rassismen und Nationalismen finden in der Prekarität genauso ihre materielle Basis wie rechtspopulistische oder sozialdarwinistisch-utilitaristische Antworten. Der Erfolg der Schillpartei in Hamburg oder die Debatte um die so genannte "Generationengerechtigkeit" (die ja nicht nur eine Sommerlochdebatte der Politischen Klasse war) sind dafür Beispiele. Ob die Durchlässigkeit von Erfahrungen, die die Prekarität mit sich bringt, als Chance zu einer (politischen) Vereinheitlichung genutzt wird oder eher die unterschiedlichsten Abwehr- und Abgrenzungsmechanismen hervorruft, lässt sich nicht am Schreibtisch klären. Das ist eine Frage, wer wie und mit wem welche praktischen Auseinandersetzungen führt. Zu rechnen ist dabei jedenfalls mit einem Alltagsbewusstsein, das voller Widersprüche ist - und die Verunsicherung der Lebensumstände, die (vorgestellte oder tatsächliche) Drohung mit dem Zerfall der Existenz ist nicht per se ein Faktor, der emanzipatorisches Denken und Handeln fördert.

Für Roth ist Prekarität nicht nur identisch mit Massenarmut. Sie ist bei ihm auch das Ergebnis eines Herrschaftsprojekts. Nun ist sie das einerseits sicher, nämlich die Antwort von oben auf die Rigiditäten und Blockaden, die die Klassenauseinandersetzungen der Vergangenheit produziert und hinterlassen haben. Doch dies ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Dieses Projekt konnte und kann nämlich durchaus an eine "Prekarität von unten" anknüpfen bzw. diese umdrehen. Es ist wichtig zu betonen, dass "Individualisierung" keine neoliberale Erfindung ist, sondern auch im Mittelpunkt der antiautoritären Massenbewegungen seit den späten 1960er Jahren stand. Prekarität ist insofern auch ein - obzwar sehr vermitteltes - Resultat des Hasses auf (und des Protestes gegen) das Fließband, gegen Anstalten wie die Fabrik, die Armee, die Schule u.s.w. "Prekarität von unten" war (und ist) Ausdruck eines Massenbedürfnisses gegen die tradierten Arbeits- und Kontrollmechanismen des so genannten Fordismus. Wer die Bedürfnisse von unten, die sich auch in der momentanen Prekarisierungswelle wieder finden, ignoriert, der kann die Wirksamkeit der Prekarisierung als Herrschaftsprojekt eigentlich nur in Repression oder Manipulation verorten. So wichtig Repression und Medieneinfluss sein mag: Beides erklärt nicht, warum trotz aller Brüche, Proteste und Unzufriedenheiten wesentliche Aspekte der Agenda 2010 in der BRD durchaus akzeptiert werden. Und beides reicht auch nicht aus für die Orientierung konkreter Widerstandsperspektiven.

Prekarität von oben - Prekariät von unten

Eine gesellschaftliche Perspektive müsste die Bedürfnisse, die sich auch in der Prekarität in Bezug auf Produktion und Reproduktion artikulieren, mit aufgreifen. Wir bestreiten nicht, dass "Selbstständigkeit",

"Autonomie der Arbeit" und ähnliche Ideologeme genauso ihren Glanz verloren haben wie der Hype um die coolen Internet-DesignerInnen. Die "selbstbestimmte Prekarität" ist zunehmend mit einem "Realitätsschock" konfrontiert: Firmenzusammenbrüche, gescheiterte Ich-AgentInnen, offene Repression von Seiten der Sozial- und Arbeitsämter, erbärmlich wenig Geld - das sind Realitäten, die zunehmend weniger ignoriert werden können und auch zunehmend weniger ignoriert werden.

Aber auch hier sind für uns die subjektiven Verarbeitungsformen erst einmal offen. Rebellion und Subversion sind genauso möglich wie alle Formen der freiwilligen Unterwerfung bis hin zu psychosomatischen Erkrankungen und Selbstdenunziation. Schließlich ist es die zentrale Botschaft des neoliberalen Autoritarismus, dass jedeR seines/ihres Glückes Schmied ist und dass soziale Risiken in erster Linie das Ergebnis individueller Defizite oder individuellen Versagens sind. In diesem Zusammenhang kann durchaus von einer "Kolonisierung der Köpfe" durch Marktlogiken gesprochen werden. (2) Die innergewerkschaftliche Debatte um den "Unternehmer im eigenen Kopf" drückt das genauso aus wie die gesellschaftlichen Leitbilder vom "Arbeitskraftunternehmer".

Wenn Karl Heinz Roth in seiner Auseinandersetzung mit den Medien von einem "Zugriff auf die Mentalitäten" bzw. von einer "enormen Verkürzung" der Zeiten für Mentalitätsänderungen spricht, so deutet das in dieselbe Richtung. Dies bedeutet aber auch, dass es für eine linke Widerstandsperspektive existenziell entscheidend sein wird, ob sie in der Lage ist, in die "gesellschaftlichen Basisprozesse von Produktion und Reproduktion zu intervenieren" (3) und andere subjektive Verarbeitungsweisen von Prekarität, Verarmung und Entrechtung möglich zu machen. Wenn man das aber ernsthaft durchdenkt, setzt das eine linke Alltagspräsenz und linkes Alltagsverhalten voraus, das heute praktisch völlig verschwunden ist: in den Betrieben und Büros, in den Stadtteilen, in den Mietshäusern, den Kindergärten, den Sozial- und Arbeitsämtern etc. etc. Wir verstehen manche von Karl Heinz Roths konkreten Projektvorschlägen genau in diesem Sinne.

In diesem Zusammenhang wäre es sicher lohnend, erneut über die Organisierungs- und Kampferfahrung z.B. der sozialrevolutionären Jobber- und Erwerbsloseninitiativen aus den 1980er Jahren zu diskutieren. Allerdings müsste das in unseren Augen über ein einfaches Update weit hinausgehen: Was kann denn "Beratung" und "Ämterkampf" heute heißen, wo alle Nischen dermaßen dicht gemacht werden, dass es schlicht keine vorenthaltenen Rechtsansprüche mehr durchzusetzen gibt? Und was heißt "Krankfeiern und Sabotage" für eine selbstständige Ich-AgentIn? Wer stellt ihr den gelben Zettel aus, und wem gibt sie ihn dann? Wie zeitgemäße "Jobberstrukturen" für das wachsende Heer der völlig disparaten JobberInnen, akademischer SelbstverwerterInnen, proletarischer Selbstständigen jedweder Couleur aussehen können, ist völlig offen. Und was hieße denn hier "Beratung"? Die Jobberläden haben u.U. unmittelbar zu mehr Geld in der Tasche geführt. "Linke Beratung" einer Ich-AG führt hingegen zur Identitäts- und Existenzkrise, aber nicht zu verbesserten Verwertungsbedingungen.

Wir halten diese Hinweise auch deshalb für wichtig, weil das an sich sympathische Unterfangen Karl Heinz Roths, Aktions- und Organisierungsvorschläge zu machen, hier insbesondere deswegen grenzwertig wird, weil die reale Verfasstheit von Opposition, Widerstand, Bewegung überhaupt nicht thematisiert wird. Die Subjektivitäten, die von dem globalen Akkumulationsregime produziert werden, sind nicht wirklich Gegenstand der Betrachtung. Immerhin verkneift sich Roth jeden Triumphalismus, wenn er die politische Entwicklungsrichtung aus diesem "Chaos" heraus für prinzipiell offen hält und vor jeden illusorischen Blütenträumen eine erhebliche Portion Skepsis anempfiehlt.

Prekäre Multitude: Roth meets Negri/Hardt

Entgegen mancher Position, die in dem neoliberal-autoritären Angriff vor allem die Macht des Kapitals sieht, reflektiert Roths Begriff vom "Chaos" die prinzipielle Brüchigkeit des momentanen Herrschaftsprojekts. Man muss das überhaupt nicht besonders euphorisch sehen, aber wir teilen die Perspektive, dass der "Plan" des Kapitals keineswegs gleich bedeutend mit seiner realen Durchsetzung ist. Unseres Erachtens kann man zumindest nicht von einem stabilen hegemonialen Projekt sprechen. Zu diesem "Chaos" passt andererseits auch die enorm zerklüftete Klassenrealität und die Aussage, dass es heutzutage keine "privilegierten Orte" der Kämpfe und des Widerstandes gibt (4). Auch hier stimmen wir Karl Heinz Roth zu, der davon spricht, dass es "keine zentrale Arbeiterklasse" und in der "Gesamtperspektive" "keine Priorität für eine spezifische Schicht" mehr gebe.

Allerdings irritieren in diesem Zusammenhang manche Ausführungen in dem Text in Bezug auf MigrantInnen und Transport- und KommunikationsarbeiterInnen; einige Stellen lesen sich doch so, als handele es sich hier um besonders wichtige, wenn nicht "zentrale" Segmente der "Vielheit". Gleichzeitig scheint er dem Fabrikproletariat in den Metropolen jegliche kämpferische Potenz abzusprechen. Roths "breites soziales Bündnis" und seine Abkehr von "prioritären Schichten" erinnert stark an Toni Negris und Michael Hardts Multitude. Die Parallelität findet sich auch da, wo Roth in das "Chaos" und in die Brüchigkeit der Macht doch so etwas wie revolutionäre Euphorie hineininterpretiert. Bei aller politischen Offenheit der Prozesse entfalten die Kämpfe "des breiten sozialen Bündnisses" u.U. doch unmittelbare revolutionäre Kraft: "In dieser Phase der Instabilität können auch kleinere Initiativen große Wirkungen erzielen"". Vielleicht tun wir ihm unrecht, aber wir haben das als die Wiedereinführung des revolutionären Hebels gelesen, mit dem sich diese Welt aus den Angeln heben ließe. Nur kann jetzt jede an jedem beliebigen Platz dieser Hebel sein.

Um es deutlich zu sagen: Wir teilen entschieden die Auffassung, dass die Klassenkämpfe nicht verschwinden, sondern im Gegenteil in vielfältiger Form und an vielen sozialen und territorialen Orten ausbrechen. Was wir sagen, ist lediglich: Es kann überall gekämpft werden, und es wird überall gekämpft, aber das ist es auch erstmal. Entscheidend für die weitergehende Qualität des Kampfes ist dann vor allem, ob eine Bezugnahme auf andere Auseinandersetzungen stattfindet. So war beispielsweise das Bedeutsame an dem Kampf der französischen KulturarbeiterInnen nicht, dass es ihnen in spektakulärer Weise gelungen ist, diverse internationale Film- und Theaterfestivals lahm zulegen, sondern dass sie sich auf die Kämpfe um Prekarisierung im Allgemeinen bezogen haben.

Wir halten diese Bezugnahme, Kommunikation und Weitervermittlung von Erfahrungen, d.h. die Ansätze von (politischer) Verbindung im Kampf für die entscheidenden Kriterien, an denen Auseinandersetzungen auch an besonders exponierten Orten gemessen werden sollten.

Gruppe Blauer Montag

Anmerkungen:

1) vgl. Gruppe Blauer Montag: "Gegen die Hierarchisierung des Elends", ak 418, 419 und

www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm

2) vgl. Martin Dieckmann: "Zwischen zwei Republiken. Der ‚Umbau` des Sozialstaates und die Perspektiven des Widerstands, in: ak 479, S. 26

3) ebda.

4) vgl. Gruppe Blauer Montag: "Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und ‚aktivierender Sozialstaat` ", in: Das Argument, Nr. 248, 5/6 2002, S. 709-723

13. Border 04: Unterwegs in Osteuropa

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:14

Border 04 ist ein vielgestaltiges Kontakt- und Untersuchungsprojekt, das von Juli bis September 2004 vom Balkan bis ins Baltikum entlang der neuen EU-Außengrenzen unterwegs sein wird. In Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen, Medien- und Kulturzentren, sollen die alten und neuen Grenzen des amtlichen Europa erkundet, umrundet und durchlöchert werden. Befindet sich jenseits der politischen Grenzen ein virtuelles Europa; ein offenes Europa, dem es nicht länger um Ein- oder Ausschluss geht, sondern vielmehr um Kommunikations- und Bewegungsfreiheit?

Warschau: Angeblich lässt sich am alten Stadion, dem riesigen, täglichen Osteuropamarkt der polnischen Hauptstadt, nahezu alles kaufen, u.a. auch gefälschte Reisedokumente. Bei einer kurzen Stippvisite im Sommer letzten Jahres begegneten wir dort vor allem dem unbeschwerten Handel mit allen Varianten der Produktpiraterie, von den aktuellsten DVDs bis zu den modernsten Nike-Turnschuhen. Auffällig waren für uns insbesondere die zahlreichen Stände afrikanischer Verkäufer, die sich damit ihr Überleben organisieren bzw. das Geld verdienen, um den "nächsten Sprung" zu finanzieren: weiter nach Westeuropa. Wir trafen welche, die hier schon einige Jahre festsaßen, ein anderer war sogar schon kurz in Deutschland, aber dann im Rahmen der so genannten Sicheren Drittstaatenregelung von den deutschen Behörden nach Polen zurückgeschoben worden. Er wird es wieder versuchen, wie die tausenden von TransitmigrantInnen, die nicht nur in Warschau auf ihre Chance warten ...

Erkundet, umrundet und durchlöchert

Ushorod: Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Grenze von der Ukraine nach Ungarn oder in die Slowakei auch deswegen von den ukrainischen Grenzsoldaten so hermetisch abgeriegelt wird, um ihr Einkommen aufzubessern. Denn vom eigentlichen Gehalt lässt sich schlecht leben, die Bestechungsgelder der Schlepper sind ein notwendiger Nebenverdienst. Daran soll, im wahrsten Sinne des Wortes, niemand vorbeikommen. Doch die Verschärfung des Grenzregimes läuft in der Ukraine auf verschiedenen Ebenen. Eine EU-Mitgliedschaft steht zwar in weiter Ferne, doch der Druck der Schengenstandards wirkt bereits. Neue Auffang- und Abschiebelager für Flüchtlinge und MigrantInnen sind in den letzten Jahren nicht nur an den Außengrenzen der neuen Beitrittsländer errichtet worden, von Slowenien über Ungarn bis ins Baltikum. Die Situation in zwei militärisch abgeschirmten Lagern in der Nähe von Mukachevo, etwa 80 Kilometer von Ushorod entfernt, in denen bis zu 1.000 Menschen unter übelsten Bedingungen gefangen gehalten werden, spricht Bände ...

Arad: Seit vielen Jahren kommen Frauen aus dem rumänischen Arad als Saisonarbeiterinnen nach Deutschland. Sie arbeiten z.B. in der Spargel- oder Erdbeerernte für einen für hiesige Verhältnisse geringen Lohn. Doch zwei Monate dieser Plackerei bringen - auf die rumänische Situation bezogen - weit mehr als einen Jahresverdienst. Wenn er denn gezahlt wird! Im Sommer 2002 wurden 18 Frauen aus Arad von einem Bauern im hessischen Lampertsheim um ihren Lohn betrogen. Doch sie wehrten sich, mit Hilfe einer Unterstützungsinitiative auch juristisch, und konnten vor Gericht ihren Lohnanspruch erfolgreich geltend machen. Die Frauen sind zwischen 40 und 60 Jahre alt und tragen mit ihrer Resolutheit bestimmt nicht dazu bei, das verbreitete Bild der armen ausgebeuteten Opfer zu bestätigen. Gleichwohl war es eher einer Kette von Zufällen zu verdanken, die es den Frauen möglich machte, ihr hart verdientes Geld noch gerichtlich einzuklagen. Im Rahmen eines Videoprojektes haben wir einige der betroffenen Frauen interviewt und auch über ihre Motivationen und Abwägungen befragt, sich auf diese harte Arbeit im Westen einzulassen ...

Ein anderer Blick auf Osteuropa

Warschau, Ushorod, Arad ... sind sicherlich drei der Stationen des für den Sommer in Vorbereitung befindlichen B04-Projektes. Es ist zur Zeit noch offen, inwieweit das Ganze als durchgehende Tour von Slowenien bis Lettland führen wird oder ob bisweilen auch zeitgleich an verschiedenen Orten parallele Initiativen stattfinden werden. Die konkrete Ausgestaltung von B04 hängt letztlich entscheidend davon ab, in welcher Form Leute und Initiativen vor Ort die Projektidee mitaufgreifen.

In den letzten Jahren haben sich vor allem über das Nobordernetzwerk (www.noborder.org) sowie die auch in Osteuropa organisierten Grenzcamps vielfältige Kontakte entwickelt. Zum zweiten sind es osteuropäische Medieninitiativen, die zunehmendes Interesse signalisieren, und das nicht zufällig.

"Freedom of movement - Freedom of communication" - bereits im vergangenen Jahr haben wir als "temporäre Assoziation jeder mensch ist ein experte" versucht, die Verbindung dieser beiden Slogans in den Mittelpunkt von Debatten und Mobilisierungen zu rücken. Und auch das aktuelle Projekt zielt auf eine neue praktische Umsetzung dieser Doppelparole.

Denn wir halten wenig davon, zum hundertsten Male die Festung Europa, nun mit ihren erweiterten Festungsmauern, anzuklagen und die neue EU allein als erweiterte Billiglohnzone zu analysieren. Und damit dann wahlweise das Leiden der gestrandeten Flüchtlinge oder der überausgebeuteten ArbeitsmigrantInnen zu bejammern. Tatsache ist doch auch, dass seit vielen Jahren TransitmigrantInnen wie ArbeitsmigrantInnen beständig die Konstruktion von Schengeneuropa und dessen Ausbeutungsgefälle unterminieren und herausfordern. Die Autonomien der Migration konnten und können nicht gebrochen werden. Die so genannte Osterweiterung kann insofern auch als Reaktion darauf gelesen werden, dass die bisherigen Kontroll- und Steuerungsmechanismen nur unzureichend funktionierten. Und die unmittelbare Einbeziehung in EU- und Schengenstandards wäre als Versuch zu werten, den Durchgriff neu zu organisieren. Ob bzw. inwieweit entsprechende polit-ökonomische Berechnungen aufgehen oder ob sich Arbeits- wie TransitmigrantInnen in den veränderten Konstellationen neue Bewegungsspielräume aneignen können, bleibt jedenfalls eine mehr als offene Frage.

Zwischenschritte von unten

Jedenfalls stellen wir das Projekt in diesen Kontext, eben ein (freilich bescheidener) Versuch, an der weiteren Unterminierung der konstruierten neuen Grenzen Europas mitzuwirken. B04 wird dementsprechend weniger auf spektakuläre Protestformen setzen als auf Kontakte und Untersuchungen auf der Alltagsebene. Geplant sind auch kleinere Versammlungen und Workshops, sowie Präsentationen und Filmvorführungen auf öffentlichen Plätzen.

Warschau, Ushorod, Arad ... Die zwei thematischen Schwerpunkte von B04, die Transit- und die Arbeitsmigration, wurden nicht zufällig in den genannten Beispielen angesprochen. Die Beispiele handeln einerseits von der Vorverlagerung des Grenzregimes, aber vor allem zeigen sie die Art und Weise, wie (Transit-)MigratInnen damit umgehen und sich in ihren Netzwerken durchschlagen. Andererseits haben sie die Ausbeutung der SaisonarbeiterInnen in Niedriglohnsektoren zum Thema, stellen dabei aber vor allem die Umgangsformen und Erfahrungssuche der osteuropäischen WanderarbeiterInnen in den Mittelpunkt.

Erweiterte Ost-West- wie auch Ost-Ost-Kontakte, Zugang zu Wissen über Asyl-, Heirats- oder Arbeitsmigration, Austausch über verschiedenste Erfahrungen der Wanderarbeit und ihren Lohn- und Sozialstandards, die Frage der Zirkulation von Kampferfahrungen, der individuellen wie auch der kollektiveren ... all das interessiert uns, da haben wir viel zu lernen, gleichzeitig einiges weiterzuvermitteln, eben zu kommunizieren, wenn es uns ernst ist mit Schritten in Richtung einer Globalisierung von unten.

h., ag3f Hanau

14. Träume und Nostalgie

Der Blues-Sänger Eric Burdon erinnert sich

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:15

Das Leben des Animal-Sängers Eric Burdon ist geprägt von einem kometenhaften Aufstieg in den Sechzigern. Nach dem Abflauen der aufbegehrenden Hippie-Gegenkultur kommt der Sturz und das Bemühen, an die ersten Erfolge wieder anzuknüpfen. Über die Höhen und Tiefen seiner inzwischen vierzig Jahre dauernden Musikerkarriere gibt Burdon jetzt in seiner Autobiografie My Secret Life Auskunft.

Seit 1962 und der Gründung der Animals steht der 1941 in der nordostenglischen Hafenstadt Newcastle geborene Eric Burdon als professioneller Musiker auf der Bühne. Er wird vom Jazz, Folk und Blues inspiriert, der in den neu entstandenen Sechzigerjahre-Clubs seiner Heimatstadt gespielt wird. Bereits als Kind hatte der Arbeitersohn beschlossen, nicht in die Fabrik zu gehen. "Und es sollte auch nicht mehr allzu lange dauern, bis wir Animals in die Welt hinauszogen, um unsere Träume wahr werden zu lassen", erzählt Burdon.

1964 nehmen die Animals im Keller eines Londoner Bürogebäudes in zehn Minuten den Südstaatensong "House Of The Rising Sun" auf. Die Geschichte eines heruntergekommenen Spielers und Vagabunden ist weltweit ein Nummer-Eins-Hit. Die Animals werden zu einer der bekanntesten und beliebtesten Rock-Bands der Sechzigerjahre; sie stehen für die Kritik am Vietnamkrieg, für den Kampf gegen Rassismus und generell für "Love and Peace" der damaligen Gegenkultur. Lieder wie "We've Got To Get Out Of This Place", "Don't Let Me Be Misunderstood" und "When I Was Young" stürmen die Hitparaden. Ende 1969 löst sich die Band nach dem Mord an Sharon Tate durch Charles Manson auf. Vorbei ist die Zeit der "Gegenkultur" und die Hippieära, und auch Burdon muss sich verändern.

In Kalifornien gründet er daraufhin mit einem Funk-Sextet aus den Vorstadt-Gettos von Los Angeles die Formation Eric Burdon & War, die bis 1971 besteht. Mit "Eric Burdon Declares War" gelang ihr eine LP, die durch ihre Mischung von Blues, Funk, Jazz und Latin wegweisend für die Siebziger war. Songs wie "Tobacco Road" und "Spill the Wine" setzten Maßstäbe für die sich entwickelnde Funk- und Soulmusik. Burdons Musik wurde maßgeblich beeinflusst von zwei kulturellen, politischen Phänomenen: Das London der Beat-Zeit (Burdon trinkt mit John Lennon und Jimi Hendrix) und das Kalifornien der Hippies werden seine Heimat, auch seine gedankliche. Das Pop-Festival im kalifornischen Monterrey vom Juni 1967 ist für ihn der "Schlüsselmoment der sechziger Jahre".

Damals war alles besser?

Mit dem Abflauen der Hippie-Kultur beginnt auch Burdons Abstieg. Die nächsten Jahre erweisen sich nicht nur in finanzieller Hinsicht als desaströs: Unsummen werden ihm vorenthalten, Platten erscheinen ohne sein Wissen, er ist ständig auf Tour, was die Beziehung zu seiner Frau Rose belastet. Ende der Siebzigerjahre brennt das gemeinsame Haus ab. Selbst seine vierjährige Tochter Alex erzählt ihm schließlich, dass die Ehe gescheitert ist. Burdon melancholisch: "Viele sagen, wer sich an die Sechziger erinnern kann, hat sie nicht wirklich erlebt. Was die Siebziger betrifft, so versuche ich schon seit langem, sie zu vergessen."

Anfang der 1980er geht Burdon nach Deutschland, vier Jahre lebt er auf Mallorca, dann kehrt er nach Kalifornien zurück. Als Sänger ist er kaum noch gefragt. In den Neunzigern bekommt er mit der Eric Burdon/Brian Auger Band und der Eric Burdon's Flying I Band musikalisch wieder etwas Boden unter die Füße. Seit 2000 gibt es Eric Burdon and the New Animals. Zusammen mit seiner Autobiografie My Secret Life hat Eric Burdon eine gleichnamige Studio-CD vorgelegt, die Songs mit einer Stilmischung von Soul, Ska bis Blues-Rock enthält; sie ist auch eine Hommage an seine Vorbilder Otis Redding, Chet Baker, Muddy Waters, James Brown und John Lee Hooker.

Trotz seiner über vierzigjährigen Musikerkarriere ist Burdon mehr als ein Band-Profi aus der globalen Welt des Musikgeschäfts. Für die Animals sei - so Burdon - "die Politik zum ernst zu nehmenden Thema unserer Musik" geworden. Doch so sehr er musikalisch die gesellschaftlichen Umbrüche ausdrückte und beeinflusste, von den sich ändernden Verhältnissen in den 70ern wurde er überrumpelt. Eingebunden in die Hippie- und Gegenkultur verliert er in der sich erneut wandelnden Gesellschaft den Anschluss und Überblick.

Man könnte auch sagen, Burdon habe Rückgrat bewiesen und sei sich selbst treu geblieben. Aber eine solche Treue kann zum persönlichen Desaster werden: Sein geringes Geschick in geschäftlichen Dingen zwang ihn, permanent zu touren, vielfach mit Desinteresse, wie er schreibt. Burdons bewegte Musikerkarriere, die in erheblichem Maße auch vom Alkohol- und Drogenkonsum geprägt ist, hat bei ihm zu einer schweren Nostalgie nach einer Zeit geführt, als alles noch viel einfacher schien: "[Die Sechziger] waren Tage voller Wunder in einer Welt ohne Angst. Wir wollten die Welt verändern." Viele, allzu viele Sätze seiner Autobiografie beginnen deshalb mit einem fast biblischen "damals", das in den allermeisten Fällen die Beat- und Hippie-Dekade zwischen 1961 und 1971 meint. Eric Burdon bleibt ein großer Musiker, der die Hoffnung nie aufgegeben hat, dabei aber vielleicht wegen einer gewissen Naivität enorm viel einstecken musste.

Carl Mosel

Eric Burdon mit J. Marshall Craig: My Secret Life. Die Autobiografie. Aus dem Englischen von Clemens Brunn. Heidelberg (Palmyra Verlag), 2004. Illustriert, mit einer Gratis-Burdon-CD, 364 Seiten, 29,90 Euro.

Infos zur CD My Secret life unter: www.ericburdon.com

15. Die europäische Konstitution des Neoliberalismus

Mit dem Verfassungsentwurf des EU-Konvents schlägt die Stunde der Exekutive

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:16

Noch im Dezember 2003 schien der Verfassungsentwurf des EU-Konvents gescheitert. Die Medien, allen voran die bundesdeutschen, kochten vor Wut über die schlechten EuropäerInnen aus Spanien und Polen, die einseitig an nationalen Interessen festhielten, wo doch alle andern nur das Ganze, das ganz neue Europa im Auge hatten. Inzwischen ist die spanische Regierung unter José Maria Aznar gegangen worden - eine Einigung rückte wieder in Sicht.

Nun verhandeln die Außenminister erneut, nicht über die Inhalte der Verfassung, sondern vorrangig über das Verfahren bei Mehrheitsentscheidungen. Am 17./18. Juni - wenn diese ak-Ausgabe erscheint - werden die Staats- und Regierungschefs die Verfassung diskutieren und wahrscheinlich unterschreiben. Danach werden die Parlamente der nun 25 Mitgliedsstaaten das Werk ratifizieren - und das wars. Wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen, um unsere Opposition zu dem so verfassten Europa zur Geltung zu bringen.

Seitdem die damalige Europäische Gemeinschaft sich Mitte der 1980er Jahre das Ziel gab, den "Binnenmarkt zu vollenden", ist das Feld dessen, was heute EU-europäische Politik darstellt, massiv gewachsen. In gerade einmal 15 Jahren erfolgten drei wesentliche Änderungen des grundlegenden EG- bzw. EU-Vertrages: 1987 die Einheitliche Europäische Akte, 1992 der Vertrag von Maastricht und 1997 der von Amsterdam. Die institutionellen Verfahren insbesondere der Gesetzgebung sind kaum mehr überschaubar. Auch angesichts der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten schien eine Erneuerung unumgänglich.

Die Einsetzung des "Konvents über die Zukunft Europas" im Dezember 2001 schien daher die Chance zu bieten, das vielbeschworene "Demokratiedefizit" auszugleichen. Schon das Wort "Verfassung" enthält ein Versprechen: Es ist historisch verbunden mit Gewaltentrennung, mit Rechtsstaatlichkeit, mit Öffentlichkeit und politischer Teilnahme, mit Demokratie und mit Menschenrechten.

Verfassung ohne Demokratie

Die Zusammensetzung des Konvents aus nicht gewählten RepräsentantInnen hätte die Erwartungen jedoch begrenzen müssen. Das Gremium hatte eine Überdosis an etablierter Politik: 16 VertreterInnen des Europäischen Parlaments, zwei aus der Kommission. Dazu je drei Personen - eine von der Regierung und zwei vom Parlament entsandt - aus den Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern (sowie der Türkei) - letztere nur als BeobachterInnen. Selbst bei den ParlamentarierInnen war damit kaum zu erwarten, dass sie etwas anderes repräsentieren würden als die Mischung aus konservativer und sozialdemokratischer "Mitte", ergänzt vielleicht durch ein paar verstreute Liberale. Die Exekutive musste bei dieser staatstragenden Mischung dominieren.

Beginnen wir mit dem Formalen: Der Entwurf umfasst 466 zum Teil sehr ausführliche Artikel mit unzähligen Verweisen untereinander. "Einfach so" kann man diesen Entwurf nicht lesen. Um so weniger, als sich darin unmöglich aufgeblasene, nirgendwo konkretisierte "Grundsätze" mit einem genauen, fast technisch-präzisen Handlungsprogramm mischen, das kaum eine Chance auf eine abweichende Gestaltung des politischen Inhalts der EU eröffnet. Nicht in den "Grundsätzen" und der zahmen und bedeutungslosen Grundrechte-Charta, sondern in diesem Handlungsprogramm und im exekutivlastigen Arrangement der Institutionen ist der eigentliche Inhalt der Verfassung auszumachen.

Absicherung der exekutiven Dominanz

Die wirklich habhaften Grundrechte sind die "vier Freiheiten" des Binnenmarktes, deren Formulierung seit 1987, seit der Einheitlichen Europäischen Akte, dem Binnenmarktstatut, die gleiche ist. Es geht um die Bewegungsfreiheit des Kapitals, der Waren, der Dienstleistungen und - in eingeschränkter Form - der Personen, sprich: der Arbeit, in einem Raum ohne Binnengrenzen. Frei zirkulieren und sich niederlassen können in diesem Raum nur EU-BürgerInnen. Selbst die neuen EU-BürgerInnen aus dem Osten und dem Süden Europas dürfen dieses Recht erst in ein paar Jahren voll in Anspruch nehmen. Wer von außen über die Festungswälle der Union kommen will, um Arbeit oder Schutz vor Verfolgung zu suchen, wird diese Lizenz zur freien Zirkulation nur sehr schwer erlangen können.

Dass die Binnenmarktpolitik nicht nur nach innen gerichtet ist, auf den Abbau einzelstaatlicher (Handels-)Hemmnisse, die konsequenterweise auch eine fortschreitende Privatisierung noch verbliebener öffentlicher Dienste bedeutet, haben bereits die vergangenen Jahre gezeigt. Der Sinn des Binnenmarktes ist die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Vereinheitlichung im Innern und Expansion nach außen haben aber auch Konsequenzen für jene Teile der EU und der Verfassung, die sich als der Anfang einer Staatsgewalt bezeichnen ließen.

Das gilt zunächst für den "Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts", eine Floskel, die seit dem Amsterdamer Vertrag die Zusammenarbeit auf (vor allem) asyl- und migrationspolitischem Gebiet sowie bei der Grenzsicherung einerseits und der polizeilich-strafrechtlichen und mittlerweile auch geheimdienstlichen Tätigkeit bezeichnet. Einheitliche Standards für Asylverfahren und die diversen Formen minderen und temporären Schutzes vor Verfolgung hatte schon der Amsterdamer Vertrag gefordert. Gleiches gilt für die Bedingungen, sonst legal in die EU hineinzukommen. Diese Regeln sind seit einigen Jahren in der Mache. Neuer ist die Forderung nach einem "integrierten Grenzschutzsystem an den Außengrenzen". Anfang dessen ist die "grenzpolizeiliche Agentur", für die die Kommission im Jahr 2003 einen Vorschlag präsentiert hat.

Auf der polizeilichen Seite im Innern finden wir hier insbesondere das Europäisches Polizeiamt Europol. Nach der Europol-Konvention war dieses Haager Amt zunächst als keineswegs unproblematische Informationssammelstelle geplant - ein riesiger Datenapparat. Mit dem Amsterdamer Vertrag begannen die Schritte in Richtung einer operativen Zusammenarbeit. Europol soll an Ermittlungen in den Mitgliedsstaaten beteiligt werden, hieß es in diversen Entwürfen der letzten Jahre. Die "Verfassung" geht darüber hinaus: Europol soll nun Ermittlungen und operative Maßnahmen durchführen dürfen. Ein kleiner, aber sehr wichtiger Unterschied. Eurojust ist erst vor zwei Jahren errichtet worden, jetzt "kann" gemäß der Verfassung daraus eine Europäische Staatsanwaltschaft gebastelt werden. Im Straf- und Strafprozessrecht "kann" es Angleichungen geben, Mindestnormen; zentraler Grundsatz aber ist die gegenseitige Anerkennung aller richterlichen Entscheidungen. Wenn ein Richter in Spanien "festnehmen" sagt, heißt das auch in Deutschland "festnehmen". So entsteht zwar nicht ein Raum der Freiheit, aber einer der vermeintlichen Sicherheit und des Sicherheitsrechts.

Anfänge einer EU-Staatsgewalt

Die Zielvorgaben in der militarisierten Außenpolitik waren schon im Amsterdamer Vertrag weitgehend enthalten. Sie reichen von "humanitären" und Katastrophenhilfeeinsätzen bis hin zu "Kampfeinsätzen ... einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen". Das alles natürlich auch zur Terrorismusbekämpfung. Aus einer engeren Zusammenarbeit von einigen Mitgliedsstaaten - auch hier - "kann", d.h. soll, eine gemeinsame Militärpolitik werden. Dafür müssen auch die rüstungswirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, weshalb die Verfassung diesmal dazu verpflichtet, ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" einzurichten und mit der Industrie zusammenzuarbeiten.

Schon im Normalfall ist das Institutionengerüst der EU exekutiv dominiert. Der Europäische Rat gibt die Linie vor. Die Kommission macht Gesetzgebungsvorschläge, die dann vom Ministerrat und vom Parlament verabschiedet werden müssen. Ein eigenes Vorschlagsrecht hat das Parlament nicht. Es darf nur mitbestimmen. Angesichts der fehlenden EU-Öffentlichkeit, dem Umstand, dass die ParlamentarierInnen in erster Linie VertreterInnen ihrer nationalen Parteien sind und auch von den BürgerInnen einzelstaatlich getrennt gewählt werden (eine Deutsche kann nicht für eine französische Partei stimmen, ein Spanier nicht für eine deutsche), ist dieses Parlament repräsentativ schwach auf der Brust. Kein Vergleich zum Ministerrat oder zur Kommission, die ihren gemeinsamen bürokratischen Interessen folgen können.

Versprechen nicht eingehalten

Wenn es um die polizeiliche oder militärische Sicherheit geht, ist dieser Normalfall außer Kraft gesetzt. Hier beginnen lange Stunden der Exekutive: In der polizeilichen Inneren Sicherheit unterscheidet die Verfassung zwischen gesetzgeberischen und operativen Aufgaben. Letztere werden schlauerweise einem "Ausschuss" des Ministerrates anvertraut, in dem alle "zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten" und die einschlägigen "Ämter, Einrichtungen und Agenturen" Platz nehmen sollen. Eine Art Schatten-Innenministerium. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden "auf dem Laufenden gehalten". Sie erhalten

informatorische Brosamen vom Tische der Herren; zu sagen haben sie nichts. Gleiches gilt übrigens für Gesetze, die das Operative betreffen.

In der militärischen Äußeren Sicherheit ist das Europäische Parlament ganz weg vom Fenster. Hier fasst der Ministerrat bzw. der Europäische Rat all seine "Beschlüsse" definitiv alleine. Er stützt sich dabei auf ein "Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee" und einen "Militärausschuss", beide existieren schon jetzt. Die EU-Exekutive ist hier auch nicht die Kommission, sondern der Außenminister, der wiederum vom Europäischen Rat gewählt wird.

Von all den schönen Kriterien, die eine Verfassung so wünschenswert machen würden, bleibt nichts außer heiße Luft. Der Konvent sah es laut Vorwort als Aufgabe seines Verfassungsentwurfs an, "den Bürgern das europäische Projekt und die europäischen Organe näher zu bringen". Wir Bürgerinnen und Bürger sollten uns tatsächlich den Verfassungsentwurf mindestens einmal näher zur Brust und dann schnell wieder davon Abstand nehmen.

Heiner Busch

Zum Thema siehe auch: Die europäische Konstitution des Neoliberalismus - Für eine demokratische europäische Verfassungsbewegung; Herausgeber: Komitee für Grundrechte und Demokratie und Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, 140 Seiten, 10 Euro. Zu bestellen bei: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221-9726930, info@grundrechtekomitee.de

16. Freie Netze und Selbstorganisation

Interview mit Armin Medosch, Mitbegründer von Telepolis

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:17

In Metropolen wie London, Wien und Berlin haben sich in den letzten Jahren Freie Netze entwickelt. Diese gemeinschaftlich organisierten, elektronischen Netzwerk-Strukturen ermöglichen einen nicht-kommerziellen und offenen Zugang zum Internet sowie die Bildung eigener Kommunikationskanäle. Technisches Grundprinzip jedweder internetbasierten Kommunikation sind verlustfreie Kopierbarkeit und einfache Verteilung von Daten. Während sich so heute (digitalisierte) Inhalte leichter erstellen und verbreiten lassen als jemals zuvor, wird im Interesse einer weitgehenden kommerziellen Verwertung von Wissen mit viel Energie und nicht selten ohne Erfolg an der technischen wie gesellschaftlichen Regulation und Eindämmung dieser grundlegenden Eigenschaften gearbeitet.

Im Gegenzug wird die Übertragung des Konzepts Freier Software auf andere Ebenen versucht. Im Rückgriff auf die Allmende, einem vorindustriellen Konzept der gemeinschaftlichen Nutzung von (Nahrungs-)Ressourcen, hat Volker Grassmuck in diesem Zusammenhang den Begriff "Wissensallmende" geprägt. Die Initiativen der Freien Netze zum Aufbau offener und gemeinschaftlicher Netzwerk-Infrastrukturen lassen sich als Teil dieser Entwicklung begreifen. Eine solche "Netzwerk-Allmende", so Armin Medosch, Mitbegründer der Zeitschrift Telepolis und Autor des Buchs "Freie Netze", steht für ein "Experiment in basisdemokratischer Selbstorganisation" und folgt einem "Grundbedürfnis" nach Austausch von Informationen, dessen "Ermöglichung als technische Kommunikation kollektives Handeln erfordert".

Keine Bedingung, aber ein äußerst hilfreiches Moment für den Aufbau Freier Netze ist die preiswerte Funktechnologie WLAN (1), deren Benutzung heute innerhalb des ansonsten weitgehend regulierten Funk-Spektrums (Radio, Fernsehen oder Mobiltelefon) lizenzfrei möglich ist. Mit Hilfe von kostengünstigen Sende/Empfangsgeräten und selbstgebauten Antennen lassen sich leicht einzelne Knoten aufbauen und zu kabellosen Netzwerken ausweiten.

Im Vorfeld der Berliner Konferenz "Wizards of OS 3 - The Future of the Digital Commons", in der zwischen dem 10. und 12. Juni auf breiter Ebene Konzepte einer digitalen Allmende (englisch "Commons") diskutiert werden, wurde Armin Medosch nach kulturellen und gesellschaftlichen Aspekten freier Netzwerke befragt.

ak: Nach dem Zusammenbruch der Dotcom-Manie ist nicht nur eine weitgehende ökonomische, sondern auch eine kulturelle Ernüchterung eingetreten. Das Internet wird auf die Rolle eines nützlichen Werkzeugs reduziert, während es einer zunehmenden Regulierung unterworfen ist und gleichzeitig kaum noch als Ort für Kritik oder aneignende Praxen genutzt zu werden scheint. Welche Konzepte lassen sich dieser Entwicklung entgegensetzen?

Armin Medosch: Ich glaube, ein Teil dieser "Ernüchterung" ist tatsächlich eine ganz nützliche Entwicklung, weil das bedeutet, dass man sich vom Techno-Determinismus der "visionären" Phase verabschiedet. Das Internet hat eben nicht "automatisch" zu all diesen tollen gesellschaftlichen Veränderungen geführt, die eine Zeit lang prophezeit wurden. Die gesellschaftliche Wirkungsmacht der Technologie wurde überschätzt. Zugleich blühen derzeit gerade ganz viele "Netzkulturen", die versuchen, Ideen oder Prinzipien aus Free- und Open-Source-Software (2) abzuleiten und mit anderen gesellschaftlichen Bereichen kurzzuschließen. Es geht also um so genanntes geistiges Eigentum, aber auch um soziale Prinzipien der Selbstorganisation. Ich sehe das als einen Fortschritt, auch wenn es in dieser "Open-Alles"-Diskussion wiederum einige Schwachpunkte gibt.

An welche Schwachstellen denkst du?

Prinzipiell geht es dabei um die Ökonomien, aber auch um die Erwartungen der Beteiligten, die sehr unterschiedlich sein können. Einerseits wird heute sehr viel Open-Source-Software im Auftrag von und bezahlt durch Firmen wie Sun und IBM entwickelt, andererseits gibt es scheinbar immer noch viele Leute, die glauben, die Welt würde sich zum Besseren wenden, wenn nur alle Open-Source-Software verwenden würden. Außerdem ist es wichtig, an Richard Stallmans Unterscheidung zwischen Freier Software und Open Source zu erinnern: Open Source ist perfekt kompatibel mit Kapitalismus in industriell hoch entwickelten Ländern.

Während freie Software mittlerweile ein weitgehend positiv besetzter Begriff ist, denken viele bei Funknetzen eher an böse "Hacker", die in fremde Computer eindringen. Was aber verbindet Freie Software und Freie Netzwerke?

Erstens eine ganz pragmatische Ebene. Es gibt zwar keine Vorschriften, wie ein Freies Netz aufzubauen ist, doch es gibt einen breiten Konsens, ausschließlich Freie Software zu benutzen. Darüber hinaus geht es darum, Wissen zu dezentralisieren, Protokolle, ob in technischer oder sozialer Hinsicht, sowie Arbeitsergebnisse im Sinne von "best practice" zu publizieren und damit frei zugänglich zu machen. Zweitens lehnt man sich schon begrifflich deutlich an Freie Software an. Die Bezeichnung Free Networks wurde ja von der Szene selbst gewählt, auch zur Abgrenzung von dem von der Industrie geschürten Wi-Fi-Boom (3). Die verwendete Technologie steht nicht im Zentrum, sondern die Methodik und das Ziel. Zugleich gibt es auch Unterschiede, wovon ein ganz wesentlicher ist, dass Software diese wunderbare Eigenschaft hat, quasi mühelos unendlich kopiert und verteilt werden zu können, sofern sie einmal existiert. Ein Freies Netz hingegen beinhaltet erstens physisch-materielle Komponenten, die sich nicht so einfach vervielfältigen lassen, und zweitens einen fortwährenden Einsatz von Arbeit. Diese Netze wollen in Betrieb und in Stand gehalten werden. Das lässt sich nicht wegrationalisieren, und es ist auch wichtig, diesen Aspekt menschlicher Arbeit zu betonen.

Wenn im Zusammenhang von freien Netzen von "Organischem Wachstum", "kollaborativer Strategie" und dem "Selbstmanagement sozialer Systeme" die Rede ist, wiederholen sich hier die Mythen und Utopien aus den Anfangszeiten des Internets? Und sind das nicht die Visionen, die auch bei progressiveren Wirtschaftsmagazinen wie "Wired" oder "brand eins"(4) für glühende Wangen sorgen?

Ich fühle mich nicht berufen, solche Wortwahl nebst ihrer möglicherweise eingebauten ideologischen Neigungen zu verteidigen, aber was ist denn so "mythisch" an Kollaboration, wenn sie frei, also selbstgewählt ist und nicht primär von einem monetären Impuls getrieben? Welche Chance haben wir denn zu einer grundlegenden Reform der Gesellschaft, wenn nicht durch Prozesse, die man lose mit Selbst-Organisation umschreiben kann, was zugleich auch Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung bedeutet?

Wenn wir auf das Negativ-Beispiel des Scheiterns solcher Ideen blicken wollen, dann bieten sich hier auch weniger die vom Internet-Hype geblendeten 1990er Jahre an als die 1960er Jahre und die so genannten Neuen Sozialen Bewegungen, die Kommunen, die selbstverwalteten Häuser und basisdemokratischen Ideen. Wenn da auch vieles den Bach runtergegangen ist, so beinhalten diese Dinge doch viele Werte und Motivationen, für die es nach wie vor lohnt zu kämpfen, weil es da im Prinzip um das große Versprechen der westlichen liberalen Demokratien geht: die Verbindung von individueller und kollektiver Freiheit. Dass solche Begriffe auch vom progressiven Flügel der Wirtschaft angeeignet werden können - ich würde brand-eins-Leser als Kapitalisten mit schlechtem Gewissen bezeichnen -, dagegen kann ich nichts machen. Ich kann auch nichts dagegen machen, dass George W. Bush behauptet, die Freiheit zu verteidigen. Mein Verdacht ist, dass sich Selbstmanagement in diesem Kontext als postfordistische Optimierung wirtschaftlicher Wertschöpfungszusammenhänge übersetzen lässt. Damit bleibt jedoch die "Herrschaft des Kapitals" (wenn man das so altmodisch ausdrücken will) unangetastet ebenso wie die Dominanz der bürokratischen Management-Klasse.

In einer Studie zu den Nutzungsgewohnheiten des Filesharing-Systems Gnutella (5) ist zu lesen, dass der Großteil aller verfügbaren Dateien von nur einem Prozent der NutzerInnen angeboten werden, während 70 Prozent keine einzige Datei zum Download freigeben. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass offene, kollaborative Konzepte nur funktionieren, weil einige wenige sehr viel in eine gemeinsame Basis einbringen, während andere sich eher parasitär beteiligen. Freie Netze, dem Prinzip Filesharing an diesem Punkt ähnlich, bauen auf das Konzept gegenseitiger Unterstützung auf. Du bringst in diesem Zusammenhang den Begriff "Netzwerk Allmende" ins Spiel, wie praxistauglich sind dessen Grundlagen?

Ich begreife "Netzwerk Allmende" nicht als Gegebenes, das sich nachträglich analysieren lässt, sondern als Fragestellung, die es erlaubt, eben diese von dir angesprochenen Probleme zu thematisieren. Wie lässt sich eine freie Ressource aufbauen und erhalten, ohne dem Commons-Dilemma, also der Zerstörung durch Übernutzung egoistischer Einzeltäter, anheim zu fallen? Welche Mechanismen sollten vorhanden sein, damit sich die Chance erhöht, dass die "tragische Selbstzerstörung der Gemeingüter" nicht eintritt? Lassen sich diese Mechanismen als Prinzipien vorstellen, die nicht von oben herab verordnet werden müssen, im Sinne von "Gesetzen" , also von fremdbestimmten Regeln?

Ein paar Schritte weiter in die Zukunft gedacht, mit dem steten Fortschreiten von Miniaturisierung und Vernetzung elektronischer Geräte, werden sich neue Dimensionen der elektronischen Kommunikation entwickeln, die noch stärker als bisher auch auf physikalische Räume einwirken werden. Wie bewertest du perspektivisch das Konzept Freier Netze? Wie können darauf aufbauende Möglichkeiten kultureller und emanzipativer Praxen aussehen?

Im Augenblick wird um "Locative Media", also ortsbezogene "glokale" Netzapplikationen viel heiße Luft gemacht, und ich möchte mich vorerst jeden Kommentars enthalten, bevor da nicht die Spreu vom Weizen getrennt ist. Wichtiger finde ich, dass sich mit der Praxis Freier Netze ein Prozess verbindet, der von der Technik-Mystifizierung wegführt und den Ausblick auf eine basisdemokratische und emanzipatorische Formulierung techno-politischer "Zukünfte" erlaubt.

Was uns heute immer noch als Zukunft im Sinne einer "Informations- und Wissensgesellschaft" verkauft wird, ist im Prinzip die Zukunft von vorvorgestern, der kybernetische Postfordismus des Kalten Krieges, der seinen militaristisch-elitären Kern hinter den versprochenen Segnungen immer besserer, kleinerer, billigerer Konsumprodukte verbirgt. Heute haben wir jedoch die Chance, Zukünfte ohne solche Kontrollgesellschafts-Phantasmen zu erdenken und mit praktischen Werkzeugen zu improvisieren, wie zum Beispiel mobile Ad-hoc-Mesh-Networks (6). Wir können die Entwicklung zwar nicht bestimmen, aber konsequente Arbeit auf diesen Gebieten stellen sicher, dass die Großen auf der Hut sein müssen und die Uhren nicht wieder zurückgestellt werden können.

Interview: Ulf Treger

Armin Medosch: Freie Netze - Geschichte, Politik und Kultur offener WLAN-Netze. Telepolis/Verlag Heinz Heise, 240 Seiten, 16,- Euro.

Anmerkungen:

1) WLAN (Wireless Local Area Network) sind kabellose Computer-Netzwerke, die auf Funktechnologie passieren.

2) Free- und Open-Source-Software: Der englische Ausdruck Open Source steht für "quelloffen" (in dem Sinne, dass der Quelltext eines Programms frei erhältlich ist und frei verändert werden darf). Freie Software ist ebenfalls frei verfügbar und änderbar, aber nach Richard Stallmann in Abgrenzung zu Open Source nicht im Sinne einer Optimierung von Produkten und ihrer Marktförmigkeit, sondern vielmehr entsprechend grundlegender Ideen von Informationsfreiheit und Gemeinschaft.

3) Wi-Fi ist ein spezieller Industriestandard für drahtlose Netzwerkkommunikation.

4) Wired ist das führende Medium für die Verbreitung marktförmiger Technikkultur aus Kalifornien, brand eins ein deutsches Wirtschaftsmagazin.

5) Die Musiktauschbörse Napster war wohl das bekannteste Filesharing-System. Allgemein versteht man darunter Computer-Netzwerke, mit denen es möglich ist, Dateien wie Musikstücke, Texte oder Filme über das Internet zu tauschen, also gegenseitig anzubieten und herunterzuladen.

6) In einem Mesh-Netzwerk können Mobiltelefone, Kleincomputer oder Laptops Verbindungen zueinander aufbauen, ohne dass es eine übergeordnete Infrastruktur gibt. Jedes Gerät dient nicht nur als Sende- und Empfangsstation für Sprache oder Datenübertragung, sondern auch als Router für andere Geräte.

17. Ein Prozess gegen die Bewegung

Genua 2001. Interview mit der Rechtsanwältin Laura Tartarini

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:18

Knapp drei Jahre nach dem Staatsterror von Genua sind 26 DemonstrantInnen von hohen Haftstrafen bedroht. Demnächst beginnt aber auch ein Prozess gegen Polizisten, die an dem Überfall auf die Diaz-Schule beteiligt waren. Über die politische Dimension und den Zusammenhang der Prozesse sprachen Mitglieder von genuagöteborgsoli mit der Rechtsanwältin Laura Tartarina aus Genua. Wir dokumentieren das Interview leicht gekürzt.

Frage: Kannst du uns kurz erzählen, welche Verfahren es in Bezug auf den G8 in Genua 2001 bis heute gegeben hat?

Laura Tartarini: Der einzige laufende Prozess, der seit dem 2. März 2004 stattfindet, ist der gegen 26 DemonstrantInnen, die am 4. Dezember 2002 festgenommen worden waren. Ihnen wird ein Tatbestand vorgeworfen, der zwar nicht grundsätzlich neu ist, da er im Strafgesetzbuch steht, der aber noch nie gegen DemonstrantInnen eingesetzt wurde. Dieser Straftatbestand heißt devastazione ("Verwüstung") .

Warum wird dieser Paragraf des Strafgesetzbuches angewandt?

Aus zwei Gründen. Der erste ist ein technischer und der zweite ein politischer Grund. Der technische Grund ist, dass dieser Straftatbestand es der Staatsanwaltschaft erlaubt, Verfahren gegen sehr verschiedene Leute mit den unterschiedlichsten Vorwürfen zusammenzufassen. Sie können so jemanden, der einfach nur dort war zusammen mit jemanden, der einen Stein geschmissen hat und jemanden der Scheiben eingeschlagen hat usw., in einem Prozess anklagen. Sie behaupten, alle hätten voneinander gewusst, was sie taten, und dass jedeR verantwortlich ist für das, was in Genua am 20. Juli 2001 passiert ist. Der politische Grund ist, dass dieser Strafbestand mit sehr hohen Haftstrafen geahndet wird, von 8 bis 15 Jahren, und dass es deshalb sehr abschreckend für alle wirkt, die zukünftig bei Demonstrationen aktiv werden wollen. Weiterhin können sie die Angeklagten zu hohen Strafen verurteilen, ohne den konkreten Tatbestand nachzuweisen.

Kommen die 26 Angeklagten aus unterschiedlichen politischen Spektren?

Das ist ein Problem. Es wurden 26 Menschen zusammengepackt, die aus sehr verschiedenen politischen Hintergründen kommen. So haben wir 4-5 Personen, die als Teil des Black Bloc angeklagt sind, jemanden aus der Disobbedienti-Demonstration und dann gibt es 5 Personen, die nichts mit diesen beiden Gruppen zu tun hatten und die einfach nur da waren, einfach nur als Gruppe in der Demo. Und es gibt zum Beispiel einen fünfzigjährigen alten Kriminellen aus Genua, der nur dort war, um zu sehen, was passiert; er hat sich verteidigt, nach dem die Demonstration von der Polizei angegriffen wurde.

Welche Beweise hat die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten?

Fotos und Videos. Sie haben jetzt ein Jahr ihr Material gesichtet, zusätzlich die Internetseiten der sozialen Zentren und der Presse, auch die der offiziellen Medien, und haben nach Bildmaterial gesucht. Sie müssen beweisen, dass die Angeklagten dort waren. Wenn möglich in einer Situation, in der Gesichter zu erkennen sind und dann in einer zweiten Situation maskiert und in Aktion mit derselben Kleidung. Sie müssen diese Bilder als Beweis nebeneinander legen. Die Anwesenheit auf den Demonstrationen ist als Beweis allein nicht ausreichend.

Wir haben gehört, dass die Anwesenheit schon für eine Anklage ausreicht, da sie anderen möglich gemacht habe, aktiv zu sein?

Dieses war die erste Theorie der Staatsanwaltschaft in Genua. Dieses wurde zum Beispiel den Menschen der Volkstheaterkarawane aus Österreich vorgeworfen. Ihnen wurde die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Also, wenn du dort warst und dir bewusst war, was dort passierte und du warst schwarz gekleidet und hast nicht versucht, andere von ihren Aktionen abzuhalten, dann warst du mehr oder weniger mitverantwortlich für das, was andere dort taten. In diesem Prozess jetzt ist es anders. Sie haben sich entschieden, härter vorzugehen, bessere Beweise vorzubringen, und haben Leute angeklagt, die wirklich

etwas gemacht haben. Dabei macht es nichts aus, was du gemacht hast, einen Stein geschmissen, eine Scheibe eingeschlagen oder ob du einfach nur gesprüht hast.

Du hast gesagt, dass die Angeklagten aus völlig verschiedenen Umfeldern kommen. Haben sie eine gemeinsame Prozessstrategie?

Wir versuchen, die verschiedenen Strategien zu vereinheitlichen und gemeinsam zu agieren. Das ist sehr schwierig, nicht wegen der politischen Unterschiede, sondern vor allem wegen der unterschiedlichen Dinge, die den einzelnen vorgeworfen werden. Zum Beispiel im Fall der Demonstration der Disobbedienti versuchen wir zu zeigen, dass die Leute sich nur gegen die Angriffe der Polizei gewehrt haben. Die Polizei hat die Demonstration angegriffen, als sie noch 200 Meter von ihrem eigentlichen Ende entfernt war. Wir haben uns also entschieden zu sagen, dass die Leute, die Steine gegen die Polizei oder die Carabinieri geschmissen haben, nur versucht haben sich gegen die Polizeigewalt zu verteidigen und dass ihre Aktionen eine völlig legitime Reaktion der Demonstration gewesen ist, ihrem Recht zu demonstrieren entsprechend und zur Verteidigung ihres Lebens und ihrer Gesundheit. In anderen Fällen wollen wir beweisen, dass die Personen nichts getan haben, in einigen Fällen gibt es keine guten Fotos. Insgesamt aber wollen wir aufzeigen, dass die Aktionen der Demonstranten in keinem Verhältnis zu denen der Polizei standen. Eine Scheibe einzuschlagen oder eine Gefängnistür anzustecken ist keine Gewalt gegen Menschen, nur gegen Dinge. Die Polizei wurde z.B. nie angegriffen.

Was denkst du, wie lange der Prozess dauern wird?

Die Anklage hat 130 Zeugen und wir haben auch 142 Zeugen, also wird der Prozess relativ lange dauern. Die Anklage versucht viele Polizisten vorzuladen, die zu einzelnen Situationen aussagen werden. Sie hat also 130 Zeugen um zu beweisen, dass jemand etwas gemacht hat. Unsere Zeugen sollen das Blickfeld erweitern und versuchen zu klären, wie die Polizeitaktik an diesem Tag aussah, warum Leute auf diese Art reagiert haben und was die Polizei gemacht hat.

Berlusconi und Minister seiner Regierung sind Nebenkläger in diesem Prozess? Das ist doch äußerst ungewöhnlich. Warum tun sie das?

Ja. Sie meinen, dass das Bild Italiens durch die Black-Bloc-Riots geschädigt worden ist.

Wird der Ausgang dieses Prozesses Einfluss auf die weitere Repression in Bezug auf den G8 haben, zum Beispiel auf die Verfolgung der Deutschen, die nach Genua festgenommen wurden?

Ich denke, das hängt auch von dem Ergebnis der anstehenden Prozesse gegen die Polizei ab. Die Prozesse gegen DemonstrantInnen und die Polizei hängen voneinander ab, man muss die Prozesse als Teil einer einheitlichen Strategie verstehen. Der Prozess gegen die DemonstrantInnen ist das Gegengewicht zu dem Prozess gegen die Polizisten. Für uns ist es sehr wichtig, diesen Prozess zu gewinnen, einen Freispruch zu erreichen oder zumindest niedrigere Strafen. Wenn sie anfangen, gegen DemonstrantInnen solch hohe Urteile auszusprechen, wie nach dem Vorwurf der devastazione vorgesehen, ist das für niemanden tragbar.

Ist es richtig, dass sie mit diesen hohen Strafen gegen die 26 in der ersten Anhörung durchgekommen sind?

Wir haben diese Strafandrohung, weil es uns nicht gelungen ist, den Richter in der ersten Phase des Prozesses zu überzeugen, dass diese Strafen unakzeptabel sind. Aber das ist normal, weil sämtliche Beweise, die der Richter in dieser Phase des Prozesses sehen kann, die Beweise der Anklage sind. Wir hoffen, dass wir mit unseren ZeugInnen, z.B. den Ärzten, die auf der Straße waren und den ParlamentarierInnen, die alles gesehen haben, beweisen können, dass die ersten Fehler von der Polizei gemacht wurden und was danach passierte, nur eine Reaktion darauf war.

Die Staatsanwaltschaft hat schon 50-60 weitere Prozesse gegen Leute von der Volkstheaterkarawane, Deutsche, die beim Verlassen Italiens verhaftet wurden und weitere ItalienerInnen angekündigt. Haben sie dieselben Strafen zu befürchten?

Ihnen wurde bei ihrer Festnahme etwas anderes vorgeworfen: Bildung der internationalen Vereinigung Black Bloc, deren Ziel devastazione war. Aber ich denke, dass im Falle eines Prozesses dieser Vorwurf in dieselbe Anklage umgewandelt wird wie die gegen die 26. Denn es wäre sehr schwierig, eine Vereinigung zwischen all den unterschiedlichen Leuten aus unterschiedlichen Ländern zu beweisen.

Wann wird der Prozess gegen die Polizei beginnen?

Der erste am 26. Juni 2004. Es sind die Polizisten angeklagt, die an dem Überfall auf die Diaz-Schule und auf das Media-Center beteiligt waren. In der ersten Phase muss der Richter darüber entscheiden, ob es genug Beweise gibt, um den Prozess tatsächlich zu beginnen. Wir denken, dass wir genug Beweise haben: Es gibt Fotos von Polizisten mit Molotow-Cocktails in der Hand und es gibt Unterschriften unter dem Verhaftungsprotokoll. Dann gibt es noch die Zeugenaussagen von den 93 Leuten aus der Schule und weiteren 60 Leuten aus dem Media-Center. Ich denke also, dass der eigentliche Prozess wahrscheinlich nächstes Jahr beginnen wird. Im Herbst beginnt der Prozess wegen Bolzaneto. Hier sind 49 Polizisten angeklagt, die meisten davon Schließer. Die Ermittlungen hier sind schwieriger, da es keine Foto- oder Videoaufnahmen gibt, sondern nur die Beschwerden der Gefangenen. Aber in den letzten zwei Monaten haben sich zwei Beamte entschlossen auszusagen und ihre Kollegen zu belasten, was sehr wichtig ist. Wir haben auch unter den Ärzten zwei Zeugen und zwei Angeklagte. Die Zeugen waren die ersten, die sich entschieden haben, mit dem Richter über die Vorkommnisse zu sprechen. Die beiden können jetzt nicht mehr an ihren alten Arbeitsstellen arbeiten, da die anderen Beamten ihnen Probleme machen.

Gibt es auch Polizisten in höheren Positionen, die angeklagt sind?

Ja, es gibt einen General aus Bolzaneto und zusätzlich noch den Chef der Gefängnisbehörde, gegen den wir aber wohl nicht genug Beweise haben. Bei der Diaz-Schule gibt es noch die derzeitigen Chefs der Kriminal- und der politischen Polizei. Die Polizisten der Diaz-Schule sind nicht suspendiert worden, sondern befördert. Der Einsatz in der Diaz-Schule war eine Entscheidung aller Polizeichefs, die der Meinung waren, endlich die Führer des Black Bloc gefunden zu haben. Sie haben alle den Einsatzbefehl unterschrieben. Sie waren vom Erfolg der Aktion überzeugt, bis das Video mit den Molotow-Cocktails aufgetaucht ist. Zu den 29 angeklagten Polizisten der Diaz-Schule gehören auch die 4 Führer der beteiligten Einheiten. Es ist allerdings nicht möglich, die Namen der niedrigeren Dienstgrade zu bekommen. Im Bolzaneto-Prozess sind die Namen an Hand der Dienstpläne bekannt.

Gibt es in Italien öfter solche Prozesse gegen die Polizei?

Nein, es ist das erste Mal seit dem Krieg. Die Ursache dafür ist in der großen internationalen Öffentlichkeit zu suchen und der guten Dokumentation der Ereignisse. Weiterhin richtete sich die Gewalt gegen AktivistInnen und nicht wie üblich gegen MigrantInnen oder Kriminelle.

Welche Strategie wird die Polizei im Prozess um die Schule verfolgen?

Sie werden wahrscheinlich die einzige Strategie wählen, die sie ergreifen können, und das ist, den Prozess so lange wie möglich zu verschleppen, so dass die Öffentlichkeit ihr Interesse verliert. Sie haben anderthalb Jahre versucht zu beweisen, dass die Leute aus der Diaz-Schule Terroristen sind. Aber mit der Einstellung der Verfahren gegen die 93 mit dem Zusatz, dass sie unschuldig sind und der Überfall unrechtmäßig war, können sie so nicht mehr argumentieren.

Hast du vorher erwartet, dass die Verfahren gegen die 93 eingestellt werden?

Ja. Der eigentliche Skandal für die italienische Justiz ist, dass diese Entscheidung erst nach zwei Jahren getroffen wurde. Sie hätten das schon nach 15 Tagen machen können.

Wie ist der Zusammenhang zwischen dem Prozess gegen die Polizisten und dem Prozess gegen die 26?

Ich glaube dass alle Genuaprozesse zusammenhängen. Wenn es uns gelingt zu beweisen, dass die Polizeitaktik sich mit den Mitteln von Bolzaneto und Diaz gegen die Bewegung richtete, werden die Demonstranten niedrigere Strafen bekommen.

Das Interview wurde geführt von genuagöteborgsoli (email: ggsoli@yahoo.de)

18. Stark bläst der Wind

Potenziale im Überblick: Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:19

In den kommenden Jahren fallen elementare Entscheidungen im Energiesektor. Alte Kraftwerke müssen in nächster Zeit durch neue Anlagen ersetzt werden. Allein in Deutschland fällt in nächster Zeit die Hälfte aller Atom- und Kohle-Kraftwerke weg. Gleichzeitig nimmt die globale Energienachfrage, insbesondere in den Schwellenländern, rasant zu. Der Energiebereich gleicht einem schwerfälligen Tanker, dessen Kurs sich nur in weiter Vorausschau ändern und nicht mehr kurzfristig korrigieren lässt. Die Maßnahmen, die nun ergriffen werden, strukturieren maßgeblich die Art der Energieversorgung in den nächsten 50 bis 100 Jahren.

Ohne einen tief greifenden Umbau der weltweiten Energiesysteme ist eine nachhaltige Entwicklung allerdings nicht vorstellbar. Die natürlichen Lebensgrundlagen sind bedroht, das Klimasystems schon jetzt gestört. Auch die Energiearmut in den Entwicklungsländern ist eine große Herausforderung: Einem Drittel der Erdbevölkerung fehlt der Zugang zu moderner, sauberer Energie völlig.

Um die Energiewende zur Nachhaltigkeit zu erreichen, wird darauf gesetzt, die Effizienz auf allen Ebenen der Energiesysteme zu steigern. Ebenfalls ein wichtiger Pfeiler ist der Einsatz erneuerbarer Energien. Von einem zügigen Ausbau der Energien aus Sonne, Wasser, Wind, Erdwärme und Biomasse ist man allerdings weit entfernt. Im Jahr 2001 lag nach Angaben der Internationalen Energie Agentur (IEA) der Anteil an den regenerativen Energiequellen am Primärenergieverbrauch weltweit bei nur fünf Prozent. Nicht einbezogen ist hier der Einsatz von Biomasse in traditionellen Nutzungsformen, vor allem die Verbrennung von Holz oder Dung, die weltweit bei 8,2 Prozent liegt. Weil in den industriearmen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika sehr viel Dung und Holz verbrannt wird, erscheinen sie an der Spitze der VerbraucherInnen regenerativer Energien. Der traditionelle Einsatz von organischer Substanz ist jedoch nicht notwendigerweise nachhaltig, etwa wenn Wälder im Himalaya kahl geschlagen werden. Außerdem sind die Gesundheitsrisiken enorm, die durch Rauch und Ruß beim Verbrennen von Dung und Holz in den Innenräumen entstehen. Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben jährlich 1,6 Millionen Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung in den Innenräumen.

Der Löwenanteil an den erneuerbaren Energien macht die Wasserkraft aus, vor allem in den OECD-Staaten und in Lateinamerika. Insgesamt wird die moderne Energie aus Wind- und Solarkraft hauptsächlich in den Industriestaaten eingesetzt.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus Deutschland hat 2003 in seinem Gutachten "Energiewende zur Nachhaltigkeit" gezeigt, dass der Umbau im Energiebereich sowohl technisch als auch finanziell machbar ist. Für diese Untersuchung führte der Beirat den Begriff des "nachhaltigen Potenzials" ein. Hierbei berücksichtigte er nicht nur die theoretischen Potenziale und technischen Grenzen, sondern auch Kriterien der Nachhaltigkeit, etwa der Schutz von Flussökosystemen und die Sicherung von Landflächen zur Nahrungsmittelversorgung. Bis 2050 könnte die Hälfte des globalen Energiemix aus erneuerbaren Energie stammen, so der WBGU.

Im Jahr 2100 sieht der Beirat ein nachhaltiges Potenzial für Windkraft bei 140 Exajoule (1) pro Jahr und für Energie aus Biomasse in modernen Nutzungsformen bei 100 Exajoule pro Jahr. Letzteres entspricht etwa einem Viertel des gesamten Primärenergieeinsatzes im Jahr 2000. Für die Geothermie liegt das nachhaltige Potenzial 2100 laut WBGU bei 30 Exajoule im Jahr und für die Wasserkraft pro Jahr bei nur 15 Exajoule. Ein unerschöpfliches Potenzial, gemessen am menschlichen Energiebedarf, sieht er in der Sonnenenergie.

Die Kraft der Sonne lässt sich auf verschiedene Arten nutzen: zur Erzeugung von Wärme (Solarthermie, Sonnenkollektoren) oder Strom (per Solarthermie und Photovoltaik).

Solarthermische Kraftwerke seien heute bereits günstig und erprobt und auch die zentralen Photovoltaik-Kraftwerke würden langfristig an Bedeutung gewinnen, so Experten im Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg. Um eine geringe Energienachfrage zu decken, etwa in netzfernen und dünn besiedelten Gebieten, sind dezentrale Photovoltaik-Systeme ideal geeignet. Sie bieten angepasste Anlagegrößen und eine einfache Handhabung, da sie ohne eine wartungsintensive Mechanik betrieben

werden. Ein Netzausbau in diesen Regionen ist unrealistisch, da der geringe Stromverbrauch der NutzerInnen in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten einer Netzerweiterung steht. Regional gesehen sei die Solarenergie relativ gleichmäßig verteilt und nutzbar, auch wenn es selbstverständlich in der Sahara und im südlichen Afrika, im südasiatischen Raum, in Australien und im westlichen Nord- und Südamerika herausragend gute Bedingungen dafür gäbe, sagt Carsten Agert, Mitarbeiter im ISE.

Das sieht bei der Windkraft, der nach der Sonnenenergie das größte nachhaltige Potenzial zugeschrieben wird, anders aus, da deren Potenziale global ungleichmäßig verteilt sind. Hier liegen die Möglichkeiten laut Agert insbesondere in Nordafrika, Nordeuropa, im zentralen Nordamerika, Australien und im südlichen Südamerika. Unter allen Formen der erneuerbaren Energien wächst der Bedarf an Windenergie derzeit am schnellsten. Zu den Top-Fünf, berechnet nach der installierten Leistung, zählten 1999 Deutschland, die USA, Dänemark, Spanien und Indien. Der Nachteil von Windkraftwerken, dass sie bei Flaute keinen Strom produzieren, wird in der Praxis durch einen Mix mit anderen Energieformen ausgeglichen. In der Regel wird eine Kombination von Dieselgenerator und Windkraft eingesetzt. Bei sogenannten Hybrid-Anlagen, die Sonne, Wind, Biogas und Wasser kombinieren, bestehe jedoch noch erheblicher Forschungsbedarf, sagt Björn Pieprzyk, Referent beim Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE).

Wasserkraft hat bereits heute schon einen bedeutenden Anteil an der Stromerzeugung. Klein-Wasserkraftwerke bis zu zehn Megawatt Leistung eignen sich besonders für eine dezentrale Anwendung, um Dörfer oder kleine Unternehmen mit Strom zu versorgen. Damit lassen sich auch die Nachteile der Wasserkraft vermeiden, die schon lange bekannt sind: Große Staudämme greifen in den Naturhaushalt ein, Siedlungsgebiete und furchtbare Böden werden überflutet, Krankheiten (Billharziose, Malaria etc.) - insbesondere in den Tropen - nehmen zu. Der WBGU schätzt deshalb die nutzbaren Potenziale insgesamt geringer als andere Quellen ein. Die Möglichkeiten in den OECD-Staaten seien weitgehend ausgeschöpft. Viele der verbleibenden Projektoptionen befänden sich in schwer zugänglichen Tropenwald- und Bergregionen, wo die Komplexität der Ökosysteme (Südamerika, Südostasien, Zentralafrika) und die Verletzlichkeit îndigener Gesellschaften (Kolumbien, Brasilien, Laos, Vietnam) große Risiken darstellten. Mögliche Staudämme in Indien, China und Südbrasilien lägen zudem in dicht besiedelten Regionen, wo große Umsiedlungen erforderlich wären, so der Beirat.

In manchen Gebieten ist die Wasserkraft zudem nur saisonal einsetzbar, etwa in Kenia, das seinen Strom zu 60 Prozent aus dieser Energiequelle schöpft. Doch die Kapazität in Trockenperioden sinkt drastisch und die Anlagen versanden. Das ostafrikanische Land setzt daher zunehmend auf Erdwärme. Das älteste Kraftwerk läuft zuverlässig bereits seit den 1980er Jahren. Erdwärme-Anlagen sind vor allem entlang der vulkanischen Zonen und in Gebieten mit Wärmeanomalien, in denen nicht sehr tief gebohrt werden muss, gebaut worden: in Island, Italien, Ostafrika, in der pazifischen Region und an der Westküste Nord- und Mittelamerikas. Weltweit gesehen deckt die Geothermie weniger als 0,2 Prozent des Primärenergiebedarfs. Der WBGU schätzt das nachhaltig nutzbare Potenzial bis 2100 noch vorsichtig ein: Die technische Umsetzung sei noch nicht ausgereift und regional verfügbare Potenziale oft nicht bekannt.

Der Einsatz von Biomasse ist vielseitig, aber insgesamt begrenzt. Die Stoffe vergären, verbrennen oder vergasen und können damit sowohl Wärme als auch Strom und Treibstoffe liefern. Der WBGU schätzt das nachhaltige Potenzial der modernen Bioenergie relativ niedrig ein, da er die Nachhaltigkeit der Biomassenutzung stark berücksichtigt. So lehnt er es ab, natürliche Ökosysteme für den Anbau von Bioenergieträgern (zum Beispiel Bioenergiepflanzen wie Zuckerrohr oder Chinaschilf) umzuwandeln. Bei Nutzungskonflikten müsste die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung Vorrang haben. Der Strom aus Biomasse ist, ähnlich wie die aus der Geothermie gewonnene Elektrizität, gut steuerbar und hat die höchste Versorgungssicherheit unter den erneuerbaren Energien. Der Einsatz der sogenannten Regelenergie, um Stromschwankungen im Netz auszugleichen wie bei der Wind- und Sonnenenergie, fällt weg.

Eine wesentliche Herausforderung an eine Energieversorgung auf der Basis Erneuerbarer Energien ist, die - je nach Tages- und Jahreszeit - schwankende Nachfrage durch ebenfalls fluktuierende Quellen wie Wind- und Sonnenenergie zu decken. Ihr will man mit großflächig vernetzten Energieverteilungsstrukturen begegnen, die auch zusätzliche Energiespeicher bereitstellen, zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke oder elektrochemische Systeme unter Einsatz von Wasserstoff.

Anke Schwarzer

Anmerkung:

1) Exajoule ist das 1018fache eines Joule, der Maßeinheit für Energie.

Hoffnungsvolles Armutszeugnis

Anfang Juni trafen sich rund 3.000 Delegierte aus 154 Ländern auf der internationalen Konferenz "renewables2004" in Bonn. Die TeilnehmerInnen einigten sich auf eine wohlfeile, allgemeine politische Erklärung, wonach sie sich zum Ausbau erneuerbarer Energien bekennen. Konkreter wird das internationale Aktionsprogramm, in dem 165 Projekte erwähnt werden. Die meisten von ihnen sind zwar nicht neu, manche aber sind sehr ambitioniert. Der Boom-Staat China etwa will den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch einschließlich Verkehr bis 2020 verdoppeln. Dieser läge dann bei 12 Prozent. Allerdings äußerten sich die chinesischen Delegierten nicht eindeutig zu der Frage, ob auch der Strom des umstrittenen Drei-Schluchten-Stausees in die Berechnung mit einfließt.

Die Bundesregierung hat schon vor der Konferenz beschlossen, dass bis 2020 mindestens 20 Prozent des Strombedarfs in Deutschland aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll. Bis 2050 strebt sie an, die Hälfte des gesamten Energiebedarfs mit Hilfe der Sonnen- und Erdwärme, der Wind- und Wasserkraft sowie der Energie aus Biomasse bereitzustellen. Die Politikempfehlungen geben den TeilnehmerInnen Hilfestellung für die Förderung und Finanzierung erneuerbarer Energieträger, beispielsweise gesetzliche Einspeisepreise oder Mindestquoten für Ökostrom. Dieses Papier hält bemerkenswerter Weise fest, dass regenerative Energien genauso wettbewerbsfähig seien wie konventionelle Energien, vor allem, wenn die externen Kosten und Gewinne sowie die Subventionen für fossile und atomare Energieformen berücksichtigt würden. Geht es nach dem Willen der AutorInnen, müssen indirekte Kosten, verursacht von fossilen und atomaren Energien, wie etwa Entsorgungskosten, Aufwendungen für Krankheiten durch Luftverschmutzung oder Beseitigung von Umweltschäden durch Uranabbau, in der Kostenkalkulation berücksichtigt werden. Verbindlich sind die Vereinbarungen allerdings nicht. Der Abbau von Subventionen für fossile und atomare Energien war außerdem überhaupt nicht Verhandlungsgegenstand auf der Konferenz.

Im Gegensatz zum UN-Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung 2002 in Johannesburg, auf dem sich die TeilnehmerInnen erst gar nicht auf Zielquoten und einen verbindlichen Zeitplan einigen konnten, wurde diesmal auf Freiwilligkeit gesetzt. Damit lässt sich verhindern, dass einzelne Staaten gemeinsame Beschlüsse blockieren können. Auch diesmal zeigten sich vor allem die USA und Saudi-Arabien als Bremser. Aber auch die Vorreiter in Sachen erneuerbare Energien, die EU und Brasilien, auf die große Hoffnung gesetzt wurden, blieben gemessen an verbindlichen Zielen hinter den Erwartungen zurück.

Die Konferenz "renewables2004" ist zwar ein kleines hoffnungsvolles Zeichen, vor allem ist sie aber ein Armutszeugnis. Die Technik, um regenerative Energie zu nutzen, ist schon lange ausgreift. Aber die Energiewende stockt. Es geht nicht mehr nur um eine Öko-Nische, sondern um eine neue Industriepolitik. Die Branche ist aber geprägt von den global operierenden Energiekonzernen und großen Stromversorgern, die die konventionelle Energiebereitstellung von der Quelle bis zum Energieverbrauch kontrollieren und deren wirtschaftliche Interessen langfristig bedroht sind. (AS)

19. "Yomango hat das Klauen nicht erfunden"

Über sozialen Ungehorsam und die Attraktivität des Ladendiebstahls

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:20

Glück kann man nicht kaufen - aber klauen. Das jedenfalls ist die Botschaft der spanischen Marke yomango (vgl. ak 479). Unter dem Titel "weil man Glück nicht kaufen kann" standen sowohl der BUKO-Workshop von hamburg umsonst und einer yomango-Delegation aus Barcelona als auch die Rundreise, in deren Verlauf das "Mangueting-Team" ihre Marke in Mannheim, Tübingen, Stuttgart, Hanau, Berlin und Hamburg vorstellte. Und mit Erfolg! Zumindest auf der von hamburg umsonst und ak organisierten Veranstaltung in Hamburg konnten sich die etwa 100 Anwesenden davon überzeugen lassen, dass sich Diebstahl eben doch lohnt - und Spaß macht! Besonders mit der Vorstellung der Sommerkollektion "prêt à revolter", die sich auch für den größeren Wochenendeinkauf eignet, wussten die VertreterInnen aus Barcelona zu begeistern. Wer dabei Appetit bekommen hatte, konnte am nächsten Tag die eigenen Fähigkeiten erproben. Erst wurde über Klauerfahrungen, die Angst vorm Erwischt-Werden und die fiesesten Anti-Diebstahl-Technologien gesprochen, danach ging's zur gemeinsamen Shopping-Tour in die umliegenden Supermärkte. Am Abend wurde in fröhlicher Runde ein vorzügliches yomango-Dinner genossen. Auch die am Rande des BUKO in der Kasseler Innenstadt gemachten Erfahrungen mit Formen direkter Aneignung, insbesondere mit der Umverteilung von H&M-Kleidung von drinnen nach draußen, lassen die Hoffnung zu, dass Praktiken sozialen Ungehorsams auch in der bundesdeutschen Linken wieder salonfähig werden könnten. Mit VertreterInnen der yomango-Dependance aus Barcelona sprachen Miriam Edding, Nicole Vrenegor und Jan Ole Arps.

ak: Gebt uns mal eine Kurzdefinition von yomango.

yomango 1: yomango ist eine Marke, bei der sich alles um die Wiederaneignung der Produkte der multinationalen Firmen dreht. Unsere Praxis besteht darin, das in den Alltag zu holen und als eine Form des sozialen Ungehorsams zu etablieren. Die Multis verwandeln unsere Wünsche in Objekte, die sie uns dann zu unerschwinglichen Preisen verkaufen wollen. Es geht bei yomango um nichts Geringeres als um die Wiederaneignung unserer Wünsche. Wir stehlen nicht, sondern wir holen uns zurück, was sowieso der Allgemeinheit gehört, und bringen es wieder in Umlauf.

Wie können wir uns so eine Wiederaneignung konkret vorstellen?

yomango 2: Ein Beispiel: Als wir die Marke yomango in Barcelona eingeführt haben, sind wir zu einer großen, multinationalen Modekette gegangen, Inditex. Dort werden Klamotten hauptsächlich für Teenager verkauft, so modisches Zeug. Wir waren wie Cheerleader angezogen, gingen in den Laden und sangen yomango, yomango, yomango. Sofort fingen einige der Teenies an, mit vollen Tüten einfach aus dem Laden zu gehen. Und die Sicherheitsleute, die natürlich sofort kamen, haben nicht die Jugendlichen gestoppt, sondern uns. Aber wir hatten gar nichts geklaut, nur gesungen. Uns ging es bei dieser Aktion darum, sichtbar zu machen, dass Klauen eine Alltagspraxis ist. Zum Jahrestag des Aufstands in Argentinien, am 20.12.2002, haben wir eine andere Aktion gemacht: Wir luden zu einer Tango-Performance in den Supermarkt Carrefour ein, einen der größten Lebensmittelmultis. Während der Tanzens ließen wir ein paar Champagner-Flaschen mitgehen. Hinterher haben wir in einer spanischen Bank, die in Argentinien beteiligt war, die Korken knallen lassen. Einmal haben wir ein billiges Kleidungsstück aus dem Schlussverkauf geklaut und es hinterher im Museum für zeitgenössische Kultur in Barcelona ausgestellt. Die yomango-Aktionen betonen eher die symbolische Dimension der Aneignung.

y 1: Aber yomango bleibt nicht auf der symbolischen Ebene stehen. Wenn wir etwas klauen, geht es darum, etwas zu kommunizieren. Wir benutzen also Dinge, die einen symbolischen Charakter haben wie die Champagnerflaschen. Champagner steht für Festlichkeit und Feiern, und wir wollten ja den Jahrestag des Aufstandes in Argentinien feierlich begehen. Aber die Aktion an sich war nicht nur symbolisch; wir haben den Champagner ganz real geklaut. Es geht also nicht nur um die Performance ...

Aber yomango findet auch im Alltag statt und nicht nur in Form von organisierten Aktionen?

y 2: Im Alltag machen wir es immer. Es funktioniert individuell und kollektiv, mit deinen Freunden, deiner Mutter, mit deinem Liebsten oder deiner Liebsten. yomango hat das Klauen nicht erfunden. Das ist eine Form,

die gab es schon immer. Seit es Eigentum gibt, klauen die Leute. Und eine Reaktion auf die Multinationalen, die versuchen, auf unser ganzes Leben zuzugreifen, ist yomango. Unser Ziel ist es, alltägliche Widerstandsformen zu politisieren. Wir machen diese Alltagspraxis sichtbar und versuchen, sie zu enttabuisieren. Wir sagen, dass Klauen ein Akt des sozialen Ungehorsams ist. Besser gesagt, wir versuchen, von der zivilen, individuellen Form des Ungehorsams zur sozialen Form des Ungehorsams zu kommen. Das eine sind die großen Demonstrationen gegen die WTO, wo punktuell viele Menschen zusammenkommen. Das andere ist es, eine Form zu finden, die diesen Widerstand in eine alltägliche Praxis verwandelt.

y 1: Um es noch mal klar zu sagen, wir verstehen uns nicht als Autoren oder Urheber von yomango. Was wir mit unseren Aktionen erreichen wollen ist, dass mehr Leute sich trauen, es zu tun. Wir wollen den Akt des Stehlens entkriminalisieren. Wir sind nicht sicher, ob das funktioniert, aber es gibt viele Menschen mit sehr niedrigem Einkommen, für die es fast so eine Art Notwendigkeit gibt. Wir wollen solche Leute aus der Isolation holen und eine Gemeinschaft herstellen.

Klauen ist eine sehr prekäre Form der Aneignung mit hohem persönlichen Risiko. Wie geht ihr mit Repression um?

y 2: Also erst mal möchte ich sagen, dass Klauen auf unsere Art ein sehr spaßiger, lustvoller Akt ist. Hinterher fühlst du dich sehr, sehr gut. Wenn ich zum Beispiel in eine riesige Buchhandlung gehe und dort ein Buch sehe, das mich an eine Freundin erinnert, dann hole ich es ihr. yomango macht dich großzügiger. Es befähigt dich, den Egoismus und Individualismus hinter dir zu lassen. Deshalb ist es auch ein kollektiver Akt. Selbst wenn du es alleine machst, denkst du dabei an die anderen. An das schöne Essen, das du jemandem kochen wirst, an das Buch, das du verschenken wirst. Eine Grundidee von yomango ist, dass du Geschenke machst. So fangen die Produkte auf andere Weise an zu zirkulieren. Und mit ihnen unsere Ideen, unser Wissen und die Praktiken der Aneignung. yomango ist ein Werkzeug, eine Art Kommunikation. Es geht nicht darum zu sagen: "Ich bin ein yomango", sondern um die gemeinsame Tat. Durch die Aktion wird aus einem normalen Produkt ein Yomango-Produkt und darauf kommt es an.

y 1: Zur Frage der Repression. Als wir mit yomango begannen, haben wir uns erst mal informiert. Wir haben uns von Anwälten beraten lassen. Die Gesetze im spanischen Staat gehen erst bei einem Diebstahl im Wert von über 300 Euro von einer Straftat aus. Alles darunter ist eine Art Ordnungswidrigkeit. Bei den gemeinsamen Aktionen gehen wir kein Risiko ein. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir unter den 300 Euro bleiben. Außerdem organisieren wir Solipartys. Mit dem Geld, das dadurch reinkommt, können wir einige der Strafen bezahlen. Bei dem, was du selber alltäglich machst, tust du, was du willst. Du könntest auch einen Fernseher klauen oder etwas, was einen sehr viel höheren Wert hat. Aber bei den Aktionen geht es um die Kommunikation und die politische Aktion. Wir sind noch nicht stark genug, um einer größeren Repression standzuhalten. Aber wir werten ständig aus, was passiert, und entwickeln uns weiter. Uns gibt es erst ungefähr zwei Jahre. Mal sehen, wohin uns yomango noch führt.

y 2: Natürlich hatten viele von uns schon Gerichtsverfahren. Ich selbst erst neulich. Und hier in Deutschland hatte ich ein sehr schönes Erlebnis. Ich muss eine Strafe von 270 Euro bezahlen für ein schief gegangenes yomango. Ein Frust-yomango sozusagen. Und auf dieser Reise habe ich das erzählt und da kamen Leute, die unter ihren Freunden Geld gesammelt hatten, um mich zu unterstützen. Genau so was hilft dir, die anerzogene Angst vor sozialem Ungehorsam hinter dir zu lassen. Die Angst und die Moral, die man uns von klein auf eintrichtert.

Ihr seid auf einer Rundreise durch Deutschland und habt auf dem BUKO auch Aktionen mit den deutschen Umsonst-Initiativen unternommen. Sind euch Unterschiede aufgefallen zu der Praxis in Spanien?

y 1: Die Art der Durchführung war sehr unterschiedlich. Wir versuchen, unsere Aktionen immer besonders farbig und festlich zu gestalten. Sie sollen möglichst eine Fiesta werden. Hier waren die Aktionen organisierter und hatten nicht so viel Farbe. Aber ich glaube, dass sie konzeptionell gut vorbereitet waren und ihr Ziel erreicht haben. Der Unterschied liegt vielleicht in der Vorbereitung. Bei uns ist das ein offener Prozess, an dem sich viele beteiligen können. Wir organisieren vorher Workshops. In Kassel wurde das von einigen vorbereitet und die anderen kamen dann einfach dazu.

Was bedeutet für euch Eigentum?

y 2: Eigentum ist Diebstahl. Und yomango befreit uns aus diesem Gefängnis, das Eigentum bedeutet.

Gibt es Räume außerhalb kapitalistischer Aneignung?

y 1: Ich verstehe yomango eher als eine Art von Parallel-Leben. Nicht außerhalb, aber auch nicht innerhalb des Kapitalismus. Vielleicht schaffen wir eine offene Gemeinschaft, die sich parallel zu den herrschenden Regeln abspielt.

y 2: Ich glaube, es gibt kein Innen und kein Außen im Kapitalismus. Mit yomango schaffen wir uns eine Form, um die Prekarität zu überwinden. Es ist ein Versuch der Sabotage gegenüber dem Kapital. Aber es ist ganz klar: Du kannst in die Berge gehen, dich nur vom Angeln ernähren und versuchen, dem Konsum zu entgehen, und trotzdem kannst du in dieser Welt dem Kapitalismus nicht entfliehen, er ist in deinem Leben. yomango bedeutet eher, sich ein Stück davon zu befreien. Es geht darum, eine Gemeinschaft herzustellen. Wir denken die Praktiken von yomango im Kontext einer Autonomie, wie sie auch von der zapatistischen Bewegung oder den Piqueteros formuliert wird. Aber wir sind Inseln im Kapitalismus. Leider.

y 1: yomango hat sich in einer bestimmten Phase des Kapitalismus entwickelt. Der Kapitalismus produziert Situationen wie die Prekarität und wir entwickeln Antworten darauf. Das macht nur Sinn im Kontext mit anderen Widerstandsformen. Und in diesen Kontext stellen wir uns auch.

Wo liegen die Grenzen von yomango als Widerstandsform?

y 1: Die Grenzen liegen in den Magnetstreifen der Diebstahlsicherungen.

y 2: Die Grenzen werden nur von unserer Kreativität bestimmt.

y 1: Wir überlegen gerade, den Präsidentenpalast von Zapatero zu klauen.

Eure Internet-Seite ist sehr stylisch und hip. Wie wichtig ist euch die Form, die Verpackung der Inhalte, die ihr vermitteln wollt?

y 1: yomango ist eine Marke. Und wie jede andere Marke auch, haben wir ein grafisches Design, eine Werbekampagne und letztendlich auch eine Marketing-Strategie. Auch das ist natürlich eine Art von Sabotage, ist subversiv. Schließlich haben wir auch das Logo der Marke Mango geklaut. Außerdem ist es eine Methode, um Leute aufmerksam zu machen, die sich sonst vielleicht nicht angesprochen fühlen würden. Es ist eine effektive Art, unsere Botschaft zu vermitteln, und sie funktioniert sehr gut.

y 2: Neben der ästhetischen Seite unseres Internetauftritts finde ich unser Online-Forum besonders wichtig. Auf dieser Seite können die Leute frei kommunizieren und sich zum Beispiel mitteilen, wo es die besten yomango-Läden gibt. Oder wie es war, als sie das erste Mal erwischt wurden. Du kannst Tricks weitergeben oder Aktionen vorschlagen. Auf diese Weise entsteht diese Gemeinschaft, die uns vorschwebt. Wir haben gemerkt, dass auf der Seite sehr viele junge Leute schreiben, die anfangen, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Und das trägt viel zu der Politisierung bei, über die wir vorhin gesprochen haben. Das gibt dir politischen Rückhalt bei dem, was du tust. Du fühlst dich sicherer und auch glücklicher, während du den Multis ein Schnippchen schlägst ...

Ihr habt vor kurzem eine yomango-Dependance in Chile eröffnet. Wohin wollt ihr noch expandieren?

y 1: Wir lassen uns überall dort nieder, wo auch die Multinationalen sind. Uns gibt es auch schon in Argentinien. Dort arbeiten Leute an einer öffentlichen yomango-Bibliothek, die in einer besetzten Bank in Buenos Aires untergebracht ist. Das ist wirklich stark. yomango orientiert sich immer an den Gegebenheiten vor Ort. In Argentinien kann man nicht genau die gleichen Aktionen machen wie hier. Weil die Repression dort sehr viel stärker ist. Und auch, weil die gesellschaftlichen Bedingungen anders sind. In der Provinz Rosario arbeiten sie gerade zum Thema Elektrizität. Stromklau ist eine alltägliche Praxis in den Vierteln mit sehr niedrigem Einkommen. Und yomango versucht, diese Praktiken zu politisieren, wie wir die unseren hier in Europa. Auch in Mexiko machen Leute yomango auf ihre Art und Weise. Und in Italien auch. yomango hat keine Grenzen.

Übersetzung: Miriam Edding

20. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:21

Kampfbereitschaft wecken

Betr.: ak 482, Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten

(...) Ich habe keine Illusionen über das, was vom deutschen Proletariat übrig geblieben ist. Schließlich hat der größte Teil der Bevölkerung bis zum 9. November 1989 und etwas drüber hinaus durch und mit dem Konsumterror im "Schaufenster des Westens" nicht schlecht gelebt. Arbeitskämpfe in dieser Zeit, auch wenn sie teilweise heftig geführt wurden, endeten immer in der Form, dass die westdeutschen Gewerkschaften als staatstragende Organisationen anerkannt wurden und somit ihren entscheidenden Beitrag dazu geleistet haben, besonders die Lohnabhängigen in dieses kapitalistische System zu integrieren. Ich weiß, wovon ich spreche. Ich habe erlebt wie sich Aufsichtsratmandate oder Sozialpläne zu Lasten eines Klassenbewusstseins ausgewirkt haben und auch weiterhin auswirken. Unter diesen Umständen ist es einfach notwendig darüber nachzudenken, wie sich unter dem Eindruck des spürbaren Sozialabbaus das Bewusstsein der Menschen entwickelt. (...)

Es müssen auch kritisch die Großdemos am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart eingeschätzt werden. Zweifelsohne war eine große Mobilisierung gegen den Sozialabbau vorhanden, nur im Nachhinein wird deutlich, mit Latschdemos kann niemand das Kapital und seine politischen Helfer beeindrucken. Es reicht auch nicht aus, wenn Spitzenfunktionäre des DGB auf solchen Großdemos die Backen aufblasen, aber spürbare Aktionen, die das kapitalistische System treffen, ausbleiben. Es geht dabei nicht um einen Generalstreik, von dem der eine oder andere träumt, es geht schlicht und einfach darum, darüber nachzudenken, wie und wo mensch möglichst viel Sand ins Getriebe des Kapitalismus schmeißen kann. (...)

Es muss mit und aus dem vorhandenen Protest gegen den Sozialabbau ein Bewusstsein entwickelt werden, damit es zu einer Kampfbereitschaft für radikale Reformen kommt. Dabei darf auf keinen Fall der Anschein erweckt werden, es gehe um die Reformierung dieses kapitalistischen Systems. (...) In diesem Zusammenhang kommt die radikale Linke nicht daran vorbei, Vorstellungen zu entwickeln, wie ein selbstbestimmtes Leben und ein selbstbestimmtes Arbeiten aussehen könnte.

Paul Michalowicz

Danke fürs ak

Betr: ak allgemein

Liebe ak-Redaktion,

nachdem ich die ak mehrmals als Probeexemplar beim Indy-Kino in Duisburg gelesen hatte, habe ich jetzt meine erste (eigene :)) Ausgabe bekommen. Ich wollte nur sagen, dass ich die Artikel sehr interessant finde und mich darüber gefreut habe, dass die Positionen frei von den Dogmen sind, die leider die deutsche Linke z.Zt. beherrschen. Macht so weiter!

Eine glückliche Leserin,

Sandra

Grundlegende Prämisse

Betr.: Wir können auch anders, ak484

Eine "weit reichende Entkopplung von Arbeit und Einkommen" befinde sich "im Widerspruch zu den grundlegenden Prämissen der kapitalistischen Verwertungslogik", schreibt Tom Binger. Diese Äußerung verblüfft. Einkommen entsteht, und zwar in großem Umfang, unter kapitalistischen Bedingungen bei Menschen, die kaum oder gar nicht arbeiten, durch Ausbeutung der Arbeit anderer, durch Investition von Kapital, durch Spekulation, durch Erbschaft etc. Wenn man diesen Sachverhalt nicht wegdefiniert, indem man von "Ausbeutungs-" oder "Spekulations-" oder "Erbarbeit" u.a. redet, was in eine begriffliche Nacht führen wird,

in der alle Katzen grau sind, dann bleibt nur die Erkenntnis: Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen ist eine grundlegende Prämisse der kapitalistischen Verwertungslogik.

Freundliche Grüße,

Arno Klönne

Zwangsläufige Verkürzungen

Betr.: Roth-Debatte, ak 483/484

Gegen Roths Analyse in ak 483 wurde eingewandt, seine Gegenperspektiven seien "verkürzt". (...) Ich glaube nicht, dass in einem Artikel, der ursprünglich als Rede konzipiert war, alles Notwendige und alle Details angesprochen werden könnten, die bei einem solchen Generalthema angesprochen werden müssten.

Der Wert dieses Beitrags von Roth sollte mehr an dem Vorgeschlagenen gemessen werden. Roth sagt völlig richtig, dass die neokonservative Form der sozialen Demontage "weltweit" - das schließt natürlich geographisch-gesellschaftliche Unterschiede ein - stattfindet. Und es ist ein Fakt, dass von einer weltweiten Mehrheit - zwar in unterschiedlicher Weise - die Demontage (noch) geduldet wird.

Der Widerstand gegen die vom kapitalistischen Weltsystem zu verantwortenden und regional-kulturell immer geringer werdenden Anpassungs- und Diversifikationsmöglichkeiten einer vernünftigen und gerechten Lebensorganisation hat nur dann Sinn und Zukunft - so verstehe ich Roth -, wenn er mit demokratischen Veränderungen der Lebensweise der jetzt Leidenden einhergeht, deren Art der Leidensreaktionen - die Geschichte ist voll davon - in der Regel geprägt ist von denen, deren Macht sie ausgeliefert waren. Insofern ist "Opfer des Kapitalismus" zu sein, keinerlei Legitimation für künftige und soziale Weltgestaltung.

Die vorherrschenden und zu verändernden gesellschaftlichen Bedingungen begünstigen fast ausschließlich die Reproduktion aggressiver Verhaltensweisen, die in besseren Verhältnissen solchen Menschen nicht notwendig erscheinen müssten.

Auch hierin ist Roth Recht zu geben: Die demokratische Vorgestaltung der Akteure von Gegenmacht kann nur in einer internationalen Perspektive gelingen. Insofern sind antikapitalistische Organisationsmodelle im EU- oder Europa-Rahmen bestenfalls Fragmente oder dysfunktional, wenn sie sich auf diesen Rahmen beschränken. (...)

Eine imperialismus-freie Menschlichkeit bzw. Lebendigkeit kann sich nur dann entwickeln, wenn die Veränderungswilligen jene menschen- und natur-feindlichen ökonomistischen Sichtweisen und Motive exakt kennen, die sie minimieren müssen, um diesem gerupften Globus eine weniger düstere Zukunft anbieten zu können. Die gerechte möglichst herrschaftsfreie Gestaltung der Ökonomien von Gesellschaften kann die einzige Rettung der kapitalistische Fall von Überproduktion durch Wenige und Fehlkonsumption von vielen sein.

Vor lauter Details sollten aber die wichtigsten Faktoren auf dem Weg zu diesem Ziel nicht vergessen werden, die ich - wie Roth - für unabdingbar halte:

1. Der demokratische Umgang innerhalb und außerhalb der sozialen Gegenbewegungen,

2. der Aufbau globaler Netzwerke von Basisdemokratien.

Mit besten Grüßen

Karl-Rainer Fabig

21. Ohren-Propaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:22

Zwischen Mystik und Realität

Pop-Rock mit starkem Elektro-Einschlag legen Stella nach nunmehr vier Jahren Unterbrechung auf ihrer neuen CD "Better Days sounds great" vor, u.a. ein eng am Original gecoverter Song "Dreams" vom legendären Rumours-Album von Fleetwood Mac. In jedem Fall mutig - und gelungen. Immerhin gehört "Rumours" bis heute zu den 20 wichtigsten Rock-Alben, die je entstanden sind, aber darüber lässt sich ja nicht erst seit Nick Hornbys "High Fidelity" bekanntlich streiten. Dennoch: Die Stimme von Stevie Nicks sucht bis heute ihresgleichen. Auch das Cover selbst lehnt sich ein wenig an das große Vorbild an. Zwischen Kristallleuchtern, silbernen Vasen, Schalen und antiquarisch edel wirkenden Büchern posiert die Band im Stile der 1920er Jahre oder aber des ausgehenden 19. Jahrhunderts zwischen Frack, Zylinder und Barockkleidchen: düster und stilvoll - zwischen Mystik und Realität. Stella macht auch einen Trend deutlich. Denn eigentlich ist niemand der vier Beteiligten nur mit Stella beschäftigt. Elena Lange ist bei TGV, Mense Reents bei Ego Express, den Goldenen Zitronen und solo aktiv. Hendrik Weber hat gerade unter dem Namen Panther Du Prince sein Soloalbum veröffentlicht und Thies Mynther schließlich spielt bei Superpunk, Glove, Phantom/Ghost etc. Ein kleines Universum von MusikerInnen, die sich je nach Situation und Lage zu einer Band zusammentun. (DSE)

Stella, Better Days sounds great, www.lado.de/stella

A wie ... Anfang

Dass man die Charts weit oben anführen und dennoch klare Positionen mit Minderheitscharakter standhaft vertreten kann, machen die Absolute Beginner mit "The early years (1992 - 1994)" klar. Zu hören sind dort in einer neuen Zusammenstellung acht Raps aus den frühen Tagen, die bislang nur auf diversen Sampler verteilt zu finden waren und die nichts an Klarheit zu wünschen übrig lassen. "Freiheit befreien" oder "K.E.I.N.E" (Bullenschweine) oder "Die Kritik der Platten kann die Platten der Kritik nicht ersetzen" heißen einige der Titel, die noch mal in Erinnerung rufen, mit welchen Themen sich nicht nur Hip-Hoper in der ersten Hälfte der 1990er Jahre beschäftigten. Auf den von Rare Earth geklauten Beats von "I just want to celebrate" setzen sie sich mit den USA auseinander: "Dies ist nicht Amerika" ist heute ebenso aktuell wie seinerzeit. Interessant auch, dass man zwar deutlich hört, wie jung die Beginner damals waren (bezeichnenderweise heißt der Untertitel der CD "wir waren jung und brauchten kein Geld"), gleichzeitig wird aber auch klar, dass es - damals wie heute - mehr als gute Gründe für deren Erfolg gab und gibt. (DSe)

Absolute Beginner, The early years, 1992-1994, wir waren jung und brauchten kein Geld, www.beginner.de

Found a girl

Wer im Vorprogramm von Chumbawamba aufspielen darf, hat automatisch einen großen Vertrauens- und Sympathiebonus. Bettina Schelker stammt aus der Schweiz, lebt in Bern und musiziert derzeit vor allem mit Gitarre und Solo. Dabei wirkt sie auf der Bühne derart präsent, dass man unwillkürlich nach der Band in ihrem Rücken sucht: doch Fehlanzeige. "Willkommen" heißt ihr erstes rein hochdeutsch-sprachiges Album, nachdem sie zuvor in englisch und schwytzerdütsch veröffentlicht hat. Schöne, meist ruhige und leidenschaftliche Melodien, eingebettet in eine softe Rocktapete, singt sie über seelische Befindlichkeiten von Liebe, Freundinnen, Seelenstriptease, Zeitgeist und dem Gefühl, weder an- noch abgeschaltet zu sein (Standby). Wunderschön und eindringlich! Schelker ist ein Power-Paket: Nicht nur als Musikerin auf der Bühne aktiv, organisiert sie sich mit eigenem Label (foundagirl), managt sich selber, tritt gegen den Irak-Krieg auf oder auch schon mal vor streikenden ArbeiterInnen in schweizerischen Betrieben. Außerhalb der Schweiz wurde sie 2001 einem eingeweihten Kreis etwas bekannter, als sie mit ihrem damals dritten Album in der Hitliste des Südwestrundfunks 2 auf Platz 1 rangierte und ihr Song "Meinst du mich?" im Oktober den Sprung auf Platz 3 schaffte. (DSe)

Bettina Schelker, Willkommen, www.foundagirl.com

Unabhängiges Musik-Download-Portal

Noch im Aufbau, aber für den gesamten Independentbereich und zahlreiche semi-professionele Bands dürfte ein neues Projekt zum kostenpflichtigen Download von Musik im Internet von großer Bedeutung sein. Unter dem Namen Potato und mit Beteiligung der Erfinder von MP3, dem Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie (IDMT) in Ilmenau bietet das Portal die Möglichkeit für Bands und deren Fans, ihre Songs zum Download anzubieten. Das Bereitstellen der Songs ist denkbar einfach organisiert und kann von jedem Ort im Internet realisiert werden, also sowohl in die Homepageseiten der Bands als auch der Fans eingebaut werden. Wiederverkäufer der angebotenen Songs verdienen sogar über den Download. So bietet Potato auch für die Fans einen echten (ökonomischen) Anreiz, für die Verbreitung der angebotenen Songs zu sorgen. Potato ist im April diesen Jahres an den Start gegangen und demnach noch in einem Frühstadium. Aber die übersichtliche Handhabung und vor allem der Umstand, dass die AnbieterInnen der Songs keine Einrichtungs- oder sonstige Gebühren zahlen müssen, macht das Potato-Download-System zu einer überaus interessanten Möglichkeit zum Vertrieb der eigenen Platten. (DSe)

www.potatosystem.com

22. Metin Kaplan und andere Normalfälle

Abschiebepolitik und das neue Zuwanderungsgesetz

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:23

Was wird im kollektiven Gedächtnis der Deutschen haften bleiben im Falle des Metin Kaplan? Schon wieder konnte einer nicht rausgeworfen werden, den hier keiner haben will. Unglaublich. Was haben wir bloß für lasche Gesetze. Da war doch vor kurzem schon mal einer. Dieser Mehmet. Genau. Dieser Mehmet aus München, so ein krimineller Jugendlicher. Auch so einer, den man nicht loswerden konnte. Unglaublich, was wir für lasche Gesetze haben.

Der Fall Kaplan und der Fall Mehmet sind zwei Fälle von über 120.000. So viele AusländerInnen nämlich wurden seit Mehmet aus Deutschland abgeschoben. Keiner von ihnen ist mit Namen oder Gesicht annähernd wie sie dem deutschen kollektiven Gedächtnis eingebrannt worden. Nicht einmal Aamir Ageeb. Dabei ist er immerhin von Beamten des Bundesgrenzschutzes während des Abschiebefluges zu Tode gebracht worden. Aamir Ageeb ist einer von 126 Toten, die bei Abschiebemaßnahmen aus Deutschland umkamen oder sich umbrachten.

Wenn es nicht einmal diese Toten der außerordentlich funktionstüchtigen deutschen Abschiebemaschinerie ins öffentliche Bewusstsein schaffen, dringt der ganz gewöhnliche Abschiebealltag schon gar nicht in die veröffentlichte Meinung ein.

Ein Alltag, der zum Beispiel so abläuft: Am Morgen des 25. Mai umstellen mehrere Hundertschaften Polizei Flüchtlingsunterkünfte in Köln. Türen werden eingetreten, Menschen aus dem Schlaf gerissen. 16 Roma werden nach Düsseldorf gebracht und mit anderen aus anderen Städten in einer LTU-Chartermaschine nach Belgrad ausgeflogen. Unter den Abgeschobenen, denen in Serbien Not und rassistische Verfolgung drohen, sind keine Verbrecher und Prediger; unter ihnen ist ein schwer nierenkranker Mann, der in Belgrad ohne Versorgung bleiben wird; in zwei Fällen wurden Familien getrennt. Die meisten Abgeschobenen lebten schon länger als zehn Jahre in Deutschland, viele der abgeschobenen Kinder wurden hier geboren. Ach ja: Eine selbstmordgefährdete Frau entzog sich der Abschiebung: Sie sprang aus dem Fenster und liegt jetzt im Krankenhaus. Viele der Abgeschobenen haben einen Tag zuvor noch eine dreimonatige Duldung erhalten. Ihre Ausweisungsverfügung, die man ihnen am Morgen der Abschiebung aushändigte, war von der Ausländerbehörde vordatiert worden.

Ortswechsel: 20 Stunden später, in der Nacht zum 26. Mai, wird in Hamburg ein Charterflugzeug beladen, es geht via Amsterdam nach Togo. Über hundert Polizeibeamte sind im Einsatz, patrouillieren mit Schäferhunden, die Beamten sind behelmt und maskiert, haben Bündel von Plastikfesseln und so genannte Abschiebehelme in den Händen, die renitenten so genannten Abschüblingen übergestülpt werden. Kurz vor eins werden Gefangene, gefesselt und mindestens einer mit Abschiebehelm, einzeln oder zu zweit vom Hafthaus auf dem Flughafen in Polizeitransporter gebracht. Um 2.00 Uhr startet die Maschine. An Bord etwa 40 abgelehnte Asylbewerber aus Togo und Kamerun, darunter zahlreiche, die nachgewiesenermaßen von der Diktatur in Togo als Oppositionelle gesucht werden.

Otto Schily, Günter Beckstein und Peter Müller, die das künftige Zuwanderungsgesetz machen, brauchen nicht den mitfühlenden Blick auf die jährlich 20.000 Abgeschobenen. Sie brauchen die öffentliche Wut auf Mehmet und Kaplan. In ihrem Windschatten müssen sie die geplanten Gesetzesverschärfungen nicht einmal rechtfertigen. Das Kaplan-Geschrei übertönt jede Kritik, von Amnesty, vom UNHCR oder sonst wem. Wenn zum Beispiel flächendeckend eine zweite Sorte Abschiebehaftanstalten, so genannte Ausreiselager, geplant werden; wenn die Rechtswegegarantie für "Abschüblinge" weiter verkürzt oder ganz abgeschafft wird; wenn auf die gesundheitliche Gefährdung durch die Abschiebung selber oder durch die Verhältnisse im Zielland grundsätzlich keine Rücksicht mehr genommen wird. Die Kritiker sagen, Richtschnur solcher geplanter Grausamkeiten sei nicht das Menschenrecht auf Asyl, sondern die Haltung: Flüchtlinge sind tote Kosten. Solidarität ist totes Kapital.

Man erschlägt hier zu Lande keine Kritiker. Man macht öffentliche Hysterie. Unblutig, laut, effektiv.

Albrecht Kieser,

Rheinisches JournalistInnenbüro

23. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:24

Eiszeit

Am 24. Juni hat der Dokumentarfilm "Eiszeit" von Daniela Michel und Alexander Kleider im Berliner Nickelodeon-Kino Premiere. Die darauf folgenden zwei Wochen wird er in den Kinos Nickelodeon und Lichtblick zu sehen sein. Der Film thematisiert anhand von sechs Einzelschicksalen die Folgen der Agenda 2010, die den größten Einschnitt in den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik markieren. Zur Premiere sind die FilmemacherInnen anwesend.

Berlin, 24.6.2004, 20.00 Uhr. Nickelodeon, Torstr. 216

"Atlantic drift"

Am 3. September 1940 verließen mehrere tausend jüdische Menschen mit drei Schiffen Wien und Bratislava. Über die so genannte Donaulinie, das Schwarze Meer und das Mittelmeer wollten die Flüchtlinge das unter britischem Mandat stehende Palästina erreichen. Am schwarzen Meer angekommen, wurden 2000 Personen an Bord des Viehtransporters "Atlantic" untergebracht und eine dreimonatige Fahrt begann. Als die "Atlantic" schließlich im Dezember 1940 in Palästina ankam, wurden die Flüchtlinge zunächst von den britischen Polizisten in Haifa in verschiedene Lager gesteckt. Nach einigen Tagen wurden sie gewaltsam auf zwei Schiffe gebracht und nach Mauritus deportiert, wo sie fünf Jahre im Gefängnis inhaftiert waren. Für den Dokumentarfilm "Atlantic drift" aus dem Jahre 2002 begleitete Michel Daëron Hanna und Schlomo Haendel noch einmal zurück nach Mauritius. Eine Filmvorführung von nn-tv; der Eintritt ist frei.

Bonn, 27.6.2004, 16 Uhr, Kult 41, Hochstadenring 41

Recht auf Rechte?

Die internationalen Mobilisierungen der letzten Jahre haben die Konturen einer neuen sozialen Bewegung sichtbar gemacht. Diese besteht zumindest in unseren Breiten aus einer sehr heterogenen Mischung aus unterschiedlichen sozialen Akteuren und politischen Strömungen. In den Sozialforen haben diese eine Organisationsform gefunden, die der Heterogenität der Bewegung gerecht werden soll. In praktischen Initiativen und Auseinandersetzungen geht es um den Erhalt von öffentlichen Gütern bzw. um den kostenlosen Zugang zu einer sozialen Infrastruktur. Ein wichtiger Aspekt gegenwärtiger Kämpfe ist die Gewährung sozialer Rechte unabhängig von der jeweiligen Staatsbürgerschaft. So fordert die Gesellschaft für Legalisierung offensiv ein "Recht auf Rechte" gerade für die, die am rechtlosesten gehalten werden: Flüchtlinge, MigrantInnen und Illegalisierte. "Das Ende der Bescheidenheit - Neue Formen des sozialen Widerstands" ist der Titel einer Veranstaltung mit Corinna Genschel (Berliner Sozialforum, Komitee für Grundrechte und Demokratie), Massimo Perinelli und Birgit zur Nieden (Gesellschaft für Legalisierung/kanak attak) und Alix Arnold (Wildcat).

Essen, 28. Juni, 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

"Ballbesitz ist Diebstahl"

Ein Glück gibt es linkes Begleitprogramm zur Europameisterschaft, das aus seiner Fußballbegeisterung keinen Hehl macht! Ein Beitrag hierzu ist die Veranstaltung mit Gerd Dembowski, die am 2. Juni in Bonn stattfindet. Gerd Dembowski ist Sprecher des Bündnisses aktiver Fußballfans (BAFF) und Autor und Mitherausgeber von "Tatort Stadion - Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball" und "Ballbesitz ist Diebstahl - Fußballfans zwischen Kultur und Kommerz". Welches Thema könnte während der Fußball Europameisterschaft aktueller sein?

Bonn, 2.7.2004, 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76

Flexible Jobs - flexible Streiks?

Miese Arbeitsverhältnisse und Enttäuschung über Gewerkschaften, auf deren Mithilfe bei der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen Regierung und Wirtschaft sich stets verlassen können, haben zumindest in Italien dazu geführt, dass Kämpfe der "flexibilisierten" ArbeiterInnen entstanden sind. Um zwei

dieser Kämpfe soll es bei der Veranstaltung gehen: um den Streik der ReinigungsarbeiterInnen bei der Bahn 2002 (dazu wird ein Video italienischer AktivistInnen gezeigt) und den wilden Streik der BusfahrerInnen Ende 2003. Welche Bedeutung haben diese Kämpfe, und was sind ihre Grenzen? Wie schaffen es "prekäre" ArbeiterInnen, sich zu organisieren? Der Eintritt ist frei!

Duisburg, 6.7.2004, 20.30 Uhr, Djäzz. Börsenstr. 11

Geschichten vom Trüffelschwein

Ein "linkes Trüffelschwein" wurde der KB in einem Nachruf genannt. Der Ehrentitel des Trüffelschweins spielt auf den Riecher an, den die Mutterorganisation des Arbeiterkampfes (der heute ak heißt) zumindest in seinen erfolgreichen Jahren bei der Auswahl und Umsetzung politischer Themen bewies. Sein starkes Engagement in der Anti-Atom-Bewegung und die wichtige Rolle, die er dort schnell spielte, stehen exemplarisch dafür. Der KB erfährt mit dem Buch "Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes (KB) von 1971 bis 1991" nun eine publizistische Würdigung. Eine Veranstaltung mit dem Autor Michael Steffen, in Zusammenarbeit mit der Revolutionären Aktion Stuttgart.

Stuttgart, 8.7.2004, 20 Uhr, BAZ 110, Ludwigstr. 110a

24. Wahl der Qual in Tschetschenien

In der Kaukasusrepublik bleibt alles beim Alten

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:25

Über die Ereignisse im Irak berichten russische Medien bereitwillig und in aller Ausführlichkeit. So ist es ein Leichtes, sich mit Informationen über die Entführung und Ermordung russischer Staatsbürger im Nahen Osten einzudecken - Empörung und Fassungslosigkeit ob derart dreister Angriffe auf den "großen russischen Freund" inklusive. Jedenfalls gestaltet sich dies um ein Vielfaches leichter, als sich ein reales Bild über die Vorkommnisse im heutigen Tschetschenien zu machen und die dortigen Toten zu zählen, welche in der Mehrzahl - sieht man von den importierten Kämpfern auf Seiten der Separatisten ab - ebenfalls über einen russischen Pass verfügten.

Aus Moskau hört man seit geraumer Zeit Beteuerungen, die Verhältnisse in der kriegsgeschüttelten Region hätten sich weitgehend normalisiert. Zu den Indizien, die zur Untermauerung dieser Verlautbarungen angeführt werden, gehören so aufwendige Inszenierungen der Kremlstrategen wie das Referendum über eine neue Verfassung vom März 2003, welches angedacht war, den Verbleib der Republik innerhalb der Russischen Föderation zu sichern, oder die Präsidentschaftswahlen vom Oktober vergangenen Jahres. Ebenso zählen dazu die Attribute eines normalen Alltags in der Region: die Wiederinbetriebnahme der direkten Zugverbindungen zwischen Moskau und Grozny Ende Mai nach fast fünfjähriger Pause, der Ausbau des Mobilfunknetzes, das neue Wappen für die Republik und zu guter Letzt die neue Hymne. Als genialen PR-Schachzug kann man zudem wohl die Meldung über den Sieg der tschetschenischen Fußballmannschaft "Terek" beim Endspiel um den russischen Pokal werten. "Terek" darf nun beim UEFA-Cup mitspielen und auf europäischer Ebene demonstrieren, dass es entgegen hartnäckiger Behauptungen einer Hand voll DefätistInnen um Tschetschenien so schlecht nicht bestellt sein kann.

Darüber hinaus sollen seit diesem Frühjahr zunehmende Siegesmeldungen angesichts von Waffenniederlegungen und Todesfällen einiger hochrangiger Feldkommandeure und Vertrauter des einst zum Präsidenten gewählten Separatistenführers Aslan Maschadow Glauben machen, der militärische Sieg über die "Banditen und Terroristen" hätte praktisch bereits stattgefunden. Doch gleichzeitig lassen die Meldungen über durch Minen oder in Hinterhalten getötete und verwundete russische Soldaten nicht nach. Tod, Folter und das "Verschwinden" von ZivilistInnen hingegen werden geleugnet oder vertuscht. Gelangen dennoch Informationen hierüber an die Öffentlichkeit, ist den zuständigen Behörden kein Argument zu schade, die Vorwürfe abzuwehren.

Normalisierung als PR-Trick

Als beispielsweise am 8. April der in bergigem Gebiet unweit der Grenze zu Dagestan gelegene Einsiedlerhof Rigachoj aus der Luft bombardiert wurde, wobei eine Frau und fünf ihrer Kinder ums Leben kamen, verwies das Kommando der Luftwaffe dreist auf die zuständige Staatsanwaltschaft. Diese wollte festgestellt haben, dass die Familie durch eine Sprengmine umgekommen sei - obwohl bei den Opfern weder die dafür typischen Verletzungen zu sehen waren noch die auf einem Teil des Sprengsatzes erhaltene Kennziffer überprüft worden war. An jenem Tag, hieß es, seien schließlich keine Einsätze geflogen worden. Dem war tatsächlich so, nur war das Todesdatum zuvor auf den 9. April verlegt worden.

Ähnliches gilt für die am 9. April in Serzhen-Jurt in der gleichen Region aufgefundenen Leichen, welche Spuren von Folter aufwiesen und offensichtlich eines gewaltsamen Todes gestorben waren. Acht der neun Toten waren am 27. März von russischen Einheiten in Schützenpanzern verschleppt worden. AnwohnerInnen hatten die Spur bis zum russischen Hauptmilitärstützpunkt in Chankala verfolgt. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch legte der Staatsanwaltschaft später eine Kopie der Ermittlungsergebnisse über den Verbleib der Entführten vor. Doch trotz zahlreicher anders lautender Beweise wurde im zuständigen Stab der russischen Antiterroreinheit steif und fest behauptet, es hätte sich um einen Vergeltungsakt der Bojewiki (tschetschenische Kämpfer, Rebellen) gehandelt, deren Forderungen nach Verpflegung im Herkunftsort der Toten nicht erfüllt worden seien.

Über 2.500 EinwohnerInnen Tschetscheniens gelten derzeit als vermisst. Es bleibt vor allem Frauen vorbehalten, Nachforschungen anzustellen, aber nur in wenigen Fällen sind die Mühen von Erfolg gekrönt.

Nicht selten entwickeln sich dabei spontane Protestkundgebungen. Am 2. Juni versammelten sich etwa 150 bis 200 Frauen im Regierungsviertel in Grozny zu einer Protestaktion mit der Forderung, den Aufenthaltsort ihrer im Verlauf von sogenannten "Säuberungen" durch russische Sicherheitsstrukturen verschleppten Angehörigen aufzudecken. Doch anstatt das Anliegen der Protestierenden ernst zu nehmen, empfing ein hochrangiger Mitarbeiter des Innenministeriums die Frauen mit dem Satz: "Ich merke mir alle; wir werden schon mit Ihnen fertig". Diese Äußerung provozierte einen Sturm der Entrüstung. Es flogen Steine, und den Frauen gelang es schließlich, die Absperrung zu durchbrechen und zum Haus der Regierung vorzudringen. Armeeangehörige und Wachschutz gaben Warnschüsse in die Luft ab und begannen, brutal auf die Frauen einzuschlagen; einige trugen zum Teil erhebliche Verletzungen davon. Der Sekretär des tschetschenischen Sicherheitsrates, Rudnik Dudajew, rechtfertigte das harte Vorgehen gegen die "Mütter von Banditen" damit, dass sich in der Menge womöglich Bewaffnete aufgehalten hätten mit dem Ziel, nach dem Durchbruch das Regierungsgebäude zu attackieren. In anderen Fällen hingegen, wie z.B. im vergangenen Jahr im Ort Samaschki, erreichte die Bevölkerung bei Androhung eines Boykottes der Präsidentschaftswahlen die Rückgabe einer durch russische Einheiten verschleppten jungen Frau.

Repression gegen "Mütter von Banditen"

Mit der Inszenierung der Präsidentschaftswahl im Oktober 2003 verschaffte der Kreml dem inzwischen getöteten Achmad Kadyrow die bis dahin fehlende Legitimation. 1995 hatte der gerade zum Großmufti avancierte Kadyrow Moskau den Jihad erklärt. Zu Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges 1999 stellte er sich jedoch gegen die Separatisten und profilierte sich als überzeugter Gegner islamisch-fundamentalistischer Strömungen, wie sie insbesondere von Leuten wie dem Feldkommandanten der Rebellen Schamil Basajew benutzt werden (1). Ebenjener zeichnete schließlich im Internet verantwortlich für das Attentat im Stadion von Grozny, dem Kadyrow am 9. Mai diesen Jahres zum Opfer fiel.

Als Kadyrow im Juni 2000 ins Amt eines Moskauer Statthalters in Tschetschenien gehoben wurde, galt er als eher schwache und leicht steuerbare Figur. Immerhin stand er für ein Szenario, wonach der faktische Kriegszustand weitgehend aus der Moskauer Umgebung verbannt und die weitergehende Regulierung des Konflikts in die Verantwortlichkeit tschetschenischer Kräfte gestellt werden sollte. In Russland standen Duma- und Präsidentschaftswahlen bevor, welche auf keinen Fall gefährdet werden durften. Die Übergabe von Vollmachten an unterschiedliche tschetschenische Sicherheitskräfte für den Kampf gegen die Bojewiki provozierte indes vor allem brutale Anwendung von Gewalt. Zwar schien die zentrale Kontrolle der tschetschenischen Einheiten durch den russischen Antiterrorstab gewährleistet; tatsächlich verstärkte sich jedoch die Macht des am wenigsten kontrollierbaren präsidialen Sicherheitsdienstes. Diese etwa 1.500 bis 2.000 Mann zählende faktische Privatarmee wird von Achmad Kadyrows Sohn Ramzan kommandiert und setzt sich zu einem Großteil aus amnestierten Bojewiki zusammen.

Die Amnestierung führte somit von Moskau toleriert zu einer quasi Legalisierung ehemaliger Kämpfer in Verbänden des Innenministeriums unter dem neuen Oberhaupt Kadyrow. Dessen Position erfuhr hierdurch wie durch das Präsidentschaftsamt von Moskaus Gnaden eine enorme Stärkung. De facto morden die neu gegründeten Einheiten nun staatlich sanktioniert weiter; teils werden alte Rechnungen beglichen, teils Lösegelder für "Verschwundene" eingetrieben. Nicht selten tauchen die Namen Entführter später in den Listen des russischen Antiterrorstabes als Bojewiki auf. Zudem decken die "Kadyrowtsy" nach Angaben von MitarbeiterInnen der Bürgerrechtsorganisation Memorial, welche über ein gut ausgebautes Netz an BeobachterInnen in Tschetschenien verfügt, kriminelle Geschäfte, die von der illegalen Ausfuhr von Metallen bis zur Erdölgewinnung und -weiterverarbeitung reichen, und verdienen kräftig daran mit.

Die Präsidentschaftswahlen hätten dem Kreml die Möglichkeit gegeben, Kadyrow durch eine einfacher zu handhabende Figur zu ersetzen, z. B. durch einen Vertreter der tschetschenischen Diaspora, wie den Geschäftsmann Malik Sajdullajew. Wäre jener nicht aus der Kandidatenliste verbannt worden, hätte die Wahlen zudem wenigstens ein Hauch von Demokratie umgeben. Doch das Kräftemessen innerhalb des Moskauer Machtzentrums ließ seinerzeit keine strategischen Entscheidungen zu.

Präsident von Moskaus Gnaden

Durch den Tod Kadyrows entsteht nun ein Machtvakuum, welches der Kreml auf die Schnelle zu füllen nicht im Stande sein wird. Nicht weil sich keine geeigneten Nachfolger finden ließen, sondern weil die Moskauer

Führung seit Jahren versucht, die verheerende Lage in Tschetschenien mit Ad-hoc-Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Über langfristige Strategien zur Bewältigung der Dauerkrise in der kriegsgeschüttelten Region verfügt sie nicht. Nun steht Präsident Putin zwar im Zugzwang, doch scheint es auf die heikle Frage nach einem geeigneten Nachfolger für Kadyrow bislang keinerlei Antwort zu geben. "Für den Kreml galt Kadyrow als einzige Lösung, es gab keine Ersatzvariante", kommentiert der russische Politologe und Linkssozialist Boris Kagarlitzky die Lage.

Für den 29. August stehen wieder Präsidentschaftswahlen an. Der erst 27-jährige Ramzan Kadyrow galt in der ersten Not als geeigneter Kremlkandidat. Man erwog sogar, die tschetschenische Verfassung ändern zu lassen, da die Altersgrenze für eine Aufstellung zur Wahl bei 30 Jahren liegt. Erste Maßnahmen für eine breit angelegte Unterstützungskampagne in Tschetschenien waren bereits getroffen, als sich Kadyrow öffentlich gegen eine Kandidatur aussprach. Nun darf erneut spekuliert werden, wer das Vertrauen des Kreml genießt, gleichzeitig über die für eine Zusammenarbeit mit Militär, FSB und ziviler Verwaltung erforderlichen Qualifikationen verfügt und darüber hinaus eine gemeinsame Sprache mit den verschiedenen tschetschenischen Clans, den "Teips", findet. Als ein möglicher Nachfolger wird derzeit der aus dem KGB kommende Oleg Zhidkow gehandelt, der unlängst von Putin zum stellvertretenden Sonderbevollmächtigten für das südliche Russland ernannt wurde.

Außerdem erklärte Bislan Gantamirow seine Absicht zu kandidieren. Der frühere Bürgermeister von Grozny und Ex-Presseminister Tschetscheniens trat bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen selbst nicht an, sondern setzte auf den Moskauer Geschäftsmann Hussein Dzhabrailow, was ihn letztlich sein Amt kostete. Dzhabrailow zog nämlich damals seine Kandidatur zurück, offenbar auf Wunsch hochrangiger Vertreter der Kremladministration. Für die Wahlen im August wird Dzhabrailow erneut als potenzieller Kandidat gehandelt, ebenso Malik Sajdullajew, welcher während des letzten Wahlkampfes mittels einer Klage ausgeschaltet worden war. Auch scheint unter anderem eine wiederholte Beteiligung des derzeitigen Sonderbeauftragten Putins für den Nordkaukasus, Aslambek Aslachanow, nicht unmöglich, zumindest machen sich Teile des russischen Sicherheitsapparates für ihn stark. Doch egal wer im Zuge von Neuwahlen das Präsidentenamt erringt: Die Einbeziehung möglichst breiter gesellschaftlicher Kreise mit dem Ziel der Beendigung des faktischen Kriegszustandes in Tschetschenien steht derzeit nicht auf der Tagesordnung.

Russland wurde indes für seine spezifische Art der Terrorbekämpfung belohnt. Ende Mai beschloss der Sicherheitsrat der UNO, Russland den Vorsitz der Antiterrorkommission bis zum 1. Januar 2005 anzuvertrauen.

Ute Weinmann

Anmerkung:

1) Die Rede ist vom "Wahhabismus", der offiziellen Staatsdoktrin Saudi-Arabiens, deren tschetschenische Variante allerdings nur entfernt Ähnlichkeiten aufweist.

25. Jenseits von Palästina-Solidarität und Fahnenfetischismus

Diskussion im antirassistischen extra-meeting-Netzwerk

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:26

Okkupation ist Okkupation ist Okkupation. So in etwa lautete der kleinste gemeinsame Nenner eines zweitägigen Treffens, zu dem Mitte April das antirassistische extra-meeting-Netzwerk unter dem Arbeitstitel "Israel/Palästina - Antisemitismus/Antiislamismus" eingeladen hatte. Auf Basis dieses Nenners war es möglich, die israelische Politik in den besetzten Gebieten zu kritisieren, ohne dabei jedoch in die trüben Gewässer antiimperialistischer Palästina-Solidarität abzudriften, was sich nicht nur in der entschiedenen Kritik an den palästinensischen Selbstmordattentaten ausdrückte.

Entstanden sind die so genannten extra-meetings aus den Antirassistischen Grenzcamps. Immer wieder ist es dort zu Konflikten nicht zuletzt zwischen "refugee"- und "non-refugee"-AktivistInnen gekommen. Es kam deshalb die Idee auf, sich zusätzlich, d.h. extra zu treffen: Ohne Zeit- und Organisationsdruck sollten insbesondere solche Probleme angegangen werden, die im Zuge gemeinsamer politischer Arbeit entstanden waren. Mittlerweile sind die extra-meetings zu einem Selbstläufer geworden. Etwa die Hälfte der Beteiligten sind AktivistInnen aus selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen (vor allem The Voice, Karawane und Brandenburger Flüchtlingsinitiative), die andere Hälfte kommt aus autonomen, antirassistischen und feministischen Zusammenhängen. Diskutiert werden sowohl grundsätzliche als auch strategische Fragen. So ist z.B. das Grundgerüst der diesjährigen Anti-Lager-Action-Tour auf einem extra-meeting entwickelt worden.

Holocaust und Nahostkonflikt

Bereits seit Jahren werden internationalistisch ausgerichtete Flüchtlingsorganisationen wie die Karawane oder The Voice regelmäßig des Antizionismus bzw. des Antisemitismus bezichtigt. Meist ist das dann der Fall, wenn diese irgendwelche internationalen Aufrufe mit (vorgeblich) anti-israelischer bzw. anti-amerikanischer Schlagseite zirkulieren lassen. Wie komplex und widersprüchlich das gesamte Terrain sein kann, ist spätestens seit der UN-Antirassismus-Konferenz 2001 im südafrikanischen Durban hinlänglich bekannt. Vor diesem Hintergrund wurde schon vor längerem vereinbart, die Problematik auf einem extra-meeting zu verhandeln.

Dass die Angelegenheit delikat ist, wurde bereits an der Schwierigkeit deutlich, sich überhaupt auf einen gemeinsamen Titel für das Treffen zu verständigen. Die deutschen AktivistInnen innerhalb der gemischt zusammengesetzten Vorbereitungsgruppe plädierten dafür, Holocaust und Antisemitismus als elementaren Bestandteil des thematischen Gesamtkomplexes zu betrachten. Zum einen sei Israel erst durch den Holocaust zur historischen Notwendigkeit geworden; zum anderen sei zu diskutieren, inwieweit innerhalb der aktuellen Konfliktdynamik so genannter Arabischer Antisemitismus eine Rolle spiele.

Dieser Argumentation widersprachen AktivistInnen von The Voice vehement: Es ginge um die Beschäftigung mit einer konkreten Situation im Hier und Jetzt. Demgegenüber würden Holocaust und Antisemitismus nicht nur in Israel, sondern auch von großen Teilen der deutschen Linken instrumentalisiert, um eine kolonialistische Besatzungspraxis und Antiislamismus zu legitimieren. Es sei politisch unakzeptabel, die unterschiedlichen Gewaltverhältnisse gegeneinander auszuspielen; des Weiteren seien sie es leid, ständig in aggressiver und mitunter rassistisch aufgeladener Manier in die antisemitische bzw. antiisraelische Ecke gestellt zu werden.

Die Debatte im Vorfeld spitzte sich zu, als von deutscher Seite der dort entstandene Eindruck formuliert wurde, die palästinensischen AktivistInnen innerhalb der Vorbereitungsgruppe würden zu leichtfertig über den Holocaust hinweghuschen. Ohne weiteres Innehalten schwenkten sie vom Holocaust direkt zum Leid der PalästinenserInnen über. Das würde der besonderen Dimension des Holocaust nicht gerecht werden, auch dem nicht, was der Holocaust noch heute für viele Juden und Jüdinnen persönlich bedeutete. Ein palästinensischer Aktivist antwortete hierauf, dass es bei ihm durchaus "sehr viel Gefühle" gebe, wenn es um den Holocaust ginge; umgekehrt müsste aber auch gesehen werden, dass er, der nicht nur in Israel/Palästina, sondern auch in Deutschland als palästinensischer Flüchtling leben würde, einen notwendig anderen

Blickwinkel hätte. Er schloss seinen Beitrag mit der etwas konsternierten Frage: "Was erwartet ihr eigentlich von mir?"

Ein anderer Aktivist ging weiter: Nach ihm sei der Holocaust eine überwiegend deutsche bzw. europäische Angelegenheit, er als Palästinenser habe nichts damit zu tun. Dem wiederum wurde nicht nur von deutscher Seite widersprochen: Die Erinnerung an den Holocaust ginge alle Menschen etwas an, sie sei zu universalisieren; schließlich sollte es ein genuin linkes Anliegen sein, historisches bzw. aktuelles Unrecht immer und überall anzuprangern, egal welches Unrecht und egal, ob persönliche Bezüge bestünden oder nicht. Es wurde allerdings auch eingeräumt, dass dies von einer unbeteiligten Position aus - die Rede war vom "Fensterblick" - einfacher zu bewerkstelligen wäre als für Menschen, die auf die eine oder andere Weise involviert wären.

Insgesamt gab es zahlreiche Überschneidungen mit insbesondere zwei auch andernorts aufgeworfenen Fragestellungen: Zum einen mit der u.a. von dem israelischen Sozialphilosophen Moshe Zuckermann vertretenen These, wonach die Shoa in Israel "bis zum heutigen Tag dazu instrumentalisiert wird, die Leute nationalchauvinistisch zu stimmen" (1); zum anderen mit der von Edward Said und anderen arabischen Intellektuellen in den letzten Jahren entfachten Debatte, wonach "die Welt das Leid der Araber erst zur Kenntnis nimmt, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind". (vgl. ak 473/474)

Besatzung und Selbstmordattentate

Wer nach diesem Vorlauf glaubte, das extra-meeting selbst würde einen ebenfalls turbulenten Verlauf nehmen, sollte sich getäuscht sehen. Bereits in der Vorstellungsrunde mit ca. 50 Leuten aus (ursprünglich) über zehn Ländern zeichnete sich ein weithin geteiltes Bedürfnis zur nicht-polarisierten Diskussion ab. Sinnbildlich verkörpert wurde diese Haltung durch drei TeilnehmerInnen: einen palästinensischen The-Voice-Aktivisten, einen in Deutschland studierenden Palästinenser sowie eine Aktivistin der israelischen NGO Physicians for Human Rights - Israel. Die Art, in der sich die drei das gesamte Treffen über die Bälle zuspielten, wurde von vielen als das eigentliche "Ereignis" des gesamten extra-meetings empfunden. Es handelte sich um die praktisch gelebte und mittlerweile (wie berichtet wurde) selbst in Israel/Palästina zur absoluten Ausnahme gewordenen Alternative jenseits eingeschliffener Konfliktdynamiken aus Besatzungspolitik und Selbstmordanschlägen.

Auch die HauptakteurInnen selbst waren bewegt: So sind es aus Sicht des palästinensischen The-Voice-Aktivisten, der als Jugendlicher selber zwei Jahre im berüchtigten Wüstengefängnis Ansar III inhaftiert gewesen ist, genau derartige Begegnungen, die Not täten. Schließlich würden vielen PalästinenserInnen Israelis fast nur noch als SoldatInnen oder militante SiedlerInnen begegnen, seitdem Israel Anfang der 1990er Jahre mit seiner massiven und immer stärker perfektionierten Abriegelungspolitik begonnen habe.

Praktisch startete das Treffen mit zwei Inputs: Zum einen wurden die Debatten aus der Vorbereitungsgruppe geschildert, zum anderen berichtete die palästinensische Seite - mit spontaner Unterstützung durch die israelische Aktivistin - in einem Dia-Vortrag sowohl über die einzelnen historischen Etappen des Israel-Palästina-Konflikts als auch über die gegenwärtige Situation, insbesondere in den besetzten Gebieten. Auf dieser Grundlage wurde sodann in Groß- und Kleingruppen über unterschiedlichste Facetten des Konflikts diskutiert.

Einige aus Subsahara-Ländern stammende AktivistInnen berichteten, wie tief der christliche Glaube dort verankert wäre. Eine klare Parteinahme zu Gunsten von Israel sei deshalb absolut üblich; schließlich seien "die Juden" das von Gott auserwählte Volk; sogar ein Gutteil der antiarabischen Stimmungen in diesen Ländern speiste sich hieraus. Ein im Lichte des christlichen Antijudaismus in Europa sicherlich bemerkenswerter Sachverhalt. In einem anderen Gesprächsfaden ging es um die Frage, inwieweit sich im Israel-Palästina-Konflikt ganz verschiedene Konfliktachsen kreuzen würden (jedenfalls in der Wahrnehmung vieler Menschen), mit der Konsequenz, dass dieser sehr viel mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde als andere, insgesamt ungleich grausamere Konflikt wie z. B. in Ruanda bzw. im Kongo.

Schließlich wurde auch die von der palästinensischen Seite vertretene These diskutiert, wonach die große Zustimmung, die Selbstmordattentate in der palästinensischen Bevölkerung mitunter erhielten, keineswegs

Zustimmung zur (religiös-islamistischen) Programmatik von Hamas oder Jihad bedeuten würde. Vielmehr sei dies überwiegend als Ausdruck der Verzweifelung und der Sehnsucht zu begreifen, dass überhaupt etwas passiere. Hass auf Israel (den es zweifelsohne geben würde) und Antisemitismus seien demnach keinesfalls dasselbe, so die palästinensischen AktivistInnen. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang des öfteren auf positive Beispiele wie die jüdische Gemeinde in Nablus, mit der die PalästinenserInnen schon seit jeher in friedlicher Koexistenz lebten, selbst zu Zeiten der Intifada. Im Kern passten diese Beschreibungen gut zu dem, was auch jüdische Israelis regelmäßig berichten; etwa die bekannte Journalistin Amira Hass, die schon seit über zehn Jahren in den besetzten Gebieten lebt und immer wieder die offene und interessierte Haltung hervorhebt, der sie allenthalben begegnen würde. (2)

Freedom of Movement

Im Laufe des Wochenendes fokussierte die gemeinsame Reflexion zunehmend auf die konkrete Besatzungspolitik in Gaza und im Westjordanland. Im Mittelpunkt stand das System der Abriegelungen, insbesondere seine Verschärfung seit dem Bau der so genannten (Sicherheits-)Mauer zwischen Israel und dem Westjordanland. (vgl. ak 473) Dass die besetzten Gebiete durch Check-Points, gesperrte Straßen und Zaun- bzw. Mauerbau nach und nach in "geographische Zellen" unterteilt werden und dass die 3.5 Millionen PalästinenserInnen nur in begründeten Ausnahmefällen überhaupt ihre Städte und Dörfer verlassen dürfen, wurde von vielen als ausgesprochen krass empfunden; nicht zuletzt im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen.

Politisch aufgeladen dürfte dieser Punkt im Rahmen des antirassistischen extra-meetings vor allem deshalb gewesen sein, weil ja die Einschränkung der Bewegungsfreiheit auch hier zu Lande eine große Rolle spielt: im Kampf sowohl gegen die Residenzpflicht als auch gegen das europäische bzw. globale Migrationsregime. In diesem Sinne passte es bestens, dass auch in Israel/Palästina der Kampf gegen das System der Abriegelung unter dem Motto For Freedom of Movement stattfindet.

Unterm Strich bestand Einigkeit darüber, dass die Besatzung in keiner Form zu rechtfertigen ist. Denn selbst wenn das Land 1967 als "Faustpfand für eine Friedensregelung" okkupierte wurde, so wurde es für die israelische Politik schon bald zum "Objekt einer ideologischen, theologisch-religiös aufgeladenen Begierde" (Moshe Zuckermann). Insgesamt mündeten diese Überlegungen in die Forderung ein, die Besatzungspolitik konkret zu kritisieren. Dem Versuch, die Kritik an der Besatzung mit einer antiimperialistischen Grundsatzkritik von Israel, Zionismus und Kapitalismus kurzzuschließen, wurde also eine Absage erteilt. Insofern schloss die Kritik an der Besatzung die unmissverständliche Kritik an Selbstmordanschlägen mit ein. Es wurde vereinbart, den Diskussionsprozess fortzusetzen; ob die bislang erzielten Übereinstimmungen auch genauerer Diskussion standhalten, bleibt indessen abzuwarten.

Gregor Samsa

Anmerkungen:

1) Moshe Zuckermann, Zweierlei Israel, Hamburg 2003

2) Amira Hass, Gaza, München 2003

26. Die Mörder hinter dem Edelweiß

Proteste gegen die braune Traditionspflege der Gebirgsjäger in Mittenwald

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:27

"Oma, glangs fei ned o!"*, schrie ein kleiner Mittenwalder Bub panisch. Der Lektüre des Mittenwalder Landboten wollten sich auch die wenigsten erwachsenen BürgerInnen der Alpenidylle aussetzen. Statt sich in der kostenlosen antimilitaristischen Massenzeitung über die Tradition der Kriegsverbrechen ihrer ortsansässigen Truppe zu informieren, verteidigten sie lieber die Briefkastenschlitze am Gartenzaun ihrer Grundstücke vor der Feindpropaganda. Oder besuchten den "Tag der offenen Tür" in der Kaserne der Gebirgsjäger. Dort konnte man zeitgleich bei kleinen Vorführungen und Bratwurst verfolgen, wie die Bundeswehr-Elitetruppe heute wieder deutsche Interessen in der ganzen Welt verteidigt.

Bereits zum dritten Mal waren KriegsgegnerInnen und AntifaschistInnen aus der ganzen Republik und Österreich am Pfingstwochenende ins oberbayerische Mittenwald gereist, um gegen die größte deutsche Soldatenfeier zu demonstrieren. Mit über 600 DemonstrantInnen beteiligten sich trotz schikanösen Vorkontrollen und einem martialischen Aufgebot der Polizei deutlich mehr AntimilitaristInnen als im letzten Jahr. Aufgerufen dazu hatte wieder der AK Angreifbare Traditionspflege und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BDA). Lautstark und auf Transparenten wurde unter dem Motto "Die Mörder sind unter uns" die "Bestrafung der Kriegsverbrecher unterm Edelweiß, die Entschädigung der NS-Opfer und die Abschaffung der Bundeswehr" gefordert. Auf der Zwischenkundgebung machte Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung den Zusammenhang zwischen den Protesten gegen die jährliche "Nato-Sicherheitskonferenz" in München und denen gegen die Gebirgsjäger deutlich: Der Aufbau der EU-Militärmacht und die deutsche Kriegspolitik im Kosovo, Afghanistan und beim "Krieg gegen den Terror" weltweit sei untrennbar verknüpft mit Ausbildung und Traditionspflege der Gebirgsjäger-Elitetruppen der Bundeswehr. Deshalb müsse der Widerstand gegen beide Treffen im nächsten Jahr noch verstärkt werden. Eine von DemonstrantInnen mitten im Ort angebrachte Tafel zum Gedenken an die Opfer der Wehrmacht war bereits nach 15 Minuten wieder abgerissen. Es sollte nicht der einzige Angriff bleiben.

"Der Hitler hat euch vergessen, zu vergasen", brüllte ein Mittenwalder Bürger dem KZ-Überlebenden Ernst Grube, Landessprecher der VVN, entgegen. Drei Versuche, umstehende Polizisten dazu zu bewegen, die Personalien des Nazis und eine Anzeige aufzunehmen, scheiterten. Ernst Grube folgte dem Nazi durch den Ort, mit Hilfe von Freunden gelang es schließlich, einen Polizisten zu finden, der die Personalien aufnahm. Grube hat Anzeige wegen "Volksverhetzung und Beleidigung", aber auch gegen die untätigen Polizisten gestellt.

Auf dem Hearing am Pfingstsamstag berichtete eine Delegation um Panagiotis Babouskas über das Massaker im griechischen Lyngiades 1943; der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann aus Bremen schilderte den Kampf gegen das sächsische Gedenkstättenkonzept und die Opfer-Täter-Gleichsetzung in der neuen Ausstellung im ehemaligen Wehrmachtsgefängnis Torgau; und Jacob Baruch "Jacquot" Szmulewicz, der als jüdischer Partisan in Frankreich bei der FTP-MOI in Lyon und Grenoble gegen Gebirgsjäger und Gestapo gekämpft hatte, sagte "Ich bin wütend auf die, die sich noch heute positiv auf die Wehrmacht beziehen und ich bin wütend auf blinden Gehorsam".

Nazi-Traditionen angreifen

Dem 1952 gegründeten "Kameradenkreis der Gebirgstruppe" gehören Veteranen der Wehrmacht sowie ehemalige und aktive Bundeswehrsoldaten an (www. kampfkreis-gebirgstruppe.de). Der prominenteste Kamerad unter den derzeit rund 6.400 Mitgliedern ist Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). Bis heute ist kein einziger Gebirgsjäger für seine Verbrechen verurteilt worden. Unter den rund 1.000 Teilnehmenden der Feier am Denkmal auf dem Hohen Brendten am Pfingstsonntag waren rund 500 Wehrmachtssoldaten, aber auch viele aktive Bundeswehrler, Neo-Nazis, sowie auffallend viele Frauen, Kinder und Jugendliche. Der Präsident des Kameradenkreises und Ex-Brigadegeneral Ernst Coqui stellte auf der Feier erneut klar: Kriegsverbrecher würden vom ehrenden Totengedenken nicht ausgeschlossen. Zum Abschluss der Feier wurde gemeinsam das "Edelweißlied" gesungen; dieses Lied erklang zwischen 1933 und

1945 fast täglich: nicht nur an der Front, sondern auch aus den Volksempfängern im Reich vor und nach den Wehrmachts-Berichten.

Kritik und Protest gegen diese Art der "Traditionspflege" gab es erstmals 2002. (vgl. ak 474) Mittlerweile können jedoch auch polizeistaatliche Aktionen den politischen Widerspruch nicht mehr verhindern. Die Plakate "Mörder hinter dem Edelweiß" mit einem Porträt von Regimentskommandeur Josef Salminger diente der Polizei am Samstag zur Festnahme der Kundgebungs-Anmelderin: Wegen Verdacht der "Verunglimpfung Verstorbener" musste sich die Betroffene gegen ihren Protest einer großen ED-Behandlung unterziehen. Die Maßnahme könnte allerdings eher ein juristisches Nachspiel für die Polizei haben. Denn ob der Sohn des "Mörders unterm Edelweiß" überhaupt Anzeige erstatten wird, darf mit Spannung erwartet werden. Hermann Salminger ist heute Bürgermeister in Mittenwald. Gegenüber PressevertreterInnen erklärte er: Er sei auch deshalb gewählt worden, weil der Name Salminger eben seit über 100 Jahren in Mittenwald einen guten Ruf habe. Zu den Kriegsverbrechen seines Vaters wolle und könne er nicht Stellung beziehen.

Trotzdem will der Bürgermeister (Freie Wähler) jetzt das Gespräch mit den OrganisatorInnen der Proteste suchen: "So kann das doch nicht weiter gehen." Schließlich lebe Mittenwald vom Tourismus und von der Bundeswehr. Und diese Geschäftsverbindung ist zunehmend bedroht. In diesem Sinne könnte eine internationale Anti-Tourismus-Kampagne gegen die braune Traditionspflege die aktuellen Widersprüche in der Diskussion in Mittenwald und bei den Generälen der Bundeswehr forcieren. Eine solche Initiative vor dem nächsten Pfingsttreffen der Gebirgsjäger sollte verbunden werden mit der Kritik an der aktuellen deutschen Kriegspolitik und ihren Verbrechen in Afghanistan (KSK: "Keine Gefangenen gemacht") und im Kosovo (siehe Berichte von Menschenrechtsgruppen zu Frauenhandel und Zwangsprostitution).

AutorInnenKollektiv SehStörung

Anmerkung:

* "Oma, fass das bloß nicht an!"

Infos und Bücher:

www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/, www.no-nato.de, www.imi-online.de, Kontakt: angreifbare.tradition@ freenet. de

Im Kölner Verlag PapyRossa ist gerade eine Dokumentation des Hearings von 2003 erschienen: "Mörder unterm Edelweiß", AK Angreifbare Traditionspflege, 152 Seiten, 12,90 Euro

"Die Macht im Hintergrund - Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck", Ulrich Sander, PapyRossa Verlag, 2004, 204 Seiten, 14 Euro

27. Tristesse und Janitors

Zur Debatte um Gewerkschaften als Soziale Bewegung

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:28

Mit seinem Film "Bread and Roses" hat Ken Loach den US-amerikanischen Janitors, den prekär beschäftigten ArbeitsmigrantInnen im Reinigungs- und Gebäudewartungsgewerbe, und ihren Kämpfen ein Denkmal gesetzt. Dieser Film hat nicht zuletzt auch hier zu Lande die Fantasien über eine neue Form von gewerkschaftlicher Organisierung beflügelt: die Hoffnung auf eine autonome und kämpferische Basisgewerkschaft, die sich selbst als Teil der Sozialen Bewegungen versteht. Der folgende Text stellt die internationale Diskussion über den (neuen) "Social Unionism" vor und tritt dabei auf die Euphoriebremse.

Die Diskussion über Gewerkschaften als soziale Bewegungen war (und ist) unmittelbar eine Reaktion auf die als Krise rezipierte Situation der "offiziellen" Gewerkschaften. Probleme, bestimmte Segmente von Beschäftigten zu organisieren, stehen dabei meist im Mittelpunkt, wobei das Problembewusstsein auf Seiten der Gewerkschaften oft erst durch Verluste an Mitgliedern und gesellschaftlichem Einfluss ausgelöst wird.

Vor diesem Hintergrund werden neue Ansätze von Mitgliederwerbung und Organisierung ausprobiert, die von linken AktivistInnen lange vergebens vorgeschlagen worden waren. Gerade in der Bundesrepublik verläuft dieses Ausprobieren häufig pragmatisch. Aus Erfahrungen mit Projekten und Kampagnen, die etwa in der Öffentlichkeit miese Arbeitsbedingungen brandmarken, werden meist genauso wenig konzeptionelle Konsequenzen für die Ausrichtung der Gewerkschaften insgesamt gezogen wie aus neuen Formen der Kommunikation unter Beschäftigten wie z.B. Internet-Foren.

Was mit den neuen Ansätzen gewerkschaftlicher Mobilisierung verbunden wird, ist oft diffus und teilweise gegensätzlich. Das drückt sich auch in der unterschiedlichen Begrifflichkeit aus: In der Bundesrepublik spricht beispielsweise das linksgewerkschaftliche TIE-Netzwerk vom "Movement Unionism", in den USA wird manchmal von einem "New Social Movement Unionism" gesprochen. Mit einem gewissen Recht könnte man auch das Konzept des "New Unionism" des britischen Trade Union Council (TUC) als Teil des Diskurses begreifen, obwohl es dabei vor allem um eine kampagnenartige Mitgliederwerbung bei einer sozialpartnerschaftlichen Grundausrichtung geht - genau das Gegenteil von dem, was das TIE-Netzwerk vorschlägt. Die verwirrende Namensvielfalt legt es deshalb nahe, sich auf eine theoretisch ausgeführte Konzeption zu beziehen, die auch auf die bundesdeutsche Gewerkschaftslinke einen gewissen Einfluss ausgeübt hat, nämlich die Überlegungen von Peter Waterman zum "Social Unionism". Dies erscheint auch deshalb angemessen, weil Waterman seine akademisch-theoretische Arbeit mit einer politischen Intervention im Rahmen des Global Justice and Solidarity Movement und der Sozialforen verbindet.

Vom Streik zur Kampagne

Ausgangspunkt von Watermans Überlegungen ist ausdrücklich nicht die Frage der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Neukonzeptionierung von "Arbeiterklasse": die Frage, warum die bisherige Vorstellung von "die Zentralität bekam, die sie einmal hatte, wie das Konzept im Verhältnis zu emanzipatorischer Theorie funktionierte und warum es angesichts der Globalisierung und des Global Justice and Solidarity Movement neu überdacht werden müsste." (1) Als Teil einer Antwort auf diese Fragen plädiert Waterman für eine "breitere Definition des Begriffes Proletariat", die (mindestens) drei Elemente enthalten müsse: a) "Klasse" könne heute nicht mehr (und möglicherweise noch nie) über den Status der "Lohnarbeit" definiert werden. Sie müsse vielmehr alle Formen von Arbeit beinhalten, auch solche, die nicht mehr oder noch nicht in Wert gesetzt sind. b) In diesem Zusammenhang grenzt sich Waterman von einem Klassenbegriff ab, der einseitig aus der Kritik der politischen Ökonomie abgeleitet ist. Mit E.P. Thompson betont er den Aspekt der Konstituierung von sozialer Identität durch soziale Handlungen, der Selbst-Konstituierung einer "Klasse für sich". c) Auf dieser Grundlage schließlich bezieht er sich positiv auf Negri und Hardt, die die Vorstellung des Operaismus aufnehmen, dass "am Anfang der Widerstand war, nicht die Macht". Von dort aus sind sowohl die kapitalistische Restrukturierung als auch die potenzielle Überwindung des Kapitalismus unmittelbar vom "proletarischen Protest stimuliert".

Waterman bezieht die "breite Definition des Proletariats" schließlich direkt auf das, was er im Rahmen der "neuen Ökonomie eines globalisierten Netzwerk-Kapitalismus" für zentral hält: "Informationsarbeiter im

Allgemeinen" (von Call-Center-Agenten bis zur Netzwerkspezialistin) und "diejenigen, die in unentlohnter Hausarbeit/Pflege, Hausarbeit als Dienstleistung, Gesundheitsarbeit und Tourismus" beschäftigt sind, müssten zu diesem "neuen" Proletariat gezählt werden. Die genannten Gruppen seien zwar nicht die zukünftige Avantgarde, wohl aber "wahrscheinlich" offen "für eine Netzwerkgewerkschaft der Zukunft". Dabei habe die Idee eines Social Unionism nur eine Chance, wenn sie einen "radikalen Reformismus" mit der Forderung nach einer "Abschaffung der Lohnsklaverei" verbindet. Das Ziel der "Befreiung von der Arbeit" erfordere einen doppelten Kampf: gegen "den Zwang zur Arbeit und zur Arbeitslosigkeit". In diesem doppelten Kampf, der die Sphäre der Fabrik notwendigerweise überschreite, liegt für Waterman das zentrale Bindeglied eines Social Unionism, der sich als Teil der Zivilgesellschaft, der "ökologischen Bewegung, der Bürgerrechtsbewegung, der Kämpfe um Wohnungen und Land" versteht.

Waterman ist Marxist, ebenso wie die meisten Autoren (und wenigen Autorinnen), auf die er sich bezieht. Der erste rote Faden, der seine Thesen durchzieht, ist deshalb nicht von ungefähr der dialektische Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, wie ihn Marx im Vorwort der "Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie" entwickelt hat. Für Waterman sind darüber hinaus die Voraussetzungen für die Befreiung von Herrschaft bereits in den Produktivkräften angelegt. Auch in dieser Beziehung ist sein Ansatz traditionell-marxistisch. Seine Einwände gegen den marxistischen Diskurs beziehen sich nicht auf dieses Revolutionsmodell, sondern auf die Verengung auf Lohnarbeit und die Deformation der Handlungsperspektiven der sozialistischen Bewegung, die damit verbunden sind.

Darüber hinaus denkt Waterman Soziale Bewegungen vom Standpunkt der "Arbeit" aus. Er versteht dabei "Arbeit" als soziale Kategorie und nicht zugleich, wie im deutschen Sprachgebrauch, auch als konkrete Tätigkeit. Schon der Begriff Social Unionism zeigt an, dass er vor diesem Hintergrund eine Diskussion um die Organisation dieser sozialen Kategorie führt, also eine Diskussion über Weg und Ziel sozialistischer Organisationen im Allgemeinen und der Gewerkschaften im Besonderen.

In diesem Rahmen schlägt er als Alternative zu Sozialpartnerschaft und Standortpolitik eine "autonome Gewerkschaftspolitik" oder, im älteren Duktus, eine "Gegenmachtsposition" vor. Auch hier ist wieder der Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen von Bedeutung, denn die Grundlagen der "neuen" Organisierung sind aus Watermans Sicht die der "Netzwerkgesellschaft". Damit kann schließlich auch seine Position zu den Sozialen Bewegungen bestimmt werden. In ihrer Internationalität sowie in einem nicht-hierarchischen, netzwerkartigen Organisierungsprozess scheinen sie die Formen einer "autonomer Gewerkschaft" bereits entwickelt zu haben.

Alle praktischen Erfahrungen mit Social Unionism sind widersprüchlich. In der Bundesrepublik haben sich entsprechende Projekte schnell in der Welt der institutionalisierten Interessensvertretung verloren. Natürlich ist es ein Vorteil, wenn die Beschäftigten von Schlecker, aber auch von Amazon oder von ebay bessere Arbeitsbedingungen oder einen Betriebsrat erkämpfen. Aber meistens ist die Sache für die Gewerkschaften auch darauf reduziert. Die Zusammenarbeit mit den Sozialen Bewegungen bleibt instrumentell. Zugleich sind die Erfolge nie dauerhaft und nicht selten kommt es schnell zu Widersprüchen zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat und Beschäftigten. Dabei werden viel Energie und viele Hoffnungen aufgewandt - zwar nicht umsonst, aber erst mal doch mit einem recht begrenzten Resultat. Dabei entstehen die aufgezählten Widersprüche nicht erst in der Konfrontation des Social Unionism mit der tristen Realität. Sie spiegeln sich auch in der theoretischen Konzeption selbst.

Bei Waterman ist die Arbeit bzw. deren soziale Organisation der Ausgangspunkt für eine neue Organisationsidentität. Dreh- und Angelpunkt der erträumten neuen Formen der Assoziation ist der Formwechsel der Arbeit zur "Informationsarbeit", zur kommunikativen, immateriellen, autonomen Arbeit. Aber wie sieht es tatsächlich mit der Identität dieser InformationsarbeiterInnen aus? Oder, wie die Gruppe Blauer Montag in dieser ak-Ausgabe fragt: "Was heißt ‚Krankfeiern und Sabotage` für eine selbstständige Ich-AgentIn? Wer stellt ihr den gelben Zettel aus und wem gibt sie ihm dann?" Der Wunsch, sich gegenüber konkurrierenden ArbeitskraftunternehmerInnen solidarisch zu verhalten, nicht völlig der Logik der Selbstverwertung zu unterliegen - das heißt, einen Rest von unverwerteter, funktionsloser Zeit und von eigenem Sinn zu behaupten - dieser Wunsch steht im Widerspruch zu den Realitäten des Verwertungsprozesses.

Dies ist weder neu noch auf die so genannte Informationsarbeit beschränkt: "Ich gehe durch das Werkstor und der Ellenbogen regiert" - dieser Satz eines Automobilarbeiters, der die Mechanismen der Gruppenarbeit beschrieb, verweist auf ein ähnliches Problem. Im Verwertungsprozess wird eine doppelte, bizarre Identität produziert oder noch drastischer formuliert, die ArbeitskraftunternehmerIn produziert diese doppelte, bizarre Identität selbst. Von den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, kann die soziale Organisation der Arbeit nicht unberührt bleiben.

Die Konzeption des Social Unionism will zwar nicht alle Rätsel dieser Welt erklären, aber auf die Frage nach der Organisationsform der Zukunft hat sie eine überraschend schnelle und griffige Antwort: Es ist die "autonome, internationale Netzwerkgewerkschaft". Diese Antwort ist einerseits viel zu kurz und andererseits viel zu weit. Wenn man nur will, kann es schon sein, dass die "autonome Gewerkschaft" an jeder Straßenecke auftaucht und überall Figurationen des "neuen Subjekts" gesehen werden können - von den Kämpfen gegen Prekarisierung in Frankreich und Italien bis zu vergleichsweise tristen Angelegenheiten wie den Kampagnen zur Organisierung von IT-Beschäftigten in der BRD.

Neue Subjekte - neue Gewerkschaften?

Äußerst fragwürdig ist aber die Vorstellung, dass "Informationsarbeiter" als solche, also qua Produktivkraft, die sie darstellen, als besonders prädestinierte organisatorische Basis einer autonomen Gewerkschaft in Frage kommen. Vor dem Hintergrund der doppelten Identität von Ich-AgentInnen erscheint dies als reine Abstraktion. Ebenso abstrakt ist die Vorstellung, dieses Muster auf Hausarbeit zu übertragen, ohne zugleich die patriarchalen Ketten zu benennen, an die sie gefesselt ist. Wie auch immer: Jede gewerkschaftliche Organisierung muss durch das Nadelöhr der Widersprüche hindurch, die im und durch den Verwertungsprozess produziert werden.

Der Gedanke an solche Widersprüche lag Marx weniger fern als dem traditionellen Marxismus: Die Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht linear. Und auch die sozialen Techniken, die diese Entwicklung entscheidend stimulieren (einschließlich der Techniken des Protests und der Organisierung) gehen prinzipiell in die soziale Organisation der Gesellschaft selbst ein, sind Teil der Produktion von Macht. Sie bleiben nicht unberührt und "unschuldig", bis irgendwann einmal die Logik von Verwertung und Selbstverwertung durchbrochen wird.

Arbeit ist, wie Michael Neary formuliert, in der Tat "keine einfache Kategorie". (2) Sie verändert ihre eigene Form im Verwertungsprozess selbst. Deshalb kann es im Kapitalismus prinzipiell keine soziale Forderung geben, die eindeutig und ein für alle Mal "emanzipatorisch" ist. Und ebenso wenig kann es so etwas wie ein stabiles historisches Subjekt geben. Bei Waterman ist die "Arbeit" ein Subjekt, das sich einerseits aus der Struktur der kapitalistischen Vergesellschaftung ableiten lässt, andererseits aber zugleich "autonom" handlungsfähig ist. In Wirklichkeit jedoch ist sie eine Kategorie "voller Mucken und Spitzfindigkeiten" (Marx). So fällt sie dem eigenen Tun, auch dem zunächst als "autonom" anerkannten, als tote Arbeit auf die Füße.

Diese widersprüchliche Logik liegt auch der Ausdehnung des Verwertungsprozesses zu Grunde, dem, was als "Ökonomisierung" aller Bereiche des sozialen Lebens bezeichnet wird. Es besteht kein Zweifel, dass diese Ökonomisierung vor den Protest- und Widerstandsstrukturen nicht Halt macht, auch vor der "autonomen Netzwerkgewerkschaft" nicht. Diese Einschätzung ist nicht deshalb wichtig, weil daraus die Notwendigkeit entstehen würde, neue Organisationen zu begründen, die "garantiert" autonom sind, sondern weil sie den Begriff der "Autonomie" selbst in der Mitte der Gesellschaft verortet. Autonomie ist eine Angelegenheit, die umkämpft bleiben muss, auch in unseren eigenen politischen Strukturen. Jede und jeder weiß aus eigener Erfahrung, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden ist, wenn beispielsweise "nicht-hierarchische", oder "netzwerkartige" Organisationsformen in der Wirklichkeit gelebt werden sollen.

Hier soll natürlich nicht gesagt werden, dass es gleichgültig ist, ob sich eine Gewerkschaft konform zur Standortlogik verhält oder nicht, ob sie sich für die Organisierung von prekären Beschäftigten einsetzt oder nicht u.s.w. Im Gegenteil: Die Kämpfe, die um diese Fragen inner- und außerhalb der Gewerkschaften geführt werden, sind für die Zukunft der emanzipatorischen Bewegungen von großer Bedeutung. Mein Plädoyer ist allerdings, dass auch in den Konzeptionen eines Social Unionism das Problem mitgedacht werden muss, das sich aus dem "doppelten Charakter" der Arbeit ergibt. Es ist heute völlig offen, welche organisatorischen Formen die Negation der Lohnarbeit annehmen wird - glücklicherweise! Anhand konkreter Projekte kann sich

um diese Frage gestritten werden. Dabei wäre es falsch anzunehmen, dass es historische Modelle für eine "autonome Netzwerkgewerkschaft" gibt. Sicherlich kann beispielsweise aus der Geschichte der International Workers of the World (IWW) oder der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) sehr viel gelernt werden. Es wäre aber vermessen und mystifizierend zu behaupten, diese Organisationen hätten die Widersprüche des Verwertungsprozesses suspendiert.

Von Mucken und Spitzfindigkeiten

Es ist sehr wichtig, die kollektive Produktion von Wünschen nach Autonomie und Selbstorganisation in der Arbeit mit denjenigen zu verbinden, die die Frage nach der "Aneignung" des gesellschaftlich Produzierten auf die Tagesordnung bringen. Darin hat Peter Waterman völlig Recht. Um diese Verbindung zu ermöglichen, wäre es in der Tat ein erster wichtiger Schritt, wenn sich einerseits soziale Bewegungen nicht mehr als "unabhängig" vom Verwertungsprozess begreifen würden und wenn andererseits Gewerkschaften diesen nicht mehr auf die "privilegierte" Form der Lohnarbeit reduzierten.

Das Experiment der Sozialen Zentren in Italien, die multinationale Vernetzung durch das web, aber auch Orte wie der BUKO deuten vielleicht an, welches Bild von den emanzipatorischen Organisationsformen der Zukunft wir uns machen könnten. Aber der Ansatz, diese Wünsche immer noch vom Standpunkt der sozialen Organisation der Arbeit aus zu formulieren, führt zur Affirmation der Lohnarbeit. Die Figur erlaubt zwar, auch Nicht-LohnarbeiterInnen als "Teil der (oder wenigstens einer Art von) Klasse" zu verorten. Zugleich dehnt sie aber den Produktivismus, der in der alten Arbeiterbewegung vorherrschend war, in die Gesellschaft aus und verankert ihn in den neuen sozialen Bewegungen. In der Konsequenz bleibt beispielsweise das Problem der Institutionalisierung, das auch in Projekten existiert, denen der "Social Unionism" nahe steht, in der Analyse ausgeblendet oder wird auf das Problem von "Verrat" oder "Bestechung" reduziert.

Die Diskussion über neue Formen der (gewerkschaftlichen) Organisierung ist gerade deswegen interessant, weil in ihr das alte "produktive Subjekt" auseinander genommen wird. Die Sehnsucht danach, es neu zusammenzusetzen, entsteht vielleicht auch aus der Angst heraus, dass mit der Auflösung jegliche Vorstellung von Organisierung abhanden kommen könnte. Die begriffliche und politische Bindung eines Social Unionism an eine bestimmte Kategorie von ProduzentInnen, die an strategischen Punkten angesiedelt seien, schließt jedoch eine ganze Welt von Möglichkeiten des Widerstandes und der Organisierung von vornherein aus. Deshalb erscheint es gar nicht erstrebenswert, ein stabiles, homogenes und am Ende auch noch "produktives" Subjekt zu konstruieren. Davon gab es in der Geschichte schon zu viele, die später als Gespenst zurückgekehrt sind und die nicht zuletzt die Sozialen Bewegungen tyrannisiert haben.

Peter Birke

Dieser Artikel ist die gekürzte und überarbeite Version eines Referats, das der Autor beim diesjährigen BUKO in Kassel gehalten hat.

Anmerkungen:

1) Hier und im Folgenden zit. nach: Peter Waterman: "Re-Conceptualising the World Working Class: A Matter of What and Who? Or Why and Wherefore?", Manuskript, Amsterdam 2003, Übersetzung Peter Birke

2) Michael Neary: "Labour Moves: A Critique of the Concept of Social Movement Unionism", aus: www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft, (2003)

28. Erfolge und Rückschläge

Frankreich: Sozial"reformen" und Gegenwehr

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:29

In den vergangenen Monaten hat das französische bürgerliche Regierungslager in einigen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen Niederlagen einstecken müssen. Gleichzeitig sind neue "soziale Grausamkeiten" in Vorbereitung, vor allem eine regressive Gesundheitsreform. Auch dagegen regt sich Widerstand; von Massenprotesten, wie im vergangenen Jahr gegen die Rentenreform, ist allerdings noch wenig zu spüren.

Geplante Einsparungen in der öffentlichen Forschung - bei gleichzeitiger Förderung der Forschung durch private Konzerne - mussten umstandslos zurückgenommen werden, nachdem im März zwei Drittel der Direktoren staatlicher Forschungseinrichtungen aus Protest zurückgetreten waren. Noch am Vorabend der Regionalparlamentswahlen am 19. März waren 20.000 Studierende, Doktoranden und junge WissenschaftlerInnen protestierend durch Paris gezogen.

Auch die Erwerbslosen haben in einem konkreten Kampf vorläufig gewonnen: Die Sparmaßnahmen zu ihren Lasten, die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten waren, mussten ebenfalls zurückgenommen werden. Dadurch sollte die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds reduziert werden: von maximal 30 auf 23 Monate, während die bislang unbefristete französische Entsprechung der Arbeitslosenhilfe, die ASS (allocation spécifique de solidarité), auf höchstens zwei Jahre befristet werden sollte. Danach wäre für viele Erwerbslose der Fall in die Sozialhilfe unausweichlich; letztere kann mittlerweile mit einem Arbeitszwang (20 Wochenstunden zu zwei Euro Stundenlohn) verkoppelt werden, sofern die Bezirksregierungen es so entscheiden.

Mit dem Knüppel gegen die Pressefreiheit

Zumindest das Sparpaket bei den Leistungen für Erwerbslose hat die Regierung seit dem 1. April zurückgenommen. Damit kam sie allerdings nur seiner gerichtlichen Annullierung zuvor. Beschlossen hatte die fraglichen Entscheidungen der mit den "Sozialpartnern" besetzte Aufsichtsrat der Arbeitslosenkasse, eine Koalition aus den Arbeitgeber-Vertretern und der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT. Danach hatte eine Regierungsverordnung sie für rechtsverbindlich erklärt. Doch die Beschlüsse wiesen erhebliche Form- und Rechtsmängel auf, und findige Erwerbslosen-AktivistInnen und ihre Anwälte kamen dahinter. Am 11. Mai dieses Jahres hat der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht, sie denn auch insgesamt für rechtswidrig erklärt und annulliert.

In seiner Fernsehansprache vom 1. April, die auf die verheerende Niederlage des Regierungslagers bei den Regionalparlamentswahlen von Ende März folgte, hat Präsident Jacques Chirac noch eine weitere "Reform" zurückgenommen - "im Prinzip" zumindest. Diese betraf die intermittents du spectacle. Das sind die meistens in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehenden Kulturschaffenden, etwa SchauspielerInnen, aber auch BühnentechnikerInnen oder MitarbeiterInnen von Fernseh-Produktionsstudios. In ihrer auftragslosen Zeit, oder während sie für einen späteren Auftritt unbezahlte Proben absolvieren, können diese intermittents Überbrückungsgelder aus der Arbeitslosenkasse beziehen. Dies erlaubt ein - in der Form EU-weit einmaliger - Status, dessen Grundprinzip auf die Errungenschaften von 1936, dem Jahr der "Volksfront"-Regierung und des dreiwöchigen wilden Generalstreiks im gesamten Land, beruht.

Auch hier kam es zu einer regressiven "Reform", die im Aufsichtsrat der Arbeitslosenkasse durch die Arbeitgeber-Verbände, die CFDT und zwei kleine rechte Gewerkschaften beschlossen wurde. Das war am 26. Juni 2003; im August desselben Jahres erteilte die Regierung dem Abkommen Rechtsverbindlichkeit. Diese "Reform" hätte die Bedingungen zur Aufnahme in den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich verschärft; es wurde damit gerechnet, dass bis zu einem Drittel der intermittents ihre Existenzgrundlage verlieren könnten. Doch seit dem Sommer 2003 rissen die Protest- und Kampfaktionen der Betroffenen nicht ab. (vgl. ak 475)

Die Details der von Chirac versprochenen "Korrektur der Reform" waren aber noch nicht näher bekannt, als am 12. Mai dieses Jahres das Filmfestival von Cannes eröffnet wurde. Auch am Rande des prestigeträchtigen Ereignisses kam es zu Protesten. Nachdem die von intermittents gemeinsam mit

Erwerbslosen-Selbstorganisationen besetzte Filmbörse des Festivals, im "Cinéma Star" von Cannes, am 15. Mai unter brutalem Knüppeleinsatz durch die Polizei geräumt worden war, mussten neben fünf Protestierenden auch ein Kameramann des öffentlichen Fernsehens und zwei Journalisten im Krankenhaus behandelt werden. Entsprechend sensibel reagierten die Medien. Die Wirkung der von ihnen veröffentlichten Bilder war verheerend. Daraufhin trat die Regierung die Flucht nach vorn an, und der neue Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabre ("RDDV") kündigte am 17. Mai an, keiner der von der "Reform" betroffenen intermittents werde künftig ohne Bezüge dastehen.

Dafür soll ein Sonderfonds eingerichtet werden, aus dem die - aus der Arbeitslosenkasse herausfallenden - Betroffenen "entschädigt" werden. Bisher will der Staat aber nur 20 Millionen Euro einzahlen - bei vermutlich 18.000 Betroffenen in diesem Jahr ist das nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Ansonsten appelliert "RDDV" an freiwillige Einzahlungen der Arbeitgeber im Kulturgewerbe.

Die Serie antisozialer, neoliberaler "Reformen" geht unterdessen weiter. Auch die Europaparlamentswahlen vom 13. Juni sorgen dabei nicht für eine Pause, da die Regierungsparteien (UMP und UDF) ihre Erfolgschancen bei dieser Wahl wohl ohnehin abgeschrieben haben. Das "Reformieren" geht also erbarmungslos weiter. Das "Zeitfenster" soll genutzt werden, weil nach dem 13. Juni für die nächsten drei Jahre keine weiteren Wahltermine anstehen. Präsident und Parlament werden voraussichtlich im Frühjahr 2007 neu gewählt - da es politisch ungeschickt ist, unpopuläre Entscheidungen in den letzten anderthalb Jahren vor wichtigen Wahlen zu fällen, sollen jetzt in den kommenden Monaten noch möglichst viele "soziale Grausamkeiten" über die Bühne gebracht werden.

Jagd auf "Faulenzer und Simulanten"

Zwei größere "Reform"-Baustellen hat die Regierung derzeit in Angriff genommen. Die erste betrifft die Privatisierung der beiden Energieversorgungs-Unternehmen EDF (Electricité de France) und GDF (Gaz de France). Nach den Plänen von Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy sollen die bisher öffentlichen Betriebe mit Sonderstatus "lediglich" in privatrechtliche Unternehmen umgewandelt werden - sie würden aber nicht privatisiert, behauptet die Regierung, da ja weiterhin der Staat größter Anteilseigner bleibe. Das freilich ist Augenwischerei, denn erstens handelt es sich dabei lediglich um ein Übergangsstadium, und zweitens kommt es auf die Funktionslogik der Energieversorgungsbetriebe (Rentabilitätskriterien oder öffentliche Dienstleistungen?) an und nicht darauf, wem nominell die Eigentumstitel gehören.

Bei EDF hat die mit Abstand stärkste Gewerkschaft, die CGT, ein handfestes Problem. Denn die Organisation war hier jahrzehntelang derart tief in einen dichten Filz (unter anderem auch Atomfilz!) eingesponnen, dass sie nunmehr tendenziell erpressbar ist. So wurden im April dieses Jahres die Räume des zentralen EDF-Betriebsrats, der ein Milliardenbudget an sozialen und anderen Dienstleistungen verwaltet, polizeilich durchsucht. Die Ermittlungsbehörden fahndeten nach Dokumenten zu vermuteten Mittelhinterziehungen und "fiktiven" Beschäftigungsverhältnissen. Unter LinksgewerkschafterInnen ist es seit längerem ein offenes Geheimnis, dass es tatsächlich massive Hinterziehungen u.a. mittels Schein-Beschäftigungsverhältnissen über den EDF-Betriebsrat gegeben hat. Auf diesem Wege wurde die französische KP finanziert, vor allem nachdem sie, spätestens mit ihrer Regierungsbeteiligung ab 1997, massiv an Mitgliedern verloren hat. Das war natürlich auch in Regierungs- und anderen Kreisen bekannt. Die polizeilichen Durchsuchungen sind also als eine Art Warnschuss zu verstehen.

Dennoch zeigt sich die CGT, die unter massivem Druck ihrer Basis steht, bisher zum Protest gegen die geplante EDF- und GDF-Privatisierung bereit. Nach erfolgreichen Großdemonstrationen, zuletzt am 27. Mai in Paris (rund 80.000 Beschäftigte), haben viele CGT-Mitglieder und andere EDF-MitarbeiterInnen weitere Protestaktionen unternommen. So kam es zu "wilden" Stromabschaltungen während der Demonstration am 27. Mai. Aber auch am 7. Juni schalteten Beschäftigte von der CGT-Energie zur Warnung an mehreren Orten den Strom ab. Dabei kam es zu Stromausfällen in mehreren Pariser Bahnhöfen. Wenn das Gesetz zur Änderung des EDF-Statuts ins Parlament eingebracht wird, sollen weitere Aktionen folgen.

Eine weitere angedrohte "Reform" betrifft die gesetzliche Krankenversicherung, bei der erhebliche Einsparungen zu Lasten der PatientInnen vorgenommen werden sollen. Bis zur Sommerpause Ende Juli soll ein entsprechendes Gesetz dann im Parlament verabschiedet werden. Zu den Eckpunkten der "Reform" zählt unter anderem, dass eine neu zu begründende "Hohe Gesundheitsbehörde" einen "Arzneimittel-Warenkorb"

definiert. Was nicht hinein fällt, soll künftig durch die gesetzlichen Krankenversicherungen nicht mehr erstattet werden. Das wird damit gerechtfertigt, dass der medizinische Nutzen bestimmter Arzneimittel nicht erwiesen sei; deswegen vom Markt genommen werden sollen sie allerdings nicht. ÄrztInnen, die "zu oft" krankschreiben, sollen künftig vom Gesundheitsministerium direkt bestraft werden können. Lohnabhängige, die "zu Unrecht" krankgeschrieben sind, sollen ihrerseits dazu verpflichtet werden, ihre Lohnerstattung den Krankenkassen zurückzuzahlen.

Der Arbeitgeberverband MEDEF verhandelt derzeit mit der Regierung über seine Rückkehr in den von den "Sozialpartnern" besetzten Aufsichtsrat der Krankenkasse, den er vor einigen Jahren verlassen hatte. Als Bedingung möchte der MEDEF durchsetzen, dass er künftig den für die Anerkennung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zuständigen Zweig der Krankenkasse kontrollieren kann. Dann könnte an allen Fronten zur Jagd auf "Faulenzer und Simulanten" geblasen werden.

Basisaktivitäten gegen die Gesundheitsreform

Mit der Ankündigung der antisozialen "Reform" im Gesundheitswesen ist klar, dass potenziell auch mit Widerständen und Protesten zu rechnen ist. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Regierung im Frühsommer 2003 trotz zwei Millionen DemonstrantInnen die regressive "Reform" des Rentensystems rücksichtslos durchgezogen hat. Hinzu kommt, dass bisher keine größere Gewerkschaft Interesse daran zeigt, zu einem tatsächlichen Massenprotest aufzurufen.

Das gilt auch für die Führung der CGT: Einerseits will diese keine tiefe politische Krise auslösen, solange die Parlamentsopposition - vor allem die Sozialdemokratie, welcher sich die CGT seit 2001/02 spürbar angenähert hat - nicht vorbereitet erscheint, um als "realistische Alternative" bereit zustehen. Andererseits vertritt die CGT, wie manch andere Gewerkschaft, Eigeninteressen in den mutuelles; das sind aus dem gewerkschaftlichen Genossenschaftswesen hervor gegangene Zusatzversicherungen. Der Rückbau der gesetzlichen Krankenversicherung, den die Regierung plant, wird teilweise die Rolle dieser mutuelles verstärken. Aber sie wird gleichzeitig auch Tür und Tor für private Versicherungskonzerne öffnen.

Innerhalb der CGT gibt es aber, an der Basis und auch seitens ganzer Branchengewerkschaften, eine erhebliche Bereitschaft, sich an Aktionen gegen die "Reform" zu beteiligen. Eine Reihe von CGT-Sektionen arbeitet in stadtteil- oder bezirksweit organisierten "Kollektiven gegen die Krankenkassenreform" mit. An ihnen sind daneben in der Regel auch die Lehrergewerkschaft FSU, die linken Basisgewerkschaften SUD, die KP und die trotzkistisch-undogmatische LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) beteiligt.

Bernhard Schmid,

Paris

29. Lager schließen!

17-tägige Tour gegen Lagergesellschaft Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:30

Nachdem sich der sommerliche Aktionskalender in den letzten Jahren regelmäßig durch ein Überangebot an Camp- und Gipfelmobilisierungen ausgezeichnet hat, geht es in diesem Jahr erheblich ruhiger zu. Hier zu Lande ist es lediglich die Anti-Lager-Action-Tour, die zu einer 17-tägigen Rundreise inklusive mehrerer Wochenendcamps mobilisiert.

Ziel der Anti-Lager-Action-Tour ist es, die Öffentlichkeit mit der Tatsache zu konfrontieren, dass allein in Deutschland ca. 600.000 Menschen gezwungen werden, ihr Leben jahrelang in mehr oder weniger großen Lagern zu fristen. Die Unterbringung in Lagern dient zusammen mit rassistischen Sondergesetzen wie z.B. der Residenzpflicht oder dem Arbeitsverbot der gezielten Isolierung, Kontrolle und Zermürbung unerwünschter Flüchtlinge und MigrantInnen. Auf diese Weise soll Widerstand gegen Abschiebungen - ob von innen oder außen - unterbunden bzw. gebrochen werden. Die Anti-Lager-Action-Tour macht sich demgegenüber für das uneingeschränkte Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit stark. Sie fordert die sofortige Schließung aller Lager - nicht nur in Deutschland. Trotzdem sollen im Zuge der Tour auch unmittelbare Missstände angeprangert werden, etwa die vom Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter bereits im Jahr 2000 verurteilte Fesselung von Abschiebehäftlingen in einer so genannten Beruhigungszelle in Eisenhüttenstadt.

Antira in Bewegung

Die Tour startet am 20.8. mit einem viertägigen Camp in Bramsche/Osnabrück. In dem dortigen Abschiebelager leben 550 Menschen, vor allem Flüchtlinge, deren Asylanträge von den Behörden als aussichtslos eingestuft werden. Im Lager wird von Anfang an Druck auf die Flüchtlinge ausgeübt; sie sollen noch während ihres Asylverfahrens zur so genannten freiwilligen Ausreise gedrängt oder in die Illegalität getrieben werden. Die in Bramsche praktizierte Isolierung ist nahezu perfekt; so wurde erst jüngst eine lagerinterne Schule eingerichtet. Von Bramsche aus ist ein Tagesausflug zum Frauen-Abschiebeknast nach Neuss geplant; außerdem wird an einer gemeinsamen Aktion mit niederländischen AktivistInnen gebastelt.

Am 25.8. ist die Tour in Hannover aktiv, sowohl am Abschiebeknast direkt beim Flughafen als auch bei der niedersächsischen, u.a. für Bramsche zuständigen Landesregierung. Am 26.8. wird es Aktionen in Halberstadt/Sachsen-Anhalt geben, wo auf dem Gelände der ZASt (700 Menschen) ein für 100 Menschen ausgelegtes Ausreisezentrum untergebracht ist. Vom 27.8.-31.8. schlägt die mit Bussen und PKWs reisende Tour ihre Zelte in Tramm/Mecklenburg-Vorpommern auf. In der dortigen, mitten im Wald auf einem ehemaligen Kasernengelände gelegenen Unterkunft leben 250 Menschen. Die InsassInnen bezeichnen das Lager als "Dschungelheim", sie fordern schon seit längerem ihre Verlegung in die nächstgrößere Kreisstadt Parchim. Die Tour unterstützt diesen Kampf, auch durch Aktionen in Parchim und in der Landeshauptstadt Schwerin. Am 1.9. ist ein Gastspiel inklusive Aktionen in Berlin geplant. Vom 2.9.-5.9. campt die Tour in Eisenhüttenstadt, dort sind ZASt und Abschiebeknast auf einem Gelände untergebracht.

Organisatorisch wird die Anti-Lager-Action-Tour von zwei Strukturen getragen: Auf der einen Seite steht das bundesweite Tour-Bündnis, an dem die selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen The Voice, Brandenburger Flüchtlingsinitiative und Karawane sowie antirassistische, autonome und feministische Zusammenhänge beteiligt sind. Auf der anderen Seite haben sich zusätzlich in Bramsche/Osnabrück, Tramm/Schwerin und Eisenhüttenstadt/ Berlin lokale Vorbereitungsbündnisse gebildet. Bemerkenswert ist vor allem, dass "refugee"- und "non-refugee"-AktivistInnen gleichermaßen stark an der Vorbereitung beteiligt sind.

Es hat sich also einiges getan, seit auf dem 5. Antirassistischen Grenzcamp in Jena (2002) grundlegend über die Notwendigkeit diskutiert wurde, das Verhältnis zwischen "refugee"- und "non-refugee"-AktivistInnen zu intensivieren. Innerhalb der Vorbereitung hat dies zu einer spannenden Debatte über die Frage des "Tour-Wirs" geführt: Sollen eher die (von niemandem in Frage gestellten) Differenzen unter den AktivistInnen in den Vordergrund gestellt werden oder soll umgekehrt eher die Tatsache betont werden, dass sich mittlerweile in Sachen trans-identitärer Organisierung einiges getan hat, folglich auch die Übergänge zwischen "Innen" und "Außen" fließender geworden sind.

Wochenend-AktivistInnen willkommen!

Eine weitere Debatte kreiste um die Frage, ob sich die Anti-Lager-Action-Tour nicht nur gegen die Lager als "konkrete Orte" selbst wenden, sondern auch die Zusammenhänge zwischen Lagerregime im Besonderen und sozialen Ausschlüssen im Allgemeinen thematisieren sollte. (vgl. ak 483) Die Frage ist nicht abschließend beantwortet worden, es scheint allerdings die leichte Tendenz vorzuherrschen, Brückenschläge vor allem dort vorzunehmen, wo sie sich tatsächlich anbieten; z. B. durch die Thematisierung, dass in Abschiebegefängnissen nicht zuletzt papierlose MigrantInnen einsitzen, die bei Razzien aufgegriffen werden. Inwieweit es sich um ein eher offenes Feld mit vielen möglichen Querverbindungen handelt, wurde insbesondere bei einer Mobilisierungstour mit dem Filmemacher Enrico Montalbano deutlich, der im italienischen Anti-Lager-Widerstand aktiv ist: In seinen Filmen und Kommentaren beschäftigt er sich sowohl mit den gefährlichen und immer wieder tödlichen Flucht- bzw. Migrationsbedingungen, als auch mit dem Umstand, dass das italienische Lagerregime u.a. eine große Illegalisierungsmaschine ist, die (absichtsvoll) papierlose und entrechtete ArbeiterInnen für den irregulären Arbeitsmarkt "produziert".

Last but not least: Die OrganisatorInnen gehen nicht davon aus, dass viele AktivistInnen die gesamte Tour mitfahren werden. Vor diesem Hintergrund wurden alle drei Camps auf Wochenenden gelegt. Mit anderen Worten: Auch Wochenend-AktivistInnen sind herzlich willkommen!

Gregor Samsa

Infos zur Tour unter: www.nolager.de

30. Die Kosten rebellieren

Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:31

25. - 27. Juni, Fachhochschule Dortmund (in Zusammenarbeit mit dem Studium Generale der FH Dortmund)

Freitag, 25. Juni 2004, 19.00 Uhr:

Begrüßung durch das Studium Generale der FH Dortmund

Vortrag: Prekarisierung: Bedeutungspotenzial und Konsequenzen

Hagen Kopp, kein mensch ist illegal, Mag Wompel, Labournet Germany

Vortrag: "Wir fordern: RESPECT!"

Das Netzwerk der Migrantinnen in der Hausarbeit

Ingrid Jungwirth, Annette Jung

Vortrag: RBB-Protest: Freienvertretung qua Selbstorganisation

Die Initiative "RBB-Protest" von freien JournalistInnen beim Rundfunk Berlin Brandenburg

Jürgen Schäfer-Schlandt, Freiensprecher bei ver.di Berlin

Vortrag: Der Streik der Leiharbeiter bei der Post in Istanbul

Die Vereinte Arbeitergewerkschaft der Türkei und die Organisierung von Leih- und ZeitarbeiterInnen

Ismail Karadag

"A-Clips"

Drei kurze Videoclips zum Thema "Arbeit und Migration" kanalB*

Samstag, 26. Juni 2004, 10.00 - 13.00 Uhr:

Workshop: Hartz und das Migrationsregime

Über die spezielle Betroffenheit von MigrantInnen durch die Hartz-Gesetze und Möglichkeiten der Gegenwehr

Leitung: Jonny Tripp, Arbeitslosenzentrum Dortmund, Kemal Ates, Verein zur Förderung der interkulturellen Medienkompetenz Dortmund

Film: "Agnieszka auf Achse"

Polnische Putzfrauen zwischen Brüssel und der Heimat, anschließend Diskussion mit dem kanalB* - Team

Vortrag: Personalserviceagenturen - Maatwerk und andere Pleiten

Mag Wompel, Labournet Germany

Workshop: Die Mühen der Ebene

RBB-Pro, das Respect-Netzwerk und die Vereinigte Arbeitergewerkschaft der Türkei stellen sich der Diskussion

Leitung: Birgit Beese, kein mensch ist illegal

Workshop: Migrantinnen im Haushalt

Austausch zwischen feministischen Organisationen

Leitung: Respect, MAIZ

Workshop: Spagatissimo -

Versuche, als Gewerkschaft unabhängig zu organisieren

Eine Bilanz u.a. aus Erfahrungen der ehem. IG Medien Dortmund und der GEW Hessen sowie Orientierungspunkte für künftige Arbeit

Leitung: Michael Banos, FB Medien ver.di Dortmund, Hajo Dröll, GEW Landesbezirk Hessen - Weiterbildung

Vortrag: Chefduzen: Kulturelle Aufarbeitung als Mobilisierung

Chefduzen - ein Internetprojekt und Plattform für Erfahrungen, Klagen, Diskussion von Konsequenzen; das Hörspiel "Unzumutbar", ein Versuch, sich zu emanzipieren und andere mitzunehmen

Kalle Kinkel, Chefduzen

Workshop: "Kein Ort. Nirgends?"

Neue Formen und Orte der Organisierung in prekären/migrantischen Arbeitsverhältnissen; mit VertreterInnen der französischen Basisgewerkschaft SUD, des Latino WorkersCenter, New York, sowie der US-Textilgewerkschaft Unite

Leitung: TIE-Bildungswerk, express-Redaktion und amplitude/kein mensch ist illegal (wird im Nachmittagsblock fortgesetzt)

Workshop: Recht auf Rechte?

Die Anrufung des (Menschen-)Rechts in Zeiten nationalstaatlichen Zerfalls

Leitung: Karl-Heinz Wedel/Martin Dornis, Redaktion Krisis

Workshop: Kampf Berliner Bauarbeiter ohne Papiere gegen Lohnraub

Leitung: Elexir-A, Berlin, Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Workshop: Prekarität in der Normalität - aber was ist schon normal?

Leitung: Ulrich Leicht, BR Vorsitzender Tuschendruck Dortmund, Norbert Hüwel, ver.di Dortmund, FB Handel, Holger Honings, BR Vorsitzender Walmart Dortmund

Vortrag: Von der Flexibilisierung der Arbeit zur Flexibilisierung der Kämpfe?!

Zu den Streiks der Bahn-PutzerInnen in Deutschland und der BusfahrerInnen in Italien

Las Kalinkas

Samstag, 26. Juni 2004, 14.30 - 17.30 Uhr

Soirée im Foyer: Präsentationen der Workshop-Ergebnisse und Diskussionen/Speakers Corner zur Information über workshops etc. / kanalB* Filmauswahl/"...am Ende liegst Du auf der Bahre, und hinter Dir da grinst der Tod: Kaputtgerackert - Vollidiot": Literarische Hilfen zur Aufhebung der Situation/ Videofilm: "Jetzt habe ich Deutschland kennen gelernt: einen Monat gearbeitet und keinen Lohn erhalten" - Erfahrungen rumänischer Sasionarbeiterinnen bei einem Spargelbauern im Rhein-Neckar-Dreieck, von Gerda Heck und Holger Kiess, Köln

Workshop: "Osterweitertes Arbeitsmarktregime und transnationale Organisierung"

Mit Einführungsbeiträgen von: Frank Schmidt-Hullmann, Abteilungsleiter Internationales beim Bundesvorstand der IG BAU, Beata Waldek, Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa (ZAPO) aus Berlin sowie Elixir-A/Berlin und Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Moderation: Susanne Nickel, Frankfurt

Offenes Streitgespräche: Arm per Tarifvertrag - Spartentarife und billige Gewerbe

Vortrag: Der Albtraum Dienstleistunggesellschaft

Robert Kurz, Redaktion Exit

Workshop: Menschenhandel, Prostitution und Arbeitsmarkt

Leitung: Initiative Dona Carmen, Frankfurt

Workshop: "Gebt uns Räume"

Erfahrungsaustausch über Widerständiges zu Hartz

Leitung: Anne Eberle, Bundeserwerbslosenausschuss ver.di

Workshop: Flexibilisierung von unten: Kein Zurück zum Normalarbeitsverhältnis

Leitung: Gruppe Wildcat

Vortrag: Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge - Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten

Tobias Pieper, Prokla-Autor

Vortrag: Untersuchung und Kämpfe in Call Centern

Las Kalinkas

Samstag, 26. Juni 2004, 19.00 - 21.00 Uhr

"Die ultimative Metro-Revue"

Eine multimediale Studie über eine der wichtigsten Verwertungsketten der Welt. Show mit Gästen, Filmen und Musik mit 10 Mitwirkenden aus mehreren Ländern...

Sonntag, 27. Juni, 9.00 - 11.00 Uhr

Workshop: "this tuesday"

Internetprojekte zu Prekarisierung und Migration als Katalysator transnationaler Organisierung?

Leitung: Kirsten Huckenbeck, express, Hagen Kopp, kein mensch ist illegal

Workshop: Do the right thing

Können ArbeiterInnen- und Soziale Zentren

neue Organisierungen anstoßen? Was ist flexicurity?

Leitung: Frank John, off limits

Workshop: real.-Mapping

"Prekäre Arbeit", Lohnarbeit allgemein und kapitalistische Arbeits- und Lebensverhältnisse; "diskursives Mapping als alltagspraktische Wissensaneignung

Leitung: Sebastian Stegner, Matze Schmidt

Lesung: "BASTARD" - Die Geschichte der Journalistin Lee

mit Raul Zelik

Matinée im Foyer

Sonntag, 27. Juni 2004, 11.30 - 12.00 Uhr

Abschlussveranstaltung: Was Gemeinsamkeiten aus unterschiedlichen Lebenswelten bewirken könnten - ein Beitrag der Kongressvorbereitungsgruppe

31. Pessimismus organisieren!

Lesend in die Depression: Sibylle Berg und Barbara Gowdy

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:32

Es gibt viele Gründe, pessimistisch zu sein. Einige hat Walter Benjamin in seinem Aufsatz "Der Sürrealismus" benannt. Enerviert von der Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse fand er zu deutlichen Worten: "Denn: was ist das Programm der bürgerlichen Parteien? Ein schlechtes Frühlingsgedicht. Mit Vergleichen bis zum Platzen gefüllt."

Gegen diese realitätsferne Bilderflut setzt er die Forderung Navilles, den Pessimismus zu organisieren. Dadurch werde dem Optimismus, der die Frage nach den Voraussetzungen der Revolution nicht beantworten kann, ein Ultimatum gestellt. "Und das bedeutet: Pessimismus auf ganzer Linie. Jawohl und durchaus. Misstrauen in das Geschick der Literatur, Misstrauen in das Geschick der Freiheit, Misstrauen in das Geschick der europäischen Menschheit, vor allem aber Misstrauen, Misstrauen, Misstrauen in alle Verständigung: zwischen den Klassen, zwischen den Völkern, zwischen Einzelnen. Und unbegrenztes Vertrauen allein in I.G.Farben und die friedliche Vervollkommnung der Luftwaffe." Dass Benjamin 1929 mit dieser Aufzählung bereits einen Teil der Geschehnisse vorwegnimmt, die wenig später den katastrophalen Weltlauf bestimmen würden, war ihm sicherlich nicht bewusst. Schließlich erhofft er sich, mit dem Pessimismus die Verhältnisse zu Tage treten zu lassen und dadurch die Voraussetzungen für die Revolution zu erfüllen.

Misstrauen auf ganzer Linie

Betrachtet man dagegen zeitgenössische Pessimismen - was hier anhand von zwei Neuerscheinungen geschehen soll -, wirken sie eher wie ein Negativ des Benjamin'schen Ultimatums. Denn bei ihnen fällt jegliche Revolution aus. Auflehnung gegen Ungerechtigkeit, sei sie klassen-, geschlechts-, sexualitätsspezifisch oder kolonialgeschichtlich bedingt, findet nicht statt, so weit ist der Pessimismus fortgeschritten. "Wollen wir uns mal nicht so wichtig nehmen. Denken die Pessimisten, die eigentlich Realisten sind, weil sie erkannt haben, dass es keine andere Spezies gibt, die so habgierig, boshaft, verkommen und neurotisch ist wie der Mensch", schreibt Sibylle Berg. Ihr Roman mit dem trügerischen Titel "Ende gut" reißt so entschlossen alle Masken des Guten und Schönen herunter, dass man ihn nicht ohne größere Depressionsschübe lesen kann. Die in den Zwischenüberschriften als "Heldin" ausgewiesene Ich-Erzählerin ist 40, untergewichtig, "macht ungefähr alles für Geld" und wohnt in einer hässlichen Durchschnittskleinstadt in einem Viertel, in dem "das Volk [wohnt]. Die Verlierer." Bis eines Tages all jene terroristischen Aktivitäten beginnen, von denen wir immer schon gealbträumt haben: Deutschland wird von Anschlägen und Seuchen überzogen, in den USA werden unter einer Militärregierung US-BürgerInnen asiatischer, afrikanischer, russischer und arabischer Herkunft interniert, Südamerika versinkt in Militärputschen und Afrika stirbt aus. Die "Heldin", die beschlossen hat, ein neues Leben anzufangen, überlebt aber sämtliche Todesgefahren, schaut fleißig OstlerInnen, WestlerInnen, Armen, Reichen, Männern und Frauen auf "die beigen Kaschmirmäntel" und reflektiert über die Hintergründe der Entwicklung: "Ich hocke in einer Ecke und denke daran, wie weit es drei entführte Flugzeuge gebracht haben. Das Gleichgewicht der Welt wird gerade wiederhergestellt - Elend für alle."

Demgegenüber sind "Die Romantiker" des gleichnamigen Romans von Barbara Gowdy nahezu optimistisch, obwohl auch hier sehr deutlich den Möglichkeiten von Ich und Welt Grenzen gesetzt werden. Erzählt wird die Geschichte von Louise, einer Außenseiterin, deren Mutter sie frühzeitig verlässt und deren große Liebe Abel sich jung zu Tode säuft. Im Gegensatz zu Berg bleibt Gowdy aber innerhalb der Genregrenzen des Entwicklungsromans und bietet daher Möglichkeiten der Selbsterkenntnis an. So wird zwar die Institution der Familie in "Die Romantiker" grundlegend entmystifiziert, da sie Problemen aufgrund der Fehlbarkeit ihrer einzelnen Mitglieder nicht begegnen kann. Auch das romantische Liebesideal erweist sich als fragwürdig, weil sich in ihm vielmehr die Bedürfnisse und Projektionen der Liebenden spiegeln als wahrhaft uneigennützige Seelenverwandtschaft. Nichtsdestotrotz erkennt Louise am Ende einer kontinuierlich sich entfaltenden Geschichte die Begrenzungen ihrer Selbst und Anderer (an); unbewusste Handlungsimpulse werden als solche verstanden und Optionen erprobt. Insofern stellt Gowdy eine Auflösung bereit, die spezifisch für das Romangenre ist: Die erzählte Geschichte entfaltet sich entlang einer oder mehrerer Personen, deren ursprüngliche Krise zu einer Lösung geführt wird.

Genau diese Option entfällt jedoch in "Ende gut". Hier organisiert Berg den Pessimismus dergestalt, dass er die zu Grunde liegenden Mythen des Genres Roman selbst zerlegt: So gibt es mehrere Ich-ErzählerInnen, die zu keiner Erkenntnis kommen und in ihrer eingeschränkten Weltsicht gefangen sind. Berg nimmt qua Genrezerstörung jede Hoffnung auf einen Weltlauf, in dem Probleme gestellt und gelöst werden und die Erzählpersonen zu angemessenen Einsichten gelangen. Das Benjamin'sche Misstrauen wird bei Berg in Szene gesetzt: Weil die Welt schlecht ist, ist es dort am rechten Ort.

Doro Wiese

Sibylle Berg: Ende gut. Kiepenheuer und Witsch 2004, 335 S., broschiert, 19,90 EUR

Barbara Gowdy: Die Romantiker. Verlag Antje Kunstmann 2003, 348 S., broschiert, 21,90 EUR

32. das thema: ganz normal prekär

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:33

Mag zwar sein, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, bestimmte linke Debatten kehren jedoch offenbar immer wieder. So auch die Diskussion um prekäre Arbeit. Vor ca. 10 Jahren allerdings war Prekarität vor allem ein Thema in linksgewerkschaftlichen Kreisen, während die Restlinke sich nur sehr zaghaft der "sozialen Frage" oder gar "der Arbeit" näherte. Noch auf dem Existenzgeldkongress von felS 1999 war die Auseinandersetzung mit der Arbeit und ihrem Formwandel eher ein Randthema.

Seit dem hat sich einiges geändert: Für viele ist die prekäre Existenzweise zur unmittelbaren eigenen Realität geworden. Antirassistische Netzwerke erkennen, dass das Leben und Überleben von Flüchtlingen in Deutschland in erheblichem Maße von prekären Jobs und Arbeitsmöglichkeiten abhängt. Und nicht zuletzt hat der theoretische Diskurs um "immaterielle Arbeit", "autonome Selbstverwertung" und "Multitude" die eigenen Reproduktionsbedingungen mit dem Hauch des Avantgardismus beseelt.

"Prekarisierung ist nicht (nur) die Schaffung von Sonderverhältnissen neben einem unberührten Normalarbeitsverhältnis, sondern gehört zu jenen Prozessen, die zusammengenommen historisch neu definieren, was als Norm für Arbeitsverhältnisse zu gelten hat." (Gruppe Blauer Montag, ak 418) Diese These war 1998 noch umstritten, ähnlich wie Karl Heinz Roths "Wiederkehr der Proletarität". Heute haben wir die Agenda 2010, die komplette Flexibilisierung und Aufweichung von Tarifen, die prinzipielle Unsicherheit in deregulierten wie regulierten Bereichen der Arbeit. Heute ist es weit weniger spektakulär, Prekarität als kapitalistischen Normalzustand zu interpretieren. In diesem ak-Schwerpunkt greift die Gruppe Blauer Montag in der Auseinandersetzung mit dem jüngsten "Perspektiven"-Text von Karl Heinz Roth (ak 482) diesen Gedanken wieder auf und aktualisiert ihn.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse ist Prekarität heute weniger denn je geeignet, bestimmte klar abgrenzbare Segmente proletarischer Existenzweisen zu charakterisieren. Prekarität als Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts lässt das so genannte fordistische Normalarbeitsverhältnis als das erscheinen, was es - erst recht in globaler Perspektive - schon immer gewesen ist: ein historischer Sonderfall. "Es gibt im Kapitalismus prinzipiell keine garantierten Beschäftigungsverhältnisse. Das einzige, was wirklich garantiert bleibt, solange das Kapital durch Klassenherrschaft existiert, ist die Lohnabhängigkeit (nicht bloß von Einzelpersonen, sondern von privaten Haushalten). Und die Grundform dieser Lohnabhängigkeit ist prekär." (ebd.).

Ein Element der linksgewerkschaftlichen Prekarisierungsdiskussion in den 1990er Jahren war die Kritik an der gewerkschaftlichen Fixierung auf die (damaligen) Kernbelegschaften der großen Betriebe. Hier liegt in der Bundesrepublik die Wurzel für Forderungen nach einer neuen gewerkschaftlichen Organisierung. Trotz einiger ermutigender Beispiele wie etwa die "Schlecker-Kampagne" der alten Gewerkschaft HBV haben jedoch Konzeptionen von Basisgewerkschaften wie in Frankreich und Italien oder die eines "Social Movement Unionism" wie in den USA hier zu Lande eher ein Schattendasein gefristet. Peter Birke argumentiert hier, dass dies keineswegs nur einem verknöcherten und unwilligen Gewerkschaftsapparat geschuldet ist. Letztlich müssen sich auch die (neuen) prekären Subjekte in der Realität der kapitalistischen Verwertungslogik bewegen. Genau wie bei ihren fordistischen Kolleginnen und Kollegen 20, 30 oder 40 Jahre zuvor unterliegen auch sie den Funktionsanforderungen des Verwertungsprozesses, sie sind demgegenüber keineswegs "autonomer" oder "selbstbestimmter".

Das heißt nicht, dass unter der Normalität der allgemeinen Prekarität nicht gekämpft werden würde: bei den migrantischen Reinigungskräften in den USA wie bei den Busfahrern in Italien, in den deutschen CinemaXX-Kinos wie bei den FIAT-Arbeitern im süditalienischen Melfi. Die Kosten rebellieren, mal offener, mal verdeckter. Der entscheidende Punkt ist eher, ob und wie sich diese Rebellionen auf einander beziehen. Wir weisen deshalb in dieser Prekarisierungs-ak noch einmal ausführlich auf das Wochenende vom 25. bis zum 27. Juni hin. Insbesondere das Labournet und antirassistische Netzwerke rufen dann zu einer "Internationalen Versammlung zu Prekarisierung und Migration" in Dortmund auf. Wir dokumentieren an dieser Stelle ausführlich das Programm dieser Konferenz.

Nähere Informationen sind zu bekommen über www.labournet.de sowie über Helmut Weiss, Beurhausstraße 25, 44137 Dortmund, Tel.: 0231-55 63 38; mail: helmut.weiss@labournet.de

dk

33. Soziale Rechte und Weltbürgerschaft

Zur globalen Dimension sozialpolitischer Alternativen

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:34

In der letzten ak-Ausgabe (ak 484) hat Tom Binger einige neuere radikalreformerische Alternativkonzepte zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates vorgestellt. Sowohl im Entwurf des Komitees für Grundrechte und Demokratie als auch im links-netz-Vorschlag bleiben jedoch die internationalen Dimensionen des momentanen Krisenangriffs unterbelichtet. Hier setzt ein Papier von medico international an, in dem die Vorstellungen von sozialen Grund- und BürgerInnenrechten aufgegriffen und gleichzeitig in einen globalen Zusammenhang gestellt werden. Tom Binger stellt diesen Ansatz vor.

Gerade die linken Debatten über den aktuellen Umbau des Sozialstaates leiden oft darunter, dass sie die weit reichenden Konsequenzen von zwei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung ignorieren. Die unzureichende Kritik an Sozialabbau, Neoliberalismus und Globalisierung führt dazu, dass die sozialen Proteste auf die Verteidigung des obsoleten Modells eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates fixiert bleiben.

Spätestens in den neunziger Jahren wurden die Grundlagen des fordistischen Gesellschaftsmodells jedoch unwiderruflich zerstört. Alle damit verbundenen Versprechen von sozialem Ausgleich und sozialstaatlicher Absicherung im Norden und von nachholender Entwicklung im Süden haben sich erledigt. Das fordistische Modell war geprägt von großindustrieller Massenproduktion und entsprechendem Massenkonsum standardisierter Verbrauchsgüter. Dabei bot die tendenzielle Verallgemeinerung der Lohnarbeit die materielle Grundlage für eine korporatistische Einbindung der ArbeiterInnenbewegung und einen institutionalisierten Klassenkompromiss in den hoch entwickelten Industrieländern des Nordens. Der globale Süden versuchte, mittels Exportorientierung und Industrialisierung an dieses Modell anzuknüpfen. Nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung sind alle diese Entwicklungs- und Modernisierungsoptionen endgültig zerstört.

Abschied vom Fordismus

Doch trotz aller sozialen Verheerungen und ökonomischen Krisenprozesse ist die gesellschaftliche Hegemonie der neoliberalen Ideologie ungebrochen. Der Bannspruch Margret Thatchers "There is no Alternative" ist mittlerweile in weiten Teilen der Gesellschaft fest im Alltagsbewusstsein verankert. Auch die meisten Proteste und die Kritik am herrschenden Kurs werden in der Regel defensiv vorgetragen. Oft verharren sie in anachronistischer Nostalgie gegenüber dem goldenen Zeitalter der Wirtschaftswunderjahre. Tatsächliche Alternativen zur neoliberalen Hegemonie müssen stattdessen vom erreichten Niveau der Globalisierung ausgehen. Ein Rückfall in eine nationalstaatliche Borniertheit ist weder möglich noch wünschenswert. Angesichts der realen Transnationalisierung des Kapitals und der Internationalisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist eine soziale Re-Regulierung im nationalstaatlichen Rahmen illusionär. Sie könnte im Übrigen selbst in den reichsten Ländern des Nordens nur auf der strukturellen Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung beruhen.

Der endgültige Abschied vom lohnarbeitsgestützten nationalen Sozialstaat ist aus einer linken internationalistischen Perspektive nicht zu bedauern. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat war immer schon ein Privileg der Gesellschaften des Nordens und basierte auf dem Ausschluss und der Ausbeutung des Südens. Der nationale Sozialstaat war selbst zu seinen Glanzzeiten ein autoritärer Staat und damit untrennbar verbunden mit Formen bürokratischer Kontrolle und Ausgrenzung der nicht-verwertbaren Teile der Gesellschaft. Als patriarchalisches Modell blieb er über das "Normalarbeitsverhältnis" an den männlichen Alleinverdiener, die bürgerliche Kleinfamilie und die damit verbundene geschlechtliche Arbeitsteilung geknüpft.

Unter dem Primat kapitalistischer Akkumulation hat der Sozialstaat prinzipiell einen ambivalenten Charakter. Er ist in seinen historischen Ursprüngen sowohl das Produkt sozialer Kämpfe als auch von Strategien ökonomischer und politischer Herrschaftssicherung. Staatliche Sozialpolitik zielte immer auf eine Befriedung des Klassenkonfliktes, auf gesellschaftliche Kontrolle und Disziplinierung, auf geschlechtliche Diskriminierung und eine soziale Spaltung der Gesellschaft. Der Staat begegnete den potenziell systemgefährdenden Konsequenzen des Klassenantagonismus durch die korporative Einbindung von Organisationen der Arbeiterbewegung (Sozialdemokratie und Gewerkschaften).

Die Ambivalenz des Sozialstaates hat aber noch eine andere Dimension. Der Sozialstaat ist strukturell von der Prosperität und Profitabilität der kapitalistischen Ökonomie abhängig. Gerät die Akkumulation des Kapitals in eine grundsätzliche Krise, wird auch die materielle Grundlage des Sozialstaates aufgekündigt. Spätestens bei nachlassenden Wachstums- und steigenden Arbeitslosenraten zeigt sich, dass der Sozialstaat eine ökonomische Schönwetterveranstaltung ist.

Im fordistischen Akkumulationsmodell diente der Wohlfahrtsstaat der Stabilisierung des Massenkonsums und war damit bis zu einem gewissen Grade mit den Interessen des Kapitals vereinbar. In der Bundesrepublik etablierte sich erst in der Nachkriegsprosperität der Wirtschaftswunderjahre das institutionelle Muster eines modernen Sozialstaates. Eine bürokratisch konzipierte Sozialpolitik lieferte die materielle Basis für die gesellschaftliche Integration und garantierte den sozialen Frieden. Sozialpolitik blieb aber immer eine abhängige Variable des wirtschaftlichen Wachstums und war auf eine erfolgreiche kapitalistische Akkumulation angewiesen.

Globalisierung und nationaler Wettbewerbsstaat

Nachdem die Produktivitätsreserven des fordistischen Modells erschöpft sind, steht der keynesianische Wohlfahrtsstaat im Zuge der neoliberalen Globalisierung grundsätzlich zur Disposition. Die neoliberale Deregulierung verengt objektiv die politischen Gestaltungsspielräume auf der Ebene des Nationalstaates, indem sie die globale, regionale und lokale Konkurrenz verschärft. Der Wohlfahrtsstaat transformiert sich im Zuge dieser Entwicklung zu einem nationalen Sicherheits- und Wettbewerbsstaat (Joachim Hirsch). Im Rahmen der Standortkonkurrenz bemühen sich die nationalen Wettbewerbsstaaten darum, dass transnational mobile Kapital auf ihr Territorium zu locken. Der Abbau sozialstaatlicher Sicherungen gerät dabei zum Standortvorteil.

Vor diesem Hintergrund bewegen sich auch die aktuellen politischen Projekte der Bundesregierung zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates. Agenda 2010, Hartz-Gesetze, Renten- und Gesundheitsreform zielen allgemein auf eine Senkung der Arbeitskosten und speziell auf eine Reduzierung der sog. Lohnnebenkosten. Hier wird die entscheidende Ursache für die ökonomische Krise verortet. Im Gegensatz zum klassischen Wohlfahrtsstaat enthält die Agenda 2010 kein Entwicklungs- und Wohlstandsversprechen mehr. Stattdessen wird nur noch eine auf angeblichen Sachzwängen beruhende Sparpolitik exekutiert. Zu hohe Arbeitskosten, zu geringe Arbeitszeiten und zu rigide Arbeitsrechte sollen angeblich Investitionen und Verwertung blockieren. Entsprechend dieser Krisendiagnose wird der Druck auf das allgemeine Lohnniveau erhöht und der Zwang zur Arbeit durch Maßnahmen wie die Streichung der Arbeitslosenhilfe und die Kürzung der Sozialhilfe gesteigert. Ziel ist die Durchsetzung eines neoliberalen "workfare state", in dem massenhafte Armut und eine breite Schicht von "working poor" zur Regel werden.

Bisher auf solidarischer Basis funktionierende soziale Sicherungssysteme werden umfassend individualisiert und privatisiert. Diese "Stärkung der Eigenverantwortung" wird mit einer ganzen Reihe von repressiven Maßnahmen gekoppelt. Erst in der Krise entfaltet der Sozialstaat die volle Brutalität seiner kontrollierenden, disziplinierenden und selektierenden Dimensionen. Hier wird besonders deutlich, dass seine Funktion in der Garantie politischer Herrschaft, gesellschaftlicher Kontrolle, geschlechtlicher Diskriminierung und sozialer Spaltung besteht. Ein emanzipatorisches Projekt sozialer Gerechtigkeit muss also über den nationalen Sozialstaat hinausweisen.

Der unvermeidliche Abschied vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat ist auch für medico international der Antrieb, sich auf die Suche nach "Alternativen jenseits von Lohnarbeit, Vollbeschäftigung und nationalem Sozialstaat" zu begeben. In dem Thesenpapier "Jenseits des nationalen Sozialstaats: weltbürgerliche Solidarität" (1) skizziert medico einige elementare Voraussetzungen für ein globales Projekt sozialer Gerechtigkeit. Grundlage für eine Transformation des Globalisierungsprozesses ist die ambivalente Dynamik der Globalisierung selbst: Einer ungeheuren Verarmung, Entrechtung und Ausgrenzung steht die Schaffung eines unvorstellbaren materiellen und symbolischen Reichtums gegenüber. In der vollständigen weltgesellschaftlichen Aneignung dieses Reichtums sieht medico die materielle Basis für eine alternative Form der Vergesellschaftung.

Wie in den Alternativkonzepten von links-netz und des Komitees für Grundrechte und Demokratie steht auch bei medico zunächst die demokratische Kontrolle der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Blickpunkt. Sie ist die

Voraussetzung für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und eine weit reichende Umverteilung der Arbeit. medico schlägt vor, die materielle Sicherung einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Form eines unbedingten Bürgerrechts zu garantieren. Die Entkoppelung von Arbeit und sozialer Existenzsicherung wird auch hier mit einem Bürger- bzw. Existenzgeld unterfüttert. Dieses Existenzgeld soll allen Mitgliedern einer Gesellschaft als ausreichendes Grundeinkommen zugeteilt werden. Im Unterschied zu links-netz und zum Komitee, die ihre Konzepte ausdrücklich auf den europäischen Kontext beziehen, formuliert medico explizit die globale Dimension sozialer Rechte. Hier wird an das von Hardt/Negri in "Empire" entwickelte Konzept der Weltbürgerschaft angeknüpft und so eine mögliche Alternative zur Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Staatsbürgerschaft aufgezeigt. Weltbürgerschaft macht "jeden Menschen am Ort seines jeweiligen Aufenthalts zum Träger der dort geltenden staatsbürgerschaftlichen und insbesondere sozialen Rechte". Erst durch eine solche Verknüpfung verlieren Konzepte von sozialen Rechten und garantiertem Grundeinkommen ihren exklusiven Charakter.

Für alle Konzepte, die auf der globalen Ebene ansetzen, bleibt das gigantische Wohlstandsgefälle zwischen dem globalen Norden und Süden bzw. Westen und Osten das größte Problem. Insbesondere im Süden und Osten hat der Globalisierungsprozess bereits jetzt Millionen von Menschen dazu gezwungen, ihr Überleben in Netzwerken der informellen Ökonomie zu sichern.

Aneignung des globalen Reichtums

Auf der Suche nach solidarischen Formen der Ökonomie müssen die mit der Informalität verbundenen Erfahrungen gesellschaftlicher Selbstorganisation mit einbezogen werden. Laut medico stellen die aus den weltweiten Migrationsbewegungen hervorgegangenen familiären und kommunitären Netze unverzichtbare Erfahrungen für eine "Globalisierung von unten" bereit. Hinzu kommt der rapide gewachsene Sektor von sozialer Arbeit und humanitärer Hilfe, der von nicht-staatlichen Organisationen oder in informeller Hilfe geleistet wird. Eine weder privatwirtschaftlich orientierte noch staatsfixierte Form der solidarischen Ökonomie muss laut medico auch an diesen realen Erfahrungen einer anderen Vergesellschaftung anknüpfen. Dabei dürfen die Rahmenbedingungen von Prekarität und Armut nicht idealisiert werden. Aber letztendlich ist es die Krise der kapitalistischen Weltökonomie selbst, die neue Formen einer solidarischen und moralischen Ökonomie für immer mehr Menschen zu einer blanken Überlebensnotwendigkeit macht.

Tom Binger

Anmerkungen:

1) Der Text kann unter www.medico.de gefunden werden

34. "Fair handeln", praktisch aneignen

BUKO 27 tagte in Kassel

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:35

Nicht weniger als das "Ende der Bescheidenheit" wurde zwischen dem 20. und 23. Mai in Kassel ausgerufen. Der jährliche Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, kurz: BUKO, stellte heuer das Thema "Aneignung" in den Mittelpunkt von Diskussionen und Reflexionen, an denen mehr als 800 Menschen teilnahmen. Doch auch die praktische Umsetzung kam nicht zu kurz.

Kongresse leben von der Stimmung. Und die war trotz novemberartiger Kälte recht gut. Nehmen wir zwei Indikatoren: Die Fete am Sonnabend war rauschend und dauerte lange. Gleichwohl trafen sich zum "moderierten Abschlussbuffet" am Sonntagmorgen noch einmal mehrere hundert Leute; interessiertes Zuhören wechselte ab mit angeregtem Plaudern und Austausch über den Kongressverlauf. Über das Atmosphärische hinaus hat der Kongress inzwischen eine wichtige Funktion für praktische linke Kapitalismuskritik und die Vernetzung von Widerstand.

Es ging um die Frage, wie die "Risse im neoliberalen Gebälk zu Brüchen werden" können. Bei diesem hohen Anspruch verwundert es nicht, dass es in punkto Konkretisierung unterschiedliche Vorstellungen gab. Aber in allen drei Kongress-Foren zu Arbeit und sozialer Reproduktion, zu Privatisierung und zu Sozialen Rechten und Recht auf Legalisierung war Diskutierenden und Zuhörenden spürbar daran gelegen, die jeweiligen theoretischen Bezüge und Kämpfe aufeinander zu beziehen, statt sie gegeneinander auszuspielen. Bei einem Angebot von rund 60 Arbeitsgruppen, deren Themen von der "Politischen Ökonomie der Privatisierungen" über "Autonomie, soziale Rechte und der Prozess der Sozialforen" bis zu "Geschlechtliche Aneignung, Habitus und sprachliche Repräsentation" reichte, musste trotzdem zwangsläufig auch vieles neben einander herlaufen.

Wie werden Risse im Gebälk zu Brüchen?

Gemeinsame Klammer waren die radikale Kritik und der Austausch über einen teilweise schon stattfindenden "offensiven Widerstand gegen das neoliberale Projekt". Von einigen Flugblättern abgesehen, in denen irgendwer irgendwem vorwarf, den Kapitalismus nicht verstanden zu haben, trug man die jeweiligen Ansätze und Fragen angenehmerweise zumeist nicht im Gestus der absoluten Gewissheit vor und konnte gerade deshalb Widersprüche und notwendige anstehende Auseinandersetzungen benennen.

Klar war aber auch: Wenn radikale Linke anfangen, sich mit dem Kampf um Rechte zu beschäftigen, dann ist es nicht mehr als eben ein Anfang. So blieb auch in Kassel vieles offen, was noch zu klären sein wird. Keineswegs zum ist Beispiel ausgemacht, dass "linker Kampf ums Recht erst (!) dort beginnt, wo neue Rechte gefordert werden, die über geltendes Recht hinausgehen und das Feld eines sozialen Kampfes eröffnen, dessen Ausgang noch ungewiss ist", wie es etwa im Einleitungstext eines Plenums hieß. Leider kam die Diskussion um solche Feinheiten meist zu kurz. Die Stärke des Kongresses lag deshalb vor allem darin, Fragen mit auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, die in nächster Zeit an Relevanz gewinnen werden.

Bezahlt wird nicht

Konkrete Aneignungsaktionen waren bis dato auch in Kassel ungewöhnlich, und so diente der Kongress nicht zuletzt auch dazu, diesbezüglich den Gewöhnungsprozess zu beschleunigen. Auf die Frage ihrer Tochter, warum denn all die Menschen die Kleider aus dem H&M-Laden auf die Straße transportierten und verteilten, antwortete eine Passantin, sie glaube, dass "die Kleidung nicht fair gehandelt" sei. Die Hessische Allgemeine wusste mehr: "Zu Plünderungen ist es gestern Mittag in der Kasseler Innenstadt am Rande einer Kampagne gegen ‚Biopiraterie` mit genehmigtem Straßentheater gekommen. Augenzeugen zufolge drangen etliche Personen in das Modehaus H&M in der Oberen Königsstraße ein und rissen Bekleidung von Ständern. ‚Die haben eine richtige Kette gebildet und die Sachen an Passanten verteilt`, sagt der H&M-Mitarbeiter Alexander Schmieding. ‚Dabei haben die gerufen: Gegen den Sozialabbau, wir fördern den Ladenklau`, so Schmieding. Einige Fußgänger seien mit Textilien weggegangen. Der Schaden bei H&M beträgt nach ersten Schätzungen 4.000 Euro." Zuvor hatte man kollektiv und kostenlos die Straßenbahn genutzt und das Museum Fridericianum besucht.

Sicher ist: Das Angebot und Interesse der Bundeskoordination Internationalismus, "dass viele Menschen sie als organisatorischen Zusammenhang und den jährlichen Kongress als ihren politischen Ort verstehen - sich also Struktur und Kongress als solche aneignen", wie es in der diesjährigen Kongresszeitung formuliert wurde, trifft zumindest im linken und linksradikalen Spektrum auf wachsendes Interesse. Der nächste BUKO-Kongress (mit der Nummer 28) wird Anfang Mai 2005 in Hamburg stattfinden, und zwar entweder zum Thema "Innere und äußere Landnahme - moderner Imperialismus" oder zum Thema "Deutschland - (Post-) Kolonial" stattfinden. Wie auch immer: Die Messlatte liegt hoch.

Georg Wißmeier/Stefanie Graefe

35. Alternativen zum Mauerbau

Bericht von der "Internationalen Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel"

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:36

Ein 730 Kilometer langes Monument, das sich durch die von Israel besetzte Westbank schlängelt und die Annexion von fast 50 Prozent palästinensischen Gebiets besiegelt, stand Anfang des Monats im Mittelpunkt der eintägigen Friedenskonferenz "Stop the wall" in Köln.

Zum 37. Jahrestag des Beginns des "Sechs-Tage-Krieges" kamen namhafte Protagonisten der israelischen Linken, palästinensischer Organisationen sowie Vertreter von internationalen Friedensinitiativen, Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen wie Gush Shalom Deutschland und Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) an den Rhein. In der mit fast 400 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllten Alten Feuerwache wurde die materialisierte Trennung von Israelis und Palästinensern, die von staatsoffizieller israelischer Seite als Sicherheitszaun deklariert wird, aus verschiedenen Perspektiven kritisch beleuchtet.

Dass sich die Anzahl jüdischer Siedler auf der Westbank während des Oslo-Friedensprozesses nahezu verdoppelt hat, ist ein factum brutum, das bei den Palästinensern tiefe Wunden hinterlassen hat. Zu einem Zeitpunkt, in dem alle Friedensbemühungen als gescheitert betrachtet werden müssen, waren dann auch die Beiträge der palästinensischen Referenten durch Gefühle der Ohnmacht und Verbitterung aufgeladen. So hob beispielsweise Salman Abu-Sitta, Koordinator des Komitees für das Rückkehrrecht des palästinensischen Volkes, hervor, dass das zionistische Projekt von vornherein auf Landnahme und "ethnische Säuberung" gezielt habe. Als er eine Landkarte von 1917 präsentierte und mit der Begründung, die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung lebe in urbanen Zentren - etwa 91 Prozent -, eine Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Dörfer als realisierbar darstellte, kamen kurzzeitig Zweifel auf, dass die 1988 auf Initiative Arafats vollzogene Anerkennung Israels durch die Palästinenser und der damit verbundene Verzicht auf 78 Prozent der Fläche, die sie als ihre Heimat betrachten, im palästinensischen Lager noch konsensfähig ist. Aber auch wenn der frenetische Beifall, der Abu-Sittas Rede begleitete, einen faden Beigeschmack hinterließ: Sowohl das Existenzrecht Israels als auch seine Grenzen von 1967 wurden weder in den Vorträgen noch in der Abschlusserklärung der Veranstalter angetastet.

Mit viel Applaus honorierte das Publikum den Vortrag von Moshe Zuckermann, dem Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte in Tel-Aviv. Der jüdische Marxist bot eine kritische und scharfzüngige (Psycho-)Analyse des gewaltdurchwirkten Verhältnisses von Israelis und Palästinensern. Er bezeichnete die Mauer zwischen den beiden Kollektiven, die wie "siamesische Zwillinge" miteinander verbunden seien, als "Verdinglichung der Pathologie Israels" und kritisierte die Politik der Sharon-Regierung als "Staatsterrorismus". Zudem wies er darauf hin, dass für die Finanzierung des rund 3,5 Milliarden Euro teuren Bollwerks das Gesundheits- und Erziehungswesen Israels zugrunde gerichtet werden würde. Den Terror arabischer Extremisten könne man nicht durch Repressionsmaßnahmen, sondern nur durch Beseitigung seiner Ursachen - die "systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung" und die Okkupation - erfolgreich bekämpfen.

Verschiedene Perspektiven auf die Mauer

Weniger kölsche als bayerische Aschermittwochs-Stimmung kam auf, als Norbert Blüm die militärischen Operationen Israels, die wie jüngst in Rafah viele Opfer unter palästinensischen Zivilisten fordern, anprangerte. Sichtlich um Ausgewogenheit bemüht, versäumte der Ex-Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung jedoch nicht, auch die Selbstmordattentate der Gegenseite zu verurteilen und die Konfliktparteien zur Besonnenheit zu mahnen: "Ohne Kompromiss geht es nicht." Allerdings verabschiedete sich Blüm kurzzeitig von seiner performativen Referee-Position, als er Auschwitz ("gerade deshalb!") bemühte, um der deutschen Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte als kategorischen Imperativ für Israel zu manifestieren.

Der letzte Teil der Veranstaltung war der Vorstellung von internationalen Kampagnen gegen den Mauerbau gewidmet. Miri Weingarten von der israelischen Vereinigung Ärzte für Menschenrechte (PHR) berichtete von anarchistischen und les-bi-schwul-transgender Gruppen wie Kvisa Sh'chora (Schwarze Wäsche), die unter dem Slogan "No pride in the occupation" direkte Aktionen durchführen. Heidi Niggemann vom International

Solidarity Movement (ISM) forderte nicht nur die deutschen Besucher auf, als Friedensaktivisten nach Palästina zu kommen, sondern postulierte auch die "Bringschuld" eines stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements der Europäer: "Die Forderung an die Palästinenser nach Gewaltverzicht ist billig und hohl, solange sie für einen gewaltfreien Widerstand keine solide Unterstützung von uns bekommen."

Wenige hundert Meter entfernt hielt ein antideutsches Bündnis eine Kundgebung gegen die "antizionistische Konferenz" ab, die - angesichts dessen, dass die Kölner Initiatoren seit Monaten mobilisiert und rund 30 Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet ihren Aufruf unterstützt hatten - mit nicht einmal 100 Teilnehmern unerwartet schwach frequentiert war. Auch die als Gastrednerin angekündigte Beate Klarsfeld war nicht erschienen. Am Vorabend hatte der Politikwissenschaftler Matthias Küntzel auf einer Informationsveranstaltung einen Vortrag gehalten, indem es von kruden historischen Vergleichen nur so wimmelte. So warnte er beispielsweise davor, das genozidale Wesen des palästinensischen Widerstands und seines "islamfaschistischen Antisemitismus" zu unterschätzen: "Auch über Hitlers Gebrabbel wurde erstmal gelacht." Auch so kann man über die Einzigartigkeit der Shoah und die Besonderheit des deutschen Faschismus hinweggehen.

Suche nach einem Kompromiss

Während der Konferenz blieben dann die mit allerlei heroischem Pathos angekündigten Versuche der Antideutschen, "das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen zu verteidigen", nahezu vollständig aus: Eine kleine Schar von Gegendemonstranten begehrte zwar Einlass auf das Gelände, wurde jedoch von den Ordnern abgewiesen. Notiz von dem Intermezzo nahmen einzelne Konferenzteilnehmer erst, als aus der antideutschen Gruppe ein gellendes "Nazischweine!" erschallte - offen bleibt die Frage, ob es auch den jüdischen Gästen galt.

Susann Witt-Stahl

36. Wo Freitag der Dreizehnte zum Glückstag wird

Zur jüngsten Geschichte der Sozialen Bewegungen in Österreich

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:37

Nach den durch die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ hervorgerufenen spontanen Massenprotesten im Jahr 2000 erlebte der Widerstand gegen die Auswirkungen der blau-schwarzen Sparpolitik vergangenes Jahr einen neuen Höhepunkt. Das ansonsten recht streikungewöhnte Österreich erlebte sowohl Streiks von Einzelgewerkschaften (LehrerInnen, Eisenbahn), als auch einen bundesweiten Aktionstag unter Federführung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Auch in die außerinstitutionellen Sozialen Bewegungen ist wieder etwas Bewegung gekommen.

Leider wurde die gewerkschaftliche Mobilisierung nicht zum Auftakt dauerhafter Opposition gegen die Kahlschlagpolitik der Regierung. Trotz massiver Beteiligung am Aktionstag verzichtete der ÖGB darauf, die Gangart zu verschärfen. Die Proteste boten somit in erster Linie eine Gelegenheit, Dampf abzulassen. Augenfällig dabei ist, dass der ÖGB keineswegs bereit war, mit der fordistischen Vergangenheit und seiner eigenen Rolle darin zu brechen. Seine Politik erschöpfte sich im Organisieren von Versammlungen, bei denen die Funktionäre verbale Radikalismen absonderten, die ihnen ohnehin niemand glaubte. Streikversammlungen fanden im stillen Kämmerlein statt, eine Kontaktaufnahme der streikenden Basis mit "den Leuten da draußen" wurde - wie bei den EisenbahnerInnen, deren Streik gegen Aufsplitterung des Unternehmens, Stellenstreichungen und Arbeitszeitverlängerung Mitte November 2003 abgebrochen wurde - nach Möglichkeit unterbunden. Dennoch konzentriert sich die Betriebslinke auf Appelle an die ÖGB-Bürokratie, anstatt neue Arbeits- und Organisationsformen als Kampfperspektive ernst zu nehmen.

Pionierfunktion: Prekäre im Streik

Dabei finden auch in anderen Arbeitsbereichen Auseinandersetzungen statt. Sowohl beim "freien" Radio Orange als auch beim FahrradbotInnendienst Veloce (beide aus Wien) wurden im vergangenen halben Jahr Arbeitskämpfe geführt. Bei Radio Orange ging und geht es um die Neubesetzung des HerausgeberInnenvereins. Dessen neuer Vorstand ist Teilen der kritischen MitarbeiterInnen, SenderInnen und HörerInnen zu nah an der in Wien mit absoluter Mehrheit regierenden SPÖ. Mittelfristig, so die Befürchtung, werde es zu einer "Mainstreamisierung" des Programms und zur verstärkten Abhängigkeit von der Stadtregierung kommen. Bereits jetzt kann kaum noch von einem "freien Radio" im strengen Sinne gesprochen werden. Vorerst muss die Auseinandersetzung allerdings negativ bilanziert werden, was unter anderem auf das geringe Interesse der Mehrheit der SendungsmacherInnen zurückgeführt werden kann.

Bei Veloce hingegen, Wiens größtem FahrradbotInnendienst, konnten die Streikenden zumindest eine Teilerfolg erzielen. Wichtiger jedoch ist die Pionierleistung der BotInnen: Mit ihnen traten zum ersten Mal in Österreich prekär Beschäftigte nahezu lückenlos in einen Streik, und erstmals wurde dieser von der Gewerkschaft anerkannt und auch Streikgeld ausbezahlt. Der Konflikt hatte sich an einer Preiserhöhung des Unternehmens entzündet. Bis dato war eine Beteiligung der Beschäftigten an den höheren Einnahmen üblich gewesen, diesmal jedoch verweigerte die Geschäftsführung jegliche Verhandlung. Nach stundenlangen Treffen, in denen auch die allgemein schlechten Arbeitsbedingungen reflektiert wurden, entschloss sich die FahrerInnenversammlung am 25. März 2004 zu einem dreistündigen Warnstreik. Sogar der Vorsitzende der größten Einzelgewerkschaft Österreichs, der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Hans Sallmutter, solidarisierte sich mit den FahrerInnen. Nach einem weiteren Warnstreik und der danach erfolgten Kündigung eineR der MitinitiatorInnen rief die FahrerInnenversammlung am 19. April schließlich einen unbefristeten Streik aus. Der von der GPA unterstützte zweiwöchige Arbeitskampf endete mit Kompromissen in Nebenforderungen, der Wiedereinstellung der inzwischen samt und sonders gekündigten FahrerInnen und der Fortsetzung der Verhandlungen. Konkrete Zugeständnisse in Sachen Lohnerhöhung gab es jedoch nicht. Eine Betriebsratswahl ist in Vorbereitung.

An den Universitäten regt sich indes nur schwacher Widerstand gegen die neoliberalen Umstrukturierungen. Die institutionalisierten VertreterInnen der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH), der gesetzlichen Interessenvertretung der Studierenden, müssen sich in jedem Fall etwas überlegen; ihre Stunden als Mitglieder eines mitbestimmenden Gremiums sind gezählt. Neue Formen studentischen Kampfes müssen

gefunden werden, wollen die VertreterInnen nicht zu ErfüllungsgehilfInnen der herrschenden Bildungspolitik werden.

Immerhin scheint eine wachsende Minderheit der Studierenden zu kämpferischen Aktionen motiviert. Als Reaktion auf die Entwicklung an den Hochschulen, auf Studiengebühren und die drastische Einschränkung der studentischen Mitbestimmung besetzten am 15. Januar einige hundert Studierende das Rektorat der Universität Wien. Zuvor war der Versuch, zu Massenprotesten zu mobilisieren, gescheitert. Die neue Strategie verfolgte nun eine stärker aktionistische Politik - durchaus mit dem Ergebnis gesteigerter medialer Aufmerksamkeit. Dennoch waren die Aktiven nicht in der Lage, eine nennenswerte Mobilisierung der Studierenden in Gang zu bringen. Leider legten auch die offiziellen studentischen VertreterInnen, vor allem jene auf Bundesebene, eine eher beschwichtigende Haltung an den Tag.

Obwohl noch immer aus recht überschaubaren Gruppen zusammen gesetzt, hat sich auch bei den Sozialen Bewegungen im letzten halben Jahr einiges getan. Zumindest deren undogmatischer Teil fiel nach dem Ende der gewerkschaftlichen Proteste und Streiks nicht in Agonie, sondern besann sich insbesondere in Wien im Gegenteil auf direkte Aktionsformen: Besetzungen und dezentrale öffentliche Aktionen. So wurde am 29. November 2003 das tags zuvor geschlossene Obdachlosenheim in der Wiener Meldemannstraße von rund 50 AktivistInnen besetzt. Sie forderten unter anderem die Reaktivierung des Heims unter Selbstverwaltung und bezogen Position gegen eine Politik der Säuberung der Innenstadt von unliebsamen Personen. Bereits einige Stunden später machten Spezialeinheiten der Wiener Polizei der Besetzung ein Ende. Dennoch war die mediale Reaktion beachtlich und durchweg sympathisierend. Auch für die Bewegungen war das Ereignis von Bedeutung, sind doch Besetzungen in Österreich derzeit nicht an der Tagesordnung.

Besetzung und Vernetzung

Schon bald darauf erregte eine Initiative Aufsehen, die sich rund um AktivistInnen des besetzten Zentrums Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) entwickelte. (1) Unter dem Motto "Freiraum statt Wien" fanden vom 22. bis 24. Januar dieses Jahres Aktionstage statt, bei denen es um Forderungen wie der nach kostenlosem öffentlichen Transport oder nach "selbstbestimmten Freiräumen für Frauen und Mädchen" ging. Mit Kurzbesetzungen, Straßenpartys, Volksküchen, Filmen und Kunstaktionen wurden die Forderungen unterstrichen.

Ein weiterer Fixpunkt des widerständigen Wiens ist der bereits legendäre "F13". Die Abkürzung steht für Freitag, den 13ten. Bereits vor einigen Jahren war rund um die Obdachlosenzeitschrift Augustin die Idee entstanden, der Forderung nach Freifahrt für Obdachlose mittels kollektivem Schwarzfahren Nachdruck zu verleihen. Auf diese Weise sollte das unheilvolle Datum zu einem Glückstag der Marginalisierten werden. Mittlerweile hat sich "F13" zu einem festen Termin der sozialen Bewegungen entwickelt, und so fanden am 13. Februar 2004 mehr als zehn Aktionen im öffentlichen Raum statt, die von alternativen Fahrscheinkontrollen bis zur Diskussion über die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen reichten. Letztere fand unter Beteiligung der grundrisse-Redaktion in der Straßenbahn statt; Fahrscheine wurden nicht benötigt. Am Abend wurde im EKH über die Aktionen reflektiert und anschließend über mögliche Strategien in Sachen Aneignung diskutiert.

Das Austrian Social Forum (ASF) ist als bundesweite Kommunikationsstruktur bemüht, der Wien-Zentriertheit der sozialen Bewegungen entgegenzuwirken. Zum diesjährigen ASF vom 3. bis 5. Juni kamen rund 1.500 Aktive (bis zu 5.000 waren erwartet worden) im Linzer Stadtzentrum zusammen, um über Strategien der globalisierungskritischen Bewegungen zu diskutieren. Dabei machten die Probleme der internationalen Sozialforenbewegung auch vor den Strukturen des ASF nicht halt. Die Teilung in "staatsnahe ReformistInnen", (trotzkistische) "TraditionsmarxistInnen" und "staatskritische Libertäre" findet sich jedenfalls auch in Österreich. Nicht zuletzt die strukturelle Dominanz der männerdominierten Großorganisationen Gewerkschaft, Kirche und attac war in Linz Grund für die kritische Intervention des Feministischen Forums und zahlreiche weitere kritische Einwände. Die Diskussion um Positionen im ASF ist jedenfalls nicht abgeschlossen, und das ist auch gut so. Denn nur wenn die Vielstimmigkeit der Debatte gewahrt bleibt, ist auch die dringend notwendige Reflexion der strukturellen Machtungleichgewichte innerhalb der Bewegung möglich. An dieser führt jedenfalls kein Weg vorbei, soll das ASF nicht tatsächlich zur Spielwiese für Funktionäre werden.

"Don't fall in love with the guitarist!"

Vor allem bei der KPÖ sorgt derzeit das Wahlbündnis für die Europawahl LINKE - Opposition für ein solidarisches Europa, an der die Partei beteiligt ist, für Wirbel. Die LINKE ist Teil der Europäischen Linkspartei (EL), jedoch innerhalb der KPÖ umstritten. Teile der Partei kritisieren das Wahlbündnis und den Kurs der Parteiführung unter Walter Baier als reformistisch. Der KPÖ-Mehrheit ist es zwar im Gegensatz zu ihren EL-Schwesterorganisationen gelungen, AktivistInnen der Sozialforenbewegung für eine gemeinsame Kandidatur zu gewinnen. Dennoch kann das Antreten der LINKEn nicht verleugnen, dass eine wirkliche Verbindung mit den Sozialen Bewegungen (v.a. mit deren jüngeren AktivistInnen) nicht erfolgt ist.

In Wien wird unterdessen die "Frühjahrssaison" mit zwei größeren Veranstaltungen abgeschlossen, die die derzeitige Phase der Neuzusammensetzung und thematischen Ausrichtung der Bewegungslinken ganz gut illustrieren: Das "Ladyfest", das vom 9. bis 13. Juni stattfindet, ist eine dreitägige Veranstaltung und steht ganz im Zeichen feministischer Aneignung. "Dont fall in love with the guitarist - be the guitarist!", so das Motto. Auf der Homepage www.ladyfestwien.org liest sich das so: "Ladys erobert die Bühne, die Turntables, die Kamera und das Mischpult! Zeigt eure politischen, künstlerischen und organisatorischen Fähigkeiten!" Zahlreiche Veranstaltungen, Workshops, Konzerte und auch Selbstverteidigungskurse stehen auf dem Programm.

Am 19.Juni schließlich will sich das Netzwerk kollektiven Ungehorsams (NkU) erstmals zusammen finden. Das Netz ist der aus der F13-Idee hervorgehende Versuch, die Zersplitterung der undogmatischen Linken zu überwinden. Ausgerichtet an Paradigmen der Selbstorganisation und der Dezentralität soll über die bisherigen Bündnisformen hinaus nach Wegen gesucht werden, die gesellschaftliche Sichtbarkeit und Wirksamkeit der sozialen Bewegungen zu erhöhen. Angestrebt werden strategische Allianzen zwischen radikalen Linken, migrantischer Selbstorganisation, polit-künstlerischen Praxisformen und Feminismus. In der Praxis wird sich dann im August zeigen, ob die Idee des NkU trägt: am Freitag, dem 13ten nämlich.

Martin Birkner, Wien

Anmerkung:

1) Der Fortbestand des 1990 besetzten EKH, das sich seither zur zentralen Anlaufstelle der autonomen Linken Wiens entwickelt hat, ist derzeit gefährdet. Die Eigentümerin des Hauses, die KPÖ (einst die reichste Partei Österreichs), ist nach einem verlorenen Prozess gegen die deutsche Treuhand im September vergangenen Jahres in Geldnöten. Das Urteil der deutschen Justiz zwang die Partei, sämtlichen Angestellten zu kündigen und die Wochenzeitung Volksstimme einzustellen. Auch über Verkauf oder Vermietung parteieigener Immobilien einschließlich des EKH soll wieder Geld in die leeren Kassen kommen. Nach Protesten beschloss nun zumindest die Wiener Landeskonferenz der KPÖ, dass ein Verkauf der Immobilie "tunlichst abgewendet" werden soll.

37. Adornos Rap

Die aktuelle Rezeption der Kulturindustriethese

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:38

Das Adorno Jahr ist vorbei, die Diskussionen und Streitigkeiten um das Erbe Adornos gehen weiter: Was sind die zentralen Themen des Adornoschen Denkens und der kritischen Theorie und welche Aktualität haben sie heute? In einem Interview in ak 483 kritisierte Moshe Zuckermann, dass in der Adorno-Rezeption zunehmend die für Adornos Werk zentrale Herrschafts- und Kapitalismuskritik ignoriert wird. Insgesamt zeichnete sich das Adorno-Jahr - so Zuckermann - dadurch aus, dass Adornos Kritik am Bestehenden "so gut wie ganz ausgespart oder doch deutlich umgangen worden ist". Im Folgenden setzt sich Roger Behrens mit der aktuellen Rezeption der Kulturindustriethese auseinander und zeigt die Vorliebe nicht weniger AdornitInnen, die immer wieder Freiräume und Nischen außerhalb der Kulturindustrie entdeckt haben wollen.

Adorno und Horkheimer beschreiben die Kulturindustrie nicht als isolierte gesellschaftliche Sphäre, sondern als Formation der spätkapitalistischen Gesellschaft selbst: Kulturindustrie ist eine "strukturelle Dynamik" (Horkheimer), ein System. Das ist einem Begriff von Kulturindustrie entgegengesetzt, wie ihn beispielsweise Dieter Prokop in seinem "Lexikon der neuen kritischen Medienforschung" (1) vertritt. Prokop zufolge seien Kulturindustrie "die kommerziellen Massenmedien und deren oligopolkapitalistischen Produktionsbedingungen", "die Mainstream-Medien", Kulturindustrie sei ferner ",deformierte' Kultur und Kunst" sowie der "Bereich der Konsumgüter" und "herrschende Ideologie" (S. 14 f.). So bleibt die Kulturindustrie beschränkt auf den Kommerz, die buchstäbliche Industrie, den Verkaufserfolg: "Keine Kulturindustrie sind Kulturmagazine im öffentlich-rechtlichen Fernsehen oder ,die tageszeitung': Sie sind kein Mainstream." (S. 14) Auch wenn Prokop versucht, der Kritik des Warenfetischs, der die kulturindustriellen Produkte bestimmt, Konturen zu verleihen, so bleibt die Darstellung letzthin auf den Markt, die Distribution, die Konsumsphäre beschränkt und wird nicht als Kritik der politischen Ökonomie begriffen, als Kritik der kulturellen Produktion insgesamt, wie es Adorno und Horkheimer mit ihrer Analyse der Kulturindustrie postulieren.

Kulturindustrie ist überall

Die Frage, ob die Kulturindustrie einen systematischen Gesamtzusammenhang bezeichnet oder nicht, hat nicht bloß begriffliche Konsequenzen, sondern bildet mit dem kulturellen Komplex, den Kulturindustrie schließlich bezeichnen soll, eine Einheit: die Totalität des gesellschaftlichen Immanenzzusammenhangs. So bleibt in den derzeitigen Debatten die Diskussion um den Begriff der Kulturindustrie selbst virulent. Durchgesetzt haben sich indes drei Positionen, die je unterschiedlich avancierte Hochkultur, populäre Massenkultur und subversive Subkultur gewichten. Kulturindustrie einerseits, Kunst andererseits bilden das Raster, nach denen die einzelnen Produkte bewertet werden. Einer medientheoretischen Position wie etwa Prokops geht es weder um Kunst noch um Hoch- und Subkultur; sie konzentriert sich ganz und gar auf den Mainstream der populären Massenkultur. Eine zweite Position stellen die verschiedenen Theorien des so genannten Popdiskurses dar, die das subversive, subkulturelle Potenzial der Massenkultur gegen die Kulturindustrie und eine als elitär geltende Hochkultur verteidigen; dabei wird mitunter versucht, die Maßgaben der hochkulturellen Ästhetik auf die Subkulturen zu übertragen, um so mit Subkultur und Hochkultur gegen den Mainstream zu argumentieren. Eine dritte Position, die sich im Namen Adornos auf die Verteidigung der Hochkultur gegen jede populäre Kultur beschränkt, ist so weit isoliert, dass sie auf die kritische Diskussion über die gegenwärtige Kultur und Gesellschaft kaum noch Einfluss hat.

Die Suche nach der Nische

Allen Positionen gemeinsam ist allerdings die Vorstellung, dass es - sei's innerhalb, sei's außerhalb der Kulturindustrie, sei's in der Kunst - Freiräume, Nischen, Protestpotenziale gibt. So werden bestimmte kulturelle Beschäftigungen - meistens die eigenen - ausgewertet, indem sie scheinbar mit dem sinnlosen, stumpfen Konformismus nichts zu tun haben. Auch innerhalb der kritischen Theorie zeigt sich dabei ein merkwürdiger "Cultural Gap" zwischen der Rezeption und den kulturellen Produkten, eine Art theoretische Dissonanz, die für die kritische Theorie der Kulturindustrie bezeichnend ist: Versucht wird, ästhetische Phänomene zu beschrieben, zu denen wahrscheinlich ein diffuser emotionaler Zugang besteht, die sich aber der begrifflichen Apparatur, die der (kritischen) Theorie zur Verfügung steht, nicht wirklich erschließt. Auffällig wird das vor allem

in Bezug auf Musik (die Hegel wohl nicht umsonst die Kunst subjektiver Innerlichkeit nannte). (2) Ausgeblendet wird, inwieweit sich die spätkapitalistische Kulturindustrie bereits in einer ubiquitären Popkultur aufgelöst hat und sich in einer Ideologie der bloßen Unmittelbarkeit manifestiert: Dies wird vor allem in der musikalischen Entwicklung deutlich, weshalb etwa Adorno seine ästhetische Kritik der Kulturindustrie auf den als Jazz identifizierten Schlager konzentriert. (3)

Erste Revisionen dieser - wenn man so will - musikkritischen Kulturindustrieanalyse bezogen sich dann in den 1970er Jahren vor allem auf den Nachweis, dass Adornos Jazz-Begriff unzureichend ist und die Entwicklung von Bebop, Cool etc. ausspare, obwohl Adorno vorgebe, über Jazz insgesamt zu schreiben. Darüber hinaus sah man in der Rockmusik der Siebziger emanzipatorische Elemente, die Adornos als pauschal geltende Kritik der Massenkultur nicht hätte erfassen können. Ähnlich wie Adorno in Bezug auf den Jazz, rekurrierte man hier auf eine homogene Rockmusik, mit der lediglich das allgemein Bekannte bezeichnet wurde - Rolling Stones, Bob Dylan, Pink Floyd (so, als würde man sich in der Beschreibung der Neuen Musik auf Igor Strawinsky, John Cage und Philip Glass beschränken). In den neunziger Jahren gibt es dann in der Literatur eine merkwürdige Konzentration auf Rap und HipHop, wahrscheinlich, weil man glaubt, hier die politisch-emanzipatorische Dimension wieder mit der ästhetischen verbinden zu können - wie Jazz (und mit starkem Bezug auf den Jazz) ist HipHop eine Musik der nichtweißen Gettos. Ist heute von Rap oder HipHop die Rede, dann geschieht das in einer Verallgemeinerung, die suggeriert, allein durch das Etikett schon das Subversive, Widerständige innerhalb der Kulturindustrie namhaft gemacht zu haben. Allerdings sind Rap und HipHop heute die lukrativsten Sparten der Popkulturindustrie, nicht zuletzt durch die Vermarktung des Rebellischen. Das Rebellische bleibt indessen diffus, Homophobie, Sexismus und Antisemitismus gehören fast zum Programm und mittlerweile gibt es erfolgreichen deutschsprachigen nationalistischen und neofaschistischen HipHop. (4)

HipHop nicht per se subversiv

Eine kritische Theorie des HipHop müsste sehr genau die Geschichte dieser Musik herausstellen, ihre Anfänge Ende der Siebziger nachzeichnen. Es ginge um eine Rekonstruktion von Disco, House, Funk und Soul, von Philly-Sound und Punk gleichermaßen, aber nicht als isolierte Musikgeschichte, sondern als "Ausdruckszusammenhang" (Benjamin) spätkapitalistischer Verwertungslogik. Aber das bleibt zumeist ausgespart, wenn sich die Autoren pauschal auf den Hop-Hop derzeitiger Charterfolge berufen. Als ästhetisches Epiphänomen sind HipHop und Rap ungeeignete Beispiele, wenn es um die Aktualität einer kritischen Ästhetik geht.

Popkultur: 100% Ware

Gernot Böhme veröffentlicht unter dem Titel "Aisthetik" seine - so der Untertitel des Bandes - "Vorlesungen über Ästhetik als allgemeine Wahrnehmungslehre". (5) Er knüpft damit an seine bisherigen Überlegungen zu einer politischen Ästhetik an, die im Atmosphärischen fundiert ist und eben das Ästhetische wesentlich als "Theorie der sinnlichen Erkenntnis" erörtert. Als kritische Ästhetik münden Böhmes Ausführungen in der Begründung der Dialektik von Praxis und Kritik der Ästhetik. Sie rekurriert auf die gesellschaftlichen Bedingungen einer gegenwärtigen Ästhetik, die Böhme als "Ästhetisierung des Realen" namhaft macht; hier ist durch die Konzentration der Ästhetik auf die Kunst und vor allem das Kunstwerk der Komplex der ästhetischen Gestaltung des Alltagslebens zum Desiderat einer kritischen Theorie geworden: "Durch die Orientierung der Ästhetik an der Kunst und auf Grund ihrer Entwicklung als Theorie des Beurteilungsvermögens orientierte sie sich naturgemäß immer mehr an der hehren, der wahren, der großen Kunst, unter deren Perspektive dann alle anderen Felder ästhetischer Gestaltung als bloßes Kunstgewerbe, als Kulturindustrie oder Kitsch abqualifiziert wurden. Es ist nun meine These, dass die entscheidenden Fragen, die die Ästhetik der Gegenwart zu bearbeiten hat, gerade den Bereich der Natur und den des Design betreffen - woraus nach dem Bisherigen folgt, dass eine entsprechende Ästhetik im Gegensatz zur großen Tradition der europäischen Ästhetik von Baumgarten bis Adorno neu zu entwickeln ist." (S. 17)

Politische Ästhetik muss entwickelt werden

Das heißt allerdings, Ästhetik nicht nur als kritische Theorie zu rekonstruieren, sondern auch die ästhetische Praxis des Alltagslebens selbst in den Blick kritischer Theorie zu nehmen. "Seit Schönberg haben wir es hier mit einer schrittweisen Auflösung des klassischen Formenkanons, nicht bloß mit einer Transformation des Kanons zu tun. Das hat zur Folge gehabt, dass gegenüber dem Formalen das Qualitative der Musik, d.h. der

Sound, der Charakter der Töne und der Instrumente, allgemein die Stimme, die menschliche wie die der Instrumente, an Bedeutung gewonnen hat." (S. 26) John Cage, Daniel Ott, Hans-Joachim Hespos und Helmut Lachenmann nennt Böhme exemplarisch. Dafür, dass die von Böhme bezeichnete Entwicklung seit der Romantik des frühen 19. Jahrhunderts die populäre Massenkunst konstituierte und schließlich in der alltagsästhetisch dominierenden Popmusik mündet, bleibt Böhmes Beobachtung merkwürdig dunkel; lediglich heißt es: "Im Underground, insbesondere Rapmusik, wird das Material von Kompositionen aus allem, was akustisch reproduzierbar ist, gebildet." (S. 26)

Ähnlich unscharf bleibt auch der HipHop-Hinweis in dem Adorno gewidmeten Buch "Kunst und Publikum" von Moshe Zuckermann. (6) Es geht hier - nach einleitenden Exkursen und thematischen Einführungen zur Kunstsoziologie Adornos, Benjamins, Ecos und Bourdieus - um das "Kunstwerke im Zeitalter seiner gesellschaftlichen Hintergehbarkeit". Kann die dichotome Polarisierung von Kunstautonomie und Kulturindustrie, die Adorno noch postulierte, aufrechterhalten werden? Sind nicht gerade für die Diagnose, dass alle Kultur zur Ware wird, für die Kunst nach Auschwitz andere Maßgaben gefordert, wenn es um das politische Engagement, die soziale Funktion von Kunst, samt ihrer musealen Verbetrieblichung geht? Auch Zuckermann weiß, dass diese Fragen auf die Ästhetisierung des Alltagslebens reflektieren müssen; weiß, dass dafür eben auch eine kritische Theorie der populären Alltagskultur nötig ist. Doch bleibt es bei ihm, mit einem zitierenden Verweis auf einen älteren Befund von Diedrich Diederichsen, beim HipHop. Der emanzipative Impuls von Gegenkulturen schlägt um in die Regression; zur Erläuterung dieser Beobachtung Diederichsens schreibt Zuckermann: "Es genügt, den Fall der ‚Nation Of Islam' in diesem Zusammenhang anzuführen: einer HipHop-Gruppe, die in der Vergangenheit durch die Qualität ihrer aufgebrachten, als Motor der Herausbildung einer gesellschaftspolitisch ausgerichteten schwarzen Gegenidentität fungierenden Provokationen beeindruckte, dann aber durch antisemitische, homophobe und misogyne Ausfälle nicht minder schockierte."

Es geht gar nicht so sehr um den Fauxpas, dass es sich bei der Nation Of Islam (7) nicht um eine Musikband, sondern um eine fundamental antisemistische religiös-politische Gruppierung handelt, in deren schwarz-muslimischen Tradition sich HipHop-Gruppen wie Public Enemy gesehen haben, die Zuckermann hier wahrscheinlich meint; es geht vielmehr um den notwendigen Anspruch, eine kritische Theorie der alltagskulturellen Ästhetik und populären Ästhetisierung im Spätkapitalismus zu liefern, die an der Verengung bereits zu scheitern droht, kaum Zugang zu dem zu haben, was in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten in der Kunst, der Popkultur, der Kulturindustrie sich zugetragen hat. Die heute bestehenden emanzipatorischen Tendenzen sind allerdings von den mit HipHop bezeichneten Phänomenen (mittlerweile) sehr weit entfernt.

Dass Autoren wie Böhme und Zuckermann für solche Gegenkulturen das kritisch-theoretische Werkzeug liefern, ist dabei überhaupt nicht in Abrede zu stellen. Die Entwicklung von der Kulturindustrie zur Popkultur ist durch eine, wenn man so will, Pluralisierung der Standardisierung ebenso gekennzeichnet wie umgekehrt von einer Standardisierung der Pluralisierung: Es gibt immer mehr Stile, Genres, Spielarten, die sich jedoch immer weniger voneinander unterscheiden (und als Etiketten auch immer weniger Unterscheidungskriterien bieten). Tendenzen sind nicht einmal mehr in den Sparten - wie etwa HipHop - greifbar, sondern müssen in der Dialektik der Kultur selbst herausgestellt werden. (8)

Popkultur in den Rubriken, "Genres" und "Stilen" zu beurteilen, die sie zur besseren Übersicht dem Konsumenten selbst vorgibt, vermag nur schemenhaft die emanzipatorischen Tendenzen zu erfassen, um die es einer kritischen Theorie zu tun ist. Schon in der Kulturindustrie, die Adorno und Horkheimer in den vierziger Jahren beschrieben, galt die Dichotomie von E und U bereits als überwunden, die avancierte Kunst fast vollständig integriert. Kulturindustrie meint mithin, dass alle Kultur zu Ware wird; die Distributionsmechanismen der als Hochkultur wohlfeil gebotenen Produkte unterscheiden sich mitnichten von denen der Massenkunst und der übrigen Kulturwaren. Mit der Popkultur ist der Warencharakter der Kultur nunmehr gänzlich entfaltet: er gründet in den Produktionsverhältnissen, die die Popkultur zugleich verschleiert, und findet in der konsumistischen Neuordnung der Distributionsverhältnisse seinen Ausdruck. Die Möglichkeit eines ästhetischen Wahrheitsgehaltes ist nicht nur durch das Profitmotiv, den Kommerz verstellt, sondern in der Wertlogik kapitalistischer Produktion wie bei jeder anderen Ware auch aufgehoben.

Welche Konsequenzen das für die ästhetische Produktion hat, verfolgte Adorno als Projekt einer "Theorie der musikalischen Reproduktion". (9) Dass es um Musik geht, liegt am besonderen Verhältnis von Produktion, Reproduktion, von Interpretation und Rezeption in der Musik: Musik wird komponiert, arrangiert, notiert, aufgeführt, produziert, aufgenommen, adaptiert, gespielt, nachgespielt, gehört, konsumiert etc. Bereits seit

1925 hat Adorno über das Thema Reproduktion gearbeitet. Die Entwürfe für ein Buch über die "Theorie der musikalischen Reproduktion" entstanden zwischen 1946 und 1959. Die kritische Theorie der musikalischen Reproduktion ist der von der Kulturindustrie kongruent; Musik werde unter gegebenen Bedingungen "uninterpretierbar". Unter der Vorherrschaft der Kulturindustrie könne Interpretation der Musik nur falsche Interpretation sein.

Wo ist das kritische Subjekt?

Schon 1946 notierte Adorno: "Nachleben der Werke: leichte Musik als Interpretation - die Werke im Zeitalter ihres Zerfalls." (S. 316) Insofern müsse man "sich über die Strategie der Arbeit klar werden. Sie richtet sich gegen 2 Fronten. Auf der einen Seite das offizielle Musikleben, das längst, und gerade auch in seinen gefeierten Vertretern, ein Stück der Kulturindustrie ist, zugleich galvanisiert, temperamentvoll und kulinarisch ... Auf der anderen die abstrakte Negation, die Flucht ins Mensurale. Dort der falsche Subjektivismus, hier die ... Ausrottung des Subjekts." (S. 145) Im Sinne der von Dieter Prokop eingeforderten negativen Dialektik der Kulturindustrie geht es um eine kritische Theorie des Subjekts. Solche kritische Theorie des Subjekts entfaltet Adorno als "Urgeschichte der Massenkultur" (S. 21). Sie steht dem Benjaminschen Projekt über die technische Reproduzierbarkeit des Kunstwerks nahe.

In diesen Kontext gehört auch die ungewöhnliche Bemerkung Adornos über den Jazz, dass er seine Kraft gerade aus seinen rhythmischen Schemen schöpft: "Von hier fällt Licht auf eine wirkliche Funktion des Jazz: nämlich solche Differenzierungen, die sonst verschwinden, zu bewahren. Wie übrigens die Interpretation manches vom Jazz zu lernen hat." (S. 172) So kann schlussendlich in Bezug auf Adornos Verhältnis zum Jazz wie zur Kulturindustrie überhaupt gelten, was er für die wahre Interpretation einforderte: "Zur wahren Interpretation gehört ein Stück Wut auf die Musik, die ihrer Idee in all ihren Erscheinungen geopfert wird. ‚I just hate music.`" (S. 105)

Roger Behrens

Anmerkungen:

1) Dieter Prokop, "Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung", VSA-Verlag, Hamburg 2002. Siehe auch sein aktuelles Buch "Mit Adorno gegen Adorno. Negaltive Dialektik der Kulurindustrie", VSA-Verlag, Herbst 2003

2) Vgl. dazu Heinz Steinert, "Die Entdeckung der Kulturindustrie. Oder: Warum Professor Adorno Jazz-Musik nicht ausstehen konnte", Westfälisches Dampfboot, Münster 2003

3) Zur Diskussion um Adornos Musikphilosophie sei der Sammelband "Mit den Ohren denken" empfohlen, Hg.: Claus-Steffen Mahnkopf, Richard Klein, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1998.

4) Vgl. Murat Güngor, Hannes Loh, "Fear of the Kanak Planet. Hip-Hop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap", Hannibal, Höfen 2002.

5) Gernot Böhme, "Aisthetik. Vorlesungen über Ästhetik als allgemeine Wahrnehmungslehre", Wilhelm Fink Verlag, München 2001

6) Moshe Zuckermann, "Kunst und Publikum. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner gesellschaftlichen Hintergehbarkeit", Wallstein Verlag, Göttingen 2002

7) Die bekanntesten Mitglieder der NOI waren der Bürgerrechtler Malcolm X und der Boxer Casius Clay alias Muhammad Ali; abgeleitet von dem Namen der paramilitärischen Organisation der NOI, der Fruits Of Islam, gründeten Public Enemy die Fruit Of Islam. Sie machten vor allem durch Hitlerverehrung und Antisemitismus auf sich aufmerksam. Vgl. dazu: Günther Jacob, Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer, Berlin 1993, 34ff.

8) Zum Verhältnis von kritische Theorie und HipHop: Gerhard Scheit, "Roll over Adorno? Kleine Musikgeschichte des Fordismus (notiert nach Art der Sonate)", in: Scheit, "Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik", Hamburg 1998, S. 164187. Meine Kritik an Scheit: "E oder U? Überlegungen zur kritischen Theorie der Popmusik und ein Nachtrag", http://www.links-netz.de/T_texte/T_behrens_ki.html.

9) Theodor W. Adorno, "Zu einer Theorie der musikalischen Reproduktion", Nachgelassene Schriften, Abt. 1: Fragment gebliebene Schriften, Band 2, hg. von Henri Lonitz, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2001.

Kultur als Ware - die These von der Kulturindustrie

Mit dem Begriff der Kulturindustrie analysiert die kritische Theorie eine Gesellschaft, in der alle Kultur zur Ware geworden ist. Kultur ist selbst nichts weiter als die ideologische Manifestation der Reklame für die Welt, so wie sie ist. Der Fordismus, der mit ökonomischen und administrativ-politischen Mitteln den Klassenunterschied retuschierte, verdichtete sich zu einem umfassenden System der Kulturindustrie. Die Verwertungslogik hatte nun, wie es Adorno und Horkheimer in der "Dialektik der Aufklärung" für die vierziger Jahre und mit Blick auf das demokratische Amerika und das faschistische Europa gleichermaßen diagnostizierten, alle Bereiche des Lebens erfasst. In dieser verwalteten Welt korrespondierte die instrumentelle Vernunft mit der autoritären oder konformistischen Persönlichkeit; die klassenspezifische Stellung der Einzelnen innerhalb der herrschenden Produktionsverhältnisse wurde durch die scheinbar kollektiv wie individuell verbindlichen Interessen eines Massenpublikums überlagert. Die Unfreiheit der Produzenten verschob sich zur Freiheit der Konsumenten. Die Massenkultur des 19. Jahrhunderts entwickelte sich zur Kulturindustrie, die sich in einer Popkultur auflöste, mit deren Auswirkungen wir es gegenwärtig zu tun haben.

Die kulturindustriellen Waren werden ausschließlich "nach dem Prinzip ihrer Verwertung angefertigt, nicht nach ihrem Wahrheitsgehalt" (S. 289), notiert Adorno in einem kurzen, äußerst dichten und erst im Adornojahr 2003 zugänglich gemachten Exposé eines Rundfunkbeitrags "Für Wiener Radio, 21.2.1969". Das Typoskript enthält nicht weniger als die Kulturindustrietheorie in nuce. Bündig definiert Adorno: "Kulturindustrie ist die synthetische Kultur der verwalteten Welt." (S. 289) Die kulturindustriellen Produkte haben alle Autonomie verloren, sind nunmehr Waren "durch und durch". Man beruft sich auf den Massengeschmack, auf das, was das Publikum möchte. Zudem "bewirkt die zunehmende Konzentration politischer Macht eine indirekte Zensur, die zur Beseitigung kritischer Programme tendiert. Wird nicht die gesellschaftliche Gesamttendenz verändert, so wird die Kulturindustrie noch mehr werden, was sie ist, als ihr bis heute schon gelang." (S. 290) - Man beachte, dass Adorno diesen Befund zu einer Zeit formulierte, als die Popkultur, die die Reklame für sich selbst zum absoluten Prinzip gemacht hat, noch in den Anfängen steckte.

RB

Theodor W. Adorno, Für Wiener Radio, 21.2.1969, in: Theodor W. Adorno Archiv (Hg.), "Adorno. Eine Bildmonographie", Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003, S. 288 ff.

38. Weder Gespenst noch autonom

Eine kritische Auseinandersetzung mit der "Autonomie der Migration"

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:39

In der aktuellen Nummer der Fantômas vertreten Manuela Bojadzjev, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos die These von einer "Autonomie der Migration". (1) Der folgende Beitrag versteht sich als Versuch, die dort formulierten postoperaistischen Ansätze vom Kopf auf die Füße zu stellen und zu erweitern. Er ist damit auch ein Beispiel dafür, wie wir uns die Verknüpfung von Diskussionen zwischen ak und Fantômas vorstellen und wünschen.

Um die Bewegungsgesetze der Autonomie der Migration zu verstehen, ist es notwendig, von den Grundbegriffen Marxscher Theorie auszugehen. Von dort aus können die realen Widersprüche, die sich als widerständige Autonomie missverstehen lassen, theoretisch eingeordnet werden. Migration im Kapitalismus ist nicht zu stoppen und nicht zu kontrollieren, und auch die Versuche der Regulation werden scheitern. Doch die Selbstständigkeit gegenüber politischen Maßnahmen liegt nicht in den sozialen und subjektiven Dimensionen der Migration. Sie liegt nicht in der Widerständigkeit und dem massenhaften Exodus aus den Fabriken, sondern in den Bewegungsgesetzen der Kapitalakkumulation selbst, die die Ware Arbeitskraft in Richtung der Fabriken in Bewegung setzt.

So wie Migration und Kapitalismus historisch zusammengehören, ist die weltweite Migration eine Erscheinung, die notwendig zum globalisierten Markt dazu gehört. Migration im Kapitalismus steht im Zusammenhang mit der gewaltsamen Unterwerfung aller Lebensprozesse unter die Kriterien der Kapitalverwertung. Die Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus ist eine Geschichte der systematischen Zerstörung von Lebensgrundlagen, der Unterwerfung der direkt oder ökonomisch vermittelt versklavten Menschen sowie der Natur unter den Zweck der Warenproduktion; eine Geschichte der Zwangsmobilisierung.

Zu den Grundvoraussetzungen des Kapitalismus und der Kapitalakkumulation gehört die Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware. Für diese Transformation ist die doppelt freie ArbeiterIn notwendig, "(...) der Geldbesitzer (muss) also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen". (Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S.183) Historisch und auch aktuell ist immer noch staatlich organisierte Gewalt das wichtigste Instrument, um Menschen in diesem doppelten Sinn frei und besitzlos zu machen und sie dann über die strukturelle Gewalt der Ökonomie zu zwingen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Es bedurfte organisierter Gewalt, um die als Naturgesetze verklärten kapitalistischen Verhältnisse zu installieren. ArbeiterInnen werden gewaltsam von den Arbeitsbedingungen getrennt. Einerseits werden somit die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensmittel in Kapital und auf der anderen Seite die Bevölkerung in LohnarbeiterInnen verwandelt. (ebenda, S.788)

Kapitalakkumulationund Gewalt

Die Anwendung von konzentrierter Gewalt war und ist notwendig, weil sich innerhalb der doppelt freien ArbeiterIn, in der Ware Arbeitskraft, ein zentraler Widerspruch manifestiert. Hier ist nämlich gleichzeitig eine Widerstandskraft angelegt, die nur mittels Gewalt unterworfen werden kann. Neben dem allgemeinen Doppelcharakter von Tausch- und Gebrauchswert trägt die Ware Arbeitskraft noch einen anderen Doppelcharakter. Sie ist einerseits Ware, aber andererseits ist ihr Träger der konkrete Mensch. Damit ist diese spezielle Ware unmittelbar an ein zumindest potenziell widerständiges Subjekt gebunden. Durch die Selbstorganisierung der Unterdrückten entwickelt sich die individuelle Widerständigkeit zum zentralen Antagonismus des Kapitalismus, dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es ist dieser Widerspruch, der die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus bestimmt und vermittelt über (Klassen)Kämpfe die Herrschenden immer wieder zu Kompromissen zwingt.

Waren müssen, um Waren zu sein, zirkulieren und ausgetauscht werden. Das gilt auch für die Ware Arbeitskraft. Deren Zirkulation und Mobilisierung in Richtung Produktionsstätten ist deshalb eine dem Kapitalismus inhärente Bewegung: "(E)iner der hauptsächlichen Mechanismen, die diese Akkumulation ermöglichen, ist die Verwandlung aller Dinge in Waren. Diese Waren fließen in der Form von Gütern, Kapital

und Arbeitskraft auf den Weltmarkt." (1) Marx hat den Kapitalismus analysiert, als sich die Verwertungsketten vor allen in europäisch-nationalem Rahmen entwickelten und sich die außereuropäische Verwertung vor allem in imperialistischen Raubzügen offenbarte. Migration ist bei ihm demnach vor allem die Binnenmigration, die Vertreibung von ArbeiterInnen im nationalstaatlichen Rahmen, die Land-Stadt-Flucht. Die heutige transnationale Migration ist die Oberflächenerscheinung der weltweit zirkulierenden Ware Arbeitskraft. Sie ist Ausdruck des Grundparadigmas aller Waren - Austausch und Bewegung - und somit notwendige Voraussetzung der weltweiten Kapitalakkumulation.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, die weltweite Migration lediglich als ein Anhängsel der globalen Ökonomie zu betrachten. Es geht vielmehr darum, sie als das anzuerkennen, was sie ist: eine notwendige Grundstruktur der Mehrwertaneignung, die parallel zu der weltweiten Warenzirkulation die Bühne betritt. Migration ist nur oberflächlich und in ihrer besonderen Spezifik als Ware Arbeitskraft von der Warenzirkulation im Allgemeinen zu trennen. Sie verläuft nach den Akkumulationszyklen des Kapitals in Richtung der lokalen, regionalen oder auch transnationalen Produktionsstätten. Das gesamte Migrationsspektrum von der Arbeitsmigration bis zur politischer Flucht kann analytisch auf den gleichen Prozess zurückgeführt werden, und zwar auf die gewaltsame Inwertsetzung der Welt, auf die Mehrwertaneignung durch das Kapital des Nordens und die Ausbeutung des Trikonts. Dem steht nicht entgegen, dass die subjektiven Gründe dafür, aus der Peripherie in die Zentren des Kapitals zu migrieren, höchst unterschiedlich sein können: "(Sie sind) in der Regel komplex und repräsentieren sowohl die ganze Bandbreite menschlicher Lebensweisen als auch die Folge globaler sozialer Ungerechtigkeit." (2)

Zirkulation der Ware Arbeitskraft

Eine vollkommene Kontrolle weltweiter Migration ist damit eine Illusion und muss an den systemimmanenten Aneignungsgesetzen des Kapitals scheitern. Der Grund dafür ist aber nicht die Autonomie und Eigenständigkeit der Migrationsbewegungen, sondern der Umstand, dass diese Bewegungen zu den Grundbedingungen warenproduzierender Gesellschaften gehören. Migration in ihrer derzeitigen Form und der Kapitalismus als gewaltgestütztes weltweites Akkumulationsregime gehören notwendig zusammen. Weltweite Ausbeutung bedeutet weltweite Zirkulation von Arbeitskraft.

Diese Analyse wendet sich damit auch direkt gegen eine verklärende "Autonomie der Migration". Die Migrationsbewegungen sind niemals autonom von der weltweiten Kapitalakkumulation, und sie sind auch kein Widerstand gegen diese. Migration ist vielmehr die notwendige Voraussetzung der Kapitalakkumulation. Deshalb ist auch das Scheitern der Migrationskontrollen und der nationalstaatlichen Grenzen kein Ausdruck der Widerständigkeit, sondern liegt an der Sache selbst. Migration im Kapitalismus ist nicht kontrollierbar. Sie besitzt eine Eigendynamik und Eigenbewegung, und die Installation von Migrationsregimes zur Regulation und Selektion erkennt dies implizit an. Gleichzeitig wird im Rahmen der weltweiten Migration natürlich auch der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit (als Arbeitskraft und gleichzeitig potenziell widerständige Subjektivität) transnationalisiert. Auf dieser Stufe kann Widerstand gegen das Kapital auch nur in einer transnationalen Organisierung der Ausgebeuteten Erfolge haben, doch die Realität ist leider von einer solchen, als Multitude antizipierten Entwicklung noch weit entfernt. Natürlich bewegen sich MigrantInnen nicht immer so, wie das Kapital es will. Sie sind als konkrete einzelne Menschen immer auch widerständig und autonom, sie bauen Netzwerke und gemeinsame Handlungsfähigkeiten auf. Doch wird der Kampf um den Weg in die Fabrik, egal wie hoch die Barrieren sind, erst dann zum politischen Widerstand, wenn es nicht mehr um die individuelle Aneignung eines meistens schlecht bezahlten Arbeitsplatzes geht, sondern um die kollektive Inbesitznahme der Fabriken selbst.

Das, was sich als "Autonomie der Migration" offenbart, das scheinbare widerständige Ankämpfen gegen nationalstaatliche Grenzen, der ungleiche Kampf von migrierenden ArbeiterInnen und politischen Flüchtlingen gegen eine hoch technisierte Militärmaschinerie, wird bewegt und angetrieben durch die Hoffnung auf ein besseres Leben. Vielen gelingt es dabei die Grenzen zu überwinden, doch wahrscheinlich noch mehr kommen auf dem Meeresboden der Ägäis und in den Fluten der Oder um. Doch auch die Hoffnung auf ein besseres Leben als Triebfeder für diese Migrationsbewegungen ist letztlich durch die Aneignungsgesetze des Kapitals vermittelt.

Mobilität ist Mobilität ist Mobilität

Gleichzeitig offenbart die Gewalt der Grenzregime einen weiteren zentralen Widerspruch, nämlich den zwischen der kapitalistischen Mehrwertaneignung, die letztlich die Migrationsbewegungen auslöst, und der nationalstaatlichen Organisierung der Verwertungszonen. Diese widersprüchlichen Momente werden zusammengehalten durch die ideologische Funktion des Rassismus. In Verschränkung mit Sexismus wird Rassismus als Aus- und Eingrenzungsstruktur zur zentralen Matrix der Aufrechterhaltung nationaler Hegemonie. Er zerteilt die Bevölkerung, setzt die Teile in Konkurrenz zueinander und anschließend wieder zu einem staatsförmigen hegemonialen Block zusammen. So können die gegenläufigen Bewegungen ideologisch umgepolt und herrschaftsförmig umgedeutet werden. Zwei Momente stehen nebeneinander: Migration als Grundbewegung globaler Mehrwertaneignung wird vorangetrieben und gleichzeitig werden die Migrierenden ausgegrenzt, um ihre Entrechtung zu billigen ArbeiterInnen zu legitimieren. Beides verbindet sich zu einem zentralen Knotenpunkt von kapitalistischer Ausbeutung und symbolisch-ideologischer Herrschaft.

Dieser Knotenpunkt muss der Ansatzpunkt von Widerstand sein, ideologisch als Kampf um die Hegemonie, konkret als Kampf gegen die Entrechtung von Menschen und die Mechanismen der In- und Exklusionen. Langfristig geht der Kampf um die gemeinsame revolutionäre Inbesitznahme der Fabriken.

Tobias Pieper

Anmerkungen:

1) M. Bojadzijev, S. Karakyali, V. Tsianos: "Das Gespenst der Migration. Krise des Nationalstaats und Autonomie der Migration", in: Fantômas Nr. 5, Sommer 2004

2) Immanuel Wallerstein: "Ideologisches Spannungsverhältnis im Kapitalismus", in: Balibar, E./Wallerstein, I., Rasse Klasse Nation, Hamburg 1990

3) Frank Düvell: "Die Globalisierung des Migrationsregimes", Berlin 2002

39. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:40

Bioterrorismus-Vorwurf gegen Künstlerkollektiv

In den USA sollen drei Mitglieder des Critical Art Ensemble vor Gericht gestellt werden. Grundlage der Anklage ist ein Gesetz zur Bekämpfung von biologischen Waffen, das durch die nach dem 11. September 2001 verabschiedeten Antiterrorgesetze des Patriot Act entscheidend verschärft wurde. Das Critical Art Ensemble versucht, mit künstlerischen Interventionen eine kritische Auseinandersetzung mit den Themen Biopolitik und Gentechnik herzustellen. Dabei benutzte es unter anderem ein einfaches Labor, mit dem Lebensmittel auf gentechnische Kontaminierung untersucht werden können. Dieses Labor dient nun dem FBI als Grundlage für den Vorwurf des Bioterrorismus. Gingen die drei angeklagten Kunstprofessoren am Anfang noch von einer Groteske aus, befürchten sie nun, dass die Bundesbehörden an ihnen ein Exempel statuieren wollen.

New Deal in Sachen RZ

Vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin beginnt am 7. Juli der Prozess gegen Lothar Ebke. Damit wird dem sechsten vom Kronzeugen Tarek Mousli in Sachen Berliner RZ Beschuldigten der Prozess gemacht. Lothar Ebke war im April 2000 in Kanada festgenommen worden. Im Oktober 2003 wurde er nach Deutschland ausgeliefert, im Dezember dann gegen Auflagen aus der U-Haft entlassen. Ihm wird laut Anklage der Bundesanwaltschaft (BAW) die Beteiligung an den beiden RZ-Knieschussattentaten aus den Jahren 1986 und 1987 sowie an den Sprengstoffanschlägen auf die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" 1987 und die Berliner Siegessäule 1991 vorgeworfen. Der Prozess ist dem Vernehmen nach auf vier Tage terminiert. Zudem teilt das Kammergericht mit, dass der Senat nur mit drei anstatt fünf RichterInnen besetzt sein wird. Das ist möglich, "wenn nicht nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung zweier weiterer Richter notwendig erscheint". Mit "Schwierigkeiten in der Sache" ist in diesem Verfahren fürwahr nicht mehr zu rechnen: Gegen ein zugesichertes Strafmaß von zwei Jahren auf Bewährung wird Lothar Ebke ein - zwischen seiner Verteidigung und der BAW ausgehandeltes und abgesprochenes - Teilgeständnis ablegen.

Grenzcamp-Hausmeister vor dem Kadi

Wegen "Vortäuschung einer Straftat in Tateinheit mit Beleidigung und übler Nachrede" muss sich zwei Jahre nach dem Grenzcamp in Jena der damaligen Camp-Verantwortliche Fritz Burschel vor Gericht verantworten. Grund: "Wider besseren Wissens" soll er gegenüber der Presse von Misshandlungen von Flüchtlingen durch die Polizei gesprochen haben, die auf dem Weg nach Jena waren. Angezeigt wurde Fritz Burschel von niemand geringerem als dem Leiter der Polizeidirektion Jena, Rüdiger Schrehardt, der sich und seine BeamtInnen durch diese Äußerungen verunglimpft sieht. Fritz Burschel sieht seine damaligen Aussagen durch die Rede- und Meinungsfreiheit gedeckt, seine Kritik damals wie heute als korrekt an. Der Camp-Hausmeister, so seine Eigenbezeichnung in ak 465, hat angekündigt, das Verfahren vor dem Amtsgericht Jena zu einer Rückschau auf die Kriminalisierungs- und Eskalationsstrategie der Thüringer Polizei nutzen zu wollen. Sein Berliner Anwalt, Ulrich von Klinggräff, betrachtet die Anklage als "überaus dürftig", was wohl auch der Grund für den langen Weg bis zur Hauptverhandlung gewesen sei. "Das wäre der Klassiker eines einzustellenden Verfahrens gewesen", so von Klinggräff. Die Verhandlung findet statt am 22. Juli, 9 Uhr im Amtsgericht Jena, Carl-Pulfrich-Straße 1.

Gabi Kanze: Prozess wegen ETA-Unterstützung

Wegen Waffen- und Sprengstoffbesitz sowie Unterstützung einer "bewaffneten Bande" hat die spanische Staatsanwaltschaft bei der Audiencia Nacional Anklage gegen Gabi Kanze eingereicht. Die spanische Behörde beschuldigt die Berlinerin, 1993 zwei Wohnungen in Barcelona angemietet zu haben, die Mitgliedern eines ETA-Kommandos 1994 als Unterschlupf und Waffenversteck gedient hätten. Waffen und Sprengstoff wurden allerdings in keiner Wohnung gefunden, die Gabi Kanze angemietet haben soll, die zudem seit Oktober 1993 nicht mehr in Barcelona gelebt hat. Die Staatsanwaltschaft beantragt gleichwohl ein Strafmaß von acht Jahren für das Waffen- und Sprengstoffdelikt; wegen Unterstützung fordert sie die Mindeststrafe von sechs Jahren. Es wird erwartet, dass der Prozess in Madrid im September beginnen könnte. Gabi Kanze wurde im Januar 2003

von der Schweiz an Spanien ausgeliefert, obwohl die angeblichen Beweise gegen sie auf Folter und Misshandlungen beruhen. Im März 2002 war Gabi Kanze bei der Einreise in die Schweiz auf Grund eines internationalen Haftbefehls in Auslieferungshaft genommen worden. Seit ihrer Überstellung nach Spanien sitzt sie - zuerst in Madrid, mittlerweile in Brieva/Avila - in Untersuchungshaft. (vgl. ak 467)

Gericht: Fünfstündige Einkesselung rechtswidrig

Die fünfstündige Einkesselung von 724 AtomkraftgegnerInnen im November 2003 während des Castortransportes bei Laase (Kreis Lüchow-Dannenberg) ist rechtswidrig. Das Amtsgericht Dannenberg gab mit seinem Beschluss vom 4. Juni der Klage eines 46 Jahre alten Demonstranten aus Tettmang statt. DemonstrantInnen hatten damals mit einer Sitzblockade bis drei Uhr nachts die Straße blockiert. Nach deren Räumung hielt die Polizei die 724 Menschen bis zum Morgen nach Eintreffen des Castortransportes im Zwischenlager Gorleben fest, ohne ausreichend für Decken, heiße Getränke und Toiletten gesorgt zu haben. Nach dem Versammlungsverbot wäre eine Ingewahrsamnahme grundsätzlich zwar zulässig gewesen, in diesem Fall jedoch höchstens für zwei Stunden, so das Amtsgericht.

40. Old Europes Verführungsstrategien

Ein Plädoyer gegen europäische Integrationsideologen

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:41

Die Europäische Union ist auf der Suche nach einer eigenen Identität. Kein "Nation Building" ohne ideologischen Kitt, so die Devise. Antiamerikanische Ressentiments scheinen besonders geeignet, um als Folie für eine positive Identifikation mit Europa zu dienen. Und auch Linke beteiligen sich an der europäischen Ideologieproduktion. Die Gruppe Kritik und Praxis aus Berlin warnt in diesem Beitrag vor linken Europa-Mythen und beteiligt sich damit an der EU-Diskussion in ak (siehe Schwerpunkt ak 484).

Die Europäische Union stellt als supranationaler Staatenbund eine geographisch besondere, neue Form der Organisation des Kapitalismus dar. Sie reproduziert gesellschaftliche Ungleichheiten, strukturiert sie um und sucht gleichzeitig nach neuen Integrationsideologien.

Wir werden uns in diesem Artikel mit der ideologischen Formierung des "Projekts Europa" und der EU-Osterweiterung beschäftigen. Herrschaft funktioniert nicht nur durch Staat, Verwaltung und Unterdrückung, sondern gerade auch durch Zustimmung zu den Herrschaft sichernden Ideologien.

Unserer Meinung nach kann "Ideologie" nicht hauptsächlich als Instrument zur Verschleierung der herrschenden Verhältnisse verstanden werden, das von "denen da oben" eingesetzt wird, um ihre Herrschaft abzusichern. Kapitalistische Gesellschaften sind als Klassengesellschaften grundlegend zerrissen. Andererseits sind sie darauf angewiesen, dass die Gesellschaftsmitglieder sie immer wieder zu ihrer Sache machen. Ideologien sind Angebote, mit denen Menschen die gesellschaftlichen Verhältnissen deuten können, ohne die zentralen Widersprüche ansprechen zu müssen. So ermöglichen etwa nationalistische Ideologien das Denken von angeblicher Gemeinschaftlichkeit. Die auseinander treibenden Tendenzen der kapitalistischen Klassengesellschaft werden umartikuliert. Rassistische Ideologien wiederum greifen die Erfahrung von fragmentierten gesellschaftlichen Verhältnissen so auf, dass Unterschiede als natürliche gedacht werden. Durch Teilhabe an der Ausschließung der Anderen wird die eigene Eingemeindung ins "Kollektiv" abgesichert.

Nationalismus und Rassismus sind - in Verbindung mit patriarchalen Strukturen - die klassischen Grundpfeiler kapitalistischer Ideologien. Auch wenn Ideologien nicht einfach von oben erfunden werden, sind sie in jedem Fall herrschaftsstabilisierend. Das verhindert aber nicht, dass auch oppositionelle Politiken sich in diesen problematischen Denkformen bewegen und damit einen Beitrag zur Ideologisierung "von unten" leisten. Es gilt also, beides zu untersuchen: die herrschaftlichen Ideologien und auch diejenigen "Gegenprojekte", die in ideologischen Formen verhaftet bleiben.

Ideelle GesamteuropäerInnen

Ideologien unterliegen im Kapitalismus einem steten Wandel, um sich seinen veränderten Formen - heute der neoliberalen Globalisierung - anzupassen. Nur so können sie tatsächlich ein wirklichkeitstaugliches, funktionierendes Sinngebäude für die gesellschaftlichen Verhältnisse bieten. Bei der ideologischen Formierung der Europäischen Union kommt dem Ringen um europäische Identität eine besondere Bedeutung zu. Jeder Bezug auf eine gemeinsame Identität, ein "Wir-Gefühl", verdeckt innere Spaltungen und Interessengegensätze und wird durch eine Abgrenzung nach außen stabilisiert.

Dabei ist die "europäische Identität" offensichtlich nicht Realität. Die Leute verstehen sich nicht zuerst als Europäer. Trotzdem wird sie immer wieder in Anschlag gebracht. Ein solcher Vorstoß war zum Beispiel die Initiative von Habermas und Derrida. Sie "erfinden" explizit eine gewissermaßen "geläuterte" europäische Identität, die auf der Erfahrung von Klassenkampf, Sozialstaat, Krieg und Holocaust basieren soll. Dieser Vorstoß war nicht besonders erfolgreich. Allerdings wurde in den Feuilletons immer wieder der angeblich reflexive Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgegriffen, der die europäischen Völker verbinde und von anderen unterscheide. Damit wird aus der Erinnerung an die Shoah ein europäisches Projekt. Die Unterschiede zwischen den Opfern - den Ländern, die von den Deutschen besetzt waren - und den Tätern wird verdeckt.

Auch der tatsächliche Umgang mit der NS-Geschichte oder der kolonialen Vergangenheit ist eher erbärmlich als reflexiv. Das zeigt nicht zuletzt der Prozess um die Entschädigung der NS-Zwangs- und

SklavenarbeiterInnen und die Weigerung, sich für die deutsche Kolonialpolitik in Afrika zu entschuldigen und Wiedergutmachung zu leisten. Auch die Bemühungen um eine EU-Verfassung sind ein Versuch, die europäische Identitätsbildung voranzubringen. Bürgerinnen und Bürger sollen sich selbst als Teil einer "Wertegemeinschaft" wahrnehmen, wobei die vorgestellten Werte allerdings reichlich abstrakt bleiben.

Bis jetzt sind all diese Versuche einer europäischen Identitätsstiftung allerdings nicht sonderlich erfolgreich. Eine Ausnahme stellt die Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg dar. Hier wurde die Profilierung gegen die USA betrieben, deren Irakpolitik u.a. als bellizistisch und völkerrechtswidrig bezeichnet wurde. Das ist zwar zutreffend, aber man sollte nicht vergessen, dass die europäische Politik in Jugoslawien nicht weniger kriegerisch war. Auch dass die EU im Irak vor allem andere Handels- und Wirtschaftsinteressen hatte als die USA, war ein entscheidender Grund für ihre Anti-Kriegspolitik. Die EU ist außenpolitisch Sachwalterin von Kapitalinteressen im globalen Maßstab. Sie bietet sich als suprastaatlicher Partner für Kapitalfraktionen an, um Märkte und Ressourcen zu erschließen. Dabei steht sie international in Konkurrenz zu anderen "Kapitalfraktionspartnern" wie etwa den USA.

Es standen sich also weniger unterschiedliche Philosophien gegenüber als vielmehr unterschiedliche Interessen, die man in diesem Zusammenhang ruhig als imperial bezeichnen kann. Bundespräsident Rau wird da durchaus deutlich: "Überall da, wo die Europäer sich darauf verständigt haben, gemeinschaftlich zu handeln - in Wettbewerbsfragen, bei der gemeinsamen Währung, im Handel - sind wir ein starker Faktor und eine Macht, mit der jeder auf der Welt gerne und gut zusammenarbeiten möchte. (...) Die Europäische Union hat allerdings leidvoll erfahren müssen, dass sich ein zur Gewalt bereiter Aggressor wie Milosevic in Jugoslawien nicht in jedem Fall durch zivile Mittel allein davon abhalten lässt, Gewalt anzuwenden. Deshalb müssen wir bereit sein, Gewalt auch mit militärischen Mitteln zu begegnen - und diese Bereitschaft muss glaubwürdig sein."

Imperiale Interessen und Antiamerikanismus

Dieses Beispiel zeigt, wie falsch es von Teilen der Friedensbewegung war, auf die Ideologie des "Old Europe" einzusteigen. Einerseits wurde sie damit an der Konstruktion einer europäischen Gemeinschaftsideologie beteiligt. Andererseits wurden dabei Stereotypen aktiviert, die selbst auf 150 Jahre Geschichte zurückblicken können. So zum Beispiel das Klischee des kulturlosen Amerikas, dem die mangelnde Geschichtlichkeit auch den Zugang zu höheren Werten versperre. Das "alte Europa" wurde hier nicht als imperialistisches Gebilde gesehen, sondern als Träger einer von eigenen Interessen freien Friedenspolitik. Ähnlich wie in Frankreich wurde damit auch in Deutschland eher eine zivilgesellschaftliche Unterstützung für den Regierungskurs geleistet. Der Konsens von Teilen der Friedensbewegung mit der Schröder-Regierung verdeckte zudem die zeitgleich begonnenen Hartz-"Reformen".

Die EU steht für ökonomische Liberalisierungsprozesse im Binnenmarkt. Das bedeutet nicht nur den Abbau von Einfuhrzöllen, Protektionismus gegen andere, Freihandelszonen etc., sondern auch eine - bezogen auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - neoliberale "Innenpolitik". Sie kann als "Klassenkampf von oben" verstanden werden. Der Staat übernimmt die Organisation der neue Klassenverhältnisse. Im Vordergrund stehen die Pflichten, nicht die Rechte, die die/der Einzelne gegenüber dem Staat, der "Gemeinschaft" hat. Gleichzeitig stehen Gemeinschaftsideologien, die Solidarität als in erster Linie private Tugend preisen und fordern, hoch im Kurs - als andere Seite des Abbaus staatlicher Sicherungssysteme.

Besonders die Sozialleistungen werden als "Standortnachteil" von Politik und Unternehmen angegriffen. Der Druck durch die Standortkonkurrenz auf Löhne und Steuern ist dabei natürlich nicht nur ausgedacht: Arbeitskräfte kosten in Osteuropa nur ein Fünftel dessen, was sie in der BRD kosten. Verbunden mit niedrigeren Unternehmenssteuern ist das eine reale Konkurrenz. Die Konsequenz daraus ist, dass Gewerkschaften und Betriebsräte immer stärker bereit sind, Arbeitszeitverlängerung - also Lohnverzicht - in Kauf zu nehmen, um die Unternehmen zu halten. Gleichzeitig artikuliert sich der Ärger unmittelbar als Ablehnung der Konkurrenten, der "Lohndrücker im Osten". Durch eine Art "Wohlstandschauvinismus auf nationalem Niveau" grenzen sich die "alten Europäer" von den Neuzugängen aus dem Osten ab.

Hier kommt die europäische Identität als Integrationsideologie an ihre Grenzen. Was übrig bleibt, ist der altbekannte Standortnationalismus. Der wird noch unterstützt, wenn aus den Reihen der Regierung und der SPD die Abwanderungspläne der Wirtschaft als "unpatriotisch", die entsprechenden Kapitalisten als

"vaterlandslose Gesellen" beschimpft werden. So zu tun, als hätte das Kapital patriotische Bindungen und Verpflichtungen, entspricht einem Verbal-Korporatismus, der nicht überdecken kann, dass diese Prozesse von Abwanderung, Fragmentierung, Restrukturierung der Kapitalverwertung gerade das Gesicht des neuen Kapitalismus ausmachen.

EU-Osterweiterung: Gemeinschaftsideologie am Ende

Die EU-Osterweiterung dynamisiert diesen Prozess und verstärkt den Druck auf die Reste des westlichen Korporatismus. Wenn die Gewerkschaften darauf in gleicher - standortnationalistischer - Weise antworten und die Kapitalisten an ihre nationale Pflicht erinnern, kommt der zentrale Widerspruch nicht in den Blick. Die EU-Erweiterung wird nicht, wie so oft behauptet, für alle Menschen in den neuen EU-Staaten eine Verbesserung des Lebensstandards bringen. Vielmehr wird auch hier die "Flickenteppich-Oberfläche" des neuen Kapitalismus greifen. Einige Regionen und Branchen werden einen ökonomischen Aufschwung erleben, viele aber weiteren sozialen Abstieg. Schon jetzt führt das dazu, dass sich viele der Proteste "von unten" gerade gegen die verordnete europäische Ideologie - im Westen wie im Osten - erneut rassistisch und nationalistisch artikulieren.

Die Kritik an der EU muss verschiedene linke Themenstellungen zusammendenken: Sie muss mit der Kritik an den neuen "neoliberalen" Kriegen die scheinbar friedlichen Interessen der EU als alternative imperiale Strategie angreifen. Zum anderen müsste die Linke ihre antimilitaristische Kritik auf die neuen Formen kapitalistischer (Re-)Produktion und die damit verbundene neoliberale Sozial (und Migrations-)politik beziehen. Das internationale Engagement der EU und ihr "innerer" Klassenkampf von oben hängen zusammen. Bezüge auf Europa als angeblich anderes Zivilisierungsmodell und als Alternative sind Beispiele für eine Selbstethnisierung, durch die sich "der Europäer" ideologisch in das kapitalistisch-imperiale Projekt einbindet. Ein ernsthafter Versuch, politische Alternativen zu formulieren, ist das nicht. Linke Politik muss stattdessen eine Perspektive über Staat und Standort hinaus suchen. Gegen die Eingemeindung von gesellschaftlichen Widersprüchen in Gemeinschaftsideologien gilt es, die Kritik an Kapitalismus, Neoliberalismus, Rassismus und Standortnationalismus voranzutreiben. Kurzfristig ist das der notwendige Kampf um gemeinsame soziale Standards und das Aufzeigen von internationalen Kapitalstrategien. Grundsätzlich kann es nur um Überwindung der Standortkonkurrenz durch den Untergang des Kapitalismus gehen.

Gruppe Kritik & Praxis, Berlin

41. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:42

Die Ausbildungsplatzabgabe kann ruhig kommen, ak jedenfalls hat nichts zu befürchten! Kaum hat der eine Praktikant sein Soll erfüllt, schon steht die Nachfolgerin in den Startlöchern. Neuerdings wird die Redaktion durch Miriam verstärkt, deren Engagement sich in der vorliegenden Ausgabe bereits niederschlägt, nicht nur beim yomango-Interview auf Seite 3. Wir freuen uns über diese Unterstützung, insbesondere da Praktikantin (neu) bereits durch Praktikant (alt) mit dem Gebrauch der Kaffeemaschine vertraut gemacht wurde.

Im Zuge der PraktikantInnenbetreuung entwickelt sich aber auch das ak-interne Verständnis von Qualifizierung weiter. Der scheidende Praktikant hatte zur Belohnung seiner Arbeit einen Wunsch der besonderen Art geäußert: einen Stadtrundgang durch Hamburg "auf den Spuren des KB". Dieser fand am ersten Juni-Wochenende nun tatsächlich statt. Mehrere Stunden lang haben ihn Original-AkteurInnen (verdiente GenossInnen aus der ak-Redaktion und -Technik) mit Original-Fortbewegungsmitteln (U-Bahn, festes Schuhwerk) unter Zuhilfenahme von Original-Anschauungsmaterial (Broschüren zur legendären Afrika-Veranstaltung, zur Betriebsrätekonferenz u.a.) zu den wichtigen Stationen innenstädtischer KB-Geschichte geführt: Vom alten "Hauptquartier" in der Lerchenstraße über das Kinderhaus und die Messehallen bis zur Rutschbahn 35 wurde nichts ausgelassen. Die gemeinsame ak-Verkaufstour durch die Kneipen im Univiertel steht noch aus.

Ein Ereignis, das uns in den kommenden Wochen beschäftigen wird, ist natürlich die Fußball-Europameisterschaft in Portugal. Leider haben wir keinen Beitrag zum Thema in dieser ak. Allen, die Heiteres aus der Welt des Fußballs lieben, sei deshalb www.blutgraetsche.de empfohlen. Unter dem Titel "Dumm kickt gut" steht dort eine ausführliche Sammlung der schönsten Stilblüten, die Spieler, Trainer und Moderatoren der Welt geschenkt haben. Hoffen wir also, dass Franz Beckenbauer auch bei dieser EM mit seiner Feststellung Recht behält: "Es gibt nur eine Möglichkeit: Sieg, Niederlage oder Unentschieden!"

Was bei dem ganzen Rummel um die internationalen Wettkämpfe häufig vergessen wird: Die Existenz zahlreicher Profi-Fußballer kann durchaus als prekär bezeichnet werden. Der Spiegel förderte unlängst eine Studie über die Vermögensverhältnisse von 150 Fußballprofis (darunter 110 Bundesligaspieler) zu Tage und schrieb: "Lediglich neun Prozent aller Spieler sind nach dem Karriereende finanziell unabhängig, 26 Prozent dagegen haben mehr Schulden als Vermögenswerte, der Rest muss sich in jedem Fall über kurz oder lang einen neuen Job suchen. Die Vereinigung der Vertragsfußballer (VdV) fand heraus, dass die Hälfte des Bundesliga-Kaders von Eintracht Braunschweig aus dem Jahr 1985 inzwischen von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe lebt." Diese Nachricht war aber nur einer der Beweggründe, den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe dem Thema "Prekarisierung" zu widmen. Ein anderer ist die von ak/Fantômas mitveranstaltete Konferenz "Die Kosten rebellieren", die vom 25. bis 27. Juni in Dortmund stattfinden wird. Ein Text der Gruppe Blauer Montag diskutiert das Thema vor dem Hintergrund der Debatte um Karl Heinz Roths Text "Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten" in ak 482. Peter Birke setzt sich mit dem Konzept des von US-Gewerkschaften seit längerem praktizierten "Social Movement Unionism" auseinander, auf das nun auch hier zu Lande bewegungsorientierte GewerkschaftsaktivistInnen aufmerksam geworden sind.

Wir wünschen also viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommerurlaub. Einen solchen zu haben, nimmt übrigens auch die Redaktion für sich in Anspruch. Das Reiseziel gibt Andi Möller vor: "Mailand oder Madrid - Hauptsache Italien!" Die nächste ak erscheint sommerbedingt am 20. August, Redaktionsschluss ist Dienstag, der 10. August 2004.

ak-Redaktion

42. Ganz normal prekär

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:43

Ach wie übersichtlich war früher doch die Welt. Da gab's "ordentliche Arbeit", sauber tarifiert, einigermaßen bezahlt, mit geregeltem Feierabend, Weihnachtsgeld und Urlaubsanspruch, Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung inklusive. Leiharbeit, ungesicherte und befristete Beschäftigungsverhältnisse, Niedriglöhne - das alles waren eher Themen für linksgewerkschaftliche "Randgruppenstrategen" und radikale Berufsnörgler vom Schlage Karl Heinz Roths. Als der Anfang der 1990er Jahre von der "Wiederkehr der Proletarität" sprach und schrieb, musste er sich von allen Seiten eine apokalyptische Übertragung trikontinentaler Lebensverhältnisse vorwerfen lassen. Und auch diejenigen, die sich damals als AntirassistInnen, JobberInnen oder Gewerkschaftslinke mit "Prekarität" beschäftigten, haben in den seltensten Fällen die falsche Trennung von prekären Randbelegschaften und "normal" arbeitenden Kernen aufgegeben.

Diese Sichtweise ist heute Schnee von gestern - oder sollte es zumindest sein. Die Agenda 2010, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit, die Deregulierung des Arbeitsmarktes trotz und mit Tarifverträgen, der schleichende Ersatz des unbefristeten Arbeitsvertrages durch Honorarverhältnisse etc. - die Liste der Mechanismen ist lang, mit denen die ehemaligen Kerne des "Normalarbeitsverhältnisses" eingekreist und zersetzt worden sind. "Prekarität", die prinzipielle Unsicherheit der individuellen Reproduktion, ist heutzutage Normalzustand für diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Das gilt für NiedriglöhnerInnen und MinijobberInnen genauso wie für teilweise hoch bezahlte FreiberuflerInnen und ArbeitskraftunternehmerInnen. Und mit der Zerschlagung der kollektiven sozialen Sicherungssysteme wird nicht nur die Arbeit, sondern das gesamte Leben unsicher. Wenn also heute zu Recht wieder von "Prekarisierung" gesprochen wird, so geht es nicht nur um die Arbeit, sondern auch um die soziale Reproduktion im weitesten Sinne.

Vor diesem Hintergrund bieten die aktuellen Debatten um Prekarisierung die Chance, die Fallstricke und Verkürzungen früherer Diskussion zu vermeiden. Worum es allerdings nicht gehen kann, ist eine Rückkehr zu dem scheinbar goldenen Zeitalter des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses. Zumindest für die meisten Menschen in den Ländern des Trikont waren diese Verhältnisse auch vor 20, 30 Jahren keineswegs "normal". Und vor allem waren sie alles andere als prickelnd für diejenigen, die sich in der tariflich regulierten 40-Stunden-Woche krumm geschuftet haben. Der Widerstand gegen den Zwang und den Terror der fordistischen Arbeit schlug sich in den 1960er und 70er Jahren nicht nur in Betriebsrevolten nieder. Er fand seinen Ausdruck auch in einer "Prekarisierung von unten", im Ausweichen in JobberInnenexistenzen, Pausen von Schwarzarbeit und ABM-Nischen und nicht zuletzt im ganzen Spektrum der neuen Selbstständigen. Der Arbeitskraftunternehmer von heute ist also nicht nur das Produkt einer Herrschaftsstrategie, sondern auch der höchst verquere Ausdruck eines Emanzipationsbedürfnisses.

Doch auch wennÆs manchen in den Fingern juckt: Wer in den vielfältigen Varianten von Prekarität und Flexibilität per se ein neues revolutionäres Subjekt sehen will, befindet sich gnadenlos auf dem Holzweg. So unsicher das Leben, so widersprüchlich sind die damit verbundenen Subjektivitäten. Eines allerdings ist sicher: Die "Kosten" rebellieren, heute wie seit jeher. Die ganze thematische Breite prekärer Lebensverhältnisse und Kämpfe ist auch Thema der "Internationalen Versammlung zu Prekarisierung und Migration", die vom 25. bis 27. Juni an der Fachhochschule in Dortmund stattfindet.

Unser Schwerpunkt "ganz normal prekär" auf den Seiten 13 bis 16

43. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak485/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:485:44

Tod am Stahl

Die belgisch-luxemburgische Arcelor ist einer der größten Stahlkonzerne der Welt. Und ein Totschläger obendrein. Am 19. Mai dieses Jahres starb der 27-jährige Elektriker D. Piron durch einen Stromschlag am Hochofen B des Arcelor-Werkes in Lüttich. Piron ist bereits der neunte Tote bei Arcelor Lüttich innerhalb von 16 Monaten. Damals kamen bei einer Explosion in der Kokerei mehrere Arbeiter ums Leben. Die Gewerkschaften machen vor allem die geänderten Arbeitsabläufe und den hohen Rationalisierungsdruck bei Arcelor für die gehäuften Arbeitsunfälle verantwortlich. 1.000 Arbeitsplätze will der Konzern in seinen Stahlbereichen abbauen.

www.labournet.de

Sans Papiers in Spanien

Im Anschluss an eine Demonstration am 5. Juni 2004 haben mehr als 2.000 MigrantInnen in Barcelona die dortige Kathedrale besetzt. Obwohl sie mit der Kirchenleitung eine freiwillige Beendigung der Aktion vor Beginn der Sonntagsmesse vereinbart hatten, wurden die meisten "illegalen" BesetzerInnen bereits Sonntag früh von der Polizei gewaltsam geräumt. Nach Angaben von indymedia wurden etwa 60 Personen festgenommen, von denen die Hälfte bald wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Andererseits sollen 17 Verhaftete abgeschoben werden.

An einer Versammlung am 8. Juni haben anschließend mehrere hundert MigrantInnen teilgenommen. Sie haben der spanischen Regierung nun eine Frist gesetzt, in der ihr ungelöster Aufenthaltsstatus geregelt werden soll. Chaudhr Shahnawaz, Sprecher der "Versammlung für eine Regulierung ohne Konditionen", kündigte weitere Versammlungen, Platzbesetzungen und "Überraschungsaktionen" für den Fall an, dass die Regierung die gesetzte Frist verstreichen lassen sollte. Allein in Barcelona warten fast 50.000 MigrantInnen zum Teil seit Jahren darauf, dass über ihre Anträge auf Legalisierung und Regulierung des Aufenthalts entschieden wird. Dazu kommen in der katalanischen Metropole noch einmal geschätzte 150.000 Menschen, die auf Grund der Gesetzeslage überhaupt keine Legalisierungsanträge gestellt haben.

Indymedia

Trucker-Streik

Sie waren lange Zeit der Inbegriff der US-amerikanischen ArbeiterInnenklasse: die Trucker, organisiert in der Teamster-Gewerkschaft. Vor 25 Jahren hatten die Teamster beschlossen, keine "freien" LKW-Fahrer zu organisieren, also Leute, die sich und ihren privaten Truck an diverse Auftraggeber vermieten. Über die Jahre haben vor allem ArbeitsmigrantInnen aus Lateinamerika versucht, als freie LKW-Fahrer Fuß zu fassen, aus den Truckern wurden "Troqueros". Der reale Durchschnittsverdienst dieser Fahrer beträgt zur Zeit durchschnittlich acht Dollar pro Stunde, wobei 18-Stunden-Tage keine Seltenheit sind. Seit nahezu zehn Jahren haben sich die Preise der Selbstständigen nicht mehr verändert. Nach wie vor kostet der Transport von den Hafenterminals der Westküste bis zur Eisenbahnverladestation für die Auftraggeber zwischen 50 und 200 US-Dollar pro Fahrt. Wartezeiten werden nach wie vor nicht bezahlt, und auch die Höhe des Treibstoffzuschusses stammt noch aus dieser Zeit.

Am 30. April haben die "Troqueros" in Kalifornien mit einem Streik begonnen. Neben konkreten finanziellen Forderungen geht es den Streikenden vor allem auch um das Recht, eine eigene Gewerkschaft zu gründen. Viele möchten offenbar aus dem Status der "freien Unternehmer" heraus. Zur Zeit wäre eine Gewerkschaftsgründung faktisch eine Kartellabsprache und somit juristisch unzulässig.

In Oakland haben 2.000 Fahrer ein eigenes Komitee gegründet, das mit den Hafen- und Transportunternehmen verhandelt. In Los Angeles haben mehrere hundert Fahrer nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen die Interstate 5, die zentrale Nord-Süd-Autobahn an der Westküste blockiert. Während

der Streik in L.A. nach wenigen Tagen zusammenbrach, wurde er in Oakland zwei Wochen lang fortgeführt. Dort kamen 90% des Containerverkehrs zum Erliegen.

www.labournet.de

Arme Kicker

Die Rostocker Vermögensberater Michael und Christian Daudert haben von 1997 bis 2004 die Vermögensverhältnisse von 150 deutschen Fußballprofis, darunter 110 Bundesligaspieler, analysiert. Ihr Ergebnis: Nur neun Prozent aller Spieler sind nach ihrem Karriereende finanziell unabhängig, 26 Prozent haben anschließend mehr Schulden als Vermögenswerte, und der Rest muss sich in jedem Fall über kurz oder lang einen neuen Job suchen. Nach Angaben der Vereinigung der Vertragsfußballer (VdV) lebt inzwischen die Hälfte des Bundesliga-Kaders von Eintracht Braunschweig aus dem Jahre 1985 von der Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Steffen Korell, Ex-Profi bei Borussia Mönchengladbach, befürchtet, dass die finanziellen Probleme seiner Ex-Kollegen noch zunehmen werden: "Die letzten fünf bis acht Jahre sind die Gehälter dermaßen angestiegen, dass es nicht mehr nachvollziehbar war. Da waren viele ganz blauäugig, weil sie gedacht haben, das geht immer so weiter." Doch inzwischen dreht sich die Gehaltsspirale nach unten, immer mehr Spieler finden sich lange vor dem altersbedingten Karriereende in der Arbeitslosigkeit wieder.

Spiegel online

Multinationaler Streik in Leverkusen

Viel zu wenig beachtet streiken seit dem 9. Januar 2004 rund 80 BusfahrerInnen der Herweg Busbetriebe (HBB) in Leverkusen-Opladen. Die deutschen, türkischen, griechischen, albanischen, kroatischen, polnischen, russischen, serbischen und nigerianischen KollegInnen befinden sich im Erzwingungsstreik zur Durchsetzung eines gültigen Tarifvertrages.

Auslöser des Streiks war die Weigerung der Unternehmensleitung, mit ver.di in Tarifverhandlungen zu treten. Die HBB-FahrerInnen wollen genauso behandelt werden wie ihre KollegInnen aus dem Öffentlichen Personennahverkehr der Region. Dort gilt der ver.di-Tarifvertrag. Unter dem Spardruck der kommunalen Haushälter soll der ÖPNV an private Billigunternehmer wie die HBB ausgelagert werden. Der Streik geht also nicht nur um das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Er verteidigt gleichzeitig den Flächentarif, in dem er sich gegen die Spaltung von Belegschaften und gegen Dumpinglöhne richtet. Spannend ist auch der multinationale Hintergrund der Streikenden. So berichtet ein Besucher der IG Metall Frankfurt: "Die Auseinandersetzungen um die Streiktaktik sind geprägt von vielen Kollegen aus verschiedenen Ländern und Streikkulturen. Für die polnischen Kollegen, die schon bei den Massenkämpfen von Solidarnosc bis zum Sturz der Regierung dabei waren, ist das noch gar nichts, andere sind weniger auf große Aktionen orientiert. Die Kollegen werten vielfältige internationale Streikerfahrungen aus und wenden diese auf deutsche Verhältnisse an. Natürlich ist das nicht immer ganz einfach, doch es kommt darauf an, ob die Kollegen das als Problem verstehen oder als Chance annehmen."

www.labournet.de

Kleinkrieg bei Schlecker

In der Discounter-Kette Schlecker hatte es vor Jahren mit der "Schlecker-Kampagne" der damaligen Gewerkschaft HBV die ersten Formen eines "social movement unionism" in Deutschland gegeben. Damals ging es vor allem um die Durchsetzung von Betriebsräten und um die Arbeitsbedingungen in den Konzernfilialen.

Zumindest letztere haben sich bis heute nicht wesentlich verbessert: Verkäuferinnen berichte, dass sie den ganzen Tag lang nichts trinken dürfen, dass Toiletten fehlen, dass kaum Pausen gemacht werden können, weil die Kolleginnen alleine im Laden sind. Eigeneinkäufe müssen gegengezeichnet werden, sonst gelten sie als "gestohlen". Bezirksleiter haben die Verkäuferinnen auch schon mal zu Hause aufgesucht, wenn die Läden nicht tipp topp gefeudelt waren. Zwei Frauen sollen sogar so lange im Lager eingesperrt worden sein, bis alles ordentlich geputzt war. Druck bei Krankmeldungen sind ebenfalls an der Tagesordnung. Selbst das ManagerMagazin spricht von einem "Kleinkrieg" von Schlecker gegen die Gewerkschaft ver.di.

Legendär ist der Kampf um Telefone in den Schlecker-Filialen. Immer noch weigert sich das Unternehmen, Apparate installieren zu lassen, mit der Begründung, dann würde nur noch telefoniert und nicht mehr gearbeitet. Für die Beschäftigten ist dies ein direktes Sicherheitsrisiko, zumal wenn sie - was oft genug passiert - allein im Laden sind. Erst Ende Mai ist in Freiburg eine 50-jährige Schlecker-Verkäuferin bei einem Raubüberfall umgebracht worden. Mindestens eine der 11.000 deutschen Schlecker-Filialen ist jeden Tag Schauplatz eines Überfalls. Schlecker selbst gibt 340 Überfälle allein im Jahre 2002 zu. Die Sicherheitsmängel bei Schlecker sind mittlerweile auch polizeilich bestätigt: "Die Tatgelegenheiten sind bei der Firma Schlecker, bei den Selbstbedienungsläden der Familie Schlecker, günstiger als in anderen Bereichen. (...) In der Regel ist auch nur ein Mitarbeiter vor Ort vorhanden, der nicht intervenieren kann und aus unserer Sicht auch nicht intervenieren sollte."

www.labournet.de; ManagerMagazin

Falken ohne BR

Hundert Jahre ist sie inzwischen alt, die Sozialistische Jugend Deutschland - Die Falken. Ein Betriebsrat existiert bei der Organisation jedoch bis heute nicht. Beim Landesverband Berlin ist das Gegenstand eines verdeckten Arbeitskampfes, denn dort haben die Beschäftigten einen Kollegen zum Betriebsrat gewählt. Am Tag der Ernennung ist dieser dann zusammen mit einem weiteren Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt worden. Obwohl der Kollege mitten in der Durchführung einer Veranstaltung war, ist im "mit sofortiger Wirkung" jede weitere Tätigkeit für sein Projekt untersagt worden.

www.labournet.de